Dr. Paul Michaelis

Von Bismarck bis Bethmann

Die Politik und Kultur Großpreußens

...r · Berlin und Leipzig

Dr. Dalchow
1945- P6.



Von Bismarck bis Bethmann

Von Bismarck bis Bethmann

Die Politik und Kultur Großpreußens

von Dr. Paul Michaelis

Erste bis vierte Auflage

Verlegt bei Schuster & Loeffler
Berlin und Leipzig 1911

Inhalt

Vorwort

Seit mehr als zwanzig Jahren, also etwa seit der Thronbesteigung des jetzigen Kaisers, habe ich fast ohne Ruhepause im politischen Tageskampfe gestanden, immer auf der Seite des Fortschritts und der sozialen Entwicklung. Wer wachen Auges, durch Beruf wie durch persönliches Interesse zu den öffentlichen Vorgängen hingezogen, den Wandel dieser zwei letzten Jahrzehnte miterlebt hat, wer beobachten mußte, wie in dieser Zeit die Hoffnungen des Volkes immer wieder enttäuscht wurden, wieviel tüchtige Kraft auf Nichtigkeiten und falsche Ziele verschwendet wurde, und wie wir im ganzen immer nur rückwärts statt vorwärts gingen, dem drängt sich ganz von selbst das Verlangen auf, einmal rückschauend wieder zu durchdenken und sich selber klar zu machen, was eigentlich der Sinn dieser ganzen Zeit gewesen ist und wohin der Kurs der Zukunft gehen soll. Liegt es doch im Wesen des Journalismus, daß er in erster Linie dem Tage zu dienen hat und deshalb auch leicht den Dingen, die gerade im Vordergrund stehen, eine zu große Wichtigkeit beimißt, wie er auch wohl äußerlich unscheinbare Vorgänge nicht in ihrer wirklichen Bedeutung einschätzt. Erst der Überblick über einen längeren Zeitraum ermöglicht die richtige Bewertung der sich beständig in Wellenlinien, im Aufstieg und Abstieg bewegenden Entwicklung. Erst hier befindet sich der

Wanderer auf einer hohen Warte, die er in langer, mühseliger Wanderung erreichen mußte, von der er aber auch die Berge und Täler in übersichtlichem Zusammenhang vor sich ausgebreitet sieht.

Vielleicht könnte das mehr private Empfinden, sich selbst zu einem gesteigerten Gesamtüberblick zu verhelfen, die vorliegende Schrift allein nicht rechtfertigen, wenn nicht gerade in unserer Zeit das Bedürfnis nach größerer Klarheit auf politischem Gebiet sehr weit verbreitet wäre. Das deutsche Volk steht, wie mich dünkt, an einem Wendepunkt seines politischen Lebens. Allgemein fast ist die Überzeugung verbreitet, daß es in der bisherigen Weise nicht lange mehr weiter gehen könne. Und gerade die rückschauende Betrachtung der beiden letzten Dezennien bestärkt uns in der Auffassung von der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände. Irgend ein Ausweg muß gesucht werden. Wo stehen wir heute? Wohin gehen wir? Diese Fragen sich selbst und anderen klar zu machen, war der eigentliche Zweck dieser Schrift. Dabei kann es sich für mich nicht darum handeln, etwa dem Geschichtsschreiber ins Handwerk zu pfuschen und den Staub von toten Dingen zu wischen. Nur was noch lebt und weiter wirkt, kam für die vorliegenden Untersuchungen in Betracht. Und auch hierbei mußte manche an sich gewiß beachtenswerte Einzelheit übergangen werden, weil sie den einmal gesteckten Rahmen der Arbeit überschritten hätte. Ohnehin war ja nicht der Zweck, den Leser durch eine Fülle von Kleinigkeiten zu verwirren, sondern ihn auf das große Ziel hinzuweisen, das im Wandel der Jahre und der Ereignisse sich dem deutschen Volk immer deutlicher vor Augen stellt.

Gewiß wird auch in der Politik, wie im Leben überhaupt, die einzelne Persönlichkeit wie die einzelne Tat immer subjektiv gesehen. Es versteht sich deshalb von selbst, daß auch diese Schrift in keiner Weise den Anspruch erhebt, eine volle Lösung des politischen Problems der Gegenwart zu geben. Nur soviel darf der Leser fordern und erwarten, daß die Antwort auf die Frage nach der heutigen politischen Situation nur aus dem Willen zur Wahrheit heraus gesucht werden soll. Dabei hat die zusammenfassende Darstellung wenigstens den Vorteil, daß die Rücksichten wegfallen, die sich aus der Arbeit im journalistischen Tagesdienst naturgemäß ergeben. Und soviel man an diesem Buch aussetzen möge, so soll man wenigstens nicht daran zweifeln, daß es aus dem ehrlichen Willen heraus geschrieben wurde, sich selbst und anderen zur erhöhten Klarheit zu verhelfen und dem deutschen Volk nach bester Kraft zu dienen und zu nützen.

Berlin, im Januar 1911.

Dr. Paul Michaelis.

Der Kaiser

Der gesamte politische Streit der Gegenwart, der Kampf gegen die Vorrechte, die Verfassungsfragen, die deutsche Frage, sie alle sind im letzten Grunde nur innere, preußische Fragen. Und die letzte Schwierigkeit ihrer Lösung liegt zunächst in der Stellung, welche das preußische Königshaus zu ihnen einnimmt.

Gustav Freytag,
Bilder aus der deutschen Vergangenheit.

Eine psychologische Untersuchung über die Persönlichkeit Wilhelms II. liegt außerhalb des Rahmens dieser Betrachtungen. Wie sich der Kaiser als Mensch darstellt, wie er sich im Haus und in der Familie zu geben pflegt, wie er im privaten Verkehr, bei der Jagd und auf Reisen hervorzutreten liebt, das sind Dinge für sich, die hier nicht in Frage kommen, wenngleich es nicht immer ganz leicht sein mag, gerade bei einer Persönlichkeit an so hervorragender Stelle private und amtliche Wirksamkeit streng zu scheiden. Jedenfalls kommt aber der Kaiser nur als politische Persönlichkeit für diese Untersuchungen in Betracht. Gewiß wäre es erwünscht, wenn man den Kaiser bei der Kritik der politischen Zustände des deutschen Reichs überhaupt mit Stillschweigen übergehen könnte. Hätten wir ähnliche Verhältnisse, wie sie in England tatsächlich bestehen — wobei man noch nicht einmal an eine sklavische Nachahmung des englischen Parlamentarismus zu denken brauchte — dann könnte man gerade vom Standpunkt des entschiedenen Liberalismus mit Vergnügen darauf verzichten, den Kaiser in die politische Debatte zu ziehen. Es steckt ein großes Teil Erbweisheit in dem Satze: The king does not wrong. Auch dürfte es kaum einem Zweifel unterliegen, daß das deutsche Volk ebenfalls, wenn auch vielleicht erst nach schweren Kämpfen, dahin kommen wird, den Kaiser dem Tagesstreit zu entrücken und gerade da-

durch seine Stellung erst wirklich unangreifbar zu machen. Indessen wäre es eine gefährliche Selbsttäuschung, diesen Zustand bereits als realisiert anzusehen. Wir haben zwar im Reich, und prinzipiell, wenngleich nicht tatsächlich, auch in Preußen eine Verfassung, aber selbst im Reich fehlt es an einer strengen Teilung zwischen dem Machtbereich des Kaisers und dem Machtbereich des Volkes und seiner berufenen Vertreter. In Preußen vollends ist der absolute Zustand nur durch das Schwergewicht der Bureaukratie und durch die Nebenregierung des Junkertums etwas modifiziert. Man müßte heucheln, wollte man heute unter Verkennung der wirklichen Zustände im Reich wie in den meisten Bundesstaaten von einer Verwirklichung des konstitutionellen Prinzips sprechen. So lange aber der Kaiser einen sehr persönlichen Einfluß auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens ausübt, kann auch bei dem Versuch, über die heutigen Zustände im Reich Klarheit zu gewinnen, eine Betrachtung der politischen Wirksamkeit des Kaisers nicht fehlen.

Tatsächlich erstreckt sich die Wirksamkeit Wilhelms II. auf fast sämtliche Gebiete unseres öffentlichen Lebens. Der Kaiser beruft und entläßt nicht bloß den Reichskanzler und die verantwortlichen Minister, sondern er hat auch lange Jahre hindurch die eigentliche Leitung der auswärtigen und der inneren Politik teils selbst ausgeübt, teils doch entscheidend beeinflußt. Das Wort Bismarcks, daß der Kaiser sein „eigener Kanzler" sein werde, trifft bis zu einem gewissen Grade den wirklichen Sachverhalt. Betrachtet man die auswärtigen Beziehungen, so stößt man fast überall auf die Spuren der kaiserlichen Tätigkeit. Nicht

minder stark aber hat sich der Kaiser auf dem Gebiet der inneren Politik betätigt. Bei der Frage der sozialen Gesetzgebung, in der Wahlrechtsangelegenheit, in der Schulfrage, bei den Kanalbauten, in der Zoll- und Steuerfrage, und auf fast zahllosen anderen Gebieten hat er seinen persönlichen Willen zur Geltung zu bringen gesucht. Ebenso hat er, fast könnte man sagen, selbstverständlich, auf die Entwicklung der deutschen Armee und vollends auf den Ausbau der deutschen Kriegsflotte einen maßgebenden Einfluß ausgeübt. Darüber hinaus aber hat der Kaiser auch in Sachen der Kunst und der Literatur, auf dem Gebiet der Technik und des Sports dem deutschen Leben seinen eigenen Stempel aufzuprägen sich bemüht. Wohin man im öffentlichen Leben dieser letzten zwanzig Jahre immer blicken mag, stets wird man den Kaiser finden, wie er in die zeitbewegenden Probleme selbstherrlich einzugreifen sucht. Ja, selbst auf religiösem und konfessionellem Gebiet hat der Kaiser mannigfache Spuren seiner Wirksamkeit hinterlassen. Diese erstaunliche Vielseitigkeit des Kaisers hat ihn denn auch immer wieder, nicht bloß im deutschen Volke, sondern sehr häufig auch im Auslande, in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt. Mit keinem andern Zeitgenossen hat sich die Presse aller Kulturländer in Liebe und Haß, in Zustimmung oder Ablehnung so viel wie mit Wilhelm II. beschäftigt. Auch die politischen Parteien haben sich immer wieder genötigt gesehen, zustimmend oder ablehnend zu dem Kaiser Stellung zu nehmen, zumal sich der Kaiser nicht bloß öffentlich über alle möglichen Probleme zu äußern pflegt, sondern in allen seinen Kundgebungen auch eine sehr entschiedene Betonung des eigenen Willens

und der eigenen Meinung wiederkehrt. Mag auch der große Zug der modernen Entwicklung selbst von der stärksten Individualität nicht dauernd abgelenkt werden können, so hat sich doch der Wille des Kaisers in diesen zwei Jahrzehnten in vielen Einzelfällen als außerordentlich einflußreich erwiesen.

Gerade weil der Kaiser aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen pflegt und oft und gern öffentlich hervorgetreten ist, gelingt es bei ihm leichter als bei einem in konstitutioneller Zurückgezogenheit lebenden Monarchen, ihn für sich selbst sprechen zu lassen. Als einheitlichen Zug seiner politischen Auffassung findet man zunächst ein sehr starkes Bewußtsein von seiner Person und von seiner Stellung. In der ersten Zeit seiner Regierung hatte Wilhelm II. wohl auch gelegentlich Anwandlungen von Verzagtheit, so wenn er am 9. Dezember 1889 im Palmengarten zu Frankfurt sagte: „Wenn mir auch das Werk zuweilen schwer zu sein scheint, und ich manchmal mich mit dem Gedanken trage, ob ich der Aufgabe gewachsen bin, so ist es für mich immer eine erneute Stärkung zu weiterer Tätigkeit, wenn mir Worte des Vertrauens und der Hingebung entgegengebracht werden." Aber solche grüblerische Stunden, die ja keinem Optimisten ganz erspart bleiben, finden sich doch später nur selten, oder sind wenigstens nicht zum öffentlichen Ausdruck gekommen. Auch wird man wohl an eine etwas tendenziöse Stimmungsmache denken müssen, wenn nach den Novemberdebatten im Jahre 1908 in frommen Blättern davon die Rede war, daß der Kaiser einige Tage „in Gebet und Tränen" verlebt habe. Im allgemeinen tritt jedenfalls der Ausdruck starker Zuversicht auf sich selbst

wie auf die Zukunft des deutschen Reichs beim Kaiser sehr nachdrücklich zutage. Wenn der Kaiser in seiner Thronrede, mit der am 27. Juni 1888 der preußische Landtag eröffnet wurde, erklärte: „Ich halte mir das Wort des großen Friedrich gegenwärtig, daß in Preußen der König des Staates erster Diener ist," so spricht hier offenbar nicht der Kaiser selbst, sondern es war Früst Bismarck, der die Thronrede redigiert hatte. Gerade von der Auffassung Friedrichs des Großen ist Wilhelm II. außerordentlich weit entfernt, wie er auch darin zu ihm in direktem Widerspruch steht, daß Friedrich der Große aus seinem Titel die Bezeichnung: „von Gottes Gnaden" wegließ, während umgekehrt der Kaiser in diesen Worten den Schlüssel zu seiner Stellung erblickt.

Ein ungewöhnliches Aufsehen hat die Rede erregt, die Wilhelm II. am 25. August 1910 bei der Tafel für die Provinz Ostpreußen im Königsberger Schloß gehalten hat; und gewiß mit Recht. Trat doch in dieser Rede eine Auffassung von der eigenen Stellung des Kaisers und seines Hauses zu dem Volke hervor, die sich weder mit den verfassungsmäßigen Zuständen, noch mit der Auffassung des lebenden Geschlechts von den Pflichten und Rechten der Krone vereinbaren läßt. Die Hauptstellen daraus lauteten:

> Hier war es, wo der Große Kurfürst aus eigenem Recht zum souveränen Herzog in Preußen sich machte, hier setzte sich sein Sohn die Königskrone aufs Haupt, und das souveräne Haus Brandenburg trat damit in die Reihe der europäischen Mächte ein. . . Und hier setzte sich mein Großvater wiederum aus eige-

nem Recht die preußische Königskrone aufs Haupt, noch einmal bestimmt hervorhebend, daß sie von Gottes Gnaden allein ihm verliehen sei, und nicht von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen, und daß er sich so als ein auserwähltes Instrument des Himmels ansehe und als solches seine Regenten- und Herrscherpflichten versehe. Und mit dieser Krone geschmückt, zog er vor vierzig Jahren ins Feld, um zu ihr noch die Kaiserkrone zu erringen. . . Als Instrument des Herrn mich betrachtend, ohne Rücksicht auf Tagesansichten und Meinungen, gehe ich meinen Weg, der einzig und allein der Wohlfahrt und friedlichen Entwicklung unseres Vaterlandes gewidmet ist.

Und doch, wenn man sich die rednerische Entwicklung des jetzigen Kaisers etwas näher betrachtet, dann wird man finden, daß es nur die alten und oft ausgesprochenen Gedanken sind, die er in Königsberg neu proklamiert hat, und oft genug fast mit den gleichen Wendungen. Die nachstehende Auslese aus seinen Reden wird diese Feststellung bestätigen.

Festmahl des Brandenburgischen Provinziallandtages, 5. März 1890.

Meine vornehmste Sorge ist es, mich um das Wohl der unteren Klassen meiner Untertanen zu bekümmern. Ich sehe in dem mir überkommenen Volke und Lande ein von Gott mir anvertrautes Pfand, welches zu mehren meine Aufgabe ist. Ich gedenke nach Kräften mit diesem Pfunde so zu wirtschaften, daß ich noch manches andere hoffe dazulegen zu können. Diejenigen, welche mir dabei behilflich sein wollen, sind mir von Herzen willkommen, wer sie auch seien; diejenigen, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere ich.

Telegramm nach Weimar, 20. März 1890.

Das Amt des wachthabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist mir zugefallen. Der Kurs bleibt der alte, Volldampf voraus!

Grundsteinlegung des Kaiser Wilhelmdenkmals in Bremen, 21. April 1890.

Es ist in unserem Hause Tradition, daß wir uns als von Gott eingesetzt betrachten, um die Völker, über die zu herrschen uns beschieden ist, zu deren Wohlfahrt und zur Förderung der materiellen und geistigen Interessen zu regieren und zu leiten.

Festmahl des Brandenburgischen Provinziallandtages, 29. Februar 1891.

Sie wissen, daß ich meine ganze Stellung und meine ganze Aufgabe als eine mir vom Himmel gesetzte auffasse, und daß ich im Auftrage eines höheren, dem ich später einmal Rechenschaft abzulegen habe, berufen bin. Kein Abend und kein Morgen vergeht ohne ein Gebet für mein Volk und ein Gedenken an meine Mark Brandenburg. Brandenburger, Ihr Markgraf spricht zu Ihnen. Folgen Sie ihm durch dick und dünn, auf allen den Wegen, die er Sie führen wird. Es ist zum Heile und zur Größe unseres Vaterlandes.

Rheinischer Provinziallandtag in Düsseldorf, 4. Mai 1891.

Einer nur ist Herr im Lande, und das bin Ich, keinen anderen dulde ich.

Eintragung in das Goldene Buch der Stadt München, 8. September 1891.

Suprema lex regis voluntas.

Brandenburgischer Provinziallandtag, 24. Februar 1892.

Aus diesem Nörgeln und aus dieser Verhetzung entsteht schließlich der Gedanke bei manchen Leuten, als sei unser Land das unglücklichste und schlechtest regierte in der

Welt, und sei es eine Qual, in demselben zu leben. Daß dem nicht so ist, wissen wir alle selbstverständlich besser. Doch wäre es dann nicht besser, daß die mißvergnügten Nörgler lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schüttelten und sich unseren elenden und jammervollen Zuständen auf das schleunigste entzögen? Ihnen wäre ja dann geholfen und uns täten sie einen großen Gefallen damit. . . Nein, Brandenburger, zu Großem sind wir noch bestimmt und herrlichen Tagen führe ich euch noch entgegen. Mit Schlagwörtern allein ist es nicht getan, und den ewigen mißvergnügten Anspielungen über den neuen Kurs und seine Männer erwiedere ich ruhig und bestimmt: Mein Kurs ist der richtige, und er wird weitergesteuert.

Brandenburgischer Provinziallandtag, 24. Februar 1894.

Daß meine Vorfahren und besonders derjenige, auf den wir am liebsten zurückblicken als auf den größten Brandenburger, der Große Kurfürst, imstande waren, so Großes für ihr Vaterland zu leisten, beruht auf diesem gegenseitigen Vertrauen von Fürst und Volk, es beruht auf der Erkenntnis vor allem, daß das Hohenzollernsche Herrscherhaus mit einem Pflichtgefühl ausgerüstet ist, welches es aus dem Bewußtsein schöpft, daß es von Gott an diese Stelle gesetzt und ihm allein und dem eigenen Gewissen Rechenschaft zu geben hat für das, was es tut zum Wohle des Landes.

Festmahl in Königsberg, 6. September 1894.

Eine Opposition preußischer Adliger gegen ihren König ist ein Unding, sie hat nur da eine Berechtigung, wenn sie den König an ihrer Spitze weiß, das lehrt schon die Geschichte unseres Hauses. Der Nachfolger dessen, der aus eigenem Recht souveräner Herzog in Preußen wurde, wird dieselben Bahnen wandeln wie sein großer Ahne; wie einst der erste König

ex me mea nata corona sagte und sein großer Sohn seine Autorität als einen rocher de bronze stabilierte, so vertrete auch ich gleich meinem kaiserlichen Großvater das Königtum aus Gottes Gnaden.

Einweihung des Kaiser Wilhelmdenkmals in Koblenz, 31. August 1897.

Uns allen, und vor allen Dingen uns Fürsten hat er ein Kleinod wieder emporgehoben und zu hellen Strahlen verholfen, das ist das Königtum von Gottes Gnaden, das Königtum mit seinen schweren Pflichten, seinen niemals endenden, stets andauernden Mühen und Arbeiten, mit seiner furchtbaren Verantwortung vor dem Schöpfer allein, von der kein Mensch, kein Minister, kein Abgeordnetenhaus, kein Volk den Fürsten entbinden kann. Dieser Verantwortung bewußt und sich als Rüstzeug des Herrn betrachtend, hat in tiefster Demut dieser große Kaiser seinen Tag gewandelt.

Telegramm an Hinzpeter, 1. Juli 1899.

Von der hervorragend gelungenen Statue des Großen Kurfürsten für die Siegesallee beabsichtige ich eine Reproduktion in Bronze der Stadt Bielefeld zu schenken und auf dem Sparrenberge im Burggarten aufzustellen; sie soll ein Zeichen dankbarer Erinnerung sein für die Aufnahme seitens der Stadt und ein Mahnzeichen bleiben, daß, gleichwie in diesem Ahn, auch in mir ein unbeugsamer Wille ist, den einmal als richtig erkannten Weg allem Widerstand zum Trotz unbeirrt weiterzugehen.

Eintragung des Kaisers in das „Goldene Buch", 19. November 1899.

Von Gottes Gnaden ist der König, daher ist er auch nur dem Herrn allein verantwortlich. Er darf seinen Weg und sein Wirken nur unter diesem Gesichtspunkt wählen. Diese furchtbar schwere Verantwortung, die der König für sein Volk trägt, gibt ihm auch ein Anrecht auf treue Mitwirkung seiner Untertanen. Daher muß ein jedermann im Volke von der

Überzeugung durchdrungen sein, daß er für seine Person mitverantwortlich ist für des Vaterlandes Wohlfahrt.

Auf dem Sparrenberge bei Bielefeld, 6. August 1900.

Einem jeden ist seine Aufgabe und ein Ziel gesetzt, und wenn jeder es so auffaßt, wie der Große Kurfürst und wie alle aus meinem Hause, in der Überzeugung, daß er verantwortlich ist und dereinst oben Rechenschaft ablegen muß von dem, was er getan, dann bin ich fest überzeugt, daß unserem deutschen Vaterlande noch große Zeiten bevorstehen.

In Danzig, 14. September 1901.

Sie können sich versichert halten, daß nach wie vor mein Interesse für die Hebung und Fortentwicklung Ihrer Stadt dasselbe bleibt, und Sie werden mich lange genug kennen, um zu wissen, wenn ich mir etwas vorgenommen habe, führe ich es auch durch.

In Görlitz, 28. November 1902.

Freiheit für das Denken, Freiheit in der Weiterbildung der Religion, und Freiheit für unsere wissenschaftliche Forschung, das ist die Freiheit, die ich dem deutschen Volke wünsche und ihm erkämpfen möchte, aber nicht die Freiheit, sich nach Belieben schlecht zu regieren.

Festmahl für die Provinz Schlesien, 8. September 1906.

Dem Lebenden gehört die Welt, und der Lebende hat recht. Schwarzseher dulde ich nicht, und wer sich zur Arbeit nicht eignet, der scheide aus, und wenn er will, suche er sich ein besseres Land.

In Münster, 31. August 1907.

In diesem Geist sollen alte und neue Landesteile, Bürger, Bauer und Arbeiter sich zusammentun und einheitlich in gleicher Liebe und Treue zum Vaterlande zusammen-

wirken, dann wird unser deutsches Volk der Granitblock sein, auf dem unser Herrgott seine Kulturwerke an der Welt weiter aufbauen und vollenden kann. Dann wird auch das Dichterwort sich erfüllen, das da sagt: An deutschem Wesen wird einmal noch die Welt genesen.

Hier findet man schon die Souveränität aus eigenem Recht, hier findet man die Verantwortlichkeit allein der Gottheit gegenüber, hier den selbstherrlichen Willen, der keinen anderen Herrn neben sich dulden will, hier auch die Betonung der Unabhängigkeit von äußeren Einflüssen und das stolze Selbstbewußtsein, das allein berechtigt zu sein glaubt, die bessern Zeiten heraufzuführen, zu denen nach der Ansicht des Kaisers das deutsche Volk einmal kommen soll. Nur insoweit mußte die letzte Königsberger Rede ein nicht gewöhnliches Aufsehen wecken, als sie mit voller Deutlichkeit erkennen ließ, daß der Pakt vom 17. November 1908 ausgeschaltet worden sei. Über diesen Pakt und über die Kämpfe um die konstitutionellen Garantien wird an anderer Stelle noch zu reden sein. Aber soviel ist gewiß, daß der Kaiser in seiner Auffassung von seinem Hause, seiner Person und seiner Stellung sich durchaus konsequent geblieben ist. Und man wird wohl aus einer zwanzigjährigen Erfahrung schließen dürfen, daß er auch an seiner Stellung aus eigenem Recht und am Gottesgnadentum künftig festhalten wird. Auf diesem Gebiet irgend etwas durch historische Exkurse erreichen zu wollen oder die Tatsachen aufzuweisen, durch die sich die Stellung des Kaisers staatsrechtlich gegenüber der früheren Zeit des fürstlichen Absolutismus geändert hat, wäre verlorene Liebesmüh'. Für das Volk kann es sich, sofern es sich seinen Platz im Staate

und Reiche erkämpfen will, nur darum handeln, dieser kaiserlichen Auffassung bindende Verfassungsbestimmungen entgegenzusetzen, wobei es natürlich nicht auf die Formel „von Gottes Gnaden“ oder auf ähnliche Äußerlichkeiten ankommt, sondern auf die Stabilisierung des Volkswillens als der obersten Gewalt im Reich.

Daß die Krone aus eigenem Recht nicht in der Luft schweben kann, sondern durch irgend eine Macht an ihrem Ort festgehalten werden muß, versteht sich von selbst. Deshalb ist es nur folgerichtig, daß der Kaiser den Nachdruck auf die Armee als auf die eigentliche Stütze seines Thrones und seiner Krone legt. Auch dafür bieten seine Reden zahlreiche Belege, wobei der Kaiser ebenso bemüht gewesen ist, die angehenden Soldaten mit dem stolzen Bewußtsein zu erfüllen, des Königs Rock zu tragen und berufen zu sein, die Monarchie zu verteidigen, wie er in dem Offizierkorps den eigentlichen Vollstrecker seines Willens erblickt. Aus den nachstehenden Belegen ergibt sich zugleich, daß Wilhelm II. in diesem Bestreben, die Armee seinem Willen dienstbar zu machen, vor keiner Konsequenz zurückschreckt, wie er denn immer wieder betont, daß zwar der Soldat fromm sein und sein „Vaterunser“ beten, daß er aber trotzdem auf den Befehl seines obersten Kriegsherrn blindlings attackieren müsse, auch wenn ihm Eltern und Geschwister gegenüberstehen sollten.

Rekrutenvereidigung, 20. November 1890.

Niemand kann ein guter Soldat sein, wenn er nicht zugleich ein guter Christ ist.

Vereidigung der Rekruten in Potsdam, 23. November 1891.

Ihr habt mir Treue geschworen, das, Kinder meiner Garde, heißt, ihr seid jetzt Soldaten, ihr habt euch mir mit Leib und Seele ergeben; es gibt für euch nur einen Feind, und der ist mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, daß ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen — was Gott verhüten möge — aber auch dann müßt ihr meine Befehle ohne Murren befolgen.

Fahnennagelung, 18. April 1891.

Der Soldat und die Armee, nicht Parlamentsmajoritäten und Beschlüsse haben das Deutsche Reich zusammengeschmiedet. Mein Vertrauen beruht auf der Armee.

Rekrutenvereidigung, 16. November 1893.

Ich brauche christliche Soldaten, die ihr Vaterunser beten. Der Soldat soll nicht seinen Willen haben, sondern ihr sollt alle einen Willen haben, und das ist mein Wille; es gibt nur ein Gesetz, und das ist mein Gesetz.

Vereidigung der Marinerekruten in Kiel, 3. Dezember 1894.

Ihr tragt des Kaisers Rock. Ihr seid dadurch den anderen Menschen vorgezogen und gleichgestellt den Kameraden der Armee und Marine. Ihr nehmt eine besondere Stelle ein und nehmt Pflichten auf euch.

Parademahl, 2. September 1895.

In die hohe große Festfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazu gehört. Eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allver-

ehrten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesamte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, so rufe ich Sie, um der hochverräterischen Schar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen.

Bei den Breslauer Kürassieren, 2. Dezember 1895.

Je mehr man sich hinter Schlagworte und Parteirücksichten zurückzieht, desto fester und sicherer rechne ich auf meine Armee, und desto bestimmter hoffe ich, daß meine Armee, sei es nach außen, sei es nach innen, meiner Wünsche und meiner Winke gewärtig sein wird. Daß dem so sei, dafür vertraue ich dem Geiste, der auch in diesem Regiment lebt, und ich greife dabei auf ein Wort zurück, das mein hochseliger Herr Großvater einst sprach, als er in Koblenz nach der schweren Zeit von 1848 ans Land stieg und bei dem großen feierlichen Empfange das Offizierkorps stehen sah, indem er, auf sie hinweisend, sagte: Das sind die Herren, auf die ich mich verlasse.

Rekrutenvereidigung, 18. November 1897.

Vielen von euch wird die Versuchung nahen in eurer Dienstzeit. Tritt sie an euch heran, so weist sie von euch im Hinblick auf euren Fahneneid, im Hinblick auf euren Rock, der der Rock des Königs ist. Wer gegen den Rock des Königs etwas tut, dem stehen die schwersten Strafen in Aussicht. Eure Aufgabe ist es nun, treu zu mir zu halten und unsere höchsten Güter zu verteidigen, sei es gegen einen Feind nach außen oder nach innen, zu gehorchen, wenn ich euch befehle und nicht zu weichen von mir.

Ansprache an die Leibregimenter in Potsdam, 16. Juni 1898.

Mit schweren Sorgen übernahm ich die Krone. Überall wurde an mir gezweifelt, überall stieß ich auf falsche

Beurteilung, nur eine hatte zu mir Vertrauen, eine glaubte an mich, das war die Armee, und, auf sie gestützt, im Vertrauen auf unseren alten Gott, übernahm ich mein schweres Amt, wohl wissend, daß die Armee die Hauptstütze meines Landes, die Hauptsäule des preußischen Thrones sei, auf den mich Gottes Beschluß berufen.

Ansprache an das Kaiser Alexanderregiment, 28. März 1901.

Wie eine feste Burg ragt eure neue Kaserne in der nächsten Nähe des Schlosses auf, das ihr in erster Linie zu schützen stets bereit sein werdet. Das Kaiser-Alexanderregiment ist berufen, gewissermaßen als Leibwache, Tag und Nacht bereit zu sein, um für den König und sein Haus, wenn es gilt, Blut und Leben in die Schanze zu schlagen. Und wenn jemals wieder in dieser Stadt eine Zeit wie damals kommen sollte, eine Zeit der Auflehnung gegen den König, dann bin ich überzeugt, wird das Regiment Alexander alle Unbotmäßigkeit und Ungehörigkeit wider seinen königlichen Herrn nachdrücklich in die Schranken zurückweisen.

In diesem Sinne und Geiste sind ungefähr sämtliche Ansprachen des Kaisers in militärischem Kreise gehalten, soweit sie sich auf die grundsätzliche Haltung der Truppen beziehen. Zur Armee kommt dann der preußische Adel als eine weitere Stütze des Throns. Die Begehrlichkeit der agrarischen Junker hat es dem Kaiser nicht immer leicht gemacht, sich mit ihnen zu verständigen. Aber er hat die Auseinandersetzung mit dem Adel stets als eine Art häuslichen Zwistes behandelt, die eigentlich die anderen nichts angehe. Wie schon oben das Wort zitiert wurde: „Eine Opposition preußischer Adliger gegen ihren König ist ein Unding", wie der Kaiser das Wort von

den „Edelsten der Nation" geprägt hat, so forderte er den ostpreußischen Adel auf, sich nicht der Mittel der „gewerbsmäßigen Oppositionsparteien" zu bedienen, sondern „in vertrauensvoller Aussprache zu ihrem Souverän" ihre Sache zu führen.

„Meine Tür ist allezeit einem jeden meiner Untertanen offen und willig leihe ich ihm Gehör. Das sei fortan Ihr Weg, und als ausgelöscht betrachte ich alles, was geschah!"

Die Ostpreußen kamen denn auch nach Berlin und wurden gnädig empfangen. Ihnen folgte am 18. Februar 1895 eine Abordnung des Bundes der Landwirte, desselben Bundes, der kurz vorher erst noch unter die Sozialdemokraten gehen wollte, und nahm folgenden Huldbeweis mit heim:

„An dem heutigen Tage haben Sie gleich wie meine Ostpreußen dieses Vergehen wieder gutgemacht."

Wie der Adel, so kann sich auch der Korpsstudent eines besonderen Wohlwollens des Kaisers rühmen, wobei die Bonner Borussen, die den Kaiser zu ihren alten Herren zählen, in der ersten Reihe stehen. Ihnen galten die nachfolgenden Auslassungen des Kaisers:

Kommers des Bonner S. C., 7. Mai 1891.

Es ist meine feste Überzeugung, daß jeder junge Mann, der in ein Korps eintritt, durch den Geist, welcher in demselben herrscht, und mit diesem Geist seine wahre Richtung im Leben erhält. Denn es ist die beste Erziehung, die ein junger Mann für sein späteres Leben bekommt. Und wer über die deutschen Korps spottet, der kennt ihre wahre Tendenz nicht.

Beim Antrittskommers des Bonner S. C., 25. April 1901.

Ich hoffe und erwarte von der jungen Generation, daß sie mich in den Stand setzen wird, unser deutsches Vaterland in seiner engen, festen Begrenzung, im Gefüge der germanischen Rasse zu erhalten, niemandem zuliebe, niemandem zuleide. Wenn aber je uns jemand zu nahetreten sollte, dann werde ich an Sie appellieren, und ich erwarte, daß Sie mich nicht sitzen lassen.

Nicht minder entschieden betont der Kaiser die Notwendigkeit der Religion zum Schutz und zur Stütze des Throns. Die Rede, die der Kaiser im November 1910 bei seinem Besuch des Klosters Beuron gehalten hat, hat die Zusammengehörigkeit von Thron und Altar besonders stark unterstrichen, und sie sei deshalb hier in ihrem interessantesten Teil wiedergegeben:

„Was ich von Ihnen erwarte, ist, daß Sie in den Bahnen Ihrer Vorfahren weiterarbeiten und mich unterstützen in meinen Bestrebungen, dem Volke die Religion zu erhalten. Dies ist um so wichtiger, als das zwanzigste Jahrhundert Gedanken ausgelöst hat, deren Bekämpfung nur mit Hilfe der Religion und mit Unterstützung des Himmels siegreich durchgeführt werden kann. Das ist meine feste Überzeugung. Die Krone, die ich trage, kann hier nur dann einen Erfolg verbürgen, wenn sie sich gründet auf das Wort und die Persönlichkeit des Herrn. Als Symbol dafür habe ich das Kreuz in diese Kirche gestiftet, um damit, wie ich es in meinem Handschreiben gesagt habe, zu beweisen, daß die Regierungen der christlichen Fürsten nur im Sinne des Herrn geführt werden können, und daß sie helfen sollen, den religiösen Sinn, der den Germanen angeboren ist, zu stärken und die Ehrfurcht vor Altar und Thron zu vermehren. Beide gehören zusammen und dürfen nicht getrennt werden. Darum fördere ich von

ganzem Herzen die Bestrebungen, die Sie verfolgen. Wie bisher, werde ich Ihnen auch in Zukunft meine Huld und meinen Schutz bewahren."

Etwas neues enthält indessen auch diese Rede nicht, wie die nachstehende Zusammenstellung zur Genüge zeigt:

Im Lutherhause in Wittenberg, 31. Oktober 1892.

Es gibt in Glaubenssachen keinen Zwang. Hier entscheidet allein die freie Überzeugung des Herzens, und die Erkenntnis, daß sie allein entscheidet, ist die gesegnete Frucht der Reformation. Wir Evangelischen befehden niemand um seines Glaubens willen.

Telegramm an Hinzpeter, 28. Februar 1896.

Stöcker hat geendet, wie ich es vor Jahren vorausgesagt habe. Politische Pastoren sind ein Unding. Wer Christ ist, der ist auch sozial, christlich-sozial ist Unsinn und führt zur Selbstüberhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christentum schnurstracks zuwiderlaufend. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiel lassen, derweil sie das gar nichts angeht.

In Aachen, 19. Juni 1902.

Ob wir moderne Menschen sind, ob wir auf diesem oder jenem Gebiet wirken, das ist einerlei. Wer sein Leben nicht auf die Basis der Religion stellt, der ist verloren. So will auch ich, da an diesem Tage und an diesem Orte es sich ziemt, nicht nur zu reden, sondern auch zu geloben, mein Gelöbnis dahin aussprechen, daß ich das ganze Reich, das ganze Volk, mein Heer, symbolisch durch diesen Kommandostab vertreten, mich selbst und mein Haus unter das Kreuz stelle und unter den Schutz dessen, von dem der große

Apostel Petrus gesagt hat: „Es ist in keinem andern Heil, es ist auch kein anderer Name den Menschen gegeben worden, darin sie sollen selig werden," und der von sich selbst gesagt hat: „Himmel und Erde werden vergehen, aber meine Worte vergehen nicht."

In Memel, 23. September 1907.

Als die schweren Schicksalsschläge das Volk trafen, hat es nicht, wie sonst wohl in der Geschichte der Völker geschehen, sich emporgebäumt in Undankbarkeit gegen das Herrscherhaus, sondern hat sich, dem Beispiel des hohen Königspaares folgend, unterworfen und hat in seiner Ergebung anerkannt, daß die strafende Hand Gottes ihm eine Prüfung auferlegt habe. Diese Erkenntnis hat das Volk zur Einkehr geführt, und die Einkehr hat zur Folge gehabt, daß es sich auf das Wort Gottes besann, mit einem Wort, daß es zur Religion zurückkehrte.

Indessen ergibt sich hieraus immerhin zugleich, daß der Kaiser auf religiösem Gebiet kein Freund des Zwanges ist. Auch hat er gerade wegen seiner starken theologischen Neigungen mehr als einmal versucht, sich seinen eigenen Vers über die Grundlagen des Christentums zu machen. Besonders die Vorträge von Professor Delitzsch über seine assyrischen Ausgrabungen regten den Kaiser an, und so schrieb er denn im Februar 1903 seinen bekannten Brief an den Admiral Hollmann, in dem er den Umfang und Inhalt der Offenbarung untersuchte. Der Kaiser kam dabei zu der Schlußfolgerung:

a) Ich glaube an Einen, Einigen Gott.

b) Wir Menschen brauchen, um ihn zu lehren, eine Form, zumal für unsere Kinder.

c) Diese Form ist bisher das Alte Testament in seiner jetzigen Überlieferung gewesen. Diese Form wird unter der Forschung und den Inschriften und Gra-

bungen sich entschieden wesentlich ändern; das schadet nichts, auch daß dadurch viel vom Nimbus des auserwählten Volkes verloren geht, schadet nichts. Der Kern und Inhalt bleibt immer derselbe, Gott und sein Wirken!

Nie war Religion ein Ergebnis der Wissenschaft, sondern ein Ausfluß des Herzens und Seins des Menschen aus seinem Verkehr mit Gott.

Das ist an sich eine rein persönliche, und noch dazu eine recht subjektive Erkenntnis. Aber sie gehört insofern hierher, als sie zeigt, daß sich der Kaiser nicht auf ein bestimmtes Dogma festgelegt hat, was für die kirchliche Entwicklung, wenigstens des Protestantismus, nicht ohne Bedeutung war. Auf die katholische Kirche hat freilich der Kaiser nicht die geringste Wirkung ausüben können, und es ist bemerkenswert, daß er trotz der ihm gewiß wenig sympathischen Borromäusenzyklika und des Modernisteneides auch die katholische Kirche als Stütze des Throns in Anspruch nimmt.

Im Gegensatz zum Heer, zum Adel und zur Kirche sieht Wilhelm II. in der Sozialdemokratie den eigentlichen Feind. Auch in dieser Beziehung ist er sich treu geblieben. Der Kampf gegen den Umsturz zieht sich wie der rote Faden durch seine Kundgebungen hindurch, wobei freilich Zeiten größerer Agressivität mit Zeiten größerer Zurückhaltung abwechselten. Nachstehend einige Äußerungen des Kaisers auf diesem Gebiet:

Empfang der Abordnung westfälischer Bergarbeiter, 14. Mai 1889.

Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind.

Beim Grafen Caprivi, 13. Februar 1891.

Für mich gibt es nur zwei Parteien; die staatserhaltende und die ihr entgegengesetzte.

Erlaß zur fünfundzwanzigjährigen Siegesfeier, 7. September 1895.

Ein Volk, welches so seine Toten ehrt, und so seiner Vergangenheit gedenkt, wird — das hoffe ich mit Zuversicht — allezeit treu zu Kaiser und Reich stehen, und sich auch jener vaterlandslosen Feinde der göttlichen Weltordnung erwehren, die selbst in diesen Tagen nationaler Begeisterung dreist ihr Haupt erheben und sich nicht gescheut haben, das Andenken des großen Kaisers zu schmähen und dadurch das deutsche Volk in seinen edelsten Erinnerungen und Empfindungen zu verletzen.

Telegramm an den Statthalter von Elsaß-Lothringen, 13. Oktober 1895.

Wieder ein Opfer mehr der von den Sozialisten angefachten Revolutionsbewegung! Wenn unser Volk sich doch ermannte!

Brandenburgischer Provinziallandtag, 26. Februar 1897.

Diese Aufgabe ist der Kampf gegen den Umsturz mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. Diejenige Partei, die es wagt, die staatlichen Grundlagen anzugreifen, die gegen die Religion sich erhebt und selbst nicht vor der Person des allerhöchsten Herrn Halt macht, muß überwunden werden. Ich werde mich freuen, jedes Mannes Hand in der meinen zu wissen, sei er Arbeiter, Fürst oder Herr — wenn mir nur geholfen wird in diesem Gefechte.

Ansprache in der Schiffbautechnischen Gesellschaft, 5. Dezember 1899.

Die Sozialdemokratie betrachte ich als eine vorübergehende Erscheinung; sie wird sich

austoben. Sie müssen aber Ihren Schülern die sozialen Pflichten gegen die Arbeiter klarmachen und die großen allgemeinen Aufgaben nicht außer acht lassen.

In Essen bei der Beisetzung Friedrich Krupps, 26. November 1902.

Er ist ein Opfer seiner unantastbaren Integrität geworden. Eine Tat ist in deutschen Landen geschehen, so niederträchtig und gemein, daß sie aller Herzen erbeben gemacht und jedem deutschen Patrioten die Schamröte auf die Wange treiben mußte über die unserem ganzen Volke angetane Schmach. . . Diese Tat mit ihren Folgen ist weiter nichts als Mord; denn es besteht kein Unterschied zwischen demjenigen, der den Gifttrank einem anderen mischt und kredenzt, und demjenigen, der aus dem sicheren Versteck seines Redaktionsbureaus mit den vergifteten Pfeilen seiner Verleumdungen einen Mitmenschen um seinen ehrlichen Namen bringt und ihn durch die hierdurch hervorgerufenen Seelenqualen tötet. Wer war es, der diese Schandtat an unserem Freunde beging? Männer, die bisher als Deutsche gegolten haben, jetzt aber dieses Namens unwürdig sind. . . Wer nicht das Tischtuch zwischen sich und diesen Leuten zerschneidet, legt moralisch gewissermaßen die Mitschuld auf sein Haupt.

Zu einer Arbeiterabordnung in Breslau, 5. Dezember 1902.

Jahrelang habt ihr und eure deutschen Brüder euch durch die Agitatoren der Sozialisten in dem Wahne erhalten lassen, daß, wenn ihr nicht dieser Partei angehörtet und euch zu ihr bekenntet, ihr für nichts geachtet und nicht in der Lage sein würdet, euren berechtigten Interessen Gehör zu verschaffen zur Verbesserung eurer Lage. Das ist eine grobe Lüge und ein schwerer Irrtum. Statt euch objektiv zu vertreten, haben diese Agitatoren euch aufzuhetzen versucht gegen eure Arbeitgeber, die anderen Stände, gegen Thron und Altar, und

euch zugleich auf das rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet, um ihre Macht zu stärken. . . Mit solchen Menschen könnt und dürft ihr als ehrliebende Männer nichts mehr zu tun haben und nicht mehr von ihnen euch leiten lassen. Nein! Sendet uns eure Freunde und Kameraden aus eurer Mitte, den einfachen, schlichten Mann aus dem Volke, der Werkstatt, der euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung; der stehe ein für eure Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn willkommen heißen als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterstandes, nicht als Sozialdemokraten.

Daß in dieser schroff ablehnenden Stellung des Kaisers zur Sozialdemokratie in der späteren Zeit irgend eine Änderung eingetreten sei, dafür liegen nicht die geringsten Anzeichen vor. Und gerade in der letzten Zeit haben die preußischen Konservativen unter der Führung des Herrn von Heydebrand wieder den Ruf nach „Schutzgesetzen" gegen die sozialdemokratische Partei erhoben, was sie schwerlich getan hätten, wenn sie nicht überzeugt wären, damit an der höchsten Stelle Eindruck zu machen.

Die eigenartige Mischung religiöser und militärischer Vorstellungen, die sich so vielfach in dem öffentlichen Hervortreten des Kaisers dokumentiert, kommt auch bei seinen persönlichen Eingriffen in die auswärtige Politik des Reiches zum Ausdruck. Am deutlichsten trat sie bei der Chinaexpedition hervor. Haftete ihr doch von Anfang ein romantischer Zug an, der einigermaßen an die Stimmung während der Kreuzzüge erinnerte, nur daß diesmal an die Stelle des falschen Propheten Mohammed der falsche Prophet Buddha getreten war. Das bekannte Knackfußsche Bild mit dem in

Wolken heranziehenden Götzen Buddha, der, die „gelbe Gefahr" verkörpernd, die europäischen Nationen bedroht und nur in dem gewappneten Vertreter des Deutschtums einen ebenbürtigen Gegner findet, ist für diese Stimmung bezeichnend, und noch mehr die Unterschrift des Kaisers: „Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter". Aber auch in den temperamentvollen Ansprachen, mit denen der Kaiser die Truppen nach China entließ, kehren ganz ähnliche Gedankenreihen mehrfach wieder. In dieser Beziehung verdienen folgende Bemerkungen zusammengestellt zu werden:

Bei der Abreise des Prinzen Heinrich nach Ostasien, 15. Dezember 1897.

Möge einem jeden Europäer draußen, dem deutschen Kaufmann draußen, vor allen Dingen dem Fremden draußen, auf dessen Boden wir sind, oder mit dem wir zu tun haben werden, klar sein, daß der deutsche Michel seinen mit dem Reichsadler geschmückten Schild fest auf den Boden gestellt hat, um dem, der ihn um Schutz angeht, ein für allemal diesen Schutz zu gewähren. Sollte es aber je irgendeiner unternehmen, uns an unserem guten Recht kränken zu wollen, dann fahre darein mit gepanzerter Faust.

Ansprachen bei der Abfahrt der nach Ostasien abgehenden Truppen, 2. Juli 1900.

Mitten in den tiefsten Frieden hinein ist die Brandfackel des Krieges geschleudert worden. Die deutsche Fahne ist beleidigt, und dem Deutschen Reiche Hohn gesprochen worden. Das verlangt exemplarische Bestrafung und Rache. Ich sende euch hinaus, das Unrecht zu rächen, und ich werde nicht eher ruhen, als bis die deutschen Fahnen vereint mit denen der anderen Mächte siegreich über den chinesischen wehen und auf den Mauern Pekings aufgepflanzt, den Chinesen den Frieden diktieren.

Beim Stapellauf des Linienschiffes „Wittelsbach", 3. Juli 1900.

Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe. Der Ozean beweist, daß auf ihm und in der Ferne jenseits von ihm ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf. Unser deutsches Volk hat vor dreißig Jahren unter der Führung seiner Fürsten nicht gesiegt und geblutet, um sich bei großen auswärtigen Entscheidungen beiseite schieben zu lassen.

27. Juli 1900.

Ihr wißt es wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht, führt eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr wagt, einen Deutschen scheel anzusehen.

An Bord der „Prinzessin Viktoria Luise", 18. Juni 1901.

Wir haben uns, trotzdem wir noch keine Flotte haben, so wie sie sein sollte, den Platz an der Sonne erkämpft. Es wird nun meine Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß dieser Platz an der Sonne uns unbestritten erhalten bleibt, damit ihre Strahlen befruchtend wirken können auf den Handel und Wandel nach außen, die Industrie und die Landwirtschaft nach innen und auf den Segelsport in den Gewässern, denn unsere Zukunft liegt auf dem Wasser. Je mehr Deutsche auf das Wasser hinauskommen, sei es auf der Reise über den Ozean oder im Dienste der Kriegsflagge, desto besser ist es für uns. Denn hat der Deutsche erst einmal gelernt, seinen Blick auf das Weite, Große zu richten, so verschwindet das Kleinliche, das ihn im täglichen Leben hin und wieder umfängt. . . Ich kann mich als Oberhaupt des Reiches nur über jeden Hanseaten freuen, welcher hinausgeht und mit weitem Blick neue Punkte sucht, wo wir einen Nagel einschlagen können, um unser Rüstzeug daran aufzuhängen.

Telegramm an den Grafen Goluchowski, 12. April 1906.

Eine schöne Tat des Bundesgenossen! Sie haben sich als brillanter Sekundant auf der Mensur erwiesen und können gleichen Dienstes in gleichem Falle auch von mir gewiß sein.

Ansprache vom Fenster des Berliner Schlosses, Nacht zum 6. Februar 1907.

Sie haben an dem heutigen Tage wohl alle mitgearbeitet und dadurch bewiesen, daß das Wort unseres Reichskanzlers richtig ist: Wenn Deutschland will, kann es reiten. Ich hoffe, daß dies nicht bloß für den heutigen Tag zutrifft, sondern daß in Zukunft, wenn alle Stände und alle Konfessionen zusammenhalten, sie nicht nur reiten können, sondern auch alles niederreiten, was sich uns in den Weg stellt.

Ansprache als Ehrenbailli des Maltheserordens, 12. Februar 1907.

Ihr Gelübde bürgt mir dafür, daß Sie alle auch in dem Kampfe gegen den menschenfeindlichen Geist des Unglaubens und des Umsturzes sich als wahre Ordensritter erweisen werden.

Neben diesen romantischen Vorstellungen und Auffassungen, die oft genug die praktische deutsche Politik beeinflußt haben, geht indessen beim Kaiser ein sehr moderner Zug her, der sich besonders in seiner Wertschätzung der Wissenschaft überhaupt und der technischen Wissenschaften im besonderen ausdrückt. Er hat ein volles Verständnis dafür, daß Deutschland in den Industriestaat hineinwachsen muß. Deshalb hat er es freudig begrüßt, als es dem Grafen Caprivi gelang, die Bismarcksche Ära des Hochschutzzolles durch den Abschluß von Handelsverträgen zu überwinden.

Deshalb ist der Kaiser auch für die großzügige Durchführung eines mitteldeutschen Kanalnetzes eingetreten, wenngleich es ihm nicht gelungen ist, auf diesem Gebiet den Widerstand des rückständigen preußischen Junkertums völlig zu überwinden. Deshalb interessiert er sich für alles, was mit der See zusammenhängt, nicht bloß für die Kriegsflotte, sondern auch für den überseeischen Verkehr. Es ist kaum ein großes Schiff unserer führenden Reedereien vom Stapel gelaufen, das er nicht persönlich besichtigt hätte. Und man wird, um ihm gerecht zu werden, zugeben müssen, daß diese Gunst, die er dem großen transatlantischen Verkehr zugewendet hat, mit dazu beitrug, die deutsche Schiffahrt vorwärts zu bringen. Einige Worte des Kaisers, die sich auf diese Gebiete beziehen, verdienen gleichfalls erwähnt zu werden.

Nach der Annahme der Handelsverträge, 18. Dezember 1891.

Ich glaube, daß die Tat, die durch Einleitung und Abschluß der Handelsverträge für alle Mit- und Nachwelt als eines der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse dastehen wird, geradezu eine rettende Tat zu nennen ist. Der Reichstag in seiner Mehrheit hat gezeigt, daß er den weiten politischen Blick dieses Mannes (des Grafen Caprivi) erkennt und sich ihm anschließt, und es wird dieser Reichstag sich einen Mark- und Denkstein in der Geschichte des Deutschen Reiches damit gesetzt haben. Ich bin überzeugt, nicht nur unser Vaterland, sondern Millionen von Untertanen der anderen Länder, die mit uns bei dem großen Zollverband stehen, werden dereinst diesen Tag segnen.

An Stephan, 7. Januar 1891.

Die Welt im neunzehnten Jahrhundert steht im Zeichen des Verkehrs. Er durchbricht die Schran-

ken, welche die Völker trennen und knüpft zwischen den Nationen neue Beziehungen an.

Kanaleinweihung in Dortmund, 11. August 1899.

Das Werk, das ich soeben besichtigt habe, ermöglicht hoffentlich der Stadt Dortmund, wieder ihren Flug über die See zu nehmen, wie sie ihn einstmals genommen hat. Nur möchte ich glauben, daß der Kanal, wie er augenblicklich anzusehen ist, nur ein Teilwerk ist. Er ist aufzufassen in Verbindung mit dem großen Mittellandkanal, den zu bauen und zur Durchführung zu bringen, meine Regierung und ich fest und unerschütterlich entschlossen sind. . . Was als Rückhalt der Hansa fehlte, ein starkes, geeintes, einem Willen gehorchendes Reich, haben wir durch die Gnade des Himmels und die Taten meines Herrn Großvaters wieder errungen, und diese Macht soll auch für dieses Werk mit voller Wucht eingesetzt werden. Dafür werde ich stehen.

Sucht man sich ein Gesamtbild des Kaisers zu machen, soweit es sich auf seine politische Betätigung bezieht, so wird man wohl eine eigenartige Mischung von romantischen und modernen Ideen bei ihm finden, aber an sich ist der politische Charakter Wilhelms II. durchaus nicht besonders kompliziert. Nur sein lebhaftes Interesse für alle möglichen Gebiete des öffentlichen Lebens, und die Tatsache, daß er in seinen Neigungen bisweilen etwas schroff gewechselt hat, was aber Privatleuten auch passiert, haben den Eindruck erweckt, daß er sprunghaften Entschlüssen nicht abgeneigt sei. Doch das bezieht sich nur auf Äußerlichkeiten. Wie denn wohl jeder Fürst durch den Zwang der Dinge genötigt wird, sich den Umständen bis zu einem gewissen Grade anzupassen, und vielleicht diejenigen, die am selbstherrlichsten zu sein glauben, am meisten. So konnte

es kommen, daß der Kaiser persönlich für den Zickzackkurs verantwortlich gemacht worden ist, den allerdings die deutsche Politik in diesen zwanzig Jahren fast unaufhörlich gefahren ist. Doch liegt der Grund vielleicht gerade darin, daß wir kein festes Regierungssystem haben, sondern zwischen Absolutismus und Konstitutionalismus hilflos und manchmal auch ratlos hin- und herschwanken. Mehr als einmal gelang es dem Kaiser, den Reichswagen in seine Richtung zu ziehen. Dann wurde er wieder von Kliquen, bisweilen auch von den Parteien des Reichstages, in die andere Richtung gedrängt. So wurde man fast nie das Gefühl einer schlimmen Verwirrung völlig los. Aber die politische Tendenz des Kaisers ist gar nicht unklar. Er hat ja selbst auch oft genug gesagt, wie er die Zustände auffaßt, und wo nach seiner Meinung die Abhilfe zu suchen sei. Vielleicht mag die Komposition des politischen Charakters des Kaisers, diese Verbindung der Selbstherrlichkeit und des Gottesgnadentums mit modernem Verständnis für die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des neuen Reichs etwas ungewöhnlich anmuten. Sie erklärt sich aber zur Genüge, wenn man einmal die Traditionen berücksichtigt, unter denen der Kaiser aufgewachsen ist, und wenn man auf der anderen Seite in Betracht zieht, daß er viel in der Welt umhergekommen ist und die Tatsachen des modernen Lebens auf sich wirken ließ. Jedenfalls, so wie Wilhelm II. heute ist, ist er immer seiner ganzen Anlage nach gewesen; so wird er auch bleiben. Damit kann die Nation als mit einer festen Tatsache rechnen. Und wenn sich Schäden und Mängel herausstellen, die überwunden werden müssen, dann wird man gut tun, sich

nicht etwa in Illusionen darüber zu ergehen, ob man nicht vom schlecht unterrichteten Kaiser an den besser zu unterrichtenden appellieren solle, sondern man wird den Hebel bei den Institutionen einsetzen müssen, um Zustände zu schaffen, wie sie sich für ein großes und mündiges Volk gebühren. Und wie immer die Persönlichkeit des Kaisers zu werten sein möge, noch heute gilt Uhlands Wort:

Noch ist kein Fürst so hochgefürstet,
So hochgestellt kein ird'scher Mann,
Daß, wenn die Welt nach Freiheit dürstet,
Er sie mit Freiheit tränken kann.

Bethmann Hollweg

Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode.
Shakespeare.

Es war am 10. Februar 1910. Auf der Tagesordnung des überfüllten preußischen Abgeordnetenhauses stand die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage. Der Ministerpräsident Herr von Bethmann Hollweg erhielt zuerst das Wort. Ehe er indessen zu sprechen begann, wurde er von dem halben Dutzend sozialdemokratischer Abgeordneten mit lauten Pfuirufen überschüttet, die sich immer wiederholten. Von der Rechten und aus der Mitte rief man wieder gegen die Sozialdemokraten „Pfui!" und „Raus!" Aber es dauerte eine ganze Zeit, ehe der Sturm sich legte. Herr von Bethmann Hollweg stand wie versteinert da. Er wußte sich offenbar nicht zu helfen und wartete deshalb mit ängstlichem Gesicht, bis endlich der amtierende Präsident die Ruhe wieder hergestellt hatte. Dann begann er seine berüchtigte Wahlrechtsrede, die das politische Charakterbild dieses Mannes für alle Zeit bestimmen wird. Die Sozialdemokratie schreit „Pfui!" und die Blauen und Schwarzen rufen der Opposition ihr „Ruhe!" und „Raus!" zu — ein kleines Bild der heutigen Zustände in der preußischen Monarchie.

Merkwürdig, daß man eigentlich von Herrn von Bethmann Hollweg mehr erwartet hatte. Und zwar nicht bloß die Konservativen, sondern auch so mancher Liberale, der ihn näher zu kennen glaubte. Geleistet hatte Herr von Bethmann eigentlich in keiner Situation etwas besonderes. Aber er fiel immer angenehm

auf. Schon daß einmal ein Bethmann preußischer Minister gewesen war, ließ Herrn Theobald von Bethmann Hollweg fast als prädestinierten preußischen Minister erscheinen. Auch hatte er schon als Mitglied des Bonner Korps der Borussen Gelegenheit, dem Kaiser persönlich bekannt zu werden. Da er offenbar immer sehr strebsam war, so wurde ihm die preußische Verwaltungslaufbahn nicht schwer. Schon mit 43 Jahren wurde er Oberpräsident in Brandenburg, und schon damals soll der Kaiser zu ihm gesagt haben: „Sie sind mein künftiger Minister des Innern“. Tatsächlich hätte es Herr von Bethmann Hollweg schon im Jahre 1901 werden können. Aber er hätte es dann auch mit den Konservativen verderben müssen. Daran dachte er nicht; er wartete eine günstigere Zeit ab. Sie kam im Jahre 1905. Nun Herr von Bethmann Hollweg wirklich Minister des Innern geworden war, hätte er eigentlich Gelegenheit gehabt, zu zeigen, daß er etwas konnte. Er verstand es auch ganz ausgezeichnet, sich wieder in den Vordergrund zu schieben, indem er seine schöne Rede über den Philosophen Kant hielt und ihn als Kronzeugen einer aristokratischen Weltanschauung mißbrauchte. Doch alle Welt war nicht etwa entrüstet über die mißverständliche Auffassung der Kantschen Philosophie, sondern wunderte sich baß, daß ein preußischer Minister überhaupt eine Ahnung von Kant hatte und ihn zu zitieren wagte. So etwas war lange nicht dagewesen, da bei uns das Banausentum nirgends größer ist als unter den höheren und höchsten preußischen Beamten. Hat es doch mehr als einen preußischen Minister im letzten Jahrzehnt gegeben, der weder richtig deutsch schreiben noch auch nur sprechen konnte!

Hat es doch Minister gegeben, die in langen Jahren ihrer Tätigkeit nicht eine einzige Zeile geschrieben und sich nur durch ihre Namensunterschrift in den Akten ihrer Ministerien verewigt haben! Im Lande der Blinden ist der Einäugige König; und so kam Herr von Bethmann Hollweg zu der sehr unverdienten Ehre, ein Philosoph zu sein, weil er einmal den Namen Kants irrtümlich im Munde geführt hatte.

Sonst war die Tätigkeit Bethmanns als Minister des Innern äußerst dürftig. Und wer schon damals der Ansicht war, daß der preußische Fortschritt durch eine umfassende Wahlreform bedingt sei, der konnte sich über die politischen Qualitäten des Herrn von Bethmann Hollweg eigentlich nicht täuschen. Denn Herr von Bethmann Hollweg brachte damals schon eine Wahlrechtsnovelle ein, aber eine so winzige und mangelhafte, daß man über die Tendenz dieses Ministers des Innern nicht länger im Zweifel sein konnte. Er begnügte sich damit, zehn neue Wahlkreise durch eine Zerschlagung und Teilung einiger Riesenwahlkreise zu schaffen und einige formale Änderungen am Wahlreglement vorzunehmen, aber es fiel ihm nicht im Traum ein, am Dreiklassenwahlrecht zu rühren oder die öffentliche Wahl zu beseitigen oder auch nur die ungerechte Wahlkreiseinteilung systemathisch zu korrigieren. Elendestes Flick- und Stückwerk war das Kennzeichen dieser ersten Reform. Sie ließ eigentlich schon einen genügenden Schluß auf alles zu, was etwa Herr von Bethmann Hollweg noch auf dem Gebiet des preußischen Wahlrechts leisten könnte.

Unterdessen aber stieg Herr von Bethmann Hollweg weiter die Treppe hinauf, als hätte er sich durch

die vollgültigsten Leistungen zum Staatsmann qualifiziert. Als Posadowsky abgesägt wurde, schob ihn Fürst Bülow in das Reichsamt des Innern und machte ihn obendrein zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, um auf diese Weise seine politische Auffassung stärker als bisher im preußischen Ministerium vertreten zu sehen. Offenbar war es ihm darum zu tun, dem Einfluß des mächtigen Finanzministers von Rheinbaben ein Gegengewicht gegenüberzustellen, was ihm ja auch bis zu einem gewissen Grade gelungen zu sein scheint. Denn was man auch sagen mag: Herr von Bethmann Hollweg erwies sich als sehr brauchbar und machte sich als eigentlicher Sprechminister des konservativ-liberalen Blocks nicht übel. Ohne sich etwas zu vergeben, wußte er doch den Eindruck zu erwecken, daß er mit dem Fürsten Bülow ein Herz und eine Seele sei, und daß ihm die Blockpolitik wie auf den Leib geschnitten säße. Geleistet hat freilich Herr von Bethmann Hollweg auch in dieser Position nicht allzu viel, da er beim Reichsvereinsgesetz wohl nur die formale Leitung der Beratungen hatte. Immerhin kargte er in dieser Zeit nicht mit Liebenswürdigkeiten an die Adresse des Liberalismus. Auf sozialem Gebiet freilich ist trotz mancher hübschen Verheißungen, die Herr von Bethmann Hollweg gelegentlich gab, seine Zeit als Staatssekretär des Innern sehr unfruchtbar gewesen. Die sozialpolitische Gesetzgebung sollte, wie er versprach, nicht ins Stocken geraten. Aber er kam zu nichts. Und die neue Reichsversicherungsordnung ist unter ihm auch nicht fertig geworden. Man muß sogar hinzufügen: glücklicherweise, da diese Vorlage nur

in die soziale Gesetzgebung hineinpfuscht, ohne daß man recht begreift, zu welchem Zweck, wenn nicht zu dem, an die Stelle der freien Selbstverwaltung das Schwergewicht der bureaukratischen Bevormundung zu setzen.

Wußte Fürst Bülow, als er zum Rücktritt gezwungen war, keinen besseren Ersatz oder wollte er zeigen, daß er doch nicht so leicht entbehrlich gewesen sei? Jedenfalls hat er Herrn von Bethmann Hollweg als seinen Nachfolger vorgeschlagen, und man darf wohl annehmen, daß der Kaiser schon den gleichen Plan hatte. Zum mindesten stand Herr von Bethmann Hollweg mit auf der kaiserlichen Liste, wenn auch nicht an erster Stelle. Nur war die große Schwierigkeit dabei, daß der neue Mann in irgend einer Weise auch die bösen Überreste der Reichsfinanzreform mit übernehmen mußte. Das Werk der Verbündeten Regierungen war von der konservativ-klerikalen Mehrheit in der schlimmsten Weise verunstaltet worden. Mit Mühe und Not war allerdings die geforderte halbe Milliarde aus allen Ecken und Enden zusammengekratzt worden, aber die Nachlaßsteuer war abgelehnt worden und gegen einzelne Steuervorschläge der reaktionären Mehrheit machten sich so schwere Bedenken geltend, daß man eigentlich einem neuen Mann nicht zumuten konnte, diese Erbschaft zu übernehmen. Hätte Herr von Bethmann Hollweg damals erklärt, daß er die Geschäfte des Reichskanzlers nur unter der Bedingung einer Revision der Steuerbeschlüsse des schwarz-blauen Blocks übernehmen könne, niemand hätte es ihm verdacht, und der Kaiser hätte ihm höchst wahrscheinlich die erforderliche Vollmacht erteilt. Aber Herrn von Bethmann Hollweg fiel es nicht im Traum

ein, ein Tänzchen mit dem blau-schwarzen Block zu wagen. Seine erste Tat als Reichskanzler war die Unterzeichnung der sämtlichen von den reaktionären Parteien beschlossenen neuen Reichssteuern, deren Gegenzeichnung Fürst Bülow abgelehnt hatte. Herr von Bethmann unterwarf sich dem Diktat der neuen Mehrheit, und er band sich damit selbst für alle Zukunft die Hände. Er, der der Sprechminister des Blockministeriums gewesen war, wurde nun der Geschäftsführer der blau-schwarzen Koalition. Nicht bloß die verbündeten Regierungen, auch Herr von Bethmann Hollweg persönlich hatte vor dem blau-schwarzen Block kapituliert. Die Herren von Heydebrand und Frhr. von Hertling waren zu seinen parlamentarischen Vorgesetzten avanziert.

Herr von Bethmann Hollweg fand sich mit erstaunlicher Leichtigkeit in die veränderte Situation. Allerdings, völlig konnte er nicht gut die Wünsche der Agrarier erfüllen. Sie drängten ihn immer wieder, doch endlich der sogenannten „Steuerhetze" entgegenzutreten, das heißt, sich auch noch zum Lobredner der neuen Steuern zu machen. Aber er sah wohl ein, daß diese Arbeit doch vergeblich sein würde, und er mußte sich auch sagen, daß er damit sich selbst desavouiert hätte, da er ja selbst für die Nachlaßsteuer eingetreten war und die Steuerverhandlungen im Sinne und Geiste des Fürsten Bülow geführt hatte. Auch mußte er immer mit der Möglichkeit rechnen, daß bei den kommenden Wahlen die Konservativen und Klerikalen in die Minderheit gedrängt werden würden, da an der Entrüstung der großen Masse des Volkes über die neuen indirekten Steuern ein Zweifel nicht wohl mög-

lich war. So wich Herr von Bethmann Hollweg dieser agrarischen Forderung zunächst wenigstens mit einer bemerkenswerten diplomatischen Geschicklichkeit aus. Um so entschiedener aber machte er es sich zur Aufgabe, die Geschäfte seiner reaktionären Mehrheit nach besten Kräften zu besorgen, im Reichstag so gut wie im preußischen Landtage.

Gleich die erste Rede, mit der sich Herr von Bethmann Hollweg am 9. Dezember 1909 im Reichstage einführte, kennzeichnete den Mann. Selbstverständlich wollte Herr von Bethmann Hollweg nichts davon wissen, daß er ein Minister des schwarz-blauen Blocks sei. Er stellte die kühne These auf, daß in Deutschland niemals eine Parteiregierung existieren werde. Das schlug schon deshalb den Tatsachen ins Gesicht, weil nicht bloß Fürst Bülow Parteiminister des konservativ-liberalen Blocks gewesen war, sondern auch Herr von Bethmann Hollweg selbst an maßgebender Stelle im Ministerium Bülow mitgearbeitet hatte. Aber mit dieser These sollte der Versuch gemacht werden, die grollenden Liberalen, und zwar vor allen Dingen die Nationalliberalen, wieder auf die Seite der Regierung und der reaktionären Parteien hinüberzuziehen. Dabei war doch das Bestreben Bethmann Hollwegs, den reaktionären Parteien um den Bart zu gehen, nicht zu verkennen, während er von den Liberalen einfach verlangte, daß sie dem „politischen Dualismus“ ein Ende machten, weil sie sonst auf ihre Tradition und auf ihre Ziele verzichten müßten. Es war ein merkwürdiger Eiertanz, den Herr von Bethmann Hollweg bei dieser Gelegenheit aufführte, um den liberalen Parteien, die doch nur an der Regierungsvorlage festgehalten hatten,

einige Vorhaltungen machen zu können, während er die Parteien, die den Fürsten Bülow zu Fall gebracht hatten, ängstlich zu schonen und zu schützen bemüht war.

In dieser Richtung arbeitete denn Herr von Bethmann Hollweg auch weiter. Er ließ nicht ab, die Nationalliberalen zu umwerben, aber er handelte im Sinne und Geiste der blau-schwarzen Koalition. In all der Zeit, die nun Herr von Bethmann Hollweg schon die Leitung der Reichsgeschäfte in der Hand hat, ist kaum ein Wort gefallen, das einen freieren Geist atmete, und erst recht ist keine Tat getan worden, die nicht völlig im Sinne der Konservativen und Klerikalen gewesen wäre. Ja selbst als der Hansabund sich gegen den agrarischen Boykott, der einen gemeingefährlichen Umfang angenommen hat, zur Wehr setzte, als er dann zum Kampf für die Interessen des Handels, des Gewerbes und der Industrie aufrief, da fand Herr von Bethmann Hollweg nur tadelnde Worte gegen den Hansabund, aber kein einziges gegen den Bund der Landwirte. Und da er nicht gut leugnen konnte, daß wenigstens in früheren Jahren die Agrarier der Regierung die gröbsten Schmähungen an den Kopf geworfen hatten, so konstatierte er doch, daß sie „gegenwärtig" Musterknaben seien. Allerdings, wer alles kriegt, was er verlangt, wer sich vergnügt die Hände reiben kann, weil ihm die Regierung noch mehr entgegenbringt, als er zu fordern gewagt hätte, der hat es nicht schwer, das artige Kind zu spielen.

In dieses System gehört die Wahlrechtsvorlage, mit der Herr von Bethmann Hollweg im Winter 1910 an den preußischen Landtag heran-

trat, folgerichtig hinein. Das „Pfui!", mit dem die Sozialdemokraten Herrn von Bethmann Hollweg am 10. Februar empfingen, war vielleicht etwas voreilig gewesen, aber man muß den sozialdemokratischen Abgeordneten zugestehen, daß sie den preußischen Ministerpräsidenten kannten und sich in ihrer Voraussetzung nicht geirrt hatten. Die damalige Wahlrechtsrede des Ministerpräsidenten ist für den Mann so charakteristisch, daß wenigstens einige Sätze daraus hier wiedergegeben werden müssen:

„Preußen läßt sich nicht in das Fahrwasser des Parlamentarismus schleppen, so lange die Macht seines Königtums ungebrochen ist. An der Macht dieses Königtums, dessen stolze Tradition es ist, ein Königtum für alle zu sein, wird nicht gerührt werden. . . Wem es darum zu tun ist, alle Anklänge an einen Klassenstaat zu beseitigen, wird mir zugeben, daß das Fragen der politischen Kultur und Erziehung sind, die viel weiter reichen, als die Fragen des Wahlsystems, und soweit sie mit dieser Form des Wahlsystems zusammenhängen, behaupte ich, daß politische Kultur und Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet ist. . . Man soll doch den Begriff dieser Unabhängigkeit nicht übertreiben. Unser ganzes Leben setzt sich aus Abhängigkeiten zusammen. Ganz frei, ganz unabhängig, sozusagen in der Luft schweben, ist ein Phantom. Die Abhängigkeit, die des Lebens Notdurft schafft, ist die „gottgegebene Abhängigkeit", von der Bismarck einmal sprach. . . Es ist für viele Kreise der praktische Wunsch dabei vorhanden, es möge Preußen durch ein modernes Wahlrecht so demokratisiert werden, daß im letzten Ende auch ein demokratischer Bundesrat die Geschicke des Reiches bestimmen möge. Das ist eine Entwicklungslinie, der wir widerstreben und der wir widerstreben müssen, gerade mit Rücksicht auf das im Reich geltende Wahlrecht."

Mit solchen Worten aus seinem eigenen Munde wird dieser Staatsmann zur Genüge gekennzeichnet. Nimmt man hinzu, daß er von der Demokratisierung des Parlamentarismus behauptet, es habe in allen Ländern dazu beigetragen, die politischen Sitten zu verflachen und zu verrohen und den Fortschrittsprozeß zu hemmen, so wird man sich über die eigentliche Tendenz des Herrn von Bethmann Hollweg nicht mehr im Zweifel sein können. Dabei wird man nicht einmal zugeben können, daß sich Herr von Bethmann Hollweg mit Recht auf den Fürsten Bismarck berufen habe. Allerdings, die Entrüstung des Fürsten Bismarck gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht, das er einst als das „elendeste aller Wahlsysteme" bezeichnete, ist über sehr platonische Grenzen nicht hinausgekommen. Besonders nachdem er wieder mit den Konservativen seinen Frieden gemacht hatte, kam es ihm nicht in den Sinn, das ihm so bequeme Dreiklassenwahlrecht zu ändern; aber es ist doch nun einmal nicht in Abrede zu stellen, daß Bismarck dem deutschen Volke erst das Reichstagswahlrecht gegeben hat. Und noch am 17. September 1878 sagte er im Reichstage:

„Ich will weder dem Landtage etwas Unangenehmes, noch dem Reichstage eine Schmeichelei sagen, aber ich verkehre lieber hier inmitten der Ergebnisse des allgemeinen Stimmrechts, trotz der Auswüchse, die wir ihm verdanken. Die Nachweise, warum, überlasse ich jedem selbst zu finden, der beide Versammlungen kennt, aber ich kann mich nicht dazu verstehen, zuzugeben, daß das allgemeine Wahlrecht (Fürst Bismarck meinte damit das Reichstagwahlrecht) bisher ad absurdum geführt wäre durch seine Ergebnisse, und daß ein anderes, namentlich ein besseres sein Examen bereits bestanden hätte. . . Ich habe darin

noch bis jetzt nichts zurückzunehmen, obschon ich alle die Anträge bereitwillig und unparteiisch würdige, die in dem allgemeinen Stimmrecht einen Teil der Ursachen unserer Schäden suchen."

In der Sitzung des deutschen Reichstages vom 14. Februar 1885 kam Bismarck auf eine eventuelle Änderung des Reichstagswahlrechts zu sprechen und bemerkte:

„Ich würde es bedauern, denn ich weiß nichts Besseres an die Stelle desselben zu setzen ... aber ich werde gewiß auch nicht mehr in der Notwendigkeit sein, mir den Kopf darüber zu zerbrechen ... er wird mir dann nicht mehr wehe tun."

Solche Zeugnisse lassen sich nicht ohne weiteres hinwegeskamotieren. Ja, selbst als Fürst Bismarck grollend in Friedrichsruh saß und als alter Mann von dem naturgemäßen Rückfall in die Gedanken seiner Jugend nicht verschont blieb, hat er doch dem Reichstagswahlrecht keineswegs unbedingte Fehde angesagt. Nur für die Öffentlichkeit des Wahlrechts fing er wieder an zu schwärmen und gab damit Herrn von Bethmann Hollweg Gelegenheit zu seiner Bemerkung über die gottgegebenen Realitäten, die man nicht ignorieren könne und solle. Aber Fürst Bismarck sagt doch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" gleichzeitig: „Außerdem halte ich heute noch das allgemeine Wahlrecht nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch für ein berechtigtes Prinzip, sobald nur die Heimlichkeit beseitigt wird." Das ist denn doch etwas ganz anderes, als was Herrn von Bethmann Hollweg über das demokratische Wahlrecht zum besten gab. Denn sobald man seine Gedanken konsequent weiterdenkt, kann man gar nicht anders, als zu einer Ablehnung nicht bloß des geheimen,

sondern auch des g l e i c h e n Wahlrechts zu kommen. Der Nachdruck liegt, wenn schon einmal von der Demokratisierung des Wahlrechts die Rede ist, auf der G l e i c h h e i t der Wähler. Wenn Kultur und Erziehung unter dem demokratischen Wahlrecht leiden, ei, dann muß man eben gerade im Interesse der Kultur und Erziehung das demokratische, das heißt, das gleiche Wahlrecht beseitigen. Und wenn die Demokratisierung des Parlamentarismus die politischen Sitten verflacht und verroht, ei, dann muß man eben den Parlamentarismus aristokratisieren. Auch Herr von Bethmann Hollweg wird nicht behaupten können, daß der Schaden, den nach seiner Meinung das Reichstagswahlrecht angerichtet, vom preußischen Dreiklassenwahlrecht wieder gut gemacht werden kann. Er muß notwendig dahin streben, daß auch im Reich Kultur, Erziehung und politische Sitten durch ein aristokratisches Wahlrecht wieder „verfeinert“ werden. Mit solchen Gedanken und Bestrebungen aber würde Herr von Bethmann Hollweg doch ganz wo anders hin geraten, als Fürst Bismarck das Reich führen wollte. Er muß vor allen Dingen sich sehr energisch gegen die Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen sträuben und sich viel wohler im Dreiklassenlandtag, noch wohler im preußischen Herrenhause, dieser Reinkultur des aristokratischen Parlamentarismus, fühlen. Bismarck umgekehrt, der kein Doktrinär, sondern ein Mann der Praxis war, verkehrte lieber im Reichstage, inmitten der Ergebnisse des allgemeinen Stimmrechts, trotz der „Auswüchse“, die wir ihm verdanken, als im Dreiklassenlandtag. Er fühlte, daß er im Reichstage doch etwas von dem wirklichen Willen des Volks, von dem Lebensodem der Gegenwart empfand.

Das ist es ja überhaupt, was die Doktrinäre von den Männern des Lebens unterscheidet. Sie haben keine Fühlung mit dem ewig fließenden Leben. Ob sie reaktionär oder radikal sind, das hängt von ihrer Erziehung, ihrer Umgebung und allen möglichen äußeren Einflüssen ab, aber in dem einen wie in dem anderen Falle ist ihre Weltanschauung kein Ausdruck ihrer Persönlichkeit, sondern ihnen künstlich angeflogen und oft genug zum Zweck der Karriere zurechtgemacht. Gerade bei solchen Doktrinären weiß man nie, woran man mit ihnen ist. Sie fühlen sich selbst nicht sicher und passen sich deshalb wie das Chamäleon der äußeren Umgebung allzu bereitwillig an. In einer Skizze über die ersten vier Kanzler, sagt der frühere braunschweigische Bundesratsbevollmächtigte von Kramm zum Schluß über Herrn von Bethmann Hollweg: „Daß er sich in seiner Politik vom Zentrum abhängig machen sollte, erscheint jedem, der ihn kennt, ausgeschlossen.“ Nun, es unterliegt gar keinem Zweifel, daß Herr von Bethmann Hollweg sich tatsächlich in seiner Politik vom Zentrum, ja sogar bis zu einem gewissen Grade von den Polen abhängig gemacht hat. Es ist eben viel leichter, den Parlamentarismus zu mißachten, als sich seinen Einflüssen zu entziehen. Und gerade von den Ministern, die immer so tun, als stünden sie über den Parteien, gilt nur zu häufig das Wort: „Es sind nicht alle frei, die ihrer Ketten spotten.“ Das Zentrum hat zum mindesten allen Grund, mit Herrn von Bethmann Hollweg zufrieden zu sein.

Noch etwas anderes kommt hinzu, um zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn von Bethmann Hollweg, von ihren sonstigen staatsmännischen Quali=

täten ganz abgesehen, einen Unterschied zu konstatieren. Das ist ganz einfach der Unterschied der Zeit. Hätte der einstige Kultusminister Moritz August von Bethmann Hollweg so gesprochen, wie jetzt sein Großneffe Theobald im preußischen Abgeordnetenhause sprach, man hätte es den Zeitumständen zugute halten können. Aber was den Großvätern ziemt, ziemt noch nicht den Enkeln. Bismarck ist in der Zeit des Absolutismus herangewachsen. Er hatte den Begriff des Königtums von Gottes Gnaden mit der Muttermilch eingesogen und konnte sich naturgemäß von dieser Vorstellung, die er ja auch in einer gärenden Zeit mannhaft vertreten hatte, nie ganz befreien. Aber bei Theobald von Bethmann Hollweg ist doch die aristokratisierende Auffassung nur angeflogen. Sie hat mit seinem eigentlichen Wesen nichts zu tun. Gerade deshalb muß sie so unfreundlich berühren. Bismarck sprach das aus, was er selbst empfand; bei Herrn von Bethmann Hollweg wird man den fatalen Eindruck nicht los, daß er so spricht, wie er möchte, daß es vom Kaiser gehört wird. Es ist aber etwas anderes, ob jemand Absolutist und Aristokrat aus Naturanlage oder aus Rücksichten auf seine Karriere ist. Heute hört man ja nur zu häufig aus den Ministerreden den geheimen Wunsch heraus, „oben" angenehm zu wirken, auf keinen Fall aber anzustoßen. Einer der wenigen, die von diesen Rücksichten nach oben verhältnismäßig wenig angekränkelt waren, ist Graf Posadowsky gewesen. Er mußte deshalb auch hinter seinem glücklicheren Konkurrenten, dem Fürsten Bülow, zurückstehen und ist trotz seiner ungewöhnlichen Begabung und seines riesigen Fleißes dem Kaiser nie nähergetreten. Fürst Bülow verstand

das um so besser. Seine Reden waren mit den feinsten Schmeicheleien, die an die Adresse des Kaisers gerichtet waren, gespickt. „Der Kaiser ist kein Philister", solche und ähnliche Worte hielten ihn in der kaiserlichen Gunst, bis die Novemberdebatten den unheilbaren Riß verschuldeten.

Herr von Bethmann Hollweg ist äußerlich viel weniger elegant und auch rednerisch nicht so geschickt. Aber er versteht es doch ganz ausgezeichnet, sich nach oben immer wieder in empfehlende Erinnerung zu bringen. Der Mannesmut, mit dem sich der fünfte Reichskanzler selbst noch vor die Königsberger Kaiserrede stellte, zeigte gerade zur Genüge, daß es in dieser Richtung so leicht keine Grenze geben wird. Nein, mit dem Fürsten Bismarck darf man Herrn von Bethmann Hollweg, auch soweit seine royalistische Gesinnung in Betracht kommt, wirklich nicht vergleichen. Bismarck riß gelegentlich voll Wut die Klinke des kaiserlichen Zimmers ab, wenn eine Audienz nicht nach seinem Wunsch ausgefallen war. „Daß er mir nicht das Tintenfaß an den Kopf geworfen hat, war alles!", sagte der jetzige Kaiser von ihm. Herrn von Bethmann Hollweg liegt es sehr fern, Tinte gegen den Kaiser zu spritzen. Er sieht um so mehr zu, daß er nicht selbst in die kaiserliche Tinte gerät.

So wenig man aber Herrn von Bethmann Hollweg zutrauen wird, daß er nach oben besonders viel Rückgrat zeigen werde, so bereitwillig wird man ihm zugeben müssen, daß er sich sehr wohl darauf versteht, unbequeme Nebenbuhler rechtzeitig aus dem Sattel zu heben. Der neueste Kurs hat wirklich, wie auch seine besten Freunde zugeben müssen, noch keine positive Tat aufzuweisen. Aber der Ver-

brauch an Ministern und Staatssekretären ist bereits sehr erheblich gewesen. Nun hat freilich heute die Mehrzahl der Minister zum Volke so gut wie gar kein Verhältnis. Es ist der überwiegenden Zahl der Zeitgenossen völlig gleichgültig — Fürst Bismarck würde sagen, es sei ihnen „farcimentum" — ob ein Minister kommt oder geht. Das liegt im ganzen System. Die Ernennung der Minister erfolgt eben fast immer über den Kopf des Volkes und der Volksvertretung hinweg. Schon Eugen Richter verglich die heutigen Minister im Reich und in Preußen mit den Blumen des Felders. „Wenn der Wind darüber geht, dann sind sie verdorrt und ihre Stätte kennt man nicht mehr." Sieht man etwa vom Fürsten Bülow und zuletzt von Dernburg ab, von Miquel und dem Grafen Posadowsky, so wird man zugeben, daß von irgend einem stärkeren Interesse für die heutigen Minister nicht die Rede sein kann. Man weiß so wenig, warum sie kommen, als man in vielen Fällen weiß, warum sie gehen. Die zahllosen Intrigen, durch die heute Minister gemacht und Minister wieder entfernt werden, berühren die Öffentlichkeit nicht einmal an der Tangente. Ob der Kultusminister Studt oder ob er Holle oder ob er Trott zu Solz heißt, das ist der Öffentlichkeit egal. Dabei kann man nicht einmal sagen, daß die Auswahl, die ja durch den Kaiser zum großen Teil persönlich getroffen wird, immer unglücklich ausgefallen sei. Gelegentlich ist es auch einem Minister, der ursprünglich nur ein Mann des Kaisers war, gelungen, sich ein gewisses Ansehen zu verschaffen. Aber das ist doch nur die Ausnahme, nicht die Regel. Weitaus in den meisten Fällen hat heutzutage ein Minister nur das Ansehen,

das ihm sein Amt gibt. Sobald er von der Bildfläche verschwunden ist, hat er auch aufgehört, irgend etwas darzustellen. Das hat so mancher ehemalige Beamte in leitender Stellung schon zu seiner schmerzlichen Überraschung verspüren müssen. So lange sie das Amt hatten, wurden sie von allen Seiten umschmeichelt. Nachher, wenn sie sich in der Öffentlichkeit zeigen, scheint man sie kaum noch zu kennen. Nirgends ist die Autorität der Minister geringer als bei uns. Das erklärt sich ganz natürlich daraus, daß sie keine Fühlung weder mit dem Parteileben noch mit der breiten Öffentlichkeit haben. Sie schweben eben auch parteilos über der Masse des Volkes, wie nach der Meinung des Herrn von Bethmann Hollweg die Regierung über den Parteien stehen muß. Wenn ihnen irgend etwas mißglückt, wenn sie eine Vorlage eingebracht haben, die verworfen wird, dann ziehen sie nicht etwa die Konsequenzen, die für jeden parlamentarischen Minister selbstverständlich sind, und machen fähigeren Kräften Platz, sondern sie bleiben ganz einfach auf ihrem Stühlchen sitzen, als wäre nichts geschehen. Die übliche Formel dafür lautet: „Ich bleibe so lange, als Seine Majestät der Kaiser und König mich behalten will!“ Dann können sie sich freilich auch nicht weiter darüber wundern, daß sie eines schönen Tages, wo sie es am wenigsten erwarten, den Besuch des kaiserlichen Kabinettschefs erhalten und zu ihrem Schrecken erfahren, daß man ihrer Hilfe nicht mehr bedarf. Einst unterzog sich Herr von Lucanus dieser unangenehmen Aufgabe; heute macht es Herr von Valentini.

Es ist erstaunlich, wie groß der Verbrauch der Minister unter Wilhelm II. gewesen ist und auch wohl in Zukunft sein wird. Wenn gelegentlich dem parla=

mentarischen Regime vorgeworfen worden ist, daß es zu kostspielig sei, weil die Minister zu häufig wechseln, so muß zugegeben werden, daß allerdings mit einem Regierungswechsel sehr häufig die sämtlichen Minister verschwinden. Aber man vergißt, daß diese Minister dann in den meisten Fällen wieder ihre Plätze im Parlament einnehmen und daß, wenn ihre politische Richtung wieder obenauf gekommen ist, vielfach auch die früheren Minister wieder an die Reihe kommen. Bei uns gibt es ein ungeschriebenes Gesetz, daß, wer einmal fort ist, nicht wieder kommt. Gelegentlich hat man wohl davon gesprochen, daß dieser oder jener abgesägte Minister einmal wieder in einer anderen Stellung verwendet werden könnte. Aber wenn es auch ziemlich häufig ist, daß ein Minister in irgend einen Posten eines Oberpräsidenten oder eines Botschafters abgeschoben wird, so ist es doch noch nicht vorgekommen, daß ein Minister zum zweiten Mal in die Regierung berufen wurde. Sie haben auch nicht einmal den Ehrgeiz, nachdem sie aufgehört haben, etwas von der Gnade des Kaisers zu sein, nun etwas aus eigener Kraft werden zu wollen. Es gilt als verpönt, daß ein früherer Minister sich in den Reichstag wählen läßt. Selbst Bismarck, obgleich er in Geestemünde gewählt wurde, ist nie im Reichstag erschienen. Die anderen lehnen von vornherein eine Wahl ab; sie haben eine heilige Scheu davor, sich unter die Abgeordneten zu mischen, die sie so oft von oben herunter angesehen haben, so lange sie noch Minister waren. Die begreifliche Folge dieser Zustände ist, daß eigentlich niemand sich für den einzelnen Minister interessiert. So lange er im Amt ist, wird er respektiert. Ist er entlassen, dann hat er ausgespielt und wird über die Achsel angesehen. Höch-

stens im preußischen Herrenhause ergreift wohl dieser und jener verflossene Minister gelegentlich das Wort, aber auch nur, um der Regierung die Schleppe zu halten. Ihr eigenes Leben ist mit dem Augenblick, in dem sie Minister wurden, tot.

Diese Methode der Ministerernennung und Ministerentlassung ist nicht bloß sehr kostspielig, sondern sie legt auch so manche an sich durchaus brauchbare Kraft lahm. So war es immer schon, so lange der neue Kurs dauert. Aber man wird Herrn von Bethmann Hollweg zugestehen müssen, daß er das System des Ministerverbrauchs zur Virtuosität gebracht hat.

Im Reichsdienst ist ein neuer Staatssekretär des Innern, ein neuer Staatssekretär des Reichsschatzamts, ein neuer Staatssekretär des Reichsjustizamts, ein neuer Staatssekretär des Reichskolonialamt und ein neuer Staatssekretär des Auswärtigen Amts erforderlich geworden. Im preußischen Staatsministerium haben die Minister des Krieges, der Finanzen, der Landwirtschaft, des Kultus und des Innern gewechselt. Beide Körperschaften haben ein neues Gesicht erhalten; und es ist dabei mitunter etwas gewaltsam zugegangen. Mehr als einer der abgesägten Minister und Staatssekretäre hat über die rücksichtslose Art und Weise Klage geführt, in der er den Stuhl vor die Tür gesetzt erhielt. Ein einziger bildet eine Ausnahme, nämlich Dernburg, der bis zu einem gewissen Grade freiwillig ging, weil ihm die Bethmannsche Richtung nicht mehr paßte. Dafür wird er auch von den Konservativen und Klerikalen mit Eselsfußtritten regaliert. Besonders der Abgeordnete Erzberger hat ihm eine von

Übertreibungen und Entstellungen strotzende Broschüre über seine angebliche Begünstigung des Großkapitals nachgesandt. Aber die meisten Ministerverschiebungen wurden durch die Flagge der „Homogenität" der neuen Regierung gedeckt. Ob diese Homogenität nun wirklich erreicht worden ist, das muß sich im weiteren Verlauf der politischen Entwicklung erst noch zeigen. Vorläufig wird man aus den neuen Männern so wenig klug, wie man aus den alten geworden ist. Aber schon die Erklärung, daß das Ministerium in Preußen und daß auch die Reichsregierung homogen gestaltet werden müsse, widerspricht letzten Grundes der Behauptung des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten von der über den Parteien stehenden Regierung, da doch die Homogenität sich nur in einer bestimmten politischen Richtung dokumentieren kann. Handelte es sich bei der parteilosen Regierung um mehr als eine Fiktion, dann wäre es ganz gleichgültig, was der einzelne Minister für sich bedeutet. Dann wäre er eben nichts weiter als ein Beamter, der nur ein Amt, aber keine eigene Meinung hat. Aber ganz so ist es natürlich auch unter Herrn von Bethmann Hollweg nicht; und die Maske der angeblichen Parteilosigkeit wird offenbar nur zu dem Zwecke vorgebunden, um die Tatsache zu verdecken, daß Herr von Bethmann Hollweg so nachdrücklich wie nur irgend möglich von der Richtung seines Vorgängers abgerückt sei. Die Flagge der Parteilosigkeit deckt die Konterbande der Reaktion.

Über den wahren Charakter der Veränderungen in den leitenden Stellen mußte man freilich einigermaßen im Zweifel sein. Ob Herr von Dallwitz etwas reaktionärer als Herr von Moltke sei, darüber

weiter nachzudenken hat schwerlich einen Zweck; immerhin ist der „Kanalrebell“ von Dallwitz eher noch etwas schärferer Junkertypus. Bei Herrn Dr. Lentze, dem Nachfolger des Finanzministers von Rheinbaben, wird man umgekehrt eine kleine Verschiebung nach der nationalliberalen Seite voraussetzen können. Anscheinend wollte Herr von Bethmann Hollweg einem Wunsche des Kaisers nachgeben, der mehr Bürgermeister im Ministerium haben möchte. Diese Rücksicht lag wohl auch der Berufung des Metzer Oberbürgermeisters Dr. Böhmer zum Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt an Stelle des zum Staatssekretär beförderten Herrn von Lindequist zugrunde. Auch bei der Berufung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz von Schorlemer-Lieser zum preußischen Landwirtschaftsminister hat wohl nicht bloß die Rücksicht auf die hilfreichen Dienste mitgesprochen, die Herr von Schorlemer Herrn von Bethmann Hollweg bei der Beratung der preußischen Wahlrechtsvorlage im Herrenhause zu leisten bemüht war, sondern nicht minder die Tatsache, daß Herr von Schorlemer beim Kaiser persona grata ist. Bei der Berufung des früheren Staatssekretärs des Reichsschatzamts Sydow zum preußischen Handelsminister wieder kam es wohl nur darauf an, Herrn Sydow, der sich als Leiter der Reichsfinanzen unmöglich gemacht hatte, irgend einen anderen gleichwertigen Posten zuzuschieben. Überhaupt wird man die Gründe, die zur Berufung und Entlassung einzelner leitender Personen führen, gerade bei unserem kryptoabsolutistischen System nicht immer aufdecken können. Es spielen dabei Einflüsse und Wünsche der verschiedensten Art mit hinein. Aber die eine Tatsache steht über

allem Zweifel fest, daß der Reichstag an der Berufung wie an der Entlassung der Staatssekretäre nicht den geringsten Anteil hat; und die gleiche Situation liegt auch bei den preußischen Ministern vor. Der Landtag muß sie genau so wie der Reichstag über sich ergehen lassen.

Daraus folgt dann aber mit Notwendigkeit, daß die Minister und Staatssekretäre keine Wurzeln in der Volksvertretung haben. Selbst wenn sie den guten Willen mitbringen, etwas zu leisten, haben sie keine Autorität. Nirgends werden die leitenden Personen in den höchsten Reichs- und Staatsämtern so schlecht von den herrschenden Parteien behandelt, als gerade bei uns. Sie decken eben das, was sie vorschlagen und worauf sie hinarbeiten, nicht mit ihrer Person. Deshalb werden sie fast nie sehr ernst genommen und wenn sie scheiden, dann folgt ihnen höchstens ein Achselzucken. Wenn die Maschine im Reich und im Staat trotzdem einigermaßen im Gange bleibt, so liegt das nicht an der Regierung, es liegt auch nur zum kleineren Teil an der Beamtenschaft, sondern der Grund ist zum allergrößten Teil darin zu suchen, daß das deutsche Volk ungewöhnlich geduldig und arbeitsam ist und sich im ruhigen Lauf der Dinge um die Taten der Minister nicht viel bekümmert. Wie allerdings die Sache werden dürfte, wenn einmal schwierige Verhältnisse eintreten, das ist weniger leicht zu sagen. Man wird die Besorgnis nicht abweisen können, daß in diesem Falle Regierung und Verwaltung kläglich zusammenbrechen, genau wie vor hundert und einigen Jahren die preußischen Routiniers versagten.

Ist es nach alledem mit der „Homogenität“ der

Bethmannschen Regierung nicht weit her, so hat schon die bisherige Zeit genügt, um die Tendenzen, von denen Herr von Bethmann Hollweg sich selbst leiten läßt, mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zu offenbaren. Aus dem Mantel der Bethmannschen Philosophie blickt überall die reaktionäre Tendenz hervor. Eine Zeitlang hatte ja Herr von Bethmann Hollweg noch die Hoffnung, daß es ihm gelingen könnte, die Nationalliberalen trotz der bitteren Erfahrungen, die sie im Sommer 1909 gemacht hatten, auf seine Seite und damit zum blau-schwarzen Block herüberzuziehen. Man wird auch nicht einmal behaupten können, daß dieser Versuch auf die Dauer völlig vergeblich bleiben wird. Ein Teil besonders der westlichen Nationalliberalen, aber auch so mancher andere Staatsbürger, der bisher bei der nationalliberalen Partei seine Interessen am besten aufgehoben glaubte, möchte gar zu gern den Rat des Kaisers befolgen und in die Hand der Landwirte, das heißt der Agrarier, einschlagen. Aber die große Interessenvertretung, die sich Handel, Industrie und Gewerbe im Sommer 1909 geschaffen haben, der Hansabund, hat sich doch nicht darüber hinwegtäuschen können, daß er selbst und mit ihm auch die Kreise des Handels und Gewerbes verloren wären, wenn sie den Versuch machen wollten, mit den Agrariern zusammenzugehen. Demgemäß hat denn auch der Hansabund seinen Ruf zur Sammlung eines Wahlfonds ergehen und keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß der Kampf der Industriellen und der Kaufleute bei den nächsten Wahlen dem Bunde der Landwirte gelten müsse. Sobald aber erst einmal Herr von Bethmann Hollweg darüber mit sich im reinen

war, daß der Hansabund für seine Sammlungspolitik nicht zu haben sei, hörte auch bei ihm die Duldung, die er ihm zuerst hatte angedeihen lassen, auf. Nun wurde gegen den Hansabund in der offiziösen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ grobes Geschütz aufgefahren. Nun wurde dem Hansabunde vorgeworfen, daß er eine Sprache führe, wie sie bisher den staatsfeindlichen Parteien vorbehalten gewesen sei, nun klagte man ihn an, mit einem „rohen Schema“ auf Kosten der Wahrheit und Gerechtigkeit auf die Menge Eindruck machen zu wollen. Nun hieß es von ihm, daß er die Elemente der Verwirrung und Zwietracht noch vermehre. Dabei dachte aber die Regierung des Herrn von Bethmann nicht daran, nun etwa auch dem Bunde der Landwirte die Leviten zu lesen. Im Gegenteil, er wurde gestreichelt, weil er gegenwärtig artig sei. Auch wenn man annehmen wollte, daß Herr von Bethmann Hollweg die gute Absicht haben sollte, die Interessen des Gewerbes, des Handels und der Industrie mit dem gleichen Eifer zu vertreten, wie diejenigen der Landwirtschaft, so wird man sich doch sagen müssen, daß er das einfach gar nicht kann. Niemand kann zween Herren gleichzeitig dienen. Er wird den einen lieben und den anderen hassen. Die wirtschaftlichen Gegensätze haben sich heute so zugespitzt, daß es für einen praktischen Staatsmann einfach unmöglich ist, die im Bunde der Landwirte vertretenen Interessen zu begünstigen, ohne die Interessen der übrigen erwerbenden Berufsklassen zu schädigen. So ist es denn auch ganz klar, daß Herr von Bethmann Hollweg mehr und mehr zu einer dem Handel und der Industrie feindlichen Haltung gedrängt werden muß, weil er sonst den Ansprüchen des

von ihm protegierten Bundes der Landwirte nicht gerecht werden kann. Schon heute hat es die Politik des Herrn von Bethmann Hollweg dahin gebracht, daß über die einseitig agrarische Richtung seiner Politik kein Zweifel mehr möglich sein kann.

Nicht minder aber ist deutlich geworden, daß Herr von Bethmann Hollweg sich auf politischem Gebiet in einem Gegensatz zu allem, was bei uns vorwärts drängt, stellen will. Daß er die sozialdemokratische Partei mit aller Kraft bekämpfen will, versteht sich bei ihm ganz von selbst. Er hat auch ganz offen erklärt, daß er in einer scharfen Bekämpfung der Sozialdemokratie eine der Hauptaufgaben der Regierung und der Parteien sieht. Aber damit sind natürlich die Konservativen noch lange nicht zufrieden. Diesen Kampf gegen die rote Gefahr setzen sie als selbstverständlich voraus. Herr von Heydebrand, der rücksichtslose Führer der Konservativen, fordert viel mehr. Er verlangt, daß die Regierung bei den nächsten Wahlen „vom Reichskanzler bis zum letzten Schreiber herab" der „Verhetzung" entgegentreten müsse, die von liberaler Seite betrieben werde. Was in diesem Sinne unter Verhetzung zu verstehen ist, darüber wird man nicht lange zweifeln können. Herr von Heydebrand verlangt ganz einfach, daß die angeblich über den Parteien stehende Regierung, „vom Reichskanzler bis zum letzten Schreiber", für die Konservativen arbeiten solle. Der Kaiser hat allerdings im Jahre 1889 in Schwerin gesagt: „Ich gestatte keiner Partei, sich das Ansehen zu geben, als besäße sie das kaiserliche Ohr". Aber wie man sieht, kann Herr von Bethmann Hollweg das gleiche nicht von sich selbst sagen. Er leiht den Konservativen und Agrariern sein Ohr und er kann sich

nicht darüber wundern, daß man von dieser Seite versucht, ihn völlig mit Beschlag zu belegen.

Jedes Geschehen hat seine notwendigen Konsequenzen. Herr von Bethmann Hollweg hat damit angefangen, die Unterschrift unter die neuen indirekten Steuern des schwarz-blauen Blocks zu setzen. Er hat dann versucht, die Geschäfte der Agrarier zu führen, indem er die liberalen Parteien wieder an die Seite der Konservativen hinüberzuziehen sich bemühte. Er hat weiter, als diese Politik der „Sammlung" mit einem Fiasko endigte, sich gegen den Hansabund und für den Bund der Landwirte erklärt. So ist die notwendige weitere Konsequenz, daß er sich völlig auf die konservative Partei und auf das ihm verbündete Zentrum stützen wird, weil er sonst überhaupt keinen Boden mehr unter den Füßen hätte. Diese Lage mag durch allerlei Erklärungen und Beschönigungen verdunkelt werden, aber sie muß zuletzt sich doch offenbaren. Die Folge ist eine Regierung, die sich den Reaktionären aller Schattierungen völlig und rückhaltlos in die Arme wirft. Es wäre eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit, sich darüber hinwegtäuschen zu wollen. Herr von Bethmann ist der Kanzler des schwarz-blauen Blocks und muß es immer mehr werden, auch wenn er sich innerlich gegen diese fatale Rolle sträuben sollte.

Damit ist aber auch das Urteil über seine Kanzlerschaft gesprochen. Wer immer auf eine ausgleichende Gerechtigkeit in Finanzfragen, wer auf eine Gleichberechtigung der Staatsbürger, wer auf einen Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen nicht bloß zwischen Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe, sondern auch der Arbeiterschaft hinzuwirken versucht, wer

Kulturpolitik im umfassenden Sinne des Wortes treiben will, der kann nicht mit Herrn von Bethmann Hollweg zusammengehen; er muß ihn notwendig überall als seinen Gegner finden. Man wird sich ja nach Möglichkeit davor in acht nehmen müssen, den Kampf ins persönliche ausarten zu lassen. Was Herr von Bethmann Hollweg als Mensch bedeutet, das steht nicht zur Debatte. Aber als Staatsmann ist er der Gegner aller Staatsbürger, die nach vorwärts drängen, und das Bethmannsche System ist das Objekt des unvermeidlichen politischen Kampfes. Diesem System eine entscheidende Niederlage zu bereiten, muß die Aufgabe der nächsten Wahlen sein.

Dynastische Schmerzen

Um den Szepter Germaniens stritt mit
Ludwig dem Bayer
Friedrich aus Habsburgs Stamm, beide
gerufen zum Thron.
Schiller.

In Auerbachs Keller singt Frosch das politische, das garstige Lied:

> Das liebe, heil'ge röm'sche Reich,
> Wie hält's nur noch zusammen?

Heute ist diese Frage glücklicherweise weniger berechtigt als zu den Zeiten des heiligen römischen Reichs deutscher Nation. Zusammen hält das neue Reich schon, und alle Spekulationen auf seinen Zerfall haben sich bisher als vergeblich und trügerisch erwiesen und werden es künftig wohl erst recht tun. Ob wir mit der Zusammenfassung der deutschen Stämme schon zu Ende sind, oder ob es auf dem Wege der Konzentration noch weiter gehen wird, das ist eine etwas neugierige Frage, die heute nicht aktuell ist und deshalb auf sich beruhen bleiben kann. Der Zusammenschluß der deutschen Staaten, die heute den Bundesstaat Deutsches Reich bilden, war jedenfalls eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeit. Bismarck ließ sich, wie alle großen Männer der Geschichte, die bleibende Werke hinterlassen haben, von der Welle der Volksstimmung tragen, als er das Reich schuf. Aber er konnte sich nicht darauf einlassen, lange an dem Einigungswerk herumzuglätten und zu bessern. Er mußte sich damit begnügen, es erst einmal im Rohbau fertig zu machen und der Zukunft zu vertrauen, die schon für sich selbst sorgen würde. Vorläufig waren einmal sechsundzwanzig Staaten unter einen Hut ge-

bracht und hatten eine gemeinsame Verfassung, eine gemeinsame Vertretung im Bundesrat und einen gemeinsamen Reichstag. Die Reichsverfassung ist ein Kunstwerk, das man nicht hoch genug schätzen kann. Man kann auf ihr weiter bauen, auch wird man, wenn man es gut mit dem deutschen Reich meint, an ihren Grundlagen so leicht nicht ändern wollen. Gerade deshalb muß man es aussprechen, daß die Bundesstaaten und der Bundesrat im Laufe der Entwicklung sich immer mehr als einen Hemmschuh erwiesen haben. So notwendig es sein mochte, daß die Eigenart der einzelnen Stämme und Staaten nicht angetastet wurde, und so groß die Chancen eines Volkes, das in vernünftigen Grenzen dezentralisiert ist, gegenüber einem geschlossenen Einheitsstaat sind, so schleppt doch das deutsche Reich leider allzu viele Eierschalen des Partikularismus mit sich herum. Die Verwaltung eines Kleinstaates oder gar eines Staatssplitters, wie sie sich unter den deutschen Bundesstaaten finden, ist verhältnismäßig viel zu kostspielig, als daß man von ihnen irgend welche größeren Leistungen auf irgend einem Gebiet des öffentlichen Lebens erwarten könnte. Und die Verwaltung wird vollends übermäßig verteuert, wenn so ein Ländchen auch noch einen Fürsten ernähren muß mit allem, was drum und dran hängt. Selbst wer ein überzeugter Anhänger des monarchischen Prinzips ist, wird keinen Sinn und Verstand darin finden können, daß im deutschen Reich zwei Dutzend Souveräne mitgeschleppt werden. Die Zivillisten und die sonstigen Bezüge der Fürsten und ihrer Häuser, die Hofhaltungen und die Apanagen und sonstigen Aufwendungen verschlingen viel mehr Geld, als die Fürsten dem Volk selbst beim besten Willen nützen

könnten. Deutschland hat eben immer noch etwas von der politischen Kinderstube an sich, so groß es auch geworden sein mag.

Wenn man heute über die sechsundzwanzig deutschen Vaterländer und ihre Fürsten etwas milder denkt, so geschieht es eigentlich nur, weil man eine heillose und gewiß nicht unberechtigte Angst davor hat, daß das ganze deutsche Reich verpreußt und verberlinisiert werden könnte. In den einzelnen Residenzen kann sich doch immerhin noch eine gewisse territoriale Eigenart erhalten, man kann den geradezu verblödenden künstlerischen Einflüssen, die aus Berlin kommen, einen gewissen Widerstand entgegensetzen, man kann hie und da auch einmal ein kleines politisches Experiment machen. Allzuviel ist von solchen partikularistischen Bestrebungen freilich auch nicht zu erwarten. Süddeutschland steht ja in dieser Beziehung etwas selbständiger da. Prinz Ludwig von Bayern hat sich gelegentlich sehr energisch dagegen verwahrt, daß die deutschen Bundesfürsten „Vasallen" des deutschen Kaisers seien, und man hat auch in Bayern, wie in Württemberg und Baden gewagt, auf dem Gebiet des Wahlrechts den Wünschen des Volkes etwas über die preußische Linie hinaus entgegenzukommen. Aber man darf sich nur nicht etwa dem Wahne hingeben, daß die Einzelstaaten wirklich politische Bewegungsfreiheit besäßen. In Baden hat man eine Zeit lang das Großblock-Experiment geduldet, und Herr von Bodmann hat sogar die Sozialdemokratie als eine berechtigte Bewegung anerkannt. Aber bald genug ist man doch wieder umgefallen und hat durch eine Reihe von Maßregelungen liberaler Beamter gezeigt, daß es mit der Erleuchtung der badischen

Regierung nicht weit her sei. In Württemberg flüstert man den Norddeutschen leise ins Ohr, daß Württemberg das liberalste Land des deutschen Reiches sei, aber dann verbietet man den Hochschullehrern doch wieder, sich im Sinne der Großblockpolitik zu betätigen. Das ist bedauerlich, aber es ist nun einmal nicht anders. Auch begreift es sich nur zu gut, wie es so kam. Fürst Bismarck hat den Bundesstaaten die Selbständigkeitsgelüste ganz gründlich auszutreiben verstanden. Die tatsächliche Übermacht Preußens ist so groß, daß ein grundsätzlicher Widerstand der übrigen Staaten gegen den Willen Preußens als ausgeschlossen angesehen werden müßte. Setzt doch Preußen seinen Willen sogar in Dingen durch, in denen die agrarische Rückständigkeit auf der Hand liegt, wie bei den Abgaben für die bisher freie Stromschiffahrt. Der preußische Landtag hatte in das Kanalgesetz vom 1. April 1905 frisch-fromm-fröhlich die nachstehende Bestimmung aufgenommen:

> „Auf den im Interesse der Schiffahrt regulierten Flüssen sind Schiffahrtsabgaben zu erheben.
>
> Die Abgaben sind so zu bemessen, daß ihr Ertrag eine angemessene Verzinsung und Tilgung derjenigen Aufwendungen ermöglicht, die der Staat zur Verbesserung oder Vertiefung jedes dieser Flüsse über das natürliche Maß hinaus im Interesse der Schiffahrt macht.
>
> Die Erhebung dieser Abgaben hat spätestens mit Inbetriebsetzung des Rhein-Weser-Kanals oder eines Teils desselben zu beginnen."

Das war eine offenbar verfassungswidrige Bestimmung, da sie dem Artikel 54 der Reichsverfassung, der die Stromschiffahrt von Abgaben befreit, direkt widersprach und Reichsrecht vor Landesrecht geht oder doch gehen sollte. Die preußische Regierung pfiff aus

Liebedienerei vor den Agrariern auf die Reichsverfassung und setzte Himmel und Hölle in Bewegung, um diesen Beschluß durchzudrücken. In seiner letzten Etatsrede vom Januar 1910 erklärte denn auch der Finanzminister von Rheinbaben ganz offen: „Wir sind willens, den von dem hohen Hause uns kundgegebenen, durch Gesetz niedergelegten Willen mit aller Energie zum Ausdruck zu bringen und trotz aller Hemmnisse den Gedanken siegreich zur Durchführung zu bringen.“ In diesem Falle lag nun der Nachteil einzelner Bundesstaaten, den sie von dieser preußischen Maßregel erwarten mußten, auf der Hand. Besonders Baden und Sachsen muckten denn auch auf. In Baden sprach man von „trüben Zeiten“ und warf den mächtigen Bundesstaaten vor, daß sie auf eigene Vorteile bedacht seien; und in Sachsen richtete der Vertreter der Leipziger Universität in der ersten sächsischen Kammer, Professor Wach, seine Mahnung an die preußische Regierung, sie möchte die Reichsverfassung achten. Ja, Sachsen und Baden protestierten sogar in einem gemeinsamen Schreiben an den Reichstag, in dem sie ihren Standpunkt genau darlegten. Aber geholfen hat es ihnen weiter nichts. Schon im Oktober 1910 war die Vorlage des Bundesrats, durch welche die freie Stromschiffahrt beseitigt werden sollte, fertig und sie war im Bundesrat einstimmig angenommen worden. Durch Versprechungen und sanften Zwang hatte man es verstanden, sämtliche Bundesstaaten auf die preußische Seite zu ziehen. Das war in einem Fall, in dem es sich um sehr wichtige wirtschaftliche Interessen der einzelnen Staaten handelte. Selbstverständlich ist erst recht nicht daran zu denken, daß

der Bundesrat irgend welchen Widerstand leisten sollte oder je geleistet habe, wo es sich darum handelte, einem rückschrittlichen Vorschlage Preußens auf politischem Gebiet entgegenzutreten oder einen politischen Fortschritt gegen den Willen Preußens anzubahnen. Das ist wohl niemals einem Bundesstaat in den Sinn gekommen. Im allgemeinen nimmt man es als Kismet hin, daß Preußen die Richtung im Reich angibt, wie ja auch der preußische Finanzminister die wirkliche Leitung des Reichs in der Hand hat.

Vielleicht würden sich die politischen Verhältnisse nicht viel ändern, auch wenn sich das Reich aus Bundesstaaten ohne monarchische Spitze zusammensetzte. Aber soviel wenigstens muß doch gesagt werden, daß die dynastischen Rücksichten das bundesstaatliche Problem noch ganz erheblich komplizieren. Dynastische Rücksichten, dynastische Rivalitäten und dynastische Ängste haben leider nur zu oft die Entwicklung des Reichs gehemmt und viel Verbitterung und Verdrossenheit geschaffen, die dem Volke hätten erspart bleiben müssen. Nur auf zwei Einzelfälle sei hier kurz hingewiesen, auf den Streit um die Lippesche Thronfolge und auf das Eingreifen des Kaisers in eine innerbayerische Angelegenheit. Als der Grafregent Ernst von Lippe im Jahre 1904 gestorben war, sollte sein Sohn Leopold nach dem Regentschaftsgesetz vom 24. März 1898 die Regentschaft übernehmen. Da traf plötzlich in Detmold folgendes Telegramm ein:

Rominten, 26. 9. 1904, 6,56 Nm.

Graf Lippe-Biesterfeld Detmold.

Spreche Ihnen mein Beileid zum Ableben Ihres Herrn Vaters aus. Da die Rechtslage in keiner Weise geklärt

ist, kann ich eine Regentschaftsübernahme Ihrerseits nicht anerkennen und lasse auch das Militär nicht vereidigen.

(gez.) Wilhelm, I. R.

Es hat seinerzeit im ganzen Reich sehr viel Aufsehen erregt und sehr viel böses Blut gemacht. Das Telegramm war vom Fürsten Bülow nicht unterzeichnet worden. Man mußte die Frage aufwerfen, ob es überhaupt irgend eine Gültigkeit zu beanspruchen habe. Fürst Bülow renkte die Sache so gut es gehen wollte, wieder ein, indem er dem Telegramm des Kaisers folgende Erläuterung nachfolgen ließ, die an den Vizepräsidenten des Lippeschen Landtages gerichtet war:

„Geehrter Herr Kommerzienrat! Sie haben mich heute mündlich um eine authentische Interpretation des Telegramms Sr. Majestät des Kaisers und Königs vom 26. vorigen Monats gebeten. Ich bin gern bereit, Ihnen meine Antwort schriftlich zu bestätigen, und ermächtige Sie, unter Berufung auf mich, öffentlich zu erklären, daß Se. Majestät der Kaiser mit diesem Telegramm lediglich bezweckt hat, die vorläufige Nichtvereidigung der Truppen für den Regenten und den Grund derselben mitzuteilen. Mit der Auffassung des Bundesrats, daß die Rechtslage noch ungeklärt sei, konnte Seine Majestät sich nicht in Widerspruch setzen. Jeder Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte des Fürstentums hat Sr. Majestät dem Kaiser selbstverständlich ferngelegen, und insbesondere liegt es außerhalb allerhöchstseiner Absicht, der derzeitigen Ausübung der Regentschaft im Fürstentum durch den Herrn Grafen Leopold zur Lippe irgendwelches Hindernis zu bereiten.

Wie stets im Reiche, wird auch im vorliegenden Falle der Rechtsboden nicht verlassen werden und die lippesche Frage wird ihre Erledigung ausschließlich nach Rechtsgrundsätzen finden. Ich hoffe, daß es unter

den Auspizien des Bundesrats bald gelingen wird, auf schiedsrichterlichem Wege zum Wohle des lippeschen Landes zu einer endgültigen Lösung der Frage zu gelangen und werde das meinige tun, um dieses Ziel in möglichst kurzer Frist zu erreichen.

In vorzüglicher Hochachtung

gez. Graf v. Bülow, Reichskanzler."

Graf Leopold willigte schließlich ein, daß ein Schiedsgerichtshof eingesetzt wurde, der sich dann für ihn entschied. Man muß sogar dem Grafen Leopold wie seinem Vater Ernst nachsagen, daß sie sich bei dieser Affäre recht gut benommen haben. Graf Ernst sagte gelegentlich: „Ich bin der Regent eines kleinen Landes und ich kann mal einen Schlag bekommen, ohne daß die Freude am gemeinsamen großen Vaterlande Schaden leidet. Dagegen muß ein Angriff auf die Kaiserkrone aus Gründen des Reichsinteresses vermieden werden." Aber trotzdem hat der Lippesche Streit doch mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, wie tief das deutsche Volk noch in den Kinderschuhen steckt. Es war vielleicht lächerlich, aber es war doch auch betrübend, zu sehen, wie in den Gräbern der Vorfahren der Biesterfelder herumgeschnüffelt wurde, wie man die längst zu Asche gewordene Modeste von Unruh, die unter den Ahnen des Biesterfelders figurierte, auf ihre Ebenbürtigkeit untersuchte und wie nun die Gegenseite wieder in der Vergangenheit des Schaumburgischen Konkurrenten herumstöberte. Aber wenn man schon die ganze Ebenbürtigkeitsfrage als eine lächerliche und anachronistische Lappalie auf sich beruhen lassen wollte, so mußte man doch um so mehr das Unwürdige des Zustandes empfinden, daß um ein deutsches Land, mochte es auch nur klein sein, gehan=

delt und geschachert wurde wie um eine tote Erbschaftsmasse. Ein selbständiger Teil des deutschen Volkes wurde wie eine Hammelherde behandelt, die man je nach dem Ausfall der Ahnenprobe in den einen oder den anderen Stall treiben kann. Vom Willen des Volkes war bei alledem nicht einen Augenblick die Rede. In der Tat, wenn wirklich die Legitimität das Prinzip sein sollte, nach dem man die Zustände im Reich zu beurteilen hat, dann wird man sich auch nicht der Konsequenz entziehen können, die welfischen Ansprüche zu befriedigen, mögen sie auch mit den Interessen der Reichseinheit noch so unverträglich sein. Denn was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Hier sah man in einen Streit fürstlicher Häuser, der vielleicht im Mittelalter aus der ganzen Zeitströmung heraus hätte verstanden werden können, der aber in der Gegenwart von selbst zu der Frage drängte, ob es wirklich nötig sei, daß die einzelnen Bundesstaaten an eine Reihe fürstlicher Familien aufgeteilt werden, ohne daß die beteiligten Reichsbürger dabei überhaupt befragt werden.

Auf einem etwas anderen Gebiet liegt das Telegramm, das der Kaiser am 10. August 1902 an den Prinzregenten Luitpold von Bayern richtete. Es lautete folgendermaßen:

Swinemünde, den 10. August.

An Prinzregent von Bayern

München.

Von meiner Reise eben heimgekehrt, lese ich mit tiefster Entrüstung von der Ablehnung der von Dir geforderten Summe für Kunstzwecke. Ich eile, meiner Empörung Ausdruck zu verleihen über die schnöde Undankbarkeit, welche sich durch diese Handlung kennzeichnet sowohl gegen das Haus Wittelsbach im allgemeinen

als auch gegen Deine erhabene Person, welche stets als ein Muster der Hebung und Unterstützung der Kunst geglänzt. Zugleich bitte ich Dich, die Summe, welche Du benötigst, Dir zur Verfügung stellen zu dürfen, damit Du in der Lage seist, in vollstem Maße die Aufgaben auf dem Gebiete der Kunst, welche Du Dir gesteckt hast, zur Durchführung zu bringen.

Wilhelm.

Es ist kaum anzunehmen, daß der Prinzregent Luitpold von diesem Telegramm sehr erbaut gewesen sein sollte. Er antwortete jedenfalls etwas zurückhaltend:

Seiner Majestät Kaiser Wilhelm

Swinemünde.

Es drängt mich, Dir meinen innigsten Dank für Dein so warmes Interesse an meinen und meines Hauses Bestrebungen auf dem Gebiete der Kunst und für Dein so hochherziges Anerbieten auszusprechen. Zugleich freut es mich, Dir mitteilen zu können, daß durch den Edelsinn eines meiner Reichsräte, welcher die abgelehnte Summe zur Verfügung stellte, meine Regierung in die Lage versetzt ist, getreu den Traditionen meines Hauses wie meines Volkes die Pflege der Kunst als eine meiner vornehmsten Aufgaben unentwegt fördern zu können.

Jagdhaus Fischbach, den 11. August.

Luitpold, Prinz von Bayern.

Man wird ruhig sagen können, daß das bayerische Zentrum sich im vorliegenden Fall sehr banausisch gezeigt hatte. Auch war es zweifellos bei der Ablehnung der Forderung darauf abgesehen, der bayerischen Regierung ,die nicht so wollte, wie das Zentrum, einen Denkzettel zu erteilen. Aber man fragt sich umsonst, wie sich eigentlich das Eingreifen des Kaisers in diese innerbayerische Angelegenheit motivieren ließ. Die Folge war denn auch, daß das Zentrum nun erst recht

der bayerischen Regierung den Daumen aufs Auge drückte. Es ist in Bayern mehr und mehr zur regierenden Partei geworden und läßt sich nicht einmal mehr von den bayerischen Ministern dreinreden, viel weniger von irgend einer außerhalb Bayerns stehenden Persönlichkeit. Das Zentrum wurde erst recht Trumpf, nicht bloß in Bayern, sondern auch im ganzen Reich. Aber deshalb bleibt dieses Telegramm doch ein Versuch, über den Kopf der Volksvertretung hinweg die Angelegenheit der Bundesstaaten persönlich aus fürstlicher Machtvollkommenheit zu regeln. Der fürstliche Wille sollte dem Lande aufgezwungen werden. Und aus diesem Gesichtspunkt konnte die Wirkung keine andere sein, als dem Reichsgedanken zu schaden und die partikularistische Strömung zu verschärfen.

Noch weit bedenklicher erscheinen die dynastischen Ängste. Darüber hat Professor Max Weber auf der Magdeburger Tagung des Vereins für Sozialpolitik vor einigen Jahren ein bemerkenswertes Wort gesprochen. Er machte die dynastischen Ängste für die schlimme Situation im deutschen Reiche verantwortlich. Unser Ansehen als Kulturmacht sinke im Auslande von Stufe zu Stufe, so daß dieser Zustand für uns direkt gefährlich werde. Es fehle uns eben dasjenige Maß von Freiheit im Innern, dessen sich andere Länder erfreuen. Dieser Mangel setze uns in den Augen des Auslandes herab, ja, mache uns direkt bündnisunfähig. Es war dem Redner damals besonders um die Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes zu tun; aber man wird sich seinen Vorwurf aneignen können auch über die sozialpolitischen Fragen hinaus. Zweifellos, die

Rücksichten auf die Erhaltung der eigenen Dynastie sprechen sehr häufig bei den Maßnahmen der Regierungen ein wichtiges Wort mit. So manche Vorlage, mit der sich die Parlamente in unseren Tagen abplagen mußten, ist nur aus den persönlichen Wünschen und bisweilen auch aus den persönlichen Besorgnissen der Herrscher heraus zu erklären. Es ist unverständlich, weshalb das deutsche Volk nicht dasjenige Maß von politischer Freiheit sollte beanspruchen können, das viel tiefer stehenden Völkern längst gewährt worden ist. Es ist auch unverständlich, weshalb eine Partei geringwertiger sein sollte, als die andere, da doch schließlich jede einzelne Partei dem Volke auf ihre Art zu dienen versucht. Aber die Wirkung der dynastischen Ängste dokumentiert sich gerade darin, daß einzelne Parteien anderen Parteien vorgezogen werden, weil sie wenigstens so tun, als seien sie besonders königstreu, und als hätten sie den Patriotismus in Erbpacht genommen. Die Dinge liegen eben so, daß jede freiheitliche Regung des Volkes mit äußerstem Mißtrauen betrachtet wird, daß dagegen solche Parteien begünstigt werden, die sich als gefällige Diener des Absolutismus darstellen.

Es liegt in der Natur der Entwicklung, daß die Politik eines Landes nicht geradlinig fortschreitet, sondern daß sie sich in wechselnden Kurven bewegt. Ganz etwas anderes als solche Schwankungen des politischen Schwergewichts sind indessen die Zustände, die man bei uns unter dem Schlagwort des Zickzackkurses zusammengefaßt hat. Hier handelte es sich viel weniger um Veränderungen der einmal eingeschlagenen Richtung, die sich aus Veränderungen des Volkswillens ergaben, als um Stimmungen und Verstim-

mungen, die scheinbar ganz plötzlich wechselten. Die Sprunghaftigkeit der Politik, ein unmotivierter Vorstoß, dem ein nicht minder unmotivierter Rückzug entspricht, das plötzliche Abschweifen von der geraden Linie, das alles erklärt sich vielfach aus dynastischen Rücksichten. Wir haben ja davon im Lauf der Jahre mannigfache Proben erlebt. Und bisweilen wird man den Eindruck nicht los, daß zwischen dem „himmelhoch jauchzend" und dem „zum Tode betrübt" oft nur ein geringer Zwischenraum liegt. Je nachdem die Dinge nach Wunsch gehen oder einen unerwarteten Weg einschlagen, wechselt auch die Stellung zu den wichtigsten Fragen der Politik. Man braucht sich nur der freundlichen Aufnahme zu erinnern, die die Demonstranten in der Wahlnacht des 5. Februar 1907 Unter den Linden fanden. Der Kaiser stand am Fenster, gebot Silentium und hielt eine Ansprache, in der er seine Zuversicht aussprach, daß das Volk niederreiten werde, was uns entgegensteht. Und er schloß mit Kleists Prinzen von Homburg: „Was kümmert dich die Regel, nach der der Feind sich schlägt, wenn er nur geschlagen wird." Es war ein Augenblick des Aufschwungs. Und doch dauerte es noch nicht zwei Jahre, daß diese Stimmung völlig verschwand und tiefer Niedergeschlagenheit Platz machte. Nach den Novemberdebatten von 1908 wußten Chronisten, die angeblich gut orientiert waren, davon zu berichten, daß der Kaiser durch Gebet und Tränen das seelische Gleichgewicht wieder zu erlangen suche. Darüber wäre nun nichts zu sagen, wenn ein Monarch nicht auch diese Stimmungen gelegentlich auf die Politik übertragen könnte. Es ist menschlich, daß der einzelne, er mag sein, wer er will,

verschiedenartigen Stimmungen unterworfen ist. Aber es ist bedenklich, wenn die Gesamtheit darunter leiden soll. Es mag fraglich sein, ob es jemals gelingen wird, das Gefühlsmoment aus der Politik gänzlich auszuschalten. Indessen läßt es sich immerhin zurückdrängen. Giebt es auch gute und weniger gute Fürsten, so wird man doch niemandem nachsagen können, daß er ganz vollkommen oder ganz ohne Vorzüge sei. Es kommt indessen darauf an, solche Zustände zu schaffen, in denen ein Fürst wohl so viel Gutes tun kann, als nur irgend in seiner Natur begründet ist, aber in denen er in seiner Selbstherrlichkeit durch den Gesamtwillen eingeschränkt wird.

Daß noch sehr viel daran fehlt, solche Zustände bei uns zur Regel zu machen, ist die notwendige Konsequenz unserer politischen Zustände, die zwischen einem halben Konstitutionalismus und einem halben Absolutismus haltlos hin- und herschwanken. So wenig die Minister mehr sind als die „Handlanger" des Monarchen, so wenig ist der Monarch selbst gehalten, sich ausschließlich nach dem Willen der Minister zu richten. Es wäre das auch wirklich etwas zu viel verlangt. Zwischen einem Minister und irgend einem anderen Berater des Kaisers gibt es keine feste Grenze. Es fragt sich zum mindesten sehr, ob der Einfluß des preußischen Kriegsministers größer sei als beispielsweise der Einfluß des Chefs des Militärkabinetts. Sie sind ja beide direkt vom Kaiser abhängig. Wenn er mit ihnen nicht zufrieden ist, dann kann er den einen wie den anderen aus seiner Stellung entfernen. Woher soll da die Selbständigkeit des einzelnen Ministers kommen? Diese Unselbstständigkeit der heutigen Minister, die Tatsache, daß

sie nur auf die Gnade des Königs und Kaisers gestellt sind, hat dann aber wieder zur Folge, daß sie auf die Umgebung des Kaisers so gut wie völlig ohne Einfluß sind. Fürst Bismarck hat seinerzeit darauf gehalten, daß ihm die Hofgesellschaft nicht gegen den Wagen fuhr. Er hat sogar bisweilen in seinem Mißtrauen Gespenster gesehen. Aber auch unter Wilhelm I. hat es nicht völlig an jener Erscheinung gefehlt, die man als Kamarilla bezeichnet. Besonders die Hofprediger hatten zeitweilig unter dem alten Kaiser einen recht bedenklichen Einfluß. Auch kam es wohl vor, daß höfische Minister wie Graf Eulenburg irgend welche Maßnahmen Bismarcks zu hintertreiben wußten. Im ganzen wird man doch sagen müssen, daß es Fürst Bismarck vermöge seiner ungewöhnlichen Persönlichkeit sehr wohl verstanden hat, beim alten Kaiser seinen Willen durchzusetzen. Heute ist davon nicht die Rede. Das einzige Mal bei der Erklärung vom 17. November 1908, über die an anderer Stelle ausführlicher gehandelt wird, hat auch Fürst Bülow, gestützt auf den Reichstag und den Bundesrat, dem Kaiser ein Zugeständnis abgerungen. Aber er hat diesen Erfolg nicht lange überdauert, und heute ist es überhaupt verpönt, von jener Erklärung noch zu sprechen. Herr von Bethmann Hollweg wenigstens hütet sich wohlweislich, an diese Erklärung zu erinnern. Er schluckt selbst noch die Königsberger Gottesgnadenrede. Bei dieser Lage der Dinge ist es nicht weiter überraschend, daß die Kamarilla heute wieder eine recht wichtige Rolle spielt. Von einer „häßlichen fremden Giftpflanze" hat in den Novemberdebatten Fürst Bülow gesprochen. Er sagte der Kamarilla nach, daß sie ein fremdes Gewächs sei, das

nie ohne großen Schaden für den Fürsten und ohne großen Schaden für das Volk bei uns eingepflanzt sei. Ob diese Pflanze wirklich erst bei uns importiert worden ist, darüber braucht man nicht zu streiten, da sie jedenfalls längst bei uns heimisch geworden ist. Man wird die Geschichte der preußischen Könige nicht verfolgen können, ohne immer wieder auf die Kamarilla zu stoßen. Unter schwachen Fürsten wie Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm IV. schoß sie besonders üppig ins Kraut, aber völlig ausgerottet wurde sie unter keinem von ihnen. Man weiß, welche Rolle Fürst Philipp Eulenburg als der heimliche Berater des Kaisers gespielt hat, wie er auf sinnlich-übersinnlichem Wege die Politik des Reiches und Preußens zu beeinflussen verstand, bis ihm die Aufdeckung früherer Verfehlungen die Gunst des Kaisers entzog. Aber deshalb fehlt es natürlich auch heute nicht an Höflingen aller Art, die sehr schlau ihre Position auszunützen wissen und dem Kaiser ihre Wünsche soufflieren. Dabei ist das schlimme, daß man sehr oft nicht unterscheiden kann, was auf den Fürsten selbst, was auf die unverantwortlichen Einflüsse einzelner Personen zurückgeführt werden muß. Der Öffentlichkeit gegenüber aber trägt der Fürst unter allen Umständen die Last.

Jedenfalls ist nicht in Abrede zu stellen, daß gewisse Kliquen und Klassen heute sehr häufig das Ohr der Fürsten haben, während die Stimme des Volkes nur selten zu den Stufen des Throns dringen kann. Es ist aber in dieser unvollkommenen Welt nicht anders, als daß jeder einzelne seine eigenen Interessen für die wichtigsten hält, und daß er deshalb, wenn er die Möglichkeit dazu hat, auch diese

Interessen dem Fürsten besonders nahelegt. Und da er sehr richtig spekuliert, daß der Fürst wieder in erster Reihe an seine eigenen Interessen und an die Interessen seines Hauses denken wird, so wird er sich bemühen, auch seinerseits sich dem Fürsten unentbehrlich zu machen. Man hört deshalb auch immer wieder, wie die einzelnen Klassenvertreter sich selbst als die zuverlässigsten Stützen des Thrones anpreisen, auch wenn sie ganz genau wissen, daß es ihnen nur um ihren eigenen Profit zu tun ist. Und auf die Haltung der Fürsten wieder hat dann sehr häufig die Besorgnis Einfluß, daß man ihre Rechte schmälern wolle. Besonders seit die Kronen nicht bloß in Europa, sondern sogar schon in Asien bedenklich zu wackeln angefangen haben, ist es sehr schwer, einen Fürsten davon zu überzeugen, daß er sich immer noch am sichersten fühlen kann, wenn er auf das persönliche Eingreifen in die allgemeine Politik verzichtet und sich damit begnügt, der Träger des Staatsgedankens zu sein. Im deutschen Reich mit seinen zahlreichen Fürsten spielen jedenfalls die dynastischen Besorgnisse eine wichtige Rolle. Sie tragen sehr viel dazu bei, die Beziehungen zwischen Fürst und Volk zu beeinträchtigen, und sie hemmen sehr häufig den gebotenen Fortschritt. Das liegt nicht an der monarchischen Institution als solcher, die ihre Schwächen, aber auch ihre großen Vorzüge gegenüber anderen Regierungssystemen hat, wohl aber an der verfassungsrechtlichen Unklarheit, die leider im deutschen Reich und in den einzelnen Bundesstaaten noch besteht. Das Gegengewicht gegen den Willen der Fürsten ist heute vielfach nicht schwer genug. Es fehlt an einer Ver-

tretung des Volkes, die den festen Willen hätte, sich dem Willen des Fürsten gleichberechtigt gegenüberzustellen. Soweit aber der Bundesrat in Betracht kommt, mögen einzelne Bundesstaaten aus der heutigen Misere hinausstreben; sie werden nicht weit damit kommen, so lange nicht auch Preußen der freiheitlichen Entwicklung erschlossen worden ist. Deshalb gehören ein verfassungsmäßiges Regime und ein freies Wahlrecht für Preußen zusammen. Erst aus beiden Reformen kann für das deutsche Reich neues Leben erblühen.

Die konstitutionellen Garantien

Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht **Rechtsfragen**, sondern Machtfragen; die wirkliche Verfassung eines Landes existiert nur in den tatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Lande bestehen; geschriebene Verfassungen sind nur dann von Wert und Dauer, wenn sie der genaue **Ausdruck** der wirklichen, in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind.

Ferdinand Lassalle.

Die deutsche Reichsverfassung, so ausgezeichnet sie in ihren Grundzügen auch ist, hat doch notgedrungen oder auch mit Absicht manche Frage in der Schwebe gelassen, manches Problem nicht gelöst. Besonders sind die Beziehungen zwischen den Rechten und Pflichten des „Präsidiums", wie die Verfassung die Stellung des Kaisers bezeichnet, und zwischen den Rechten und Pflichten des Volks und seiner Vertretung wohl mit gutem Grunde nicht genau umgrenzt worden. Man kann aus der Reichsverfassung fast soviel herauslesen, wie die Theologen aus der Bibel. War doch die Verfassung zunächst nicht auf Institutionen zugeschnitten, sondern auf zwei Personen, nämlich auf den alten Kaiser Wilhelm und auf den Fürsten Bismarck. Deshalb sah auch Bismarck zuerst darauf, daß er selbst und sein Werk nicht zu kurz kamen, daß aber ebenso auch der Kaiser nicht zu einem konstitutionellen Schatten herabgedrückt wurde. An dieser Tendenz hat Bismarck auch festgehalten, so lange er im Amte war. In dieser Richtung sagte er am 29. November 1881 im Reichstage: „Meine Herren, glauben Sie doch nicht, daß ich Ihnen diene. Ich diene dem Kaiser, dem festen Punkt, den Sie anerkennen. Diese Gesinnung, ich hoffe nicht, daß sie mit mir ausstirbt; aber so lange ich lebe, wird es einen Royalisten und einen sicheren Diener des Kaisers geben." Ob Fürst Bismarck wirklich bis an sein Lebensende sich in diesem

Gedankenkreise bewegt hat, das ist zum mindesten zweifelhaft. Er war später, als er verbittert in Friedrichsruh saß, an seinem Royalismus etwas irre geworden. Aber diese Privatansichten des ersten Kanzlers kommen für die vorliegende Frage nicht weiter in Betracht. Jedenfalls, so lange Bismarck Reichskanzler war, hat er sich für die Aufrechterhaltung der Machtbefugnisse des Kaisers eingesetzt. Der Versuch, den er um die Wende der siebziger Jahre mit der Berufung des Herrn von Bennigsen in den Reichsdienst und mit einer Art parlamentarischen Regimes machen wollte, ist nicht zur Durchführung gelangt. Und Fürst Bismarck hat wenigstens insofern noch die spärlichen Rechte des Parlaments einzuschränken versucht, als er mit Hilfe des übelberüchtigten Kartellreichstages die Verlängerung der Legislaturperioden des Reichstages von drei auf fünf Jahre durchdrückte, eine Maßregel, die sich unterdessen immer wieder als verhängnisvoll erwiesen hat.

Unter den Nachfolgern des Fürsten Bismarck ist an der Reichsverfassung in grundsätzlicher Richtung nur wenig geändert worden. Fürst Bülow hat die bessere Sicherung der geheimen Wahl durchgeführt und die Tagegelder für die Abgeordneten eingeführt; unter ihm und zum Teil wohl auch auf seine Anregung ist aber auch die Geschäftsordnung des Reichstages, die sich nach der Verfassung der Reichstag selbst zu geben hat, in einigen Richtungen verschlechtert worden. Dahin gehört besonders die Einschränkung der Geschäftsordnungsdebatten, die dem Präsidenten eine erhöhte Befugnis verlieh und damit auch die Niederzwingung einer Minderheit durch eine präsente Mehrheit erleichterte. An sich ist natürlich der Mehrheitswille in

einer Volksvertretung maßgebend. Aber in einem Parlament, das auf die Richtung der Politik nicht entscheidend einwirken kann, besteht die oberste Aufgabe der Abgeordneten sehr häufig in der Verhinderung volksfeindlicher Beschlüsse. Deshalb ist jede Bestimmung der Geschäftsordnung, die geeignet ist, die oppositionelle Minderheit zu vergewaltigen, auch eine Verkürzung der Volksrechte. Indessen hätte sich wohl die Unklarheit in den Beziehungen zwischen Bundesrat, Präsidium und Reichstag noch weiter fortschleppen können, ohne daß sie sich als besonders nachteilig bemerkbar gemacht hätte, wenn einerseits der jetzige Kaiser sich des direkten Eingriffs in die praktische Politik enthalten hätte, und wenn anderseits die reaktionären Parteien nicht mehr als einmal zu erkennen gegeben hätten, daß ihnen der auf dem gleichen, direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrecht beruhende Reichstag im höchsten Maße unbequem sei. So brach sich die Erkenntnis immer allgemeiner Bahn, daß die Reichsverfassung nicht dauernd in der Form bestehen bleiben könne, in der sie ursprünglich auf zwei Personen zugeschnitten worden war. War doch die Folge dieser Unklarheiten, daß die Rechte der Krone in immer erweitertem Maße interpretiert wurden, während demgemäß die Rechte des Volkes immer weiter verkürzt wurden. So manche verfassungsrechtliche Unklarheit schrie geradezu nach einer deutlichen Interpretation, schon damit nicht eines Tages ein unheilvoller Konflikt im deutschen Reich heraufbeschworen würde.

Vor allem handelte es sich dabei um die nähere Erläuterung der verfassungsrechtlichen Verantwortlichkeit des Reichskanz-

lers. Diese Verantwortlichkeit ist in der Reichsverfassung ausgesprochen, aber sie ist heute nicht greifbar, weil es kein Verantwortlichkeitsgesetz gibt. Das war die eine Forderung, zunächst einmal eine Handhabe zu gewinnen, um den Reichskanzler, der in irgend einer Weise nach der Auffassung des Reichstages die Verfassung verletzt hat, zur Rechenschaft ziehen zu können. Die andere Forderung stellte, äußerlich angesehen, nur eine Verbesserung der Geschäftsordnung des Reichstages dar, insofern es sich darum handelte, das Interpellationsrecht des Reichstages zu erweitern. Denn heute darf der Reichstag wohl an die Verbündeten Regierungen Fragen richten, soviel er will, aber einmal hat er keinen Einfluß darauf, ob die Regierung diese Fragen überhaupt beantworten will, und dann fehlt ihm jede Handhabe, um seiner Meinung darüber Ausdruck zu geben, ob ihm die Antwort der Regierung genügt oder nicht. Damit ergab sich ganz von selbst die Forderung, daß die Geschäftsordnung des Reichstages dahin erweitert würde, daß mit Interpellation auch Anträge irgend welcher Art verbunden werden könnten, daß besonders dem Reichstag die Möglichkeit gesichert würde, sich am Schluß seiner Interpellationsdebatte darüber auszusprechen, ob er von der Antwort des verantwortlichen Reichsbeamten oder seiner Staatssekretäre zufriedengestellt worden sei oder nicht.

Diese sehr wichtigen Fragen, die zu einer schärferen Umgrenzung der Rechte des Reichstages einerseits, der Rechte der Regierung, des Kaisers und des verantwortlichen Reichskanzlers anderseits, führen sollten, drängten sich mit besonderer Entschiedenheit hervor, als das bekannte Kaiserinterview des

„Daily Telegraph" in die politische Debatte geworfen wurde. Wie dieses Interview zustande gekommen ist, und ob es sich bei seiner Publikation um eine Bummelei des Auswärtigen Amts gehandelt hat, das kann heute auf sich beruhen bleiben. Aber der Inhalt des Interviews, mochte es nun auf die eine oder die andere Weise an die Öffentlichkeit gebracht worden sein, war in jedem Fall geeignet, das deutsche Volk im tiefsten zu erregen. Man sah plötzlich in einen Abgrund. Neben der verfassungsmäßigen Regierung trat ein absolutistisches Regime zutage, das durchaus nicht immer mit der amtlichen deutschen Politik konform ging, sondern sich bisweilen in direktem Gegensatz zu ihr befand. Und man mußte sich sagen, daß es auf diese Weise nur zu leicht zu einem Konflikt mit dem Auslande kommen könnte, ohne daß die amtlichen Stellen in der Lage gewesen wären, Gegenmaßregeln zu treffen. Man mußte sich auch sagen, daß in der Welt das Ansehen des deutschen Volkes schwer leiden müßte, wenn es so dargestellt wurde, als wäre eine persönliche Politik bei uns möglich, die sich jeder Kontrolle durch den Reichstag und die Regierung entzog. Es war deshalb auch der Wille und die Überzeugung allgemein, daß dem Kryptoabsolutismus und dem persönlichen Regime ein für allemal ein Riegel vorgeschoben werden müsse. Einzelwille oder Wille des Volkes, das war die Alternative, über die man nicht hinwegkommen konnte. Wie stark damals der allgemeine Unwille war, geht zur Genüge daraus hervor, daß selbst die konservative Partei eine Erklärung erließ, in der sie, wenn auch nur in dem ehrfurchtsvollen Ausdruck des Wunsches, zu verstehen gab, daß in

den Äußerungen des Kaisers künftig eine *größere Zurückhaltung* beobachtet werden möge. Die übrigen Parteien gingen natürlich noch viel weiter. Eine ganze Reihe von Vorschlägen wurden gemacht, um ähnliche Vorkommnisse zu verhindern. Man forderte eine fest umschriebene Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht bloß, wie es heute in der Verfassung heißt, für die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers, sondern auch für seine politischen *Äußerungen und Reden*. Man regte eine *Adresse* an den Kaiser an, in der dem Kaiser nahegelegt werden sollte, künftig seine politischen Äußerungen von einer vorhergehenden Verständigung mit dem Reichskanzler abhängig zu machen. Man forderte, um die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers praktisch wirksam zu machen, die Schaffung von *verantwortlichen Reichsministern*, man verlangte, daß der Reichskanzler nicht allein durch den Kaiser ernannt werden dürfe, sondern daß dabei auch der Reichstag oder doch sein Präsidium gehört werden müsse, und man regte endlich eine entsprechende Erweiterung des Interpellationsrechts des Reichstages an. Vorläufig aber kam es zu nichts anderem als zu einem Interpellationssturm, der den Reichstag zwei Tage lang durchtobte.

Vielleicht zum ersten Mal hatte der deutsche Reichstag eine Kaiserdebatte. Es kam gewiß nicht alles zum klaren und deutlichen Ausdruck dessen, was eigentlich gesagt werden mußte, und besonders Fürst Bülow bemühte sich nach besten Kräften, der am Kaiser geübten Kritik die Spitze abzubrechen. Und doch, wenn man rückschauend diese Debatten noch einmal überblickt, so findet man darin manches scharfe und kluge

Wort. Selbst die Konservativen glaubten damals unter dem Eindruck der allgemeinen Erregung sich von der Debatte nicht ausschließen zu sollen. Herr von Heydebrand ging ziemlich entschieden gegen die Äußerungen des Kaisers vor, sprach von einer „verlorenen Schlacht", von einer Summe von Sorgen, von Bedenken und Beunruhigung; Herr Gamp, der Vertreter der Reichspartei, beklagte es, daß der Kaiser so oft in Widerspruch trete mit den Anschauungen der ganzen Bevölkerung, daß er aus allen Vorkommnissen der Vergangenheit keine Lehre für die Zukunft gezogen habe; Herr Liebermann von Sonnenberg beklagte, daß der Kaiser je nach den Umständen englisch oder amerikanisch, aber nicht in jedem Augenblick deutsch denke. Er glaubte eine unüberbrückbare Kluft zwischen Kaiser und Volk zu sehen und behauptete, daß das Vertrauen des Volkes auf den Nullpunkt gesunken sei. Und der Zentrumsvertreter Frhr. von Hertling sprach mit deutlicher Anspielung von den Tagen des Sonnenkönigs und den englischen Stuarts, die längst hinter uns liegen. Selbstverständlich hielten die Vertreter der liberalen Parteien und der Sozialdemokratie mit ihrer Kritik des persönlichen Regiments erst recht nicht zurück. Und so wenig man auch mit dieser Interpellationsdebatte zufrieden sein konnte, so war doch immer die Frage der Ministerverantwortlichkeit und der konstitutionellen Garantien aufgeworfen worden. Auch muß man rückblickend dem damaligen Reichskanzler Fürsten Bülow zugestehen, daß er dieser Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Volk eine bleibende Spur zu geben versuchte. Schon in seiner Beantwortung

der Interpellation hatte er davon gesprochen, daß sich der Kaiser auch in seinen Privatäußerungen diejenige Rücksicht auferlegen müsse, ohne die weder er noch einer seiner Nachfolger die Verantwortung tragen könne. Ebenso war er doch Manns genug, zu erklären, daß ihm der Entschluß, seine Entlassung zu nehmen, nicht schwer geworden sei, um so schwerer aber der Entschluß, dem Wunsche des Kaisers folgend noch im Amte zu bleiben. So ging er denn auch, gestützt auf den Reichstag wie auf die Verbündeten Regierungen und das preußische Staatsministerium, am 17. November 1908 nach Potsdam, um dem Kaiser von dem Ergebnis der Debatten Mitteilung zu machen. Es war ein schwerer Entschluß und vielleicht die mutigste Tat des Kanzlers Bülow. Er kam nicht mit leeren Händen zurück. Noch am gleichen Tage konnte über das Ergebnis der Potsdamer Audienz berichtet werden:

„Der Kaiser nahm die Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers mit großem Ernste entgegen und gab seinen Willen dahin kund: Unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik erblicke er seine vornehmste kaiserliche Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Demgemäß billigte der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten Bülow seines fortdauernden Vertrauens."

Das war mehr als eine Vertrauenskundgebung für den Fürsten Bülow; es war zugleich auch eine bindende Zusage des Kaisers dem Volk gegenüber. Aber schon damals mußte man fragen, ob eine

solche Erklärung ausreichen könne, um künftige Differenzen zwischen der Krone und dem Parlament zu verhindern oder sie doch auf geordnetem Wege auszugleichen. Schon der Ausdruck „Stetigkeit der Politik“, so freundlich er auch angesichts der zahllosen Sprunghaftigkeiten des persönlichen Regimes berühren mochte, ließ doch die Möglichkeit übrig, daß die Stetigkeit in einer volksfeindlichen Politik erblickt werden könnte. Ebenso mußte man fragen, was eigentlich unter den „verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten“ zu verstehen sei. Es blieb doch immer der Verdacht bestehen, daß damit im wesentlichen der Reichskanzler als der verantwortliche Reichsbeamte gemeint sei, so daß also der Reichstag dabei ignoriert worden wäre. Und man wurde die Besorgnis nicht los, daß die Potsdamer Garantien nicht länger aufrecht erhalten werden würden, als Fürst Bülow selbst Reichskanzler blieb. Diese Besorgnisse, die in jenen Novembertagen vielfach als übertriebener Skeptizismus hingestellt wurden, haben sich leider nur zu bald als begründet herausgestellt. Nicht lange nach jenen Novemberdebatten fing die höfische Wühlarbeit gegen den Fürsten Bülow an, die von einer Klique geschickt zum Sturz des Fürsten Bülow geleitet wurde. Es wurde gemunkelt, daß Fürst Bülow ebenso den Reichstag wie den Kaiser hinters Licht geführt habe, daß er nur als ein großer und geschickter Intrigant die Gelegenheit benutzt habe, um sich selbst fest in den Sattel zu setzen, und daß die ganze Novemberdebatte nur auf einem Mißverständnis beruhe. Wer einigermaßen den Werdegang des Streits über das Kaiserinterview verfolgt hatte, der konnte freilich zu derartigen Ausgeburten einer ausschweifenden Phantasie nur skeptisch mit den

Achseln zucken. Aber es ist nicht gesagt, daß diese und ähnliche Einflüsterungen nicht am Hofe Verständnis gefunden und mit dazu beigetragen haben, die Stellung des Fürsten Bülow zu untergraben. Auch wußten sich die Konservativen, als es sich um die Nachlaßsteuer und die Branntweinbesteuerung handelte, der Mißstimmung, die am Hofe gegen den Fürsten Bülow herrschte, sehr geschickt zu bedienen, um auf diese Weise dem ihnen unbequem gewordenen Kanzler ein Bein zu stellen. Das ist ihnen dann ja auch gelungen. Und noch jetzt kann man bisweilen jene Geschichtsklitterung in diesem oder jenem reaktionären Blatte lesen, nachdem sich herausgestellt hat, daß es für die Konservativen doch nicht ganz leicht sei, über die Schwenkung zum Zentrum und über ihr verräterisches Spiel bei der Reichsfinanzreform hinwegzukommen. Helfen kann es ihnen gewiß nichts mehr; aber sie scheinen zu glauben, daß es immer einige gute Seelen geben könnte, die ihnen die Sünden bei der Reichsfinanzreform verzeihen, wenn sie sich selbst in das bengalische Licht der Königsretter und der Verfassungswächter stellen.

Weil solche Umdeutungen der Novemberdebatten sich mit Sicherheit voraussehen ließen, und weil unmöglich immer wieder der Fehler gemacht werden durfte, die politische Kontinuität im deutschen Reiche auf eine bestimmte Person zuzuschneiden, deshalb ist damals schon von allen, die es überhaupt mit dem konstitutionellen Regime ehrlich meinen, immer wieder gefordert worden, daß die Potsdamer Erklärung auch in der Verfassung des deutschen Reiches ihren dauernden Niederschlag finden müsse. Die prinzipielle Forderung dabei konnte keine andere sein, als daß dem

Reichstag die Möglichkeit gegeben wurde, bei der Ernennung und Verabschiedung eines verantwortlichen Reichskanzlers oder sicherer eines Reichsministeriums mit einer Reihe verantwortlicher Reichsminister, mitzuwirken, und sodann, einen Reichskanzler, der sich in irgend einer Weise eines Verstoßes gegen die Verfassung schuldig gemacht hat, zur Verantwortung zu ziehen. In dieser Beziehung sind denn auch eine Reihe von Anträgen gestellt worden, und die Geschäftsordnungskommission des Reichstages hat sich mit ihnen auch zwei Jahre lang beschäftigt. Allerdings handelte es sich dabei nur noch um einen Ausbau der Geschäftsordnung. Die weitergehenden Anträge zur Verfassung sind sehr bald wieder in der Versenkung verschwunden. Aber auch der Versuch, die Geschäftsordnung des Reichstages im Sinne einer größeren Aktivität des Reichstages umzugestalten, hat bisher zu nichts geführt, weil sich nur zu bald wieder die Konservativen in die Opposition schlugen und das Zentrum mehr und mehr mit ihnen zusammen daran wirkte, solche Beschlüsse zu hintertreiben. So arbeitete denn die Kommission für nichts oder so gut wie für nichts. Die einzige Frucht, die aber auch noch der Bestätigung durch den Reichstag bedarf, war eine Ergänzung des Interpellationsparagraphen der Geschäftsordnung. Die Forderung, daß bei der Besprechung von Interpellationen Anträge zulässig seien, wurde abgelehnt. Es soll nur dem einzelnen Mitgliede des Reichstages überlassen bleiben, den Gegenstand der Interpellation in Form eines Antrages weiter zu verfolgen. Dann aber soll es weiter heißen:

„Dagegen können bei Besprechung von Interpellationen über die Tätigkeit des Reichskanzlers, für welche dieser dem

Reichstage verfassungsrechtlich verantwortlich ist, Anträge gestellt werden, die dahin gehen, daß der Reichstag sich über die Billigung des Verhaltens des Reichskanzlers aussprechen möge. Diese Anträge müssen von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet sein."

Das ist gewiß ein sehr dürftiges Ergebnis einer zweijährigen Beratung; aber man würde es immerhin mit in den Kauf nehmen können, weil durch eine solche Erweiterung wenigstens die Möglichkeit gegeben wäre, grundsätzlich die Billigung oder Mißbilligung der Politik des Reichskanzlers auszusprechen. Auch wenn man sich sagt, daß eine derartige Erklärung irgend eine praktische Konsequenz nicht nach sich ziehen würde, so wäre es doch für einen Reichskanzler selbst im deutschen Reich eine peinliche Situation, mit einem Reichstage zusammenzuarbeiten, der ihm in seiner Mehrheit kein Vertrauen entgegenbringt. Gerade weil diese Erweiterung des Interpellationsrechts des Reichstages aber das moralische Gewicht des Reichstages immerhin verstärken müßte, gerade deshalb ist es höchst unwahrscheinlich, daß der blau-schwarze Block diese Bestimmung in die Geschäftsordnung aufnehmen wird. Man wird schwerlich in der Annahme fehlgehen, daß auch dieser einzige Erfolg der ganzen Verfassungsdebatte noch in den Papierkorb fallen dürfte. Dann wäre wirklich die ganze Verfassungsdebatte ausgegangen wie das Hornberger Schießen.

Und doch liegt es auf der Hand, daß es mit diesem negativen Ergebnis nicht sein Bewenden haben kann. Wie man das Ziel bezeichnen soll, auf das hingearbeitet werden muß, darauf kommt es nicht so sehr an. Es ist natürlich nichts als ein Popanz, wenn vom Parlamentarismus und vom parlamenta-

rischen Regime als von etwas schrecklichem gesprochen wird. Die Parlamentsherrschaft hat zweifellos gleichfalls ihre Schattenseiten. So wenig man den Absolutismus als die Herrschaft eines unumschränkten Fürsten wollen kann, so wenig man den Bureaukratismus als die Herrschaft der Beamtenkaste vertragen könnte, so wenig die Junkerherrschaft oder die Herrschaft einer anderen Minderheit des Volkes auf die Dauer erträglich wäre, so wenig wird man auch wünschen können, daß das Parlament, losgelöst vom Volkswillen, die allein maßgebende Macht in der Hand hat. Auch lassen sich nicht ohne weiteres Zustände, die in anderen Ländern geschichtlich erwachsen sind, auf das unter anderen Verhältnissen entstandene deutsche Reich übertragen. Mag auch England in manchen Beziehungen für die Entwicklung der deutschen Verfassung vorbildlich sein, so wird man doch keinen Augenblick daran denken können, es kopieren zu wollen. Das Ziel kann überhaupt nicht die Herrschaft eines einzelnen oder einer Minderheit sein, sondern nur die Volksherrschaft selbst. Und ebenso muß es das Volk sein, das sich seine Organe sucht, das diese Organe kontrolliert und das durch die Männer seines Vertrauens seine Geschicke selbst leitet. Sucht man aber diese Volksherrschaft praktisch anzufassen, dann kann es sich bei einem großen Volke wie dem deutschen mit seinen fünfundsechzig Millionen Menschen naturgemäß nicht um die direkte Ausübung der Macht durch das Volk handeln. Auch das Referendum, das sich in der Schweiz bewährt hat und das sogar die englischen Lords jetzt in Anregung gebracht haben, kann immer nur in Ausnahmefällen herangezogen werden. Im ruhigen Lauf der Dinge kann das Volk nur

durch das von ihm erwählte Parlament die Regierung ausüben. Deshalb ist die oberste Forderung neben dem gleichen und freien Wahlrecht eine Verstärkung der Macht des Reichstages. Es gibt keinen anderen Weg, um aus dem heutigen Krypto-absolutismus und aus der nicht minder drückenden Klassenherrschaft herauszukommen. Ebenso ist klar, daß auf diesem Wege nur schrittweise vorgegangen werden kann. Und wenn die Novemberdebatten auch bisher keinen praktischen Fortschritt auf dem Wege der parlamentarischen Machterweiterung gebracht haben, so haben sie doch eine Klärung über den Weg gebracht, der eingeschlagen werden muß.

In dieser Richtung kommt besonders der Vorschlag in Betracht, der sich auf eine Erweiterung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers bezieht. Von freisinniger Seite ist damals gefordert worden, daß sich die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht bloß auf die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers beziehen solle, sondern auf alle Handlungen des Kaisers, welche die innere oder die äußere Politik des Reichs zu beeinflussen geeignet seien. Damit wollte man dem Reichskanzler auch die Verantwortung für die Reden, Interviews und sonstigen Kundgebungen des Kaisers formell auferlegen. Diesem Antrage schloß sich dann die weitere Forderung nach einem Gesetz an, das die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seines Stellvertreters sowie das zur Geltendmachung dieser Verantwortlichkeit einzuhaltende Verfahren regelt.

Beziehen sich diese Forderungen auf die Stellung des Reichskanzlers zum Kaiser und zum Reichstage,

so gingen die anderen Anträge dahin, die Befugnisse des Parlaments direkt zu erweitern. Der Sinn ist, die tägliche Kontrolle des Reichskanzlers durch den Reichstag zu ermöglichen und auch Vorsorge für die Zeit zu treffen, in welcher der Reichstag nicht versammelt ist. Demgemäß wurde gefordert, daß die Berufung des Reichstages erfolgen müsse, sobald sie von einem Drittel der Mitglieder verlangt wird. Nimmt man hierzu die schon erörterten Anträge zur Beteiligung des Reichstages oder seines Präsidiums bei der Ernennung des Reichskanzlers sowie die Möglichkeit, im Anschluß an Interpellationsdebatten den Willen des Reichstages bestimmt zu formulieren, sowie durch sogenannte „kleine Anfragen" in beständiger Fühlung mit dem Reichskanzler zu bleiben, so hat man die Auswahl zwischen einer ganzen Reihe von gangbaren Wegen, die alle mehr oder weniger auf eine Verstärkung der parlamentarischen Macht hinauslaufen. Selbstverständlich ist nicht daran zu denken, alles auf einmal durchzusetzen, da der Reichstag ohnehin nicht in der Lage wäre, die ihm entgegenstehenden Hemmungen zu überwinden. Überhaupt soll nicht bestritten werden, daß derartige Bestimmungen immer erst lebendig werden, wenn hinter ihnen wirklich der parlamentarische Wille zur Macht steht, da sonst auch die beste Verfassung und Geschäftsordnung nichts hilft. Aber das Ziel, das Parlament auch äußerlich und verfassungsrechtlich würdiger hinzustellen, darf nicht aus den Augen verloren werden. Denn ein fester Rückhalt in der Verfassung und Geschäftsordnung stärkt auch wieder das Rückgrat der Schwächlinge, die aus lauter formalen Bedenklichkeiten fast nie zur Tat kommen. Eins gehört eben zum anderen. Und wenn man sieht,

wie in der Praxis die übrigen Faktoren der Gesetzgebung und Regierung ununterbrochen an der Arbeit sind, um ihren Machtkreis zu erweitern, dann müßte der Reichstag sich selbst preisgeben, wenn er nicht gleichfalls an einer Befestigung seines Einflusses und seiner Position arbeiten wollte.

Nur ein Blinder kann sich darüber täuschen, daß die Wirkungen der Novemberdebatten von 1908 völlig verpufft sind. Und wenn man für diese betrübende Tatsache einer Bestätigung bedurfte, dann hat man sie in der Novemberdebatte vom 25. November 1910 erhalten. Die Königsberger Kaiserrede hatte wegen ihrer schroffen Hervorkehrung des Gottesgnadentums, des Königtums aus eigenem Recht und wegen ihrer Mißachtung der Tagesmeinungen begreiflicherweise in der Öffentlichkeit viel Aufsehen gemacht. Man mußte sich fragen, inwieweit sich diese Rede mit der Potsdamer Erklärung vom 17. November 1908 noch in Einklang bringen lasse. Es war ganz selbstverständlich, daß der Reichstag den Reichskanzler darüber interpellierte. Aber es stellte sich nur zu deutlich heraus, daß die Situation sich schon wieder vollständig verschoben hatte. Obwohl es sich um den gleichen Reichstag wie bei den Novemberdebatten von 1908 handelte, glaubte man, wenn man die Reden der Herren von Heydebrand, von Hertling und die Erklärung des Herrn Liebermann von Sonnenberg hörte, sich nicht mehr auf der Erde, sondern irgendwo auf dem Sirius zu befinden. Diese tüchtigen Leute hatten völlig vergessen, was sie zwei Jahre früher gesagt hatten. Herr von Heydebrand ritt eine lächerliche Attacke gegen die Sozialdemokratie, um den Eindruck seiner erst zwei Jahre alten Erklärungen zu ver-

wischen, Herr von Hertling wußte nichts mehr vom Sonnenkönig und den Stuarts, sondern erging sich in einer widerlichen Verhimmelung des Gottesgnadentums, und Herr Liebermann von Sonnenberg hatte nicht genug mit der Redefreiheit des Kaisers, sondern forderte gleich noch die volle Redefreiheit für den Kronprinzen. An der Stelle des Fürsten Bülow aber saß Herr von Bethmann Hollweg. Er hatte gleichfalls vergessen, daß er im November 1908 sich an den Beschlüssen der Verbündeten Regierungen, die eine Rückendeckung des Fürsten Bülow bedeuteten, beteiligt hatte, und sprang wie ein Toreador in die Arena, um jede Kritik an den Kaiserreden tot zu stechen. Leider war sein Degen recht stumpf, und seine Argumentation dürftig; alles aber wurde zugedeckt durch die Bereitwilligkeit, mit der er die volle Verantwortung für die Königsberger Gottesgnadenrede auf sich nahm und ihre Übereinstimmung mit der Verfassung zu rechtfertigen unternahm. So folgte nur zwei Jahre später auf den Ernst der Novemberdebatten von 1908 das Satyrspiel der Gottesgnadendebatte. Gewiß, man mußte auch diesen Schicksalsschlag hinnehmen. Aber zugleich muß man sich doch sagen, daß es auf dieser schiefen Ebene wirklich nicht weiter gehen kann, daß die Würdelosigkeit, die der Reichstag in seiner Mehrheit am 25. November 1910 zur Schau trug, sich nicht mehr überbieten läßt. Und wenn man auch leider nicht daran zweifeln kann, daß an diesem Reichstag Hopfen und Malz verloren ist, so wird man um so mehr sich zu dem ernsten Wollen aufraffen müssen, die reaktionären Parteien, die in sklavischer Gesinnung sich vor der Krone und ihrem Träger auf den Bauch warfen, aus der deutschen Volksvertretung zu elimi-

nieren. Die Forderung der parlamentarischen und konstitutionellen Garantien mag heute deplaziert erscheinen, aber ihre Zeit wird wiederkommen. Und vielleicht geht es dann ebenso wie mit den sybillinischen Büchern. Je länger die Reaktion es verstanden hat, die Garantien zu hintertreiben, um so teurer werden sie bezahlt werden müssen.

Die auswärtige Politik des neuen Kurses

Mit dem Nationalhaß ist es ein eigenes Ding. Auf den untersten Stufen der Kultur wird man ihn immer am stärksten finden. Es gibt aber eine Stufe, wo er ganz verschwindet und wo man gewissermaßen über den Nationen steht und man ein Glück oder ein Wehe seines Nachbarvolkes empfindet, als wäre es dem eigenen begegnet. Goethe.

Die auswärtige Politik einer großen Macht bildet den Prüfstein für seine innere Politik. Es ist nur Schein, wenn es so aussieht, als könnte ein Staat äußerlich mächtig sein, wenn er innerlich schwach und zerrissen ist. Allerdings gehört es ja zu den Rezepten der Reaktionäre aller Länder, für innere Fehler eine Ablenkung in auswärtigen Abenteuern zu suchen. Aber dergleichen gelingt nur sehr selten; viel häufiger geschieht es, daß ein morsches Regime, wenn es sich im Auslande eine Schlappe geholt hat, völlig zusammenbricht. Was hat, um das nächstliegende Beispiel zu wählen, Rußland schließlich von seiner asiatischen Expansionspolitik gehabt? Es ist in seinem ganzen Bestande bedroht worden, ohne daß seine auswärtigen Erfolge und Mißerfolge die Welt über den wirklichen Zustand im Innern zu täuschen vermochten, und erst recht, ohne das russische Volk selbst zufrieden zu stellen. Wenn Rußland den Krieg in der Mandschurei und die furchtbaren revolutionären Erschütterungen, die ihm folgten, verhältnismäßig gut überstanden hat, dann geschah es nur, weil es aus verschiedenen Gründen von Frankreich, von Deutschland und zuletzt sogar von England finanziell und ideell unterstützt wurde. Es war gerade noch gut dazu, zur Aufrechterhaltung des sogenannten europäischen Gleichgewichts hin- und hergeschoben zu werden, ohne trotz seiner großen Volkszahl etwas für sich zu bedeuten. Und als ihm im Frühjahr 1909 Österreich-Ungarn die

Zähne zeigte, da knickte es kläglich zusammen. Es ist eben trotz aller großartigen Geberden noch heute, und heute mehr als je, der Riese mit den tönernen Füßen.

Schon die parteipolitische Zerrissenheit, die drückende Suprematie der Agrarier und des Zentrums, die doch nur vorübergehend etwas verdeckt, aber nie wirklich gebrochen worden ist, sowie die finanzielle Schwäche mußten verhindern, daß das deutsche Reich in den letzten zwanzig Jahren auf dem Welttheater eine Rolle spielen konnte, zu der es seine beständig wachsende Volkszahl und sein wirtschaftlicher Aufschwung in Verbindung mit seiner kolossalen Kriegsmacht zu Wasser und zu Lande hätten prädestiniert erscheinen lassen. Aber es kam doch noch viel persönliches Verschulden hinzu. Seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck, der durch seine geniale Führung der auswärtigen Geschäfte die deutschen Schwächen geschickt zu verdecken, sich als ehrlicher Makler unentbehrlich zu machen und eine Macht gegen die andere auszuspielen verstanden hatte, ist denn auch auf dem Gebiet der deutschen auswärtigen Politik so gut wie nichts erreicht worden. Wir mußten uns beständig in Versicherungen unserer Friedensliebe erschöpfen und immer von neuem die feierliche Erklärung abgeben, daß wir nichts, aber auch gar nichts wollten, eine Versicherung, die vom Auslande natürlich mit Hohnlachen oder kühlem Spott entgegengenommen wurde, weil sie mit dem wirklichen Stande der Dinge nicht zusammenstimmt, und die doch von unserer Seite so ehrlich gemeint war. Wir wollten wirklich nichts, weil wir nie wußten, was wir eigentlich wollen sollten.

An „Erfolgen" aller Art hat es ja freilich nicht gefehlt; aber leider nur an Erfolgen in Gänsefüßchen. Wir haben Witu, Somaliland, Zansibar und Uganda aufgegeben und dafür Helgoland gewonnen. Wir haben uns mit Kiautschou unseren Platz an der chinesischen Sonne geschaffen. Wir haben einen glorreichen Feldzug gegen die „gelbe Gefahr" geführt und in einem blutigen Kriege, der uns tausende von Menschen und eine Viertelmilliarde Mark gekostet hat, die Hereros des südwestafrikanischen Sandfeldes niedergezwungen, um nicht zu sagen: ausgerottet. Alle diese und einige andere „Erfolge" sind von offiziösen Federn begeistert besungen und in zahllosen amtlichen Kundgebungen gefeiert worden. Aber als Fazit zweier Jahrzehnte sind solche Errungenschaften für ein Volk vom Range des deutschen doch etwas mager. Nun könnte man freilich sagen, daß es heute nicht auf Landgewinn ankommen könne. Sehr richtig! Aber die Welt ist unterdessen mehr als einmal verteilt worden und so manches gute Stück wurde uns vor der Nase weggeschnappt. Haben wir wirklich alle diese Dinge mit dem Auge des Philosophen und des Dichters an uns vorübergehen lassen? Oder haben wir nicht manchmal zugeschaut wie die Hungrigen, die nur nicht wagen, den Löffel zu nehmen und in die Schüssel zu fahren? Ach, man täuscht sich so leicht über seine eigenen Empfindungen, wenn man sich genötigt sieht, ungesättigt vom Tisch aufzustehen. Enthaltsamkeit ist, wie Busch so hübsch sagt, das Vergnügen an Dingen, welche wir nicht kriegen.

Und wenn wir wenigstens uns nicht bisweilen hätten merken lassen, daß wir Resignation nur aus Not, nicht aus innerstem Drange übten. Als Eng=

land sich anschickte, die südafrikanische Republik zu verschlucken, da telegraphierte der Kaiser nach der Bewältigung des Jamsoneinfalles an den Präsidenten Krüger am 2. Januar 1896:

„Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigsten Glückwunsch dazu aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wiederherzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“

Es ist unterdessen versichert worden, daß es sich hierbei nicht um eine impulsive Handlung des Kaisers gehandelt habe, sondern daß er nur seine Unterschrift unter einen ihm vom Auswärtigen Amt vorgelegten Entwurf gesetzt habe. Ob es sich wirklich so verhalten hat, sei dahingestellt. In jedem Fall trat damit das deutsche Reich an die Seite der südafrikanischen Republik. Sie durfte auf unsere Unterstützung bauen. Aber als dann England den Krieg vom Zaune brach, da hielten wir ihm die Stange. Ja, nach dem bekannten Interview, das der „Daily Telegraph“ im Oktober 1908 veröffentlichte, hat der Kaiser sogar einen Kriegsplan für die englische Armee zur Niederwerfung der Buren ausgearbeitet, und in jedem Fall hat die deutsche Regierung, als die Burengenerale und Ohm Krüger nach Europa kamen und um Unterstützung baten, den Empfang Krügers und seiner Generale abgelehnt. Die Burenhelden wurden auch in Berlin gefeiert, aber von der deutschen Regierung wurden sie verleugnet, und damit konnte ihre Mission wie das Schicksal der Buren als besiegelt gelten. Was haben wir nun eigentlich in dieser Burenaffäre ge-

wollt? Oder haben wir eine genügende Entschädigung durch irgend einen Vertrag erhalten, der im Jahre 1898 mit England über die portugiesischen Kolonien abgeschlossen worden ist? Was dieser Vertrag eigentlich enthalten hat, das weiß man noch heute nicht genau; das aber weiß man aufs genaueste, daß er nicht die geringste praktische Wirkung gehabt hat. Es blieb ein totes Papier. Aber England steckte ganz Südafrika ein; und es ist auf dem besten Wege, in einem breiten Streifen den Norden und Süden miteinander zu verknüpfen, um so die Vorherrschaft über ganz Afrika in seine Hand zu bekommen. Gewiß, wir haben unsere afrikanischen Kolonien bisher behauptet. England hat ja auch vorläufig noch an dem Riesenbissen, den es in Afrika geschluckt hat, zu verdauen. Aber darüber ist sich doch alle Welt klar, daß wir mit unserem ganzen Kolonialbesitz in Afrika ausschließlich von der Gnade Englands abhängig sind. Ist doch noch kürzlich sogar, wenn auch nur von Herrn Peters, von dem Abfall unserer südwestafrikanischen Kolonie und ihrer Angliederung an Englisch-Südafrika gesprochen worden.

Und wie haben wir es eigentlich mit Frankreich gehalten? Fürst Bismarck verfolgte die geschickte, wenn auch nicht ungefährliche Taktik, die Franzosen von dem Loch in den Vogesen ab- und auf koloniale Abenteuer hinzulenken. Er hat es begünstigt, daß Frankreich in Hinterindien seine Herrschaft ausbreitete und Tunis okkupierte. Es hat ja unterdessen sein Kolonialreich recht hübsch erweitert, hat Madagaskar hinzubekommen, Tripolis mit Beschlag belegt und ist auf dem besten Wege, den ganzen Nordwesten Afrikas einschließlich der Sahara zu einem riesigen

Kolonialreich auszugestalten. Aber als der Oberst Marchand Faschoda am oberen Nil besetzte, als wir eine Gelegenheit hatten, uns die französische Republik zu verpflichten, da erkannten wir ohne Not den englischen Anspruch als berechtigt an. Frankreich mußte wohl oder übel zurückweichen, und die Folge war, daß es sich mit England assoziierte, demselben England, mit dem es noch im Jahre 1898 fast Krieg geführt hätte. So kam es zu dem Marokkoabkommen zwischen England und Frankreich, durch das sich beide Mächte in den Nordrand Afrikas teilten. Frankreich sollte Marokko erhalten und durch „friedliche Durchdringung" in Besitz nehmen, während England sich in Ägypten festsetzen durfte. Dieser ohne die deutsche Zustimmung abgeschlossene Vertrag war die Quittung für das Krüger-Telegramm und unsere Haltung in der Faschodaangelegenheit zugleich. Wir bäumten uns dagegen auf, ohne jedoch etwas zu erreichen. Ja, durch die Reise des deutschen Kaisers nach Tanger und durch die Garantie, die der Kaiser für die Souveränität des Sultans von Marokko übernahm, wurde nur der Fehler des Krüger-Telegramms wiederholt. Leider wurde auch der günstige Augenblick verpaßt, in dem man nach dem Sturz Delcassés mit Rouvier, der dazu bereit war, direkt hätte verhandeln können. So blieb dem deutschen Reiche nichts anderes übrig, als einen Schritt nach dem anderen zurückzuweichen, und nur mit vieler Mühe gelang es in der Konferenz von Algeciras, unsere Blöße einigermaßen zu kaschieren. Erreicht haben wir jedenfalls bei dem ganzen Handel nichts als einige recht geringwertige Erfolge wirtschaftlicher Natur, die wir viel billiger hätten haben können. Dafür aber gestaltete sich das

Verhältnis mehr als ein Jahr lang zu Frankreich so gespannt, daß die Kriegsgefahr nicht mehr fern war. Es ist ja unterdessen erfreulicherweise gelungen, mit Frankreich durch das Abkommen über Marokko wieder ein erträgliches Verhältnis herzustellen, und bisweilen schienen die gegenseitigen Beziehungen sogar fast herzliche Formen anzunehmen. Aber man darf auch nicht zu stark auf die Vergeßlichkeit der Nationen rechnen.

Unsere asiatische Politik war nicht weniger sprunghaft und unzuverlässig als die Politik in Afrika. Als Japan in seinem Krieg gegen China sich seine ersten kriegerischen Lorbeeren geholt hatte, da glaubten wir uns berufen, dem aufstrebenden Japan in Verbindung mit Rußland einen Dämpfer aufsetzen zu sollen. Dieses Zusammengehen mit Rußland mag uns die Erwerbung Tsingtaus erleichtert haben, aber es hat uns auch mehr, als nötig und nützlich war, in die ostasiatischen Wirren verwickelt. Der Boxeraufstand sah Deutschland sogar an der Spitze der Invasionsarmee. Wie weit damals die phantastische Vorstellung von der Möglichkeit einer Aufteilung Chinas mitgesprochen hat, das mag auf sich beruhen bleiben. Jedenfalls mußten wir nach einigen recht zweifelhaften Erfolgen wieder nach Hause zurückkehren. Der Besuch des Sühneprinzen, dessen Wohlwollen wir doch heute recht gut brauchen können, und die alten astronomischen Instrumente, die jetzt vor der Orangerie in Potsdam stehen, waren nur sehr geringe Äquivalente für dieses chinesische Abenteuer, das unter ganz falschen Voraussetzungen unternommen wurde und unserem Ansehen in der Welt mehr geschadet als genützt hat. Dieser moderne Kreuzzug gegen die Gefahr, die vom heiligen und großen Buddha drohen sollte, war vielleicht der

schlimmste Fehler unserer auswärtigen Politik. Er dünkt uns Jahrhunderte zurückzuliegen, und doch sind es erst zehn Jahre her, daß er unternommen wurde.

Wenn wir nur wenigstens rechtzeitig in die richtigen Bahnen eingelenkt wären, wie es England tat, als es sich mit Japan assoziierte. Es wußte eben besser als unsere weltfremde Diplomatie um die wirklichen Zustände im fernen Osten Bescheid. Die deutsche Regierung vertraute felsenfest auf die Überlegenheit Rußlands in der Mandschurei und glaubte bis zum letzten Augenblick nicht, daß Japan einen Waffengang mit Rußland wagen werde. Aber es riskierte das Wagnis und hatte einen Erfolg über Erwarten. Und wieder hatten wir in dieser ganzen Zeit nichts besseres zu tun, als der russischen Regierung den Rücken zu decken. Daß uns diese Haltung irgend welchen Nutzen gebracht haben sollte, wird man schwerlich behaupten können. Dafür haben wir freilich dem verrotteten russischen Absolutismus die Möglichkeit gewährt, sich, wenn auch mit Mühe, über Wasser zu halten.

Überhaupt darf man ja den dynastischen Faktor auch bei den auswärtigen Beziehungen nicht außer acht lassen. Das ist bei dem letzten Besuch, den der russische Zar in Potsdam abstattete, wieder deutlich zutage getreten. Die offiziöse russische „Rossija" sagte ganz richtig, indem sie den Besuch kommentierte:

„Die gegenwärtige Monarchenbegegnung in Deutschland erscheint vor allem als ein neuer greifbarer Beweis der Festigkeit der historischen Überlieferungen, die nicht nur die regierenden Dynastien Rußlands und Deutschlands, sondern auch Rußland mit Deutschland verknüpfen. Beide Mächte haben seit alter Zeit nicht nur verstanden, die Widersprüche zu beseitigen, die

zuweilen in ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen zutage traten, sondern, was noch wichtiger ist, sie waren auch stets bemüht, die Meinungsverschiedenheiten zu mindern, die in den Beziehungen zwischen einzelnen europäischen Staaten entstehen konnten. Im Laufe einer langen Periode als Damm für den europäischen Frieden und die konservative Weltanschauung dienend, haben die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland tief in der russischen und in der deutschen Volksseele Wurzel gefaßt, und dieser Umstand sichert vielleicht besser als schriftliche Verträge und Abkommen auf dem Gebiet der internationalen Politik auch für die Zukunft ein solidarisches Zusammenwirken beider Regierungen, das auf die Erhaltung des europäischen Friedens gerichtet ist, den nicht Rußland und Deutschland allein, sondern die ganze zivilisierte Menschheit braucht."

Einen „Damm für die konservative Weltanschauung", das ist es, was Rußland in uns sucht, das ist es wohl auch, was uns mit ihm trotz aller Gegensätze immer wieder verbindet. Denn an Gegensätzen aller Art hat es in den letzten zwei Jahrzehnten nicht gefehlt. Graf Caprivi räumte bekanntlich mit dem sogenannten Rückversicherungsvertrage auf, den Fürst Bismarck mit Rußland abgeschlossen hatte. Ob diese Politik der Ehrlichkeit — nirgends gibt es so wenig Ehrlichkeit, als auf dem Gebiet der auswärtigen Politik — für das deutsche Reich auch nützlich war, das ist eine Frage für sich. Nur hätte man dann konsequent sein und einen Anschluß nach anderer Seite suchen müssen. Aber man erreichte nur, daß Rußland der französischen Republik in die Arme getrieben wurde, obgleich die Franzosen gar nicht daran dachten, sich an der Errichtung des Dammes für die konservative Weltanschauung zu beteiligen. Und wieder hin=

derte unsere freundwillige Unterstützung Rußlands England nicht, sich auch mit diesem, seinem politischen Antipoden, zu verständigen, um das deutsche Reich aus Kleinasien und Mesopotamien auszuschalten. Die Zusammenkunft zwischen Eduard VII. und Nikolaus II. in Reval bestätigte diese neueste Entente, die dann später durch das englisch-russische Abkommen über das innere Asien vertieft wurde. Auch die englischen Blütenträume sind ja nicht alle gereift, und besonders seit der Potsdamer Zusammenkunft hat Rußland angefangen, sich mehr nach der deutschen Seite zu orientieren. Möglich, daß die englisch-russische Harmonie eines Tages einen Knacks bekommen wird; aber ob wir dann von einem Zusammenstoß zwischen Rußland und England den Nutzen haben werden, ob wir nicht schließlich die Zeche werden bezahlen müssen, das steht noch sehr dahin. Überhaupt muß man doch dem König Eduard nachsagen, daß er nicht der Popanz gewesen ist, zu dem ihn die deutsche Legende gemacht hat. Er hat nur nach dem Grundsatz gehandelt: Die Freunde meiner Freunde sind auch meine Freunde, und er hat die Fehler und Blößen, die sich die deutsche Diplomatie gab, im Interesse seines Landes ausgenützt, wobei man ihm noch immer nachsagen muß, daß er ein aufrichtiger Freund des Völkerfriedens gewesen ist.

Fürst Bismarck hatte mehr und mehr seine Politik auf den Dreibund gestellt, um durch ihn das europäische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. Daß dieses Fundament des europäischen Friedens im wesentlichen aufrecht erhalten wurde, ist gewiß dankbar anzuerkennen. Nur wird man auch hier wieder

das Gefühl nicht los, daß wir immer nur die Gebenden gewesen sind. Wir haben uns im Frühjahr 1909 mit aller Entschiedenheit hinter Österreich-Ungarn gestellt, als es den Augenblick für gekommen hielt, um die Okkupation Bosniens und der Herzegowina in eine dauernde Einverleibung mit der österreichischen Monarchie zu verwandeln. Die „Nibelungentreue", die wir damals, wie es etwas überschwenglich hieß, gewährten, ist gewiß eine schöne Sache, auch wenn man hinzufügen muß, daß wir weiter gegangen sind, als uns durch den Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn auferlegt wurde. Man wird auch hoffen müssen, daß der Dank Österreichs der Größe dieses Dienstes entsprechen wird. Daß wir, wenn auch mit großen finanziellen Opfern, im nahen Orient neuerdings unsere Position etwas befestigen konnten, muß zugegeben werden, wie auch die angebahnte Verständigung mit Rußland über Persien und die Verhandlungen über die Bagdadbahn vielleicht zu nützlichen Ergebnissen führen können. Aber zunächst hatte unser Verhalten in dieser Angelegenheit nur die Wirkung, uns zur Abwechslung wieder einmal Rußland zu entfremden, und auch Italien einer Sezession aus dem Dreibund geneigt zu machen. Diese Gefahr scheint erfreulicherweise wieder beseitigt zu sein.

Dafür liefen wir Gefahr, mit England aneinander zu geraten. England ist ja überhaupt bei unseren patentierten Patrioten recht wenig beliebt. Es gilt als das „perfide Albion", dessen eifrigstes Bemühen es sei, uns die Butter vom Brot zu nehmen. Als ob wir irgend einen Anspruch darauf hätten, daß uns das Ausland mit besonderer Zärtlichkeit liebte.

Wer dergleichen erwartet, der erinnert an jenen preußischen König, der mit dem Stock in der Hand hinter seinen Untertanen herlief und ihnen drohend zurief: „Lieben sollt ihr mich, Halunken!“ Wer die Dinge nimmt, wie sie nun einmal auf dieser unvollkommenen Erde sind, der wird gerade auf dem Gebiet der auswärtigen Politik sich vor allen idealen Forderungen hüten und schon zufrieden sein, wenn die Nationen in leidlicher Eintracht beieinander wohnen. Was zumal England betrifft, so lassen sich natürlich unsere Beziehungen zu ihm nicht nach den Regeln der Blutsverwandtschaft einrichten, auch wenn wirklich das Blut dicker als Wasser sein sollte. Worauf es ankommt, das ist doch die englische Weltmacht. England zieht seine Fäden nach allen fünf Erdteilen. Es hat überall seine Ressourcen, aber es ist auch überall verwundbar. Sein einziger Schutz ist seine überlegene Flotte, da es nur über ein verhältnismäßig recht schwaches Landheer verfügt. Was Wunder, daß es nicht gerade mit Vergnügen sieht, wenn wir unsere Flotte beständig vermehren und für sie Opfer bringen, die mit unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in einem schreienden Mißverhältnis stehen. Auch haben wir ja selbst die Aufmerksamkeit Englands auf diese Flottenbauten hingelenkt, indem jede einzelne Kiellegung und jeder einzelne Stapellauf mit lauten Reden in die Welt hinaus verkündigt wurde. Gewiß ist die englische Besorgnis vor einer deutschen Invasion auf englischem Boden nach deutschen Begriffen unbegründet. Aber es geht hier den Engländern wie jenem Rabbiner, der, vor einem bellenden Hunde flüchtend, auf die Frage, ob er nicht wisse, daß Hunde, die bellen, nicht beißen, die Antwort gab: „Ich weiß

es; aber weiß es auch der Hund?" Der „deutsche Schrecken" hat dann bisweilen in England groteske Formen angenommen. Das Schauerstück „Eines Engländers Heim", das im Januar 1910 während der Wahlen zum Unterhause so viel Lärm machte, war auch wohl nur als ein unionistisches Wahlmanöver einzuschätzen. Überhaupt ist es ja nicht die Sache des Verfassers, die englische Politik zu entschuldigen oder gar zu rechtfertigen. Darüber mögen die Engländer selbst urteilen. Worauf es ankommt, das ist doch einzig und allein, daß wir den Engländern nur allzu viele Handhaben geboten haben, um uns in schlimmen Verdacht bei den übrigen Großmächten zu bringen. Je mehr wir auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden, um so drückender muß sich unser Wettbewerb gerade für England fühlbar machen. Auch liegen die Dinge natürlich nicht so, daß uns England in übergroßer Selbstlosigkeit herzlich an seine Brust schließen wird, wenn wir die Ausbreitung seines Handels beeinträchtigen. England verteidigt seine Position, genau wie wir auch, und es darf sich sogar rühmen, daß es dabei noch immer die Freihandelsprinzipien aufrecht zu erhalten verstanden hat. Sein „Made in Germany" war freilich auch schon der Anfang einer Distanzierung des deutschen Handels und der deutschen Industrie, aber es ließ sich doch mit unseren Schutzzöllen und unserer Grenzsperre auch nicht annähernd vergleichen. Unter allen Umständen aber sind von deutscher Seite in der Behandlung Englands große Fehler gemacht worden. Man wiegte sich bei uns in dem Wahne, daß England nach dem halbabsolutistischen System regiert werde, und mehr als einmal war man versucht, das Wort des Kaisers über die Sozialdemokratie dahin zu

variieren: „England überlassen Sie mir. Ich werde schon mit ihm fertig werden.“ Nur so wenigstens ist jenes Interview im „Daily Telegraph“ zu erklären, nach dem der Kaiser gesagt haben soll, daß er im Gegensatz zu einem großen Teil des deutschen Volkes ein Freund der Engländer sei. Die Engländer hörten nur heraus, daß ein großer Teil des deutschen Volkes ihnen feindlich gesinnt sei, und zogen daraus die Konsequenzen, die ihnen von ihrem parlamentarischen Standpunkt ganz natürlich erschienen. In Wirklichkeit war das Verhältnis des deutschen Volkes zu England ganz falsch dargestellt worden. Kein vernünftiger Mensch denkt bei uns daran, gegen die Engländer besonders feindselige Empfindungen zu hegen. Die Beziehungen der Nationen zu einander sind ja überhaupt mehr von kühler Vernunft als von Sympathien und Antipathien diktiert. Wer uns nützt, der ist unser Freund, wer uns schädigt, der ist unser Gegner, wer uns nichts angeht, der läßt uns gleichgültig. So ist es bei uns, so ist es überall. Aber bei England kommt etwas hinzu, was beispielsweise bei dem russischen Volk nicht der Fall ist, daß es nämlich in ausgezeichneter Weise versteht, sich selbst zu regieren, ohne der Krücken des Gottesgnadentums zu bedürfen. Und diese freiheitliche Richtung des englischen Volkes, seine absolute Verläßlichkeit in allen Fragen der politischen Selbstbestimmung sowie seine vorbildliche Initiative auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung und der sozialen Reformen rückt uns die Engländer besonders nahe. Wir erblicken in ihnen ein Vorbild, dem wir auf verschiedenen Gebieten nacheifern müssen, wir sehen, wie sie beispielsweise die Frage der allgemeinen Erbschaftssteuer gelöst haben, wie sie drauf und dran

sind, den Großgrundbesitz in nützliche Schranken zu verweisen, wie sie die Aufgaben der Alters- und der Krankenversicherung ohne die lästige Klebearbeit zu bewältigen im Begriff sind, und wie sie in ihren Finanzen musterhafte Ordnung halten. Das alles aber in Verbindung mit einer Kultur, die uns in so manchen Stücken überlegen ist und einer weltmännischen Bildung, von der der Deutsche noch sehr viel lernen kann, macht uns die Engländer vor den meisten anderen Nationen besonders sympathisch, womit nicht gesagt sein soll, daß die englische Art nicht bisweilen dem deutschen Geschmack zuwiderläuft.

Daß wir uns den Engländern nicht an den Hals werfen und unsere politischen Direktiven nicht geradewegs von der Themse importieren können, versteht sich von selbst. Daß wir andererseits England nicht mit mehr oder weniger liebenswürdigen Worten auf unsere Seite ziehen können, ebenso sehr. Aber wir hätten nicht so zahlreiche Enttäuschungen erlebt, wenn wir nicht immer wieder durch Seitensprünge und unbegründete Plötzlichkeiten die Engländer verstimmt hätten. Wir empfanden die Tätigkeit Eduards VII. als eine Politik der „Einkreisung". In England glaubte man umgekehrt, mit dieser Politik nur eine Sicherung gegen deutsche Überraschungen schaffen zu sollen. Dabei darf man nicht völlig übersehen, daß doch immer die englische Regierung, besonders seit die unionistische Partei abgewirtschaftet hatte, uns die Hand zu einer Verständigung entgegengestreckt hat. Hier aber berühren wir das wichtigste Problem der auswärtigen Politik, nämlich die Notwendigkeit einer Abmachung über die Rüstungen zur See. So lange das deutsche

Reich sich auf das europäische Festland beschränken konnte, mochte ihm das Bündnis mit Österreich-Ungarn und Italien allenfalls genügen. Sobald es nach dem Wort des Kaisers seinen Blick auf das Weltmeer richtete und seine Zukunft auf dem Wasser suchte, mußte es sich auch darüber klar werden, daß es mit England in irgend einer Art fertig werden müßte. Daß wir England ausschalten und die Nordsee oder gar den Atlantischen Ozean zu einem deutschen Gewässer machen könnten, wie nach dem bekannten Kaiserwort Nikolaus II. der „Admiral des Stillen Ozeans" werden sollte, das ist heute wohl allgemein als ein Irrtum erkannt, ist überhaupt von ernsten Politikern nicht in Betracht gezogen worden. England wird uns für absehbare Zeit — mit unendlichen Zeiträumen braucht man in der praktischen Politik nicht zu rechnen — zur See überlegen bleiben; nicht in der Art, daß wir uns vor ihm zu fürchten brauchten, da die Überlegenheit der Zahl bei gleicher Tüchtigkeit immer zu unsern Gunsten sprechen muß und selbst die Vernichtung unserer Flotte nur die Fanfare zu einem Kampf auf Leben und Tod geben würde, bei dem wir nicht gerade den Kürzeren zu ziehen brauchten; aber daß wir zur See stark genug werden könnten, um die englische Flotte von der Nordsee zu verjagen, das ist eine gefährliche Illusion, die außerhalb jeder vernünftigen Rechnung liegt. Aus diesem Grunde bleibt uns gar nichts anderes übrig, als daß wir uns mit England über das Maß der beiderseitigen Flottenrüstungen verständigen, wobei es nicht viel ausmachen würde, ob die anderen Mächte sich einer solchen Abmachung anschließen wollen oder nicht. Sie würden es übrigens höchst wahrscheinlich mit Vergnügen tun. Nun hat

uns aber England wiederholt eine solche Verständigung nahegelegt. Schon im März 1909 erklärte der englische Premierminister Asquith, daß an die deutsche Regierung mehr als einmal die Frage gestellt worden sei, ob kein gegenseitiges Abkommen über die gegenseitige Beschränkung der Rüstungen möglich sei. Er fügte aber gleichzeitig hinzu, die englische Regierung habe darauf mehr als einmal nur die Versicherung erhalten, daß das Programm Deutschlands in keiner Weise von dem Englands abhänge. Ebenso hat Herr Asquith im Juli 1910 mitgeteilt, daß zwischen der englischen und der deutschen Regierung Verhandlungen über ein Flottenabkommen stattgefunden hätten, daß sich aber die deutsche Regierung für ihr ablehnendes Verhalten auf die öffentliche Meinung in Deutschland berufen habe. Während man somit wenigstens weiß, daß die englische Regierung einer Verständigung durchaus geneigt ist, muß man leider sagen, daß die deutsche Regierung, soweit sie sich überhaupt dazu verstand, auf diese Frage einzugehen, sich einer fast orphischen Dunkelheit bediente. Herr von Bethmann Hollweg hat am 10. Dezember 1909 im Reichstage über die deutsch-englischen Beziehungen folgende Erklärung abgegeben:

„Englische Staatsmänner, namentlich der zur Zeit leitende Premierminister, haben in Reden der letzten Zeit die Herstellung guter Beziehungen zwischen England und Deutschland als wichtige Aufgabe einer weisen Staatskunst bezeichnet. Ich kann die Bekundung solcher Ansicht und Gesinnung auch von dieser Stelle aus nur aufrichtig und aus voller Überzeugung erwidern. Ich bin gewiß, daß wir uns dem beiderseits erstrebten Ziele um so eher nähern, und damit zugeich den wahren Interessen beider Länder

um so besser dienen werden, je freimütiger und loyaler diese Gesinnung in der Behandlung und Lösung von Fragen betätigt wird, die beide Länder berühren."

Wenn die Sprache dazu da ist, mit möglichst vielen Worten nichts zu sagen, dann konnte sie nicht besser angewendet werden, als es in diesen Sätzen von Herrn von Bethmann Hollweg geschieht. Am 10. Dezember 1910 ist der Reichskanzler dann nochmals auf unsere Beziehungen zu England eingegangen und hat folgende Erklärung verlesen:

„Über unsere Beziehungen zu England und angebliche Verhandlungen mit diesem über vertragliche Beschränkungen der Rüstungen zur See muß ich zunächst hervorheben, daß es wohl publici juris ist, daß die großbritannische Regierung wiederholt dem Gedanken Ausdruck gegeben hat, eine vertragsmäßige Festlegung der Flottenstärken der einzelnen Mächte würde zu einer wesentlichen Beruhigung in den internationalen Beziehungen beitragen. Diesen Gedanken hat England bekanntlich bereits auf der Konferenz im Haag geäußert. Seitdem hat England diesen Gedanken wiederholt angeregt, ohne jedoch Anträge zu stellen, die für uns den Anlaß zu einer positiven Annahme oder zu einer positiven Ablehnung hätten geben können.

Auch wir begegnen uns mit England in dem Wunsche, Rivalitäten in Beziehung auf Rüstungen zu vermeiden, haben aber in den ab und zu stattgehabten, unverbindlichen, von gegenseitigem freundschaftlichen Geiste getragenen Pourparlers stets den Gedanken vorangestellt, daß eine offene und vertrauensvolle Aussprache und darauf folgende Verständigung über die beiderseitigen wirtschaftlichen und politischen Interessen das sicherste Mittel zur Beseitigung jeglichen Mißtrauens wegen des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zu Wasser und zu Lande sei. Schon die Fortdauer eines zwanglosen und vertrauensvollen Gedankenaustausches

über alle mit diesen Dingen zusammenhängende Fragen ist eine Garantie für die freundschaftliche Absicht auf beiden Seiten und dürfte allmählich, aber sicher zur Beseitigung des Mißtrauens führen, das nicht bei den Regierungen, wohl aber in der öffentlichen Meinung sich leider vielfach geltend gemacht hat."

Vielleicht klingt diese letzte Erklärung eine Nuance freundlicher als die des vorhergehenden Jahres. Einen positiven Fortschritt bedeutet sie nicht. Um aber aus dem offiziösen Dunstkreis auf festen Boden zu treten, muß zunächst einmal mit aller Klarheit festgestellt werden, daß die weit überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, wie es gar nicht anders sein kann, einer Verständigung mit England über die Flottenrüstungen durchaus geneigt ist, nicht um der schönen Augen der Engländer willen, sondern aus dem einfachen Grunde, weil es auf die Dauer über unsere finanzielle Kraft gehen würde, ein erstklassiges Heer und eine erstklassige Flotte zu gleicher Zeit zu schaffen und zu erhalten. Auch hat sich bei einer von der Londoner „Daily Mail" veranstalteten Umfrage bei der deutschen Presse, soweit eine solche Umfrage überhaupt ein sicheres Ergebnis haben kann, zur Genüge herausgestellt, daß die öffentliche Meinung des deutschen Reichs im überwiegenden Maß für eine Verständigung mit England ist. Damit soll nichts über die Form gesagt sein, unter der eine derartige Limitierung der deutschen und englischen Flottenbauten zustande gebracht werden könnte. Es versteht sich wohl von selbst, daß bei einer so wichtigen Angelegenheit sehr vorsichtig zu Werke gegangen werden muß, daß auch die Bedingungen und Garantien sehr genau überlegt sein wollen. Aber das sind Fragen zweiten Ranges. Die oberste Frage ist, ob die deutsche

Regierung eine solche Verständigung überhaupt will oder nicht. Und da muß man leider sagen, daß man noch keine Bestätigung für ihre Bereitwilligkeit erhalten hat. Was man von deutscher Seite erfuhr, das erschien schließlich doch nur als eine ausweichende Antwort, die den eigentlichen Kern dieser Angelegenheit umging. Und doch soll man sich nicht darüber täuschen, daß von der Verständigung mit England der Bestand des Weltfriedens, wenigstens soweit Europa in Betracht kommt, abhängig ist, daß auch die Verständigung, je länger die Flottenbauten auf beiden Seiten der Nordsee fortgesetzt werden, nur um so schwieriger werden muß. Eine Verständigung mit England über das Maß der Flottenrüstungen ist der archimedische Punkt, auf dem eine großzügige Weltpolitik des deutschen Reiches stehen kann, genau wie die Dreibundpolitik in gewissen Grenzen das europäische Gleichgewicht garantiert. Ohne die Verständigung mit England müssen wir besorgen, daß unsere Zukunft, die auf dem Wasser liegen soll, eines schönen Tages ins Wasser fällt.

Es mag zugegeben werden, daß es für den Außenstehenden nicht immer leicht ist, in das Getriebe der auswärtigen Politik hineinzublicken, zumal gerade die deutsche Regierung nach alter schlechter Sitte auf auswärtigem Gebiet Geheimniskrämerei zu treiben liebt und dem Reichstag oder der Öffentlichkeit gewöhnlich nur dann einige diplomatische Aktenstücke unterbreitet, wenn sie die Unterstützung der Öffentlichkeit braucht. Indessen gibt es doch einen untrüglichen Prüfstein für die Güte einer Sache, und das sind ihre Ergebnisse. Überblickt man aber die ganze Zeit von Bismarck bis Bethmann, dann muß man

sagen, daß die deutsche Politik in den letzten zwanzig Jahren mit ganz wenigen und noch dazu fragwürdigen Ausnahmen mit Unfruchtbarkeit geschlagen war. Wir haben zugesehen, wie die anderen Nationen ihren Anteil an der Welt forderten und vielfach auch erhielten. Wie riesig hat sich das englische Reich in dieser Zeit ausgedehnt, wie mächtig ist das französische Kolonialreich gewachsen, wie außerordentliche Fortschritte hat das verhältnismäßig kleine Japan gemacht. Auch Österreich-Ungarn hat sich mit unserer Unterstützung beträchtlich weiter ausbreiten können; und selbst Rußland hat in dieser Zeit, trotz so mancher Schicksalsschläge, seinen Machtkreis erweitern können. Aber wenn man auch solche äußerliche Machterweiterung nicht als das wichtigste Ziel der auswärtigen Politik ansehen kann, so muß leider ausgesprochen werden, daß es auch mit unseren moralischen Eroberungen in dieser Zeit nicht weit hergewesen ist. Wir haben uns, von einzelnen auswärtigen Abenteuern abgesehen, des Friedens erfreuen können. Das ist immerhin ein Erfolg, der nicht gering angeschlagen werden darf. Aber wir sind doch eigentlich aus auswärtigen Krisen kaum herausgekommen und wir haben uns vergebens bemüht, die übrigen Nationen von unserem ehrlichen Friedenswillen zu überzeugen. Das liegt durchaus nicht allein an dem bösen Willen unserer Nachbarn, sondern zum großen Teil an der Unstetigkeit und Fahrigkeit unserer auswärtigen Politik. Nur zu häufig fehlte es ihr an einem festen Ziel, und noch seltener haben wir durchgehalten, wo es hätte sein müssen. So bedeutet die auswärtige Politik des deutschen Reiches in diesen zwanzig Jahren eine allzu lange Reihe verpaßter

Gelegenheiten, stürmischer Anläufe, denen keine Fortsetzung entsprach und zahlreicher Seitensprünge. Die Interessen der Nation lagen in beständigem Konflikt mit den dynastischen Bestrebungen, und in die Musik einer nationalen Politik tönten nur zu häufig die Klänge des Gottesgnadentums hinein. Mystisches Christentum, religiöse Tendenzen, Anklänge an die heilige Allianz störten nur zu oft den ruhigen Gang der Entwicklung, und das Ende ist, daß wir trotz unserer Friedlichkeit, trotz unserer Erfolglosigkeit, vielleicht auch gerade wegen dieser notgedrungenen Tugenden, überall auf Mißtrauen und Argwohn stoßen. Nirgends so sehr, wie auf dem Gebiet der deutschen Auslandspolitik liegen die Zeichen des Niederganges allzu deutlich vor Augen. Wenn es den Anschein hat, als sei es in der letzten Zeit etwas besser geworden, so wird man sich doch gerade auf dem Gebiet der internationalen Politik vor übertriebenem Optimismus hüten. Im Ganzen haben wir in den letzten zwanzig Jahren mit riesigen Opfern nicht mehr erreicht, als uns eben einigermaßen über Wasser zu halten, und am Ende steht das katzenjämmerliche Gefühl, daß ein großer Aufwand nutzlos vertan worden ist.

Die Parteien und ihre Taktik

Nach Solons Ansicht sollte jeder, der bei bürgerlichen Bewegungen parteilos bleibe, die Ehre verlieren.

Wirft man einen Blick auf das Parteiwesen im deutschen Reiche, dann hat man den Eindruck einer grenzenlosen Verwirrung. Unaufhörlich entstehen neue Parteien, verdrängen die alten oder nehmen sie in sich auf, gehen wohl auch in die alten Parteien wieder über, und verschwinden bisweilen wie ein Meteor, ohne irgend welche Spuren zu hinterlassen. Seit der Begründung des neuen Reiches kann man mindestens dreißig Parteien aufzählen, die im Reichstage vertreten waren, wobei die anderen Versuche einer Parteibildung, die gar nicht bis zur Schwelle des Reichstages gekommen sind, aus dem Spiel bleiben. Und doch gibt es auch hier einige feste Pole, um die sich mehr oder weniger das ganze Parteileben dreht. In der ersten Reihe ist das Zentrum zu nennen, das schon in das neue Reich übernommen wurde. Es hat sich bis zur Gegenwart als der Turm bewährt, an dem die Wogen der Parteibewegung so gut wie völlig abgeprallt sind. Allerdings ist es wegen seiner konfessionellen Einseitigkeit von vornherein darauf angewiesen, eine Vertretung der katholischen Minderheit der deutschen Bevölkerung zu bleiben. Aber diese naturgemäße Einseitigkeit ist zugleich seine eigentliche Stärke. Das Zentrum kann nicht über ein gewisses Höchstmaß von Abgeordneten wie von Wählermassen hinauskommen. Es hat indessen seine Wähler besser als irgend eine andere Partei mit Ausnahme der

Sozialdemokraten an der Leine, und es hat sich gerade in der Beschränkung als Meister gezeigt. Wer das Zentrum als quantité négligeable behandeln wollte, der würde sich eines verhängnisvollen Irrtums schuldig machen. Das Zentrum kann zurückgeworfen, aber es kann für absehbare Zeit nicht überwunden werden.

Bis zu einem gewissen Grade bildet die Sozialdemokratie zum Zentrum den Gegenpol und den Zwillingsbruder zugleich. Die sozaldemokratische Partei geht zwar gleichfalls schon in die Zeit vor der Begründung des neuen Reichs zurück, aber ihre eigentliche Entwicklung aus der Sekte zur Partei hat sie doch erst im neuen Reich genommen. Bei den Wahlen von 1871 brachten es die Sozialdemokraten erst auf 101 927 Stimmen und drei Mandate. Unterdessen ist sie bei einer Stimmenzahl von 3¼ Millionen im Jahr 1907 angelangt, und verfügt jetzt über 52 Mandate, hatte aber im Jahre 1903 bereits 81 Mandate erreicht. Daß auch die Sozialdemokratie, genau wie das Zentrum, es nicht zu der gewaltigen Entwicklung gebracht hätte, wenn nicht die Parteileitung bei allen Fehlern im einzelnen doch die Interessen der von ihr vertretenen Klasse der Wähler erfolgreich gewahrt hätte, versteht sich von selbst. Aber genau wie beim Zentrum handelt es sich auch bei der Sozialdemokratie um die Vertretung einer bestimmten Schicht, und zwar der industriellen Arbeiterschaft. Die Versuche, auch andere Berufskreise in die Sozialdemokratie hineinzuziehen, sind zwar nicht völlig vergeblich gewesen, haben indessen den eigentlichen proletarischen Klassencharakter der Sozialdemokratie nicht verwischen können. Nur insofern besteht zwischen dem Zentrum und der Sozial-

demokratie ein Unterschied, als die Kreise, aus denen sich das Zentrum rekrutiert, nämlich die katholische Bevölkerung, soweit sie kirchlich ist und in den deutschen Katholikentagen den Ausdruck ihrer politischen und wirtschaftlichen Anschauungen wiederfindet, naturgemäß eine Minderheit der deutschen Wähler repräsentiert und mit der wachsenden Kultur und Aufklärung mehr und mehr zusammenschrumpfen muß, während vorläufig dem Wachstum der Sozialdemokratie keine Grenzen gezogen zu sein scheinen. Schon heute ist die Zahl der industriellen Arbeiter viel größer als die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen. Es bleibt also immer noch ein großes Reservoir übrig,, aus dem die Sozialdemokratie gespeist werden kann. Man muß aber auch damit rechnen, daß die ländlichen Arbeiter mehr und mehr von der sozialdemokratischen Partei aufgesogen werden, und daß auch ein großer Teil des Mittelstandes besonders dann sich auf die sozialdemokratische Seite schlagen dürfte, wenn die revisionistische Richtung innerhalb der sozialdemokratischen Partei über den jetzigen Zustand hinaus sich durchsetzen sollte. Doch selbst wenn auf die Dauer diese nicht gering zu schätzenden Bemühungen im ganzen erfolglos bleiben sollten, wird die Sozialdemokratie schon deshalb Fortschritte machen müssen, weil die Zahl der industriellen Arbeiterarmee beständig wächst. Das liegt in der ganzen wirtschaftlichen Struktur des deutschen Reiches begründet, das sich immer mehr vom agrarischen zum industriellen Staat entwickelt hat und in dieser Richtung beharren muß, wenn nicht der Augenblick eintreten soll, in dem die Massen des Volkes nicht mehr ernährt werden

können. Selbst wenn man der Meinung sein sollte, daß die deutsche Landwirtschaft auch künftig die gleiche Zahl Menschen wie heute ernähren könnte, was noch keineswegs ausgemacht ist, so bleibt doch immer noch der jährliche Bevölkerungszuwachs von mehr als achthunderttausend Menschen übrig, der eben nur durch die Industrie, den Handel und das Gewerbe beschäftigt und unterhalten werden kann. Je mehr aber die Zahl der industriellen Arbeiter wächst, um so mehr wachsen auch die Aussichten der Sozialdemokratie. Und es ist noch nicht abzusehen, wann einmal diese Entwicklung unterbrochen werden könnte. Vorläufig jedenfalls ist die Sozialdemokratie eine gegebene Größe, die zu ignorieren eine Torheit wäre.

Zwischen diesen beiden ruhenden Polen in der Flucht der parteipolitischen Erscheinungen wogt es nun bedenklich auf und ab. Zwei große Strömungen lassen sich hier unterscheiden, die konservative und die liberale. Man kann sie bis zu einem gewissen Grade auch mit dem Gegensatz von Land und Stadt charakterisieren. Aber schon die verschiedenartigen Schichten und Klassen, die sich zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bewegen, sind einer Zusammenfassung in zwei große Gruppen hinderlich. Zu den Konservativen zählt mehr oder weniger alles, was für die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität eintritt. Gleichzeitig aber gehören dazu auch die Schichten des großen und des mittleren Grundbesitzes, ferner zahlreiche Angehörige des mittleren und kleinen Gewerbes, ein Teil der Beamten im Staats- und Gemeinde-, wie im Privatdienst, und schließlich auch eine Gruppe von Arbeitern, bei denen das kirchliche Empfinden noch stärker ist als der Klassengedanke. So

umfaßt diese Gruppe die Hochkonservativen, die deutsche Reichspartei, die Christlich-Sozialen, die Antisemiten, den Bund der Landwirte und ähnliche Parteisplitter. Von einem einigenden Bande ist in sehr vielen Fällen kaum die Rede. An sich hat der Antisemitismus mit dem konservativen Bewußtsein nichts zu tun; er hat trotzdem selbst in der konservativen Partei sich einnisten können, weil man damit städtische Kreise für die konservative Sache zu gewinnen hoffte. Ebenso ist den Konservativen an sich die christlich-soziale Bewegung sehr unbequem, weil es sich bei ihr doch immer darum handelt, die Forderungen der Arbeiter zu unterstützen, während die Konservativen ihrer Neigung und Lebensauffassung nach es viel eher mit den Arbeitgebern halten und von dem Koalitionsrecht der Arbeiter nichts wissen wollen. Aber unter dem gleichen und geheimen Wahlrecht kommt man ohne die Wählermassen nicht aus.

Im Laufe der Zeit hat dann freilich der Bund der Landwirte alle anderen Richtungen in der konservativen Partei überflügelt. Er gibt heute den Ton in der Partei an und macht sich bisweilen selbst sehr gut konservativen Leuten unangenehm bemerkbar. Aber das hilft nichts. Die agrarische Strömung verleiht der heutigen konservativen Partei ihren eigentlichen Charakter und die Führer der Partei, vor allem Herrn von Heydebrand, wissen auch mit dem Bunde der Landwirte zu rechnen. Trotzdem wird man sich hüten müssen, die konservativen Parteien als eine Einheit anzusehen. Die heterogenen Tendenzen lassen sich auf die Dauer nicht unter einen Hut bringen, und der Widerspruch der städtischen Konservativen, die naturgemäß von der agrarischen Richtung nichts zu erwarten

haben, wird sich immer stärker fühlbar machen. Es kommt dazu, daß sehr zahlreiche konservative Wähler nur gezwungen sich zur konservativen Partei bekennen, weil eben auf dem Lande das geheime Wahlrecht vielfach so gut wie gar nicht existiert, auch weil viele abhängige Wähler noch nicht zum Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Gleichberechtigung durchgedrungen sind. Das wird sich naturgemäß allmählich ändern. Wie die Zahl der Wähler, die von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen, beständig sich vermehrt, so wird auch die politische Intelligenz von Jahr zu Jahr wachsen. Damit aber muß sich auch die Zahl der konservativen Wähler langsam vermindern.

Die liberale Gruppe ist in sich nicht weniger gespalten. Blickt man zurück, dann findet man eine beständige Verschiebung innerhalb des entschiedenen Liberalismus. Fortschritt, Liberale Vereinigung, Freisinnige Partei, freisinnige Volkspartei, freisinnige Vereinigung, deutsche Volkspartei, das sind nur die wichtigsten Etappen auf dem Wege des entschiedenen Liberalismus. Erst jetzt ist es gelungen, die fortschrittlichen Gruppen in der fortschrittlichen Partei zusammenzuschließen. Damit ist wenigstens für die nächste Zeit eine gewisse Stetigkeit des fortschrittlichen Parteilebens gewährleistet. Aber schon meldet sich wieder die demokratische Vereinigung und macht ihre Rechte geltend; und wie es immer bei den liberalen Parteibildungen der Fall war, richtet sie ihre Spitze nicht etwa gegen die anderen Parteien, besonders gegen die Konservativen aller Schattierungen, sondern gerade gegen die fortschrittliche Volkspartei selbst. Auch wenn man annimmt, daß innerhalb der fortschrittlichen Parteien bisweilen recht

große Fehler gemacht worden seien, so wird man doch die liberale Zersplitterung nicht darauf allein zurückführen dürfen. Auch der Liberalismus setzt sich eben aus sehr verschiedenen Schichten und Berufskreisen zusammen. Seiner ganzen Tendenz nach will er freilich mehr sein als die Vertretung bestimmter Bevölkerungskreise. Er will unter dem Gedanken der freiheitlichen Entwicklung und des materiellen wie geistigen Fortschritts eine Einheit des ganzen Volkes herbeiführen. Aber da sich nun einmal die Sachen hart im Raume stoßen, so ist es allmählich dahin gekommen, daß besonders das städtische Bürgertum in seinen verschiedenen Richtungen sich zur freisinnigen Anschauung bekennt. In diesem Bürgertum aber treten wieder sehr verschiedenartige Strömungen hervor. Der Unternehmer hat in vielen Fällen andere Interessen als der Angestellte, der Handwerker andere Interessen als der Kaufmann. Auch haben auf die Zusammensetzung der freisinnigen Richtungen sehr häufig nationale Tendenzen bestimmend eingewirkt. Dazu kam der Gegensatz des Nordens zum Süden, der auch in der Parteibewegung sich bemerkbar machte. Es ist ein erfreulicher Erfolg, daß jetzt wenigstens die Schranken gefallen sind, die trotz der Beseitigung der Maingrenze noch immer bestanden, und daß die fortschrittlichen Richtungen des Nordens und des Südens sich zusammengefunden haben. Aber wenn man auch wünschen wird, daß dieser Zusammenschluß dem entschiedenen Liberalismus neue Kraft einflößen und ihm auch eine stärkere propagandistische Wirkung sichern möge, so wird man doch die Gefahren, die der Durchsetzung einer freiheitlichen Politik von allen Seiten drohen, nicht gering anschlagen dürfen. Der entschie-

dene Liberalismus hat sich gegen das Zentrum zu wehren, das nicht bloß eine rückständige Wirtschaftspolitik propagiert, sondern das auch der freien Entwicklung der Wissenschaft und Kunst Gefahr droht. Er muß sich gegen die konservativen Parteien verteidigen, die darauf hinarbeiten, die politischen Rechte des Volkes zu verkürzen und das öffentliche Leben wieder in die engen Schranken früherer Zeiten hineinzuzwängen, und die gleichzeitig eine agrarische Interessenpolitik verfolgen, bei der Handel, Verkehr, Gewerbe und Industrie auf die Dauer nicht bestehen können. Endlich aber wird der Liberalismus auch gegen die Sozialdemokratie die auf dem Privateigentum aufgebaute heutige Gesellschaftsordnung verteidigen und gegen sie das Recht der Persönlichkeit vertreten müssen. So ist seine Position schwierig genug. Nur fragt es sich, wo er ansetzen und welche Arbeit er zunächst tun muß. Darüber wird noch an anderer Stelle ausführlich gesprochen werden.

Vielleicht wäre es besser um den Liberalismus bestellt, wenn es ihm gelingen könnte, sich zu einer einheitlichen Gesamtpartei zusammenzufassen. Aber bisher ist es schon als ein Gewinn zu betrachten, daß wenigstens die fortschrittlichen Richtungen sich geeinigt haben. Die *nationalliberale Partei* steht vorläufig und wohl noch auf lange Zeit abseits. Man wird dieser Partei gewiß nicht das historische Verdienst verkürzen wollen, an der Grundlegung des neuen Reichs in vorderster Reihe mitgearbeitet zu haben. Aber seit dem Ende der siebziger Jahre hat sie noch nicht wieder den festen Grund unter ihren Füßen finden können, ohne den doch schließlich keine bleibende Leistung möglich ist. Sieht man sich die Entwicklung

der nationalliberalen Partei besonders seit dem wirtschaftlichen und politischen Umschwung am Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an, dann erblickt man ein ewiges Schwanken und Wackeln. Bald legte sich die nationalliberale Partei mehr nach links, bald und mit Vorliebe nach rechts. Sie hat das Sozialistengesetz mitgemacht, sie hat die Kartellpolitik mitgemacht und sie hat zuletzt auch den neuen Zolltarif mitgemacht. Erst im Sommer 1909 fand sie endlich den Mut, sich auf die Hinterbeine zu setzen, freilich auch erst, nachdem ihr die Konservativen in aller Form das Blockbündnis aufgekündigt hatten. Trotzdem hat die nationalliberale Partei immer noch eine stattliche Schar von Anhängern behalten, die freilich aus sehr verschiedenen Gründen zu ihr standen. Während die nationalliberale Partei auf der einen Seite die Interessen der Unternehmer vertrat, hatte sie auf der andern Seite doch auch zahlreiche Anhänger, die ihre Kulturpolitik angelockt hatte. Auch ist es der nationalliberalen Partei bisher gelungen, eine Zahl von Wahlkreisen, in denen der bäuerliche Besitz überwiegt, gegen den agrarischen Ansturm festzuhalten. Endlich spricht bei ihr auch der Gegensatz gegen den Ultramontanismus mit, wie sich denn der evangelische Bund im wesentlichen an die nationalliberale Partei anlehnt. So liegen in der nationalliberalen Partei manche Keime, die unter günstigen Umständen sich sehr wohl wieder entfalten und auch der Partei zu neuem Gedeihen verhelfen könnten.

Die schwankende Haltung der nationalliberalen Partei kam auch bei ihrem letzten Parteitag in Kassel wieder zum deutlichen Ausdruck. Es waren etwa tausend Delegierte erschienen, gewiß eine statt-

liche Zahl, mit der sich schon etwas anfangen läßt, wenn sie von einheitlichem Geist beseelt ist. Aber daran fehlte es auch in Kassel. Einen bestimmten Beschluß wagte man überhaupt nicht zu fassen, und Herr Bassermann, der Führer der Partei, suchte nicht etwa die Partei innerlich homogen zu gestalten, sondern sie nur äußerlich beisammenzuhalten. Deshalb machte er seine Verbeugung nach der rechten wie nach der linken Seite und fand schließlich nur die entsagungsvollen Worte: „Es ist alles gleich, ob rechts oder links, die Unzufriedenheit der Wähler geht über uns hinweg.“ Bassermann ist viel zu klug, um sich wieder mit den Konservativen verbünden zu wollen, weil er nur zu gut weiß, daß in diesem Falle die Sterbestunde der nationalliberalen Partei geschlagen hätte; aber er ist doch nicht energisch genug, um nun die nationalliberale Partei nach links zu führen. „Selbständigkeit nach rechts und links“, sagt er. Abhängigkeit von rechts und links muß die notwendige Folge sein.

Man wird deshalb auch über die große liberale Partei, die alle Richtungen des Liberalismus umfassen soll, sehr skeptisch denken müssen. So gewiß es ist, daß der Liberalismus viel mehr im praktischen Staatsleben zu bedeuten hätte, wenn er eine geschlossene Einheit darstellte, so wenig wird man die Zeit dazu für gekommen halten. Ja, es scheint nicht einmal als sicher, daß sich Fortschritt und nationalliberale Partei auch nur überall im Lande über die gemeinsame Aufstellung von Kandidaten einigen werden. Eine kleine Besserung erfolgte ja im Sommer 1909, als die nationalliberale Partei unter der Führung Bassermanns sich endlich entschloß, gegenüber der blau-

schwarzen Finanzreform in das oppositionelle Lager abzuschwenken und aus diesem Grunde auch auf die reaktionären Abgeordneten Frhrn. von Heyl, den Grafen Oriola und den halben Agrarier und Antisemiten Lehmann zu verzichten, die die Partei schon so häufig kompromittiert hatten. Ebenso mußte man einen gewissen Fortschritt in der Entwicklung der nationalliberalen Partei in der badischen Großblockpolitik erblicken, die zum ersten Mal auf deutschem Boden alle Richtungen von den Nationalliberalen bis zur Sozialdemokratie zu gemeinsamer parlamentarischer Arbeit zusammenschloß. Aber gerade diese Großblockpolitik hat die schärfsten Angriffe ebenso von radikalen Sozialdemokraten wie von rückständigen Nationalliberalen erfahren. Herr Bassermann selbst, obwohl Badenser, hat diese Großblockpolitik immer verworfen und auch in Kassel gegen sie Front gemacht. Ja, selbst an Angriffen auf die fortschrittliche Volkspartei hat es auf dem Kasseler Parteitage nicht völlig gefehlt. Noch rückständiger aber sind vielfach die Nationalliberalen im Lande. Sie treten, soweit sie mehr nach rechts gerichtet sind, auf dem Parteitage gewöhnlich nicht besonders hervor, aber wenn sie wieder zu Hause sind, dann assoziieren sie sich gern mit den Reaktionären aller Schattierungen. Vorläufig macht die nationalliberale Partei trotz der Kasseler Einigkeit eine schwere Krise durch, und es ist völlig ungewiß, in welcher Richtung schließlich die Lösung erfolgen wird.

Und doch unterliegt es keinem Zweifel, daß der Liberalismus seine für die weitere Entwicklung des Reiches sehr wichtige Stellung nur behaupten kann, wenn er erst einmal über alle Hemmungen hinweg

sich zu einer großen Einheit zusammenschließt. Die Zahlen sprechen in dieser Beziehung eine deutliche Sprache. Faßt man die Parteien in große Gruppen zusammen und rechnet man zu den Konservativen alle reaktionären Parteien und Parteisplitter, zu dem Zentrum auch die Welfen und Polen, sowie zum Fortschritt alle linksliberalen Richtungen, dann ergibt sich seit den Wahlen von 1890 folgendes Bild:

Konservative Gruppe (Konservative, Deutsche Reichspartei, Antisemiten und Christlich-Soziale).

Jahr	Stimmenzahl	Abgeordnete
1890	1 424 953	98
1893	1 740 649	116
1898	1 487 114	92
1903	1 530 047	83
1907	2 004 621	113

Zentrumsgruppe (Zentrum, Welfen, Polen und Elsässer).

Jahr	Stimmenzahl	Abgeordnete
1890	1 802 667	143
1893	1 914 544	130
1898	1 911 943	135
1903	2 420 049	131
1907	2 633 591	125

Nationalliberale Partei.

Jahr	Stimmenzahl	Abgeordnete
1890	1 177 807	42
1893	996 980	53
1898	971 302	47
1903	1 324 855	50
1907	1 630 581	54

Freisinnige Gruppe (Freisinnige Partei, freisinnige Vereinigung, freisinnige Volkspartei, deutsche Volkspartei).

Jahr	Stimmenzahl	Abgeordnete
1890	1 307 483	76
1893	1 091 677	48
1898	862 524	50
1903	863 645	36
1907	1 223 933	49

Sozialdemokratie.

Jahr	Stimmenzahl	Abgeordnete
1890	1 427 298	35
1893	1 786 738	44
1898	2 107 076	56
1903	3 010 771	81
1907	3 259 029	43

Sieht man sich diese Zahlen im einzelnen an, so fällt zunächst die starke Beharrungstendenz des Zentrums auf. Es ist von 1890 an Wählerzahl fast konstant gestiegen. Aber diese Steigerung geht nur ungefähr mit dem Wachstum der Bevölkerung und der Gesamtzahl der Reichstagswähler parallel. In dieser Zeit ist allerdings fast immer für das Zentrum günstiges Wetter gewesen. Aber es hat doch auch im Jahre 1893, als es in der Opposition stand, so ziemlich seine Position behaupten können. Bei den Wahlen im Jahre 1907 hat es sogar ungewöhnliches Glück gehabt. Die vom Fürsten Bülow ausgegebene Parole lautete ursprünglich gegen Sozialdemokratie und Zentrum; als es aber zur Stichwahl kam, da schreckte Fürst Bülow vor der Konsequenz zurück, die in einer rücksichtslosen Bekämpfung des Zentrums

gelegen hätte und dirigierte die Blockparteien ausschließlich gegen die Sozialdemokratie. Herr Bassermann machte leider diese grundverkehrte Taktik, die schließlich zum Zusammenbruch der ganzen Blockpolitik und zum Sturz des Fürsten Bülow geführt hat, mit der leichtfertigen Begründung mit, daß es ja unter Kameraden ganz egal sei, wer die Prügel bekommt. So wurde das Zentrum gegen die Liberalen von den Sozialdemokraten und gegen die Sozialdemokraten von den Liberalen herausgehauen. Für eine Oppositionspartei gewiß eine beneidenswerte Konstellation. Aber im ganzen zeigt sich doch, daß das Zentrum in seiner Expansion beschränkt ist. Heute wird man noch darüber hinaus sagen können, daß es zum mindesten auf dem Gipfel seiner Macht steht, wenn es nicht bereits den Abstieg angetreten hat. Der Hauptgrund ist darin zu erblicken, daß das Zentrum trotz mancherlei Bemühung nicht aus seinem konfessionellen Turm heraus kann. Der Klerus will keine Verwischung der konfessionellen Gegensätze. Das ist bei dem Konflikt zwischen den beiden deutschen Kardinälen, dem Fürstbischof Kopp in Breslau und dem Kardinal Fischer in Köln sehr deutlich zutage getreten. Allerdings hat sich Herr Fischer gegen die ultrakonfessionellen Vorwürfe, die ihm gemacht wurden, leidlich rechtfertigen können, und Herr Roeren, der die konfessionelle Tendenz allzu schroff vertreten hatte, mußte sogar einen Rückzug antreten, der für jeden anderen als einen katholischen Parteigänger ein Harikiri bedeutet hätte; aber daran, daß nun etwa das Zentrum sich von den Fesseln des Konfessionalismus frei machen könnte, ist nicht zu denken; und unter dem Papst Pius X. am allerwenigsten. Damit ist aber

schon gesagt, daß das Zentrum auch im günstigsten Falle nicht viel mehr gewinnen kann. Um so mehr kann es verlieren. Es gibt eine große Zahl von Wahlkreisen, die dem Zentrum nichts weniger als sicher sind. Und da gerade seit dem Siege des blau-schwarzen Blocks sich die Zentrumsstimmen, wenn auch nicht die Mandate, erheblich vermindert haben, so wird das Zentrum bei den nächsten Wahlen schwer zu kämpfen haben, falls es auch nur einigermaßen seinen bisherigen Platz behaupten will.

Die konservative Gruppe hat durch den Bund der Landwirte, der im Jahre 1893 ins Leben gerufen wurde, zunächst eine wesentliche Stärkung erfahren. Der Bund der Landwirte hat sich außerordentlich geschickt organisiert und besonders in Ostelbien am Großgrundbesitz einen festen Rückhalt. Damit ist es der konservativen Partei möglich gewesen, sich über Wasser zu halten. Aber man wird trotzdem nicht übersehen können, daß sich die konservative Kurve in den letzten zwei Jahrzehnten mehr nach unten als nach oben geneigt hat. Trotz oder gerade wegen der zahlreichen Versuche, den konservativen Gedanken neu zu beleben, trotz der schroffen Hervorkehrung der reaktionären Tendenzen, trotz des Versuchs, mit antisemitischen Schlagworten die Wählermassen einzufangen, auch trotz der christlich-sozialen Bemühungen um die industriellen Arbeiter konnte doch von einem Aufschwung der konservativen Gruppe nicht die Rede sein. Im allgemeinen ist eben das gleiche und geheime Wahlrecht den Vertretern der Autorität und des politischen Rückschritts nicht günstig. Man darf hierbei nicht so sehr auf die Zahl der konservativen Abgeordneten als auf die Zahl der konservativen Wähler sehen, da den

Konservativen zugute kommt, daß sie größtenteils in ländlichen Wahlkreisen gewählt werden, die verhältnismäßig geringe Wählerzahlen aufzuweisen haben. Wäre die unbedingt erforderliche Revision der Wahlkreiseinteilung den reaktionären Parteien zuliebe nicht immer wieder aufgeschoben worden, dann würde nicht bloß das Zentrum, sondern noch mehr die konservative Gruppe ganz erheblich an Mandaten und damit auch an parlamentarischer Macht eingebüßt haben. Aber auch so geht es mit der konservativen Partei zurück. Zumal wenn man die Nachwahlen zum Reichstage seit 1907 ins Auge faßt, dann findet man gerade unter den konservativen Wählern eine sehr bemerkenswerte Fahnenflucht. Daß die Konservativen den nächsten allgemeinen Wahlen mit außerordentlich geringen Aussichten entgegengehen, darüber geben sich ihre Führer selbst nicht der geringsten Täuschung hin. Denn der Aufschwung, den die konservativen Gruppen im Jahre 1907 bei den Kartellwahlen genommen hatten, ist nicht aus der eigenen Stärke der Konservativen zu erklären, sondern ergab sich ausschließlich aus der Unterstützung der Konservativen durch die liberalen Parteien.

Auch die liberalen Parteien haben im Laufe der letzten Jahrzehnte mit wechselndem Glück gekämpft. Die Nationalliberalen und die Freisinnigen sind allerdings durch die Blockwahlen etwas herausgerissen worden, weil es dem Fürsten Bülow, und vielleicht noch mehr dem Staatssekretär Dernburg gelungen war, die großen Massen der Nichtwähler auf die Beine zu bringen und die „Mitläufer" auf die Seite der Blockparteien hinüberzuziehen. Aber das war eine Situation, die nicht

wieder kommen wird. Bei den nächsten Wahlen werden die liberalen Parteien auf sich selbst angewiesen sein. Höchstens könnten die Nationalliberalen in einzelnen Kreisen auf die Wahlhilfe der Konservativen rechnen, die sie dann aber sehr teuer bezahlen müßten. Sieht man von solchen Zufälligkeiten ab, dann wird man im ganzen von einem Stillstand des Liberalismus sprechen müssen, der gerade bei den fortschrittlichen Parteien sich zum Teil in einen Rückgang verschärft hat. Ob es bei den nächsten Wahlen gelingen wird, die Wähler wieder stärker für den liberalen Gedanken zu interessieren, das hängt natürlich von der parteipolitischen Arbeit ab, die geleistet wird. Immerhin muß aber doch gegenüber den Versuchen, den Liberalismus heute als völlig ohnmächtig hinzustellen, konstatiert werden, daß er noch immer über eine recht erhebliche Zahl von Wählern verfügt. Nimmt man fortschrittliche Volkspartei und nationalliberale Partei zusammen, dann hatte der Gesamtliberalismus bei den letzten Wahlen immer noch eine Zahl von 2 854 514 Wählern hinter sich. Das ist mehr als das Zentrum, erst recht mehr, als die konservative Gruppe aufzuweisen hat. Allerdings entspricht die parlamentarische Vertretung des Liberalismus nicht dieser Zahl liberaler Wähler. Der Liberalismus hat eben unter der veralteten Wahlkreiseinteilung erheblich zu leiden.

Noch mehr freilich die sozialdemokratische Partei. Obgleich sie bei den Wahlen im Januar 1907 gegenüber den vorhergehenden Wahlen um eine Viertel Million Stimmen zugenommen hatte, verlor sie doch fast die Hälfte ihrer Sitze. Zur Illu-

stration des Unsinns, zu dem die Wahlkreiseinteilung im Laufe der Jahrzehnte geführt hat, genügt es, darauf hinzuweisen, daß die Zentrumsgruppe es im Jahre 1907 auf 125 Abgeordnete gegenüber 43 sozialdemokratischen Abgeordneten gebracht hat, obgleich sie 625 000 Wähler weniger auf die Beine bringen konnte als die sozialdemokratische Partei. Die Vorrangstellung des Landes gegenüber den städtischen Wahlkreisen tritt hier besonders drastisch in die Erscheinung. Daß die Einteilung der Wahlkreise nach der heutigen Bevölkerung neu geordnet werden könnte, erscheint wenigstens bis zu den kommenden Wahlen als ausgeschlossen. Man wird auf allen Seiten mit den bestehenden Wahlkreisen zu rechnen haben. Ja, in dieser Wahlkreiseinteilung liegt für das Bethmannsche Regime noch die einzige Existenzmöglichkeit. Schon die Blockwahlen hatten ja im Grunde mit einer Niederlage des Fürsten Bülow geendet, soweit es auf die Zahl der Wählerstimmen ankam. Denn die konservativen und liberalen Gruppen hatten nur ungefähr fünf Millionen Stimmen erhalten, während für Zentrum und Sozialdemokratie fast sechs Millionen Stimmen abgegeben wurden, wobei die unentschiedenen Stimmen unberücksichtigt gelassen worden sind. Seit der Kündigung des konservativ-liberalen Blocks durch die Konservativen hat sich allerdings die Situation etwas geändert. Aber wenn auch die Zahl der Abgeordneten des blau-schwarzen Blocks erheblich größer ist, als es die Zahl der Abgeordneten des Bülow-Blocks war, so ist doch die Zahl der Wähler, die hinter ihm steht, noch geringer. Denn die lberalen Parteien und die Sozialdemokratie machen zusammen weit über sechs Millionen Stimmen aus, während

Zentrum und Konservative nur etwas über vier und eine halbe Million Wähler hinter sich hatten. Schon jetzt aber haben die Nachwahlen zum Reichstage, die seit dem Umschwung der Reichspolitik im Sommer 1909 stattgefunden haben, erkennen lassen, daß sich die Anhänger des Zentrum und der Konservativen immer mehr vermindern, während die oppositionellen Stimmen erheblich im Wachsen begriffen sind.

Den Nachwahlen der laufenden Legislaturperiode gebührt wenigstens eine kurze Betrachtung. Es ergibt sich aus ihnen, daß doch die politische Bewegung im Parlament auch ihre Wellen in die Wahlkreise wirft, wenn auch nicht immer mit genügender Entschiedenheit. Im ganzen kommen vierzig Nachwahlen in Betracht, von denen 22 auf die Zeit des Bülow-Blocks fallen. Diese 22 Nachwahlen zeigen nur geringe Verschiebungen in der Zusammensetzung der Stimmen und Parteien. Es war bis zu einem gewissen Grade zufällig, daß Freisinn, Zentrum und Welfen je ein Mandat gewannen, während die Konservativen, der Bund der Landwirte und die Christlich-Sozialen je ein Mandat verloren. Aber mit dem Sommer 1909 ändert sich das Bild völlig. Nun fängt auf einmal der Siegeszug der Sozialdemokratie an. In der ersten Hälfte hatte sie weder etwas gewonnen, noch etwas verloren. Jetzt schreitet sie unaufhaltsam von Sieg zu Sieg. Nachstehend sind die wichtigsten Ergebnisse der Nachwahlen, wie sie sich nach dem Juli 1909 darstellen, wiedergegeben:

23. Landau, 20. Juli 1909. Wahlber. 34 113, Dr. Oehlert (ntl.) 8861, Huber (Soz.) 8383, Siben (Ztr.) 7069,

Lehmann (Bund d. Landw.) 2485, zerspl. 11. Stichwahl: Huber (Soz.) 12 718, Oehlert 11 768.

1907: Schellhorn (ntl.) 14 613, Erlewein (Ztr.) 8767, Huber (Soz.) 6340. Stichwahl: Schellhorn (ntl.) 17 394, Erlewein 226.

24. Stollberg-Schneeberg. 7. Sept. 1909. Wahlber. 39 160. Schöpflin (Soz.) 21 190, Vorwerk (ntl.) 9444, zerspl. 11.

1907: Goldstein (Soz.) 19 000, Löscher (fk.) 14 606, Erzberger (Ztr.) 36.

25. Koblenz-St. Goar. 14. September 1909. Wahlber. 34 275. Wellstein (Ztr.) 11 363, Haas (Soz.) 2845, zerspl. 36.

1907: Wellstein (Ztr.) 19 232, v. Davidson (ntl.) 5972, Hüttmann (Soz.) 2172.

26. Koburg. 11. Oktober 1909. Wahlber. 15 861. Zietzsch (Soz.) 6183, Quarck (ntl.) 3445, Arnold (Frs. Vpt.) 3043, zerspl. 1. Stichwahl 22. Oktober 1909: Zietzsch (Soz.) 7078, Quarck 6644.

1907: Quarck (ntl.) 4437, Zietzsch (Soz.) 4306, Sandner (Frs. Vpt.) 4128. Stichwahl: Quarck (ntl.) 7852, Zietzsch 4780.

27. Halle-Saalkreis. 26. November 1909. Wahlber. 56 487, Reimann (Frs. Vpt.) 21 830, Kunert (Soz.) 25 843, Piotrowski (Pole) 27, zerspl. 16.

1907: Schmidt (Frs. Vpt.) 25 249, Kunert (Soz.) 21 941.

28. Landsberg-Soldin. 12. November 1909. Wahlber. 32 047. Holtschke (kons.) 9470, Schöppe (lib.) 6376, Pätzel (Soz.) 7555, zerspl. 4. Stichwahl: 22. Nov. 1909. Holtschke (kons.) 12 374, Pätzel (Soz.) 11 271.

1907: Böning (kons.) 13 828, Pätzel (Soz.) 6477, Tews (Frs. Vgg.) 6176.

29. Eisenach. 29. Januar 1910. Wahlber. 26 357. Appelius (ntl.) 5789, Leber (Soz.) 10 255, Hädrich (Antis.) 4361, zerspl. 4.

1907: Leber (Soz.) 7875, Schack (Antis.) 6985, Doktor Winter (ntl.) 6089. Stichwahl: Schack (Antis.) 9834, Leber 9509.

30. Mühlheim-Wipperfürth. 15. Febr. 1910. Wahlber. 46 169. Marx (Ztr.) 20 376, Erdmann (Soz.) 10 924, Falk (ntl.) 8465, Hoemann (christl.-soz.) 1140, zerspl. 8. Stichwahl 26. Februar 1910. Marx (Ztr.) 21 496, Erdmann 13 385.

1907: de Witt (Ztr.) 19 958, Fischer (ntl.) 11 218, Gilsbach (Soz.) 8538, Chociszewski (Pole) 43.

31. Posen-Stadt. 3. April 1910. Wahlber. 44 372. Wilms (ntl.) 12 579, Nowicki (Pole) 11 487, Losinski (Pole) 6966, Matuszewski (Soz.) 2241, zerspl. 3. Stichwahl: 21. April 1910. Nowicki (Pole) 20 059, Wilms 14 249.

1907: v. Chrzanowski (Pole) 21 231, Wilms (ntl.) 12 065, Bebel 1377.

32. Oletzko-Lyck-Johannisburg. 14. April 1910. Wahlber. 24 160. Brämer (kons.) 10 325, Kochan (ntl.) 12 829, Linde (Soz.) 914, zerspl. 1.

1907: Graf Stolberg-Wernigerode (kons.) 20 343, Siehr (Frs. Vpt.) 833, Haase (Soz.) 630, Labusch (Pole) 41.

33. Landeshut-Jauer-Bolkenhain. 1. Juni 1910. Wahlber. 24 601. Strosser (kons.) 3879, Büchtemann (Fortschr. Vpt.) 6429, Proll (Soz.) 6483, Dr. Herschel (Ztr.) 3823, zerspl. 6. Stichwahl: 7. Juni 1910. Büchtemann (Fortschr. Vpt.) 9400, Proll (Soz.) 7807.

1907: Dr. Hermes (Frs. Vpt.) 5728, Lissel (fk.) 5050, Krätzig (Soz.) 5019, Stephan (Ztr.) 4307. Stichwahl: Dr. Hermes (Frs. Vpt.) 9340, Lissel (fk.) 7495.

34. Ückermünde-Usedom-Wollin. 9. Juni 1910. Wahlber. 26 423. v. Böhlendorff (kons.) 6132, Herrendörfer (Fortschr. Vpt.) 4319, Kuntze (Soz.) 7768, zerspl. 4. Stichwahl: 17. Juni 1910. Kuntze (Soz.) 10 158, v. Böhlendorff 9757.

1907: v. Böhlendorff (kons.) 8156, Dr. Delbrück (Frs. Vgg.) 6353, Kuntze (Soz.) 6113. Stichwahl: Dr. Delbrück (Frs. Vgg.) 11 011, v. Böhlendorff 9415.

35. Friedberg-Büdingen. 18. Juni 1910. Wahlber. 24 957. Busold (Soz.) 9551, v. Helmolt (Bund

d. Landw.) 6395, v. Calker (ntl.) 4397, zerspl. 8. Stichwahl: Busold (Soz.) 11 543, v. Helmolt 9414.

1907: Graf Oriola (ntl.) 8492, Busold (Soz.) 7234, Bähr (Antis.) 3299, Dr. Strecker (Frs. Vgg.) 1472. Stichwahl: Graf Oriola (ntl.) 11 515, Busold (Soz.) 8524.

36. Cannstadt-Ludwigsburg. 30. Juli 1910. Wahlber. 45 135. Keil (Soz.) 18 708, Oettinger (ntl.) 9528, Dr. Wolff (Bauernbund) 4930, zerspl. 4.

1907: Dr. Hieber (ntl.) 18 787, Keil (Soz.) 15 488, Gröber (Ztr.) 98.

37. Zschopau-Marienberg. 24. August 1910. Wahlber. 29 203. Fritsche (Antis.) 4641, Brodauf (Fortschr. Vpt.) 4706, Göhre (Soz.) 19 831.

1907: Zimmermann (Reformpt.) 14 732, Göhre (Soz.) 11 281.

38. Warburg-Höxter. 30. Aug. 1910. Wahlber. 19 242. Prof. Dr. Spahn (Ztr.) 11 301, Schäfermeyer (Soz.) 579, Hille (Ztr.) 101, zerspl. 40.

1907: Schmidt (Ztr.) 14 878, Körfer (kons.) 1556, Schäfermeyer (Soz.) 437.

39. Frankfurt-Lebus. 15. September 1910. Wahlber. 36 774. Dr. Winter (ntl.) [illegible], Faber (Soz.) 14 319, Dunkel (kons.) 6595, v. Chrzanowski (Pole) [illegible], zerspl. 7. Stichwahl: 26. September 1910. Faber (Soz.) 15 796, Dr. Winter (ntl.) 15 624.

1907: Braun (Soz.) 12 388, Detto (ntl.) 10 070, Rohde (fk.) 7722, Erzberger (Ztr.) 2[illegible]. Stichwahl: Detto (ntl.) 17 805, Braun 12 196.

40. Labiau-Wehlau. 2. Dezbr. 1910. Burchard (kons.) 7217, Wagner (Fortschr. Vpt.) 6517, Linde (Soz.) 3708. Stichwahl: 9. Dezember 1910. Wagner (Fortschr. Vpt.) 9825, Burchard (kons.) 7184. — 1907. Arendt (kons.) 11 575, Neßlinger (Fortschr. Vpt.) 1760, Linde (Soz.) 3179.

Aus diesen Angaben geht deutlich hervor, daß die Sozialdemokratie in einer Zeit von wenig mehr als einem Jahre neun Sitze im Reichstage gewonnen

und keinen einzigen verloren hat. Allerdings sind unter den Leidtragenden sämtliche Parteien mit Ausnahme des Zentrums vertreten. Die Nationalliberalen haben drei Mandate eingebüßt und die fortschrittliche Volkspartei zwei. Aber die stärkste Einbuße an Stimmen haben doch die Konservativen erlitten. Vor allen Dingen ist ihre Niederlage in dem angeblich „totsichern" Wahlkreise Lyck-Oletzko-Johannisburg empfindlich, da es sich dabei für die Nationalliberalen fast um Neuland handelte. Die Konservativen hatten auch nicht im entferntesten mit der Möglichkeit gerechnet, daß ihnen dieser Wahlkreis verloren gehen könnte. Diesem nationalliberalen Siege hat sich dann ebenbürtig der Sieg der fortschrittlichen Volkspartei in Labiau-Wehlau angeschlossen. Man darf nach diesen beiden liberalen Erfolgen annehmen, daß es, wie in diesen beiden ostpreußischen Wahlkreisen, bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen auch noch in mancher anderen „Hochburg" der konservativen Partei ähnlich gehen wird. So besteht für die liberalen Parteien gute Aussicht, etwaige Verluste, die sie den Sozialdemokraten gegenüber erleiden könnten, in den ostelbischen Jagdgefilden der Konservativen wieder auszugleichen.

Indessen würde es sich hierbei doch immer nur um verhältnismäßig geringe Erfolge handeln können, da natürlich auch die Sozialdemokratie in den konservativen Wahlkreisen nicht müßig sein wird. Man wird die Wahlaussichten der liberalen Parteien vorläufig als wenig günstig beurteilen müssen, so lange sie auf sich selbst angewiesen sind oder gar sich den an Größenwahn streifenden Gedanken zu eigen machten, ihre Front gleichzeitig gegen rechts und links zu wenden.

Da der Kampf gegen das Zentrum sich gleichfalls ganz von selbst versteht, so würden es dann die Liberalen glücklich so weit gebracht haben, daß sie auf allen Seiten Feinde hätten. Nun mag es sehr ehrenvoll sein, gegen eine ganze Welt in Waffen zu kämpfen, aber im gewöhnlichen Lauf der Dinge ist eine solche Situation mit dem eigenen Untergange gleichbedeutend. Am wenigsten wird man dem deutschen Liberalismus den dazu erforderlichen Heldenmut zutrauen wollen. Das ist auch gar nicht die wirkliche Meinung der Dreifrontentaktiker. Wer den Kampf gegen links verkündigt, der meint den Anschluß nach rechts, das heißt, er möchte das Bülow-Kartell wieder erneuern, wie es ja Herr Bassermann auch ganz offen ausgesprochen hat. Nur geht das nicht so leicht, weil die Konservativen nicht wollen. Sie fühlen sich in der Gesellschaft des gesinnungsverwandten Zentrums viel behaglicher als in der Gesellschaft der nach ihrer Meinung doch immer sehr unzuverlässigen und dafür um so anspruchsvolleren Liberalen. Es wäre aber auch deshalb verfehlt, weil man sich nicht ohne Not mit einem Leichnam verbindet. Die konservative Partei hat aber wirklich unter dem gleichen und geheimen Wahlrecht nur noch wenig Aussichten. Würde sie nicht durch allerlei künstliche Mittelchen über Wasser gehalten, dann wäre sie schon längst auch im deutschen Norden zu einem unbedeutenden Häuflein zusammengeschrumpft, wie es die Konservativen im Süden und Westen schon heute sind. Daß die Konservativen aber bei den kommenden Wahlkämpfen, in die sie schuldbeladen hineingehen, plötzlich besondere Werbekraft entwickeln sollten, das ist in keiner Weise anzunehmen.

Damit allein ergibt sich schon, daß die liberalen Parteien, wenn sie nicht geradezu Selbstmord verüben wollen, auf einen Anschluß nach links angewiesen sind. Das mag für viele Liberale der alten Schule fatal sein, zumal die Sozialdemokratie in ihrer heutigen Zusammensetzung sich recht radikale Allüren angeeignet hat. Aber der Liberalismus kann sich eben die Gesellschaft nicht aussuchen. Auch versteht es sich von selbst, daß Liberale und Sozialdemokraten sehr wohl in einer ganzen Reihe von Fragen ein Stück Weges zusammengehen können, während es sich durch die Erfahrung als unmöglich herausgestellt hat, mit den Konservativen zusammenzuarbeiten. Sobald aber einmal ein Zusammenschluß zu taktischen Zwecken — um etwas anderes könnte es sich ja in absehbarer Zeit nicht handeln — erfolgt sein wird, muß sich die Situation ganz wesentlich ändern. Zunächst ergibt sich dann, daß weit über sechs Millionen Wähler auf der Linken zusammenwirken, während ihnen höchstens vier und eine halbe Million gegenüberstehen. Das sind die Zahlen von 1907. Im Jahre 1911 liegen natürlich für die Opposition die Wahlaussichten noch viel günstiger, da die Fahnenflucht bei den reaktionären Parteien sich in der kommenden Zeit noch verstärken dürfte. Allerdings wird sich ja ein Kampf zwischen den liberalen Parteien und der Sozialdemokratie nicht überall vermeiden lassen. Soviel ist indessen durchaus möglich, daß die Liberalen und die Sozialdemokraten in solchen Wahlkreisen geschlossen vorgehen, in denen sie die absolute Mehrheit der Stimmen haben, durch ihre Uneinigkeit aber den Wahlkreis einer der reaktionären Parteien ausliefern würden.

Es handelt sich dabei durchaus nicht um einen künstlich konstruierten Fall. Vielmehr liegen die Dinge so, daß bei den Wahlen von 1907 in nicht weniger als 47 Wahlkreisen die Kandidaten des schwarzen Blocks in der Stichwahl gewählt worden sind, obwohl sich in der Hauptwahl eine Mehrheit aus Liberalen und Sozialdemokraten ergeben hatte. Die Konservativen und das Zentrum haben diesen Fehler nicht gemacht. Es gibt keinen einzigen Kreis, in dem nicht die Konservativen oder Ultramontanen gewählt worden wären, wenn sie schon in der Hauptwahl zusammen eine Stimmenmehrheit hatten. Sie hackten sich eben gegenseitig trotz ihrer angeblichen Gegnerschaft kein Auge aus. Zentrum und Konservative nahmen alles, was sie überhaupt kriegen konnten. Nur die liberalen Parteien und die Sozialdemokraten zerfleischten sich gegenseitig zum Vergnügen der Schwarzen und Blauen, die sich im rechten Augenblick wieder zusammenfanden. Bei den nächsten Wahlen werden sie natürlich ohne weiteres sich hilfreich die Hände reichen, um für sich soviel als irgend möglich aus der fatalen Situation herauszuschlagen.

Dabei könnte eine taktische Verständigung zwischen den liberalen Parteien und der Sozialdemokratie über die nächsten Wahlen nicht etwa bloß die Konservativen schädigen, während das Zentrum gegen jeden Angriff gefeit wäre. So liegen die Dinge keineswegs. Auch das Zentrum hat eine Reihe von sehr anfechtbaren Wahlkreisen im Besitz. Wenn Liberalismus und Sozialdemokratie geschlossen vorgehen, dann wird es gleichfalls geschwächt wieder in den Reichstag zurückkehren. Es würde zu weit führen, näher auf die

Statistik der letzten Reichstagswahlen einzugehen. Aber auf einige Einzelheiten muß doch hingewiesen werden. So hat das Zentrum allein bei den vorigen Wahlen acht Mandate durch die Unterstützung der Sozialdemokratie gewonnen, nämlich Osnabrück, Hamm-Soest, Germersheim, Zweibrücken, Immenstadt, Donaueschingen, Freiburg und Würzburg. Durch die Unterstützung der Nationalliberalen gewann das Zentrum dagegen die Wahlkreise Köln, Düsseldorf und Essen. Das sind schon elf Wahlkreise, die dem Zentrum bei einem Zusammengehen der Liberalen und Sozialdemokraten entrissen werden könnten. Aber man wird darüber hinaus auch noch eine ganze Reihe anderer Wahlkreise ins Augen fassen können, in denen das Zentrum nur mit einer verhältnismäßig kleinen Mehrheit gesiegt hat. Wenn, wie es den Anschein hat, die Zentrumswähler seit der blauschwarzen Finanzreform kopfscheu geworden sind, dann wird man auch auf einen Erfolg in solchen Kreisen rechnen können, in denen das Zentrum weniger als sechzig Prozent der sämtlichen Wählerstimmen erhalten hat, das sind nochmals zwei Dutzend Wahlkreise. Man wird gewiß nicht annehmen wollen, daß nun das Zentrum gleich alle diese Kreise verlieren wird. Aber die Legende, daß es unverwundbar sei, muß allerdings zerstört werden. Es kann sogar sehr empfindlich zurückgeworfen werden, wenn nur die Opposition zum geschlossenen Angriff gegen die Zentrumswahlkreise übergehen wollte.

Will der Liberalismus im Rahmen des Reiches sich wieder zu einem stärkeren Einfluß durchringen, dann wird er zunächst selbst einmal arbeiten müssen, um die Zahl seiner Anhänger besser als bisher zu organisieren.

Er muß auch rechtzeitig dafür sorgen, daß die inneren Differenzen ausgeschaltet oder doch zurückgestellt werden, damit seine Aktionskraft nicht durch Zwist im Innern gelähmt wird. Er muß den Versuch machen, wenigstens in allen irgendwie gefährdeten Wahlkreisen sich über einen *gemeinsamen Kandidaten* zu verständigen. Und er muß rechtzeitig die Vorkehrungen treffen, um aussichtsreiche gegnerische Wahlkreise zu bearbeiten. Aber das alles würde höchstens ausreichen, um seinen bisherigen Bestand an Mandaten zu sichern; und vielleicht ist das alles noch immer nicht genügend. Ohne Anlehnung an die Sozialdemokratie ist jedenfalls für den Liberalismus bei den nächsten Wahlen kein erheblicher Fortschritt zu erwarten. Und deshalb muß es immer wieder ausgesprochen werden, daß *nur ein Block der Linken dem blau-schwarzen Block wirklich Abbruch tun kann.* Wer dieses Mittel nicht will, der will auch nicht, daß der Liberalismus wirklich wieder zu einer ausschlaggebenden Stellung im Reichstage und damit in der Reichspolitik gelangt. Der ist schon zufrieden, daß noch einige Abgeordnete im Reichstage sitzen, die bei Gelegenheit die liberalen Grundsätze hochhalten, aber ohne die Macht und den Einfluß, ihnen auch Geltung zu verschaffen. In der Politik kommt es aber nicht auf die schönen Reden an, sondern auf die *politische Macht.* Der Bülow-Block hat den liberalen Parteien wenigstens einen Schein von Macht vorgetäuscht. Jetzt sind die Liberalen nicht bloß in Preußen, sondern auch im Reich, völlig an die Wand gedrückt. Und sie werden auch so behandelt.

Leider ist es ja sehr schwer, über diese Dinge, die

sich eigentlich von selbst verstehen sollten, offen zu sprechen, weil es unter den liberalen Politikern eine nicht unbeträchtliche Zahl gibt, die in irgend einer Weise von der Regierung abhängig sind. Schon daß in der fortschrittlichen Volkspartei zahlreiche Beamte sitzen, macht die Erörterung des Blocks der Linken gefährlich. Es besteht heute zwar kein formelles Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie mehr, aber die Sozialdemokratie gilt den Behörden vielfach als verfehmt, und die reaktionären Parteien machen sich diese Tatsache nach besten Kräften zunutze. Wer sich in irgend einer Form, sei es auch nur zu taktischen Zwecken, mit der Sozialdemokratie einläßt, der wird mit äußerstem Mißtrauen betrachtet, und man sucht ihm, wo es geht, am Zeuge zu flicken. So wird vielfach über die Stellung zur Sozialdemokratie absichtlich nicht die Wahrheit gesagt. Auch solche Politiker, die im Grunde ihres Herzens dem Block der Linken zuneigen, reden nicht gern öffentlich davon. Selbst in Baden, wo die Großblockpolitik für den Liberalismus die allerbeste Wirkung im Gefolge hatte, gilt es neuerdings für verpönt, sich zu dieser Politik zu bekennen. Von Berlin wird eben die Parole ausgegeben, daß mit der „umstürzlerischen", „vaterlandslosen" und „republikanischen" Sozialdemokratie kein Paktieren zulässig sei.

Gerade deshalb muß es einmal mit aller Entschiedenheit gesagt werden, daß es sich hierbei um ein dummes Vorurteil handelt, das von der reaktionären Regierung und den reaktionären Parteien nach Kräften ausgenützt wird, nach dem sich aber die Reaktion selbst nicht im mindesten richtet. Seit das Telegramm unter dem Fürsten Bismarck nach

Frankfurt ging: „Fürst wünscht Sabor", ist in sehr zahlreichen Fällen die Sozialdemokratie von den reaktionären Parteien unterstützt worden. Das haben ebenso die Konservativen wie die Ultramontanen getan. Ja, das Zentrum hat nicht bloß in Bayern ein Bündnis mit der Sozialdemokratie für die Landtagswahlen abgeschlossen, sondern es hat bei den letzten Reichstagswahlen ganz offen die Sozialdemokratie gegen die Liberalen unterstützt. Man braucht ein solches Verhalten der anderen Seite auch nicht einmal übel zu nehmen. Es hat, nebenbei gesagt, den Konservativen und dem Zentrum nicht das mindeste geschadet. Aber man muß endlich einmal für den Liberalismus das gleiche Recht in Anspruch nehmen. Ob sich der Liberalismus mit der Sozialdemokratie zu taktischen Zwecken assoziieren will oder nicht, das ist eine reine Frage der Zweckmäßigkeit, weiter nichts. Die Prinzipien soll man dabei aus dem Spiel lassen. Es geht aber auf die Dauer nicht, daß sich die liberalen Parteien ihre politische Haltung von Personen vorschreiben lassen, die in irgend einer Weise glauben Rücksicht nehmen zu müssen.

Wie heute die Verhältnisse im Reiche und in Preußen liegen, gibt es nur die Möglichkeit, mit der Sozialdemokratie zusammen zu arbeiten, um den blau-schwarzen Block zu überwinden und eine Mehrheit im Reichstag zu schaffen, die ernstlich reformieren will. Selbst wenn es dem blau-schwarzen Block gelingen sollte, sich in der Herrschaft zu behaupten, selbst dann hätte er mit ganz anderen Schwierigkeiten zu kämpfen, wenn er sich einer geschlossenen Opposition gegenübersieht, als wenn ihm immer nur einzelne zerstreute

Glieder einer oppositionellen Gruppe in den Weg treten. Aber die höchste Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß dieser Zusammenschluß der Liberalen und Sozialdemokraten dem blau-schwarzen Block ein rasches Ende bereiten würde. Und daß es sich hierbei um ein Ziel handelt, das aufs innigste zu wünschen wäre, wird ja wohl selbst von den sanftmütigsten Liberalen, soweit sie nur eben überhaupt liberal sind, nicht bestritten werden.

Die schutzzöllnerische Politik

Die geistige Freiheit, die politische Freiheit und die wirtschaftliche Freiheit gehören zusammen. Ich glaube an den Sieg und den Segen der Freiheit auf allen Gebieten; für mich gibt es nur eine unteilbare Freiheit.

Broemel, auf dem zweiten, internationalen Freihandelskongreß in Antwerpen.

Unter großen Schwierigkeiten war es dem Reichskanzler Grafen Caprivi gelungen, die Schutzollpolitik, die Fürst Bismarck im letzten Jahrzehnt seiner Amtsführung durchgesetzt hatte, durch den Abschluß einer Reihe von Handelsverträgen zu modifizieren. Der Kaiser selbst hatte dieses Ergebnis der Ära Caprivi als eine „rettende Tat" gefeiert. Aber wie die Handelsverträge nur unter dem offenen oder versteckten Widerspruch der Agrarier zustande gekommen waren, so machte sich gegen sie ein immer stärkerer Widerspruch geltend, der von dem im Jahre 1893 gegründeten Bund der Landwirte planmäßig und mit den schärfsten Mitteln der Agitation geschürt wurde. Wenn Herr von Bethmann Hollweg heute den Hansabund wegen seines agitatorischen Tones angreift, und dem Bund der Landwirte attestiert, daß er gegenwärtig regierungsfromm sei, so hat er ein kurzes Gedächtnis. Aus dem agrarischen Bunde schallte es einst noch ganz anders, als jetzt aus den Reihen der Industrie und des Handels. Damals scheute sich der eigentliche Anreger des Bundes der Landwirte, ein Herr Ruprecht aus Ransern, durchaus nicht, den Vorschlag zu machen, daß die Landwirte unter die Sozialdemokraten gehen sollten. Damals drehte man den Ministern des Königs im Zirkus Busch die Kehrseite zu und rief unter dem tosenden Beifall der Versammlung: „Die Minister können uns sonst was!" Damals wußte man auch geschickt durch unverantwortliche

Einflüsse die Position des Reichskanzlers zu schwächen. In Liebenberg wurde Graf Caprivi gestürzt, gerade als er glaubte, wieder fest im Sattel zu sitzen. Auch wußten sich die Agrarier sehr gut des Fürsten Bismarck zu bedienen, der grollend in Friedrichsruh saß und dem „Troupier“ wie seinem Nachfolger so viel Steine als irgend möglich in den Weg rollte. So wurde denn die Reichsregierung allmählich windelweich; und wenn auch zunächst der Ablauf der Handelsverträge abgewartet werden mußte, ehe an eine Revision der Zölle ernstlich herangegangen werden konnte, so wurde doch zielbewußt mit Unterstützung der immer entschiedener ins agrarische Lager abschwenkenden Regierung auf eine Erhöhung der Zollschutzmauern hingearbeitet. Unter dem Fürsten Bülow war dann die Zeit gekommen. Im Jahre 1902 konnte der Reichstag an die Arbeit gehen. Die Herbsttage dieses Jahres haben vielleicht die schärfsten Kämpfe gesehen, die bis dahin im deutschen Reichstage ausgefochten worden waren. Fürst Bülow, der den legitimen und illegitimen Einfluß der agrarischen Sippe nur zu gut kannte, und der deshalb sich sogar zu dem frommen Wunsch verstand, daß man auf seinem Leichenstein lesen möchte: „Dieser ist ein agrarischer Kanzler gewesen“, mühte sich im Schweiße seines Angesichts, um das Werk des zweiten Kanzlers, die „rettende Tat“, zu zerstören. Die Agrarier überspannten ihre Forderungen bis zum äußersten. Sie erwarteten natürlich nicht, daß ihnen ihre sämtlichen Forderungen bewilligt werden würden, aber sie spielten sich als Katone auf, die eher zugrunde gehen als auch nur einen Pfennig von den geforderten Zöllen auf Getreide und Fleisch ablassen würden. Die schwere Industrie machte mit

den Agrariern gemeinsame Sache. Jeder einzelne Industriezweig suchte für sich so viel als irgend möglich herauszuschlagen. Es war ein Hexensabbat der Begehrlichkeit, in dem alle gesunde Vernunft unterging. Die nationalliberale Partei machte diesen Tanz um das goldene Kalb, „mäßigend" wie immer, mit, und glaubte sich ein Verdienst um das Vaterland erworben zu haben, wenn sie von den agrarischen Zöllen ein paar Mark abhandelte. Die Opposition bestand eigentlich nur aus der verhältnismäßig kleinen freisinnigen Vereinigung und der Sozialdemokratie. Die freisinnige Volkspartei widersprach zwar dem neuen Zolltarif, aber sie wollte von seiner scharfen Bekämpfung nichts wissen. Und als es von seiten der Linken zur Obstruktion kam, um die Durchsetzung des neuen Zolltarifs zu verhindern, da wandte sich der Abgeordnete Eugen Richter mit hörbarem Ruck von ihr ab. Er trat für das „Recht der Mehrheit" ein, ihren Willen durchzusetzen. Damit waren der Opposition die Flügel gebrochen. Einige vom Zentrum und von der nationalliberalen Partei ausgehende Verschlechterungen der Geschäftsordnung des Reichstages wie die Abkürzung der namentlichen Abstimmung und die Einschränkung der Geschäftsordnungsdebatten trugen vollends dazu bei, die Opposition niederzuwerfen. Dann machte, da die Durchberatung der Einzelpositionen des Zolltarifs trotzdem unmöglich gewesen wäre, die Zollmehrheit in dem Antrage Kardorff den Vorschlag, den ganzen Tarif in Bausch und Bogen anzunehmen. Umsonst wurde noch von der Sozialdemokratie versucht, durch Dauerreden die Verabschiedung des Tarifs zu hintertreiben. In der endlosen Sitzung vom 12. Dezember 1902, die sich

bis in den Morgen des 13. Dezembers erstreckte, wurde der ganze Tarif durchgepeitscht. Am Weihnachtsfeiertage 1902 wurde der neue Zolltarif als Geschenk an das deutsche Volk publiziert. Die Agrarier hatten allerdings nicht alles durchsetzen können, was sie ursprünglich beantragt hatten, und die rabiatesten unter ihnen stimmten konsequent gegen den Tarif. Aber in Wirklichkeit hatten sie allen Grund, zufrieden zu sein. Vor allen Dingen hatten sie sich durch Mindestzölle bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnissen dagegen gesichert, daß etwa die Zölle in Verträgen mit dem Auslande unter ein bestimmtes Maß erniedrigt werden könnten. Allerdings dauerte es noch einige Jahre, ehe der neue Zolltarif in Kraft gesetzt werden konnte, da sich naturgemäß der Abschluß neuer Handelsverträge auf Grund des hochschutzzöllnerischen Tarifs sehr schwierig gestaltete. Immerhin gelang es zuletzt, Verträge zustande zu bringen, bei denen wenigstens die deutsche Industrie und der deutsche Handel leidlich bestehen konnten, wenngleich für große Teile der Industrie kein anderer Ausweg übrig blieb, als ins Ausland abzuwandern. Das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes wird heute durch die Handelsverträge von 1905 beeinflußt. Wenn auch die höheren im Tarif festgesetzten Zölle nur vorübergehend und für einzelne Staaten zu Kampfzwecken zur Anwendung gelangten, so haben wir doch seit dieser Zeit mit folgenden Zöllen auf Getreide zu rechnen:

		Autonomer Zoll	Mindestzoll
	Weizen	7,50	5,50
	Roggen	7,00	5,00
	Hafer	7,00	5,00
Gerste	Malzgerste	7,00	4,00
	Futtergerste	7,00	1,30

Diese Zölle haben durchaus gehalten, was man sich in agrarischen Kreisen von ihnen versprach. Die Behauptung, daß der Zoll vom Ausland getragen wird, ist ja nie mehr als eine fromme Lüge gewesen. Die Tatsachen beweisen auch, daß das Getreide im deutschen Reich ungefähr um den Betrag des Zolles über den Weltmarktpreis hinausgeht. Ja, soweit das etwa nicht der Fall war, hat man gerade von agrarischer Seite nachgeholfen, um dieses erstrebte Ziel zu erreichen. Dazu wirkte besonders das System der Einfuhrscheine mit, das den Zweck hat, überflüssiges Getreide, das auf den Preis im Inlande drücken könnte, in das Ausland abzuschieben. Mit Hilfe der Einfuhrscheine, die dem Betrage des Zolles entsprechen, das für ein bestimmtes in das Inland eingeführtes Quantum Getreide zu errichten wäre, wird die gewollte Wirkung spielend erreicht, da die Einfuhrscheine auch für die Bezahlung von Petroleum und Kaffee gelten und deshalb an der Börse wie bares Geld mit einem kleinen Abschlag gehandelt werden. Auch mußten billige Ausfuhrtarife dafür sorgen, das inländische Getreide möglichst günstig in das Ausland abstoßen zu können, während umgekehrt die Einfuhr ausländischen Getreides nach Kräften erschwert wurde. Ist doch gerade die Erschwerung der Getreideeinfuhr einer der Hauptbeweggründe für die Kanalpolitik der Agrarier gewesen. Um das ausländische Getreide nicht hereinzulassen, haben sie sich mit Händen und Füßen gegen den Mittellandkanal gewehrt, und ebenso ist die Bedingung, Abgaben für die Schiffahrt auch auf den natürlichen Wasserstraßen zu erheben, die dem Artikel 54 der Reichsverfassung widerspricht, in das

preußische Kanalgesetz aufgenommen worden, um die billige Zufuhr des Getreides zu Wasser zu verhindern. Preußen hat es ja auch glücklich durchgesetzt, daß diese rückschrittliche Maßregel vom Bundesrat, wenn auch erst nach langen Verhandlungen hinter den Kulissen, angenommen wurde. Noch muß sich allerdings der Reichstag damit einverstanden erklären. Aber es unterliegt kaum einem Zweifel, daß dieser Vorschlag Preußens mit Hilfe des blau-schwarzen Blocks auch im Reichstage angenommen wird. Wenn es mit der Durchsetzung der Schiffahrtsabgaben noch gute Wege hat, so liegt der Grund jedenfalls nicht an der Widerstandskraft des Reichstages, sondern an dem Protest Österreichs und Hollands, da sich internationale Verträge über die freie Stromschiffahrt nicht so leicht wie eine Bestimmung der deutschen Reichsverfassung beiseite schieben lassen.

Noch einer anderen Konsequenz der Getreideverteuerungspolitik des Reiches muß bei dieser Gelegenheit gedacht werden. Als der agrarische Zolltarif beraten wurde, da suchte ihm das Zentrum nach seiner Art ein sozialpolitisches Mäntelchen umzuhängen. Es brachte deshalb in das Zolltarifgesetz eine Bestimmung hinein, wonach die höheren Beträge aus den Getreidezöllen zum Zweck einer Hinterbliebenenversicherung Verwendung finden sollten. Das sah fast nach etwas aus, war aber nichts als ein Schaugericht. Denn da die Einfuhrscheine auf eine Ausfuhr des deutschen Getreides hinwirken, und die Einfuhrscheine wieder für Kaffee und Petroleum Verwendung finden können, so wird der für die Hinterbliebenenversorgung zur Verfügung stehende Betrag künstlich herabgemindert. Die Folge dieser Maßnahme

ist denn bisher auch gewesen, daß aus dem schönen Witwen- und Waisenfonds so gut wie nichts geworden ist. Nur im Jahre 1907 sind ihm 42 Millionen Mark zugeführt worden. In den übrigen Jahren seit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge blieb nichts für die Witwen und Waisen übrig. Daher kam es denn, daß die Hinterbliebenenversicherung, die im Jahre 1910 in Kraft treten sollte, immer weiter hinausgeschoben wurde. Es war eben kein Geld da. Und wenn die Reichsversicherungsordnung, die jetzt im Reichstage durchberaten werden soll, wirklich zur Verabschiedung gelangt, dann werden die Witwen und Waisen der Arbeiter auch nur verzweifelt wenig Nutzen von ihr haben. Denn was ihnen künftig zufallen soll, das ist nicht viel mehr als ein Bettelpfennig, und wird in zahlreichen Fällen heute schon von den Unterstützungen der Armenverwaltung übertroffen. Bewegt sich doch die Witwenrente zwischen 72 bis 170 Mark, wohlgemerkt jährlich; und auch für die Waisen wird nur in völlig unzureichender Weise gesorgt.

Dabei hat nicht etwa das Reich den Profit von den hohen Getreidezöllen, sondern vermöge der Einfuhrscheine kann es vorkommen und ist vorgekommen, daß das Reich bei einer einzelnen Getreideart wie Roggen oder Hafer einen direkten Verlust erleidet. Um so größer ist naturgemäß der Profit der Getreideproduzenten, die in den Einfuhrscheinen ein Mittel haben, den Inlandpreis um den vollen Betrag des Zolles über den Weltmarktpreis hinauszutreiben. So muß das Volk dem Produzenten für jede Tonne Roggen fünfzig und für jede Tonne Weizen fünfundfünfzig Mark Aufgeld zahlen. Kein

Wunder, daß selbst in guten Jahren von einer Verbilligung des Brotes nur in seltenen Fällen etwas zu spüren ist.

Beim Fleisch kommt noch hinzu, daß der neue Zolltarif nicht bloß auf die Einfuhr von Vieh und Fleisch höhere Zölle gelegt hat, sondern daß auch die Einzelregierungen alles, was nur irgend in ihren Kräften steht, tun, um zu verhindern, daß überhaupt fremdes Vieh über die deutsche Grenze kommt. Grenzsperre und Grenzschikanen wirken zusammen mit den Viehzöllen, um die Fleischpreise im Inlande künstlich hoch zu halten. Dabei ist die deutsche Landwirtschaft auch nicht annähernd imstande, das für die ausreichende Ernährung des Volkes notwendige Vieh heranzuzüchten. In Holland, Dänemark, Schweden, noch mehr in überseeischen Ländern wie Argentinien gibt es Vieh und Fleisch genug, das zu billigem Preise geliefert werden könnte. Aber die Agrarier verbieten, daß es über die deutsche Grenze kommt, und die deutschen Regierungen wagen es einfach nicht, sich dem agrarischen Gebot zu widersetzen.

Man hat behauptet, und besonders der Bund der Landwirte kämpft mit diesem Argument, daß ohne die Schutzzölle die deutsche Landwirtschaft ruiniert werden müßte. Ob es sich wirklich so verhält, daß in Deutschland der Getreidebau zurückgehen müßte, wenn ihm nicht durch künstliche Unterstützungen auf die Beine geholfen wird, darüber wird man verschieden denken können. Die Verhältnisse liegen nicht in allen Landesteilen gleich, und die Rentabilität eines landwirtschaftlichen Betriebes hängt auch von seinem Umfang ab. Es kann sehr wohl sein, daß Kleinbetriebe, in denen der Besitzer mit seiner Familie selbst die meiste

Arbeit tut, und daß ebenso Großbetriebe, die mit billigen ausländischen Kräften arbeiten, recht gut bestehen können, während der landwirtschaftliche Mittelbetrieb nicht mehr rentabel ist. Es kommen aber auch Fälle vor, in denen gerade der bäuerliche Betrieb am besten rentiert. Aber selbst angenommen, daß die Landwirtschaft bei uns nicht mehr imstande sein sollte, sich selbst über Wasser zu halten, und daß deshalb die Gesamtheit für sie eintreten müßte, was in dieser Allgemeinheit natürlich nicht zutrifft, so wird man immer noch die Getreide- und Viehzölle für eine sehr rohe Form der Staatshilfe für die Landwirtschaft halten müssen. Liegt es doch auf der Hand, daß die Grundbesitzer um so mehr von den landwirtschaftlichen Zöllen erhalten, je größer ihr Besitz ist und je größer deshalb auch der Überschuß der Produktion ist, den sie verkaufen können. Wer nicht mehr erntet, als er selber in seinem Haushalt verbraucht, der erhält von den Schutzzöllen auch nichts ab; und die ganz kleinen Besitzer, die noch hinzukaufen müssen, müssen auch noch zu den höheren Erträgnissen der Rittergüter beisteuern.

Will das Reich jährlich einige Hundert Millionen flüssig machen, um die Landwirtschaft über Wasser zu halten, dann wäre es zum mindesten erforderlich, daß es selbst über die zweckmäßige Verwendung dieser Mittel zu entscheiden hätte. In diesem Falle würde es vielleicht dafür sorgen, daß die großen Latifundien, die einer intensiven Bodenbewirtschaftung im allgemeinen widerstreben, aufgeteilt werden, schon damit mehr Raum für fleißige und tätige Menschen geschaffen wird. Es würde auch seine Sorgfalt darauf richten, daß mit der Kultur der Moore

und Heiden, die heute über Versuche im kleinen nicht recht hinauskommen, weil es an den erforderlichen Mitteln fehlt, ernst gemacht wird. Es würde weiter dafür Sorge tragen, daß die versteckte Hörigkeit der ländlichen Arbeiter aufhört und daß den Arbeitern auf dem Lande genau wie in der Industrie das Koalitionsrecht gewährt wird. Einer plötzlichen Entziehung des Zollschutzes wird man allerdings gegenwärtig nicht das Wort reden können. Wohl aber läßt sich die rohe und ungerechte Form der landwirtschaftlichen Schutzzölle allmählich beseitigen, wenn mit ihrer Abschaffung eine intensive Landeskultur Hand in Hand geht. Dann werden freilich die Latifundienbesitzer in ihren unberechtigten Bezügen geschmälert und nach und nach auf den Aussterbeetat gesetzt werden, dafür aber wird das deutsche Land einer neuen Blüte entgegengeführt werden.

Überhaupt darf die Wirkung der Schutzzölle nicht überschätzt werden. Wegen der landwirtschaftlichen Schutzzölle wächst nicht ein Grashalm mehr, und bei den industriellen Schutzzöllen verhält es sich nicht anders. Es hängt von ganz anderen Faktoren ab, ob die Erträge eines Landes höher oder geringer sind. Das deutsche Reich steht ja dank der wirtschaftlichen Tüchtigkeit des Volkes auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion so ziemlich an erster Stelle. Aber in England, wo man einen landwirtschaftlichen Schutzzoll nicht kennt, sind die landwirtschaftlichen Durchschnittserträge vom Hektar noch höher als bei uns. Fürst Bismarck, der die Schutzzolläre im deutschen Reich in die Wege geleitet hat, hat sich gerade auf diesem Gebiet als ein sehr schlechter Prophet erwiesen. Besonders in der Wirkung auf England hat

er sich ganz gründlich geirrt. So sagte er in seiner Programmrede vom 2. Mai 1879:

„Ich sehe, daß die Länder, die sich schützen, prosperieren, ich sehe, daß die Länder, die offen sind, zurückgehen, und das große, mächtige England, der starke Kämpfer, der, nachdem er seine Muskeln gestärkt hatte, auf den Markt hinaustrat und sagte: Wer will mit mir kämpfen? Ich bin zu jedem Wettkampf bereit — auch dieses geht zum Schutzzoll allmählich zurück und wird in wenigen Jahren bei ihm angekommen sein, um sich wenigstens den englischen Markt zu bewahren."

Nun, seit jener Zeit sind mehr als dreißig Jahre verflossen, ohne daß sich die Ankündigung des Fürsten Bismarck erfüllt hätte. Es mag richtig sein, daß in England heute der Freihandelsgedanke nicht mehr so unbestritten herrscht, wie vor dreißig Jahren. Aber bis jetzt hat sich doch immer noch das englische Volk gegen den Schutzzoll zu wehren gewußt, auch noch bei den letzten Wahlen im Januar 1910 und nicht minder bei den letzten Dezemberwahlen. Und man wird nicht behaupten können, daß es in dieser Zeit dem englischen Volke schlecht gegangen sei. Sollte es aber selbst zum Schutzzoll übergehen, dann werden dabei ganz andere Gründe ausschlaggebend sein als der angebliche Rückgang der englischen Industrie und des englischen Handels. Dann kommt eben eine Weltmachtpolitik in Frage. Wenn aber England gegenüber einer bis auf die Zähne geschützten Kulturwelt sein Geschäft machen konnte, wenn seine Produktion sogar fast unaufhörlich gestiegen ist, dann wird man zugeben müssen, daß die schutzzöllnerische Politik durchaus nicht die geheimnisvolle Arznei ist, die ein Land zum Prosperieren bringen kann. Man könnte auf sehr arme Länder hinweisen, die sich mit fast unübersteiglichen

Schutzzollmauern umgeben haben, ohne daß sie wirtschaftlich vom Fleck kommen, und das Beispiel Englands beweist, daß auch ein Land ohne Schutzzölle auf die Dauer gedeihen kann.

Es gibt natürlich Fälle, in denen ohne Schutzzölle ein Land nicht vorwärts kommen wird. Aber das liegt dann nicht etwa daran, daß durch den Schutzzoll auf irgend eine unerforschliche Weise Reichtum ins Land getragen werden könnte, sondern einfach daran, daß es an Unternehmungslust und Kapital fehlt. Die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, ist zuletzt eine Frage der Verteilung des Kapitals. Sie ist, anders ausgedrückt, eine Machtfrage. Wenn in einem Lande die Industrie erst noch geschaffen werden soll, dann muß zunächst das Kapital für die Industrie in irgend einer Weise herbeigeschafft werden. Zu diesem Zweck ist der Schutzzoll bisweilen ein brauchbares Mittel. Die einzelnen Staatsangehörigen müssen die Industrieprodukte teurer bezahlen, damit die Industrie gekräftigt wird. Ein ganz ähnlicher Effekt läßt sich auch durch eine direkte Subventionierung schwacher Industrien erreichen, wie denn sehr häufig beide Methoden Hand in Hand gehen. Nur haben auch solche künstlichen Versuche, eine Industrie zu schaffen, wieder den großen Nachteil, daß die Industrie ohne eigenes Fundament bleibt und deshalb vielfach zu sehr verzärtelt wird, auch zu schnell in die Höhe schießt, um noch in der freien Luft der allgemeinen Konkurrenz lebensfähig zu bleiben.

Doch um solche Fälle handelt es sich weder bei uns noch in England. Selbst wenn, was höchst fraglich ist, die deutsche Industrie am Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts noch den Schutzzoll nötig

gehabt hätte, um sich entwickeln zu können, so wäre diese Zeit längst überwunden. Heute ist sie stark genug, um sich auch ohne künstliche Hilfsmittel behaupten zu können. Behält man heute noch immer die landwirtschaftlichen und industriellen Schutzzölle bei, so ist der Grund ausschließlich darin zu suchen, daß die Vertreter der Landwirtschaft und der Industrie die Macht in der Hand haben und deshalb die Verteilung der Güter selbst zu regulieren wünschen. Sie diktieren vermöge ihrer Macht dem Volk den Preis, den es für Brot und Fleisch wie für die sonstigen Bedürfnisse zu des Lebens Nahrung und Notdurft zu bezahlen hat. Ja, sie diktieren selbst dem Staat und Reich die Preise, die er für Schienen und Panzerplatten zu zahlen hat.

Man kann deshalb ein altes Wort variieren, indem man die Frage stellt: Sage mir, welche Schutzzölle in einem Lande bestehen, und ich will dir sagen, wer die politische Macht hat. Bei uns ist die Frage nicht schwer zu beantworten: die Agrarier, das heißt, die agitatorische Vertretung des Großgrundbesitzes, der Fideikommisse und Latifundien, haben die politische Macht zunächst in Preußen und durch die preußische Regierung auch im deutschen Reiche; und weil es sich so verhält, deshalb diktieren sie dem Volk die Schutzzölle, die sie für notwendig halten. Um wie große Summen es sich dabei allein bei den Getreidezöllen handelt, darauf ist in der unabhängigen Presse wiederholt hingewiesen worden. Der Getreideschutzzoll kostet das Volk annähernd 600 Millionen Mark, von denen das Reich 100 Millionen erhält, während die Getreideproduzenten, also in erster Reihe der landwirtschaftliche Großgrundbesitz, 500 Millionen ein=

stecken. Damit ist zugleich die Frage beantwortet, in welchem Verhältnis die Staatsautorität zu dem Großgrundbesitz bei uns steht. Sie verhält sich zu ihm wie eins zu fünf.

Nun haben wir aber im Reich das gleiche und geheime Wahlrecht. Auch wenn der Agrarier im allgemeinen bei uns noch auf seine Leute rechnen kann, so hat doch eben das Land heute im neuen Reich nicht mehr die Mehrheit. Die Stadt, das heißt, Industrie und Handel, haben die Landwirtschaft immer weiter zurückgedrängt. Man braucht sich nur die letzten beiden Berufszählungen anzusehen, um sich darüber klar zu werden. Nach den Zählungen von 1895 und 1907 stellt sich die Zahl und das prozentuale Verhältnis in den wichtigsten Berufszweigen folgendermaßen:

Erwerbstätige.

		Land- und Forstwirtschaft	Industrie und Bergbau	Handel und Verkehr
Deutsches Reich	1895:	8 292 692	8 281 220	2 338 511
	1907:	9 883 257	11 266 254	3 477 626

In Prozenten.

Von 100 Erwerbstätigen gehörten zu jeder Berufsabteilung:

1895:	37,5	37,4	10,6
1907:	35,2	40,0	12,4

Hiernach sind die in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbstätigen der Zahl nach von 1895 bis 1907 nur um etwa 600 000 Personen gestiegen, und prozentual ist sogar ein Rückgang von mehr als zwei Prozent zu verzeichnen. Dagegen sind die in der Industrie beschäftigten Erwerbstätigen um drei Millionen Personen gestiegen und auch prozentual um mehr als zwei Prozent gewachsen. Ebenso hat die Zahl der in Handel und Verkehr beschäftigten Personen eine Zu-

nahme um mehr als 1 100 000 Erwerbstätige erfahren, und prozentual sind diese im Handelsverkehr beschäftigten Personen gleichfalls um zwei Prozent gewachsen. Diese Zahlen waren schon wegen der eigenartigen Zählungsmethode im Jahre 1907 nicht mehr zutreffend. Heute sind sie längst überholt. Man rechnet schon hoch, wenn man annimmt, daß in der Landwirtschaft heute ein Drittel aller Erwerbstätigen beschäftigt ist, während Industrie und Handel annähernd sechzig Prozent sämtlicher Erwerbstätigen umfassen dürften.

Diese Entwicklung vollzieht sich mit Naturnotwendigkeit, gegen die alle Gesetze machtlos sind.. Deshalb war es schon im Jahre 1902 unmöglich, die Industrie völlig beiseite zu schieben. Sie hat denn auch mit den Agrariern beim neuen Schutzzolltarif Halbpart gemacht und sich einen möglichst hohen Profit gesichert. Auch gegenwärtig noch dominiert in der Industrie die schutzzöllnerische Richtung, was nicht weiter überraschen kann, da natürlich niemand gern einen sicheren Gewinn aufgibt zugunsten einer immerhin nicht ganz so sicheren Zukunftsmöglichkeit. Nur kann sich die Industrie und erst recht der Handel auf die Dauer unmöglich im unklaren darüber befinden, daß der industrielle Schutzzoll sich nur unter sehr erheblichen Lasten aufrecht erhalten läßt. Denn die Industrie muß den Schutzzoll mit den hohen Getreide- und Viehzöllen erkaufen, und das kommt naturgemäß in den hohen Brot- und Fleischpreisen zum Ausdruck. Hohe Lebensmittelpreise aber wirken wieder mit elementarer Kraft auf hohe Löhne hin. In diesem Sinne ist die schutzzöllnerische Frage eine Magenfrage. Man kommt über diese unbequeme Konsequenz

auch nicht damit hinweg, daß man auf die Begehrlichkeit der Arbeiter schilt und wohl gar den Streik zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen für unsittlich erklären möchte. Damit, daß man den Streik verhindern, die Streikbrecher glorifizieren und die Streiks durch Zuchthausgesetze unmöglich machen wollte, würde man nur das Ventil verstopfen, das heute noch eine gewisse Entladung des Unwillens der Arbeiter ermöglicht. Deshalb bleibt es aber doch wahr, daß die Löhne der Arbeiter in vielen Fällen nicht mehr in dem richtigen Verhältnis zu den gestiegenen Kosten für den Lebensunterhalt stehen. Man macht sich ja überhaupt nicht so leicht ein zutreffendes Bild von den Wirkungen der höheren Lebensmittelpreise, weil sich die Teuerung als Folge der höheren Schutzzölle mit wenigen Ausnahmen nur allmählich vollzogen hat. Sieht man sich indessen die Kosten für den Lebensunterhalt eines Arbeiters an, wie sie noch im Jahre 1890 sich darstellten und wie sie heute sind, so tritt die Verteuerung und Erschwerung der Existenzmöglichkeit mit erschreckender Deutlichkeit hervor. Die Dinge liegen heute wirklich so, daß die Mark nur noch den Wert von 75 Pfennigen hat. Das empfinden nicht bloß die Männer, sondern noch mehr die Frauen, die ja schon immer mit dem Pfennig rechnen mußten, um ihre Familie satt machen zu können. Sie haben heute vielfach gar nicht mehr die Mittel, um auch nur das übliche Existenzminimum zu ermöglichen. Gerade die Erbitterung, die unter den Frauen der Arbeiter sich in den letzten Jahren vielfach in so auffälliger Weise dokumentiert hat, ist für die Verteuerung der Lebensmittel und der übrigen Lebensbedürfnisse bezeichnend. Die Frau ist ihrer

Natur nach konservativ. Wenn sie erst zu klagen beginnt, so stehen die Dinge schlimm. Auch ist es durchaus nicht so, daß etwa der übermäßige Konsum von Bier und Schnaps an der Schwierigkeit schuld sei, mit dem durchschnittlichen Einkommen eines Arbeiters auskömmlich leben zu können. Der Konsum von Bier und Schnaps ist gerade im letzten Jahr gar nicht unbeträchtlich zurückgegangen. Das mag zum Teil seinen Grund in dem sozialdemokratischen Schnapsboykott gehabt haben; aber noch mehr spricht dabei der Rückgang der Kaufkraft des Geldes mit. Wenn die Mark nur noch den Wert von 75 Pfennigen hat, dann muß sich eben der Arbeiter manchen Genuß versagen, den er sich früher erlauben konnte.

Bei den Beamten ist ja auch die Verteuerung der ganzen Lebenshaltung anerkannt worden. Man hat daraufhin auch die Beamtengehälter etwas, wenn auch noch lange nicht ausreichend, erhöht. Aber der Versuch, auch die Arbeitergehälter auf das dem höheren Lebensunterhalt entsprechende Niveau zu bringen, würde auf ganz andere Schwierigkeiten stoßen, da es sich hier nicht um eine Minderheit, sondern um die Mehrheit des Volkes handelt. Selbst wenn man nur an eine Erhöhung des Jahreslohnes um hundert Mark für den Arbeiter denken sollte, würde eine Summe von mindestens 1500 Millionen, das sind ein und eine halbe Milliarde Mark, in Betracht kommen. Nun aber klagen die Unternehmer nicht bloß in der Landwirtschaft, sondern mindestens mit dem gleichen Recht auch die Unternehmer in der Industrie und im Handel über die steigenden Löhne, die steigenden sozialen Lasten und die steigenden Ansprüche des Staats und der Kommunen. Sie haben auch an sich gar nicht un=

recht. Die wachsende Last droht allmählich den Profit aus den Schutzzöllen aufzuzehren. Es ist natürlich nicht überall soweit. Eine ganze Reihe von industriellen und Handelsunternehmungen rentieren noch recht gut. Aber man darf sich nicht durch einzelne hohe Dividenden blenden lassen. Im allgemeinen ist die Rentabilität des in der Industrie und im Handel angelegten Kapitals im Rückgange begriffen. Und wenn wirklich eine Zeit besserer Prosperität bevorstehen sollte, so darf man mit ziemlicher Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Arbeiter, die in den letzten Jahren froh waren, wenn sie nur überhaupt Arbeit fanden, mit höheren Ansprüchen hervortreten werden. Der Aufschwung auf industriellem Gebiet wird eine Periode der Streiks einleiten, wie sie im deutschen Reiche noch nicht dagewesen ist. Solche Bewegung durch ein Zuchthausgesetz eindämmen oder womöglich auf die Arbeiter, die höhere Löhne fordern, schießen zu wollen, das wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter ziehen nur die Konsequenzen aus der Schutzzollpolitik. Bei ihnen haben sich die Wirkungen erst allmählich bemerkbar gemacht. Aber bei ihnen bleibt die Teuerung auch hängen, weil sie niemanden mehr unter sich haben, auf den sie die Last abwälzen können.

Ob dann die Industrie — der Handel ist ja heute schon im allgemeinen für Freihandel, und er denkt auch bei uns gar nicht daran, vom Staat irgendwie subventioniert werden zu wollen — noch weiter ihr Bekenntnis zum Schutzzoll aufrecht erhalten wird, ob sie es nicht vorziehen würde, den Sprung ins Dunkle zu tun, schon um aus dem agrarischen Banne befreit zu werden und wieder Atem holen zu

können, das ist vorläufig nicht zu sagen. Heute klammern sich ja gerade die maßgebenden Industriellen und die wichtigsten Betriebe noch an den Schutzzoll, und selbst der Hansabund proklamiert die Aufrechterhaltung der „bewährten" Schutzzollpolitik, wenn auch mit der kaum verhüllten Andeutung, daß es auf diesem Wege nicht weiter gehen dürfe. Aber schon heute ist die Zahl der Industriellen nicht klein, die sich mehr oder weniger bewußt von dem Schutzzollsystem abwenden, weil sie seine schädlichen Wirkungen immer deutlicher am eigenen Leibe verspüren. Auch wird man sich darüber klar werden müssen, daß es hier in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit zur Entscheidung kommen wird. Schon die nächsten Wahlen werden unter dem Zeichen der Schutzzollpolitik stehen. Denn das ist ja das Unglück der Schutzzollpolitik, daß sie immer zu neuen Übertreibungen anreizt. Wer hat, der möchte immer mehr haben. Die große Masse der Wähler wieder dürfte sehr bald zu der Einsicht kommen, daß es für sie gar keine wichtigere Aufgabe geben kann, als erst einmal für billiges Brot und billiges Fleisch zu sorgen, damit es ihnen wieder möglich ist, ihre Familie satt zu machen. Diese Bewegung besteht nicht bloß bei uns. Sie ist in den Vereinigten Staaten mit ihrem Hochschutzzoll und ihrer Trustpolitik nicht weniger ausgeprägt als bei uns. Auch hier wird man spätestens im Herbst 1912 Überraschungen erleben. Stehen aber wie in den Vereinigten Staaten so bei uns die kommenden Wahlen wesentlich unter der Frage einer Verbilligung der Lebenshaltung des gemeinen Mannes, dann werden alle diejenigen, die sich schützend vor die Schutzzollpolitik stellen, sehr herbe Enttäuschun-

gen erleben. Dem Liberalismus wenigstens kann man, wenn er bei den nächsten Wahlen sich wieder durchsetzen will, nur den guten Rat geben, sich nicht mit dem Kadaver der Schutzzollpolitik zu assoziieren. Sonst darf er sich nicht wundern, wenn wenigstens die Arbeiterbevölkerung sich völlig von ihm abwendet.

Man wird auch nicht im Ernst behaupten wollen, daß heute das deutsche Volk noch nötig habe, auf den Krücken des Schutzzolles zu gehen. Deshalb braucht man sich nicht die Milchmädchenrechnungen mancher steuerfroher Nationalökonomen anzueignen, die kühn genug sind, das deutsche Nationalvermögen auf den fabelhaften Betrag von 350 Milliarden Mark zu berechnen. Solche Rechnungen stehen eben nur auf dem Papier. Aber das wirkliche Nationalvermögen, das in den wirtschaftlichen Leistungen beruht, ist gewiß nicht gering. Wir brauchen heute den Vergleich mit England nicht mehr zu scheuen; und wenn wir auch je länger je weniger mit den Vereinigten Staaten von Amerika konkurrieren können, so bleiben wir doch hinter dem Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten" nicht allzu weit zurück. Nimmt man die beiden wichtigsten Faktoren des Reichtums eines modernen Volkes, Eisen und Kohle, so stellen sich die Produktionszahlen für das deutsche Reich, England und die Vereinigten Staaten von Amerika folgendermaßen:

Kohlengewinnung (Stein- und Braunkohlen).
(In 1000 Tonnen)

Jahr	Deutschland	Großbritannien	Verein. Staaten
1889	84 973	179 756	128 121
1894	98 806	191 299	154 894
1900	149 788	228 795	244 653
1905	173 811	239 918	356 272
1908	215 286	265 726	377 246

Roheisengewinnung.
(In 1000 Tonnen)

Jahr	Deutschland	Großbritannien	Verein. Staaten
1889	4 525	8 456	7 726
1894	5 380	7 547	6 764
1900	8 521	9 103	14 011
1905	10 875	9 762	23 361
1908	11 802	9 202	16 192

Danach steht das deutsche Reich seinen Mann. Ja, es scheint fast, als sollte es allmählich auch England, dieses älteste und stärkste Industrieland der alten Welt, überflügeln. Auch seine Einfuhr und Ausfuhr ist in dem Laufe der zwei letzten Jahrzehnte in erfreulichem Aufblühen begriffen gewesen, wie die nachstehende Zusammenstellung ergibt:

Einfuhr.
(In Millionen Mark)

	1890	1895	1900	1905	1908
Deutschland	4145,5	4120,7	5765,6	7128,8	7664,0
Großbritann.	7272,5	7293,2	9381,8	9806,0	11298,9
Ver. Staaten	3249,4	3070,9	3488,2	4565.9	4907,1

Ausfuhr.
(In Millionen Mark)

Deutschland	3326,5	3317,9	4611,4	5731,6	6398,6
Großbritann.	5383,9	4619,8	5940,3	6728,3	7692,9
Ver. Staaten	3550,2	3070,9	3488,2	4565,9	4907,1

Hier ist uns allerdings England noch voraus. Aber wir nähern uns seinen Zahlen doch immer mehr. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir es in nicht allzu langer Zeit eingeholt haben werden.

Wie aber, wenn es mit dem Aufschwung ein plötzliches Ende hätte? Wenn nun auf einmal der Höhepunkt erreicht wäre und der Abstieg seinen Anfang nehmen würde? Niemand kann natürlich die Zukunft vorhersagen. Aber wenn irgend etwas als wahrschein=

lich anzusprechen ist, dann ist es die Fortsetzung der gegenwärtigen industriellen Entwicklung. Verhält es sich aber so, dann stehen wir noch vor einem ganz enormen Wachstum unseres industriellen Lebens. Im Oktober 1910 hat der Präsident des Stahltrusts Gary auf der Versammlung des amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts sich über das Wachsen der amerikanischen Eisenindustrie geäußert. Dabei führte Gary aus, daß die Produktion von Eisenerz, Roheisen, Stahl und Koks im Jahre 1880 erst 15½ Millionen Tonnen betragen habe. Im Jahre 1907 war sie auf 145½ Millionen Tonnen gestiegen. Er berechnete dann, daß bei gleichem Fortschreiten die Produktion schon im Jahre 1930 einen Gesamtumfang von 613 Millionen haben werde. Ob diese Zahl wirklich in der angegebenen Zeit erreicht werden wird, das weiß niemand. Daß aber tatsächlich eine Steigerung zu erwarten ist, darin dürften alle Männer der Praxis wie der Wissenschaft übereinstimmen. Damit aber muß auch die Zeit kommen, wo der Schutzzoll selbst für diejenigen Kreise sich erübrigt, die geschützt werden sollen. Es macht sich für eine Armee, wie es schon heute die Schar der deutschen Industriellen ist, sehr komisch, wenn sie, um durch einen dunklen Wald zu marschieren, sich ein paar gewappnete Ritter zum Schutz heranholen, auch wenn sie wissen, daß sie diesen für die Führung schweren Tribut zahlen müssen. Über kurz oder lang wird sich das unnatürliche Bündnis zwischen Agrariern und Industriellen lösen, und dann wird der ganzen deutschen Schutzzollpolitik die Sterbeglocke geschlagen haben.

Steuerlasten

Durch die durchgreifende Einschränkung des Erbrechts im volkstümlichen Arbeitsstaat würde ohne Zweifel eine der dunkelsten Schattenseiten unseres heutigen Rechtszustandes beseitigt werden. Denn keine Einrichtung leugnet so grundsätzlich den Zusammenhang zwischen Verdienst und Belohnung und keine gibt den Verlauf der menschlichen Geschicke so sehr dem Zufall der Abstammung preis, wie gerade das Erbrecht.

Anton Menger, „Neue Staatslehre“.

Am 10. Juli 1879 war im Reichstage der Schutzzolltarif und das Tarifgesetz angenommen worden. Zwei Jahre später stellte die Regierung eine Berechnung darüber auf, was in Deutschland und was im Auslande an öffentlichen Leistungen aufgebracht würde. Sie kam dabei zu dem Ergebnis, daß sich im Jahre 1875 der Ertrag der Zölle und Verbrauchssteuern auf 7,15 *Mark* und im Jahre 1881 auf 9,20 *Mark bezifferte.* Zu der Erhöhung habe, wie hinzugefügt wurde, namentlich die Steuererhöhung für Bier und Branntwein in Bayern und Baden beigetragen. Auch wenn man annehmen wolle, daß durch den Eintritt der vollen finanziellen Wirkungen der Zoll- und Steuergesetzgebung von 1879 jener Kopfbetrag sich auf 10 Mark heben werde, so würde er doch noch übertroffen werden von Österreich um 32, von Italien um 35, von Rußland um 42, von Großbritannien um 171, von den Vereinigten Staaten um 184, von Frankreich endlich um 201 Prozent. Es braucht hier nicht nachgeprüft zu werden, wie weit diese Berechnung in jener Zeit wirklich stimmte. Heute jedenfalls mutet es uns fast unglaublich an, daß es im neuen Reich jemals eine Zeit gegeben haben könnte, in dem der einzelne Reichsbürger nur zehn Mark oder gar noch weniger an Beiträgen für das Reich aufzubringen hatte. In der Berechnung

wurde noch ganz besonders darauf hingewiesen, wie gering gerade die Besteuerung der Getränke in Deutschland sei. Denn es wurde berechnet, daß der Deutsche an indirekten Abgaben für Bier, Wein und Branntwein auf den Kopf nur 2,27 Mark entrichtete, während die gleiche Getränkesteuer in den Vereinigten Staaten von Amerika 6,42 Mark, in Frankreich 7,54 Mark, in Rußland 7,80 Mark und in Großbritannien gar 16,— Mark betrage.

Um vergleichen zu können, wie herrlich weit wir es in den letzten dreißig Jahren auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung gebracht haben, muß auf eine Berechnung hingewiesen werden, die der damalige Reichsschatzsekretär Sydow im Jahre 1908, als er seine Finanzreform befürwortete, dem Reichstage unterbreitet hat. Denn nach dieser Berechnung entfielen im Jahre 1908 auf den Kopf der Bevölkerung im ganzen rund 49 Mark an Steuern und Abgaben, darunter 25 Mark direkte Steuern, 0,70 Mark Erbschafts- und Schenkungssteuern, rund 19 Mark Zölle und Verbrauchsabgaben und Aufwandssteuern und rund 4,20 Mark Verkehrssteuern. Auch wenn man hierbei gebührend berücksichtigt, daß Herr Sydow sämtliche Reichs-, Staats- und Kommunallasten in Rechnung gestellt hat, so bleibt trotzdem die Tatsache bestehen, daß sich die Steuerlast für den einzelnen Deutschen in diesen dreißig Jahren ganz außerordentlich erhöht hat. Nun darf man aber nicht bloß den Einzelnen in Betracht ziehen. Man muß den Familiendurchschnitt rechnen, der sich bei uns auf 4,7 Köpfe stellt. Für einen Familienhaushalt stellen sich dann die Steuer- und Zollasten, die im deutschen Reich 1908 aufzubringen waren, auf folgende Zahlen:

Direkten Steuern	117,50	Mark
Erbschafts- und Schenkungssteuern . . .	3,29	„
Verbrauchsabgaben und Aufwandsteuer . .	89,30	„
Verkehrssteuern	19,54	„
Summa	229,63	Mark

Man sieht hieraus nicht bloß, wie kolossal schon im Jahre 1908 die Anforderungen an den deutschen Familienvater in die Höhe geschraubt worden waren, sondern man erkennt zugleich, wie ungleichmäßig die einzelnen Steuerformen ausgebildet waren. Die direkten Steuern machten allerdings noch mehr als die Hälfte aus, aber die indirekten Steuern, die sich auf den Verbrauch und den Verkehr beziehen, kamen ihnen bereits bedenklich nahe. Zugleich aber ergibt sich aus der Zusammenstellung, daß die Erbschaftssteuern in einem geradezu beschämenden Mißverhältnis zu den übrigen Steuern standen. Von den Gesamtlasten, die das deutsche Volk zu tragen hatte, wurde damals, also vor zwei Jahren, nur der siebzigste Teil durch eine Steuer auf die Erbschaften aufgebracht. Und gerade der Versuch, die Erbschaftssteuer im Reich zu erhöhen und auszugestalten, ist bekanntlich an dem Widerstand der Konservativen und des Zentrums gescheitert. Dafür wurde aber die indirekte Steuerschraube um so schärfer angezogen.

Prüft man den ungeordneten Haufen neuer Steuern, mit denen im Sommer 1909 das deutsche Volk beglückt wurde, genauer, so findet man, daß eine allgemeine Besitzsteuer überhaupt nicht durchgeführt worden ist. Das immobile Kapital blieb vollständig verschont. Denn die Grundstückssteuer, die jetzt zu einer Reichswertzuwachssteuer ausgebaut worden ist,

bedeutet letzten Grundes keine Kapital-, sondern eine Verkehrssteuer. Höchstens könnte man die Erhöhung der Matrikularbeiträge um 40 Pfennig auf den Kopf, also in ungefährer Höhe von 25 Millionen, als eine freilich sehr ungerechte und stümperhafte Form der direkten Besteuerung ansehen. Sonst könnte man noch einen Teil des erhöhten Umsatzstempels, den Scheckstempel, die Erhöhung des Stempels auf Effekten und Kuxe sowie die Talonsteuer als eine Besteuerung des mobilen Kapitals in Anspruch nehmen. Freilich hat sich bei allen diesen Stempeln und Steuern herausgestellt, daß sie viel weniger das Kapital als den Verkehr treffen. Eine allgemeine Besitzsteuer fand sich unter der Finanzreform von 1909 überhaupt nicht. Im einzelnen rechnete man aus diesem Teil der Finanzreform, die auf der Grenze zwischen einseitigen Kapitalsteuern und Verkehrssteuern liegen, folgende Erträge heraus:

Grundstückssteuer	40	Millionen
Wechselstempel	2	"
Scheckstempel	20	"
Effektenstempel	22,50	"
Talonsteuer	28	"
Fahrkartensteuer	20	"
Matrikularbeiträge	25	"
Summa	157,50	Millionen

Daß diese neuen Steuern und Abgaben unter Umständen sehr drückend und ungerecht wirken müssen, kann nicht ernstlich in Abrede gestellt werden. Schon eine oberflächliche Betrachtung genügt, um zu erkennen, daß diese Steuern rein willkürlich zusammengestoppelt sind und keine Spur eines leitenden Gedankens zeigen. Die Tendenz, Geld zu machen, tritt

zunächst hervor. Nicht minder aber wird man zugeben müssen, daß mit größter Vorsicht alles vermieden worden ist, was auch das immobile Kapital, vor allem den Großgrundbesitz hätte treffen können. Ja, wenn wirklich das immobile Kapital irgendwo mitgetroffen wird, und wenn besonders der landwirtschaftliche Großgrundbesitz nicht völlig frei bleiben würde, so haben sich die Agrarier jedenfalls mehr als ausreichend zu entschädigen gewußt, indem sie die sogenannte Liebesgabe für den Branntwein, die allmählich beseitigt werden sollte, verewigten. Diese Liebesgabe, die etwa 45 Millionen ausmacht, erhielten die Agrarier und Klerikalen noch für die Bewilligung der neuen Steuern als Gratifikation. So gestaltete sich tatsächlich die letzte Finanzreform so, daß der landwirtschaftliche Großgrundbesitz sich noch mit einem erklecklichen Profit aus der fatalen Affäre ziehen konnte. Mehr kann man von einer Steuervermehrung, die nach dem Willen ihrer Väter dem Reich eine halbe Milliarde Mehrertrag bringen sollte, wirklich nicht verlangen.

Die misera contribuens plebs kam bei diesem Geschäft um so schlechter davon. Irgend woher mußten ja die nötigen Hunderte von Millionen genommen werden, und da die Besitzenden, und zwar in erster Reihe die Vertreter des landwirtschaftlichen Großbetriebes, ihre Taschen zuhielten, so mußte eben die Hauptlast auf die Schultern der breiten Masse gelegt werden. Und hier zeigten tatsächlich schon die Verbündeten Regierungen, noch mehr aber die Parteien des blau-schwarzen Blocks eine erstaunliche Findigkeit. Der Konsum der unteren Volksschichten wurde in ganz unverhältnismäßiger Weise verteuert. Die Finanzzölle

auf Kaffee und Tee wurden beträchtlich erhöht, die Brausteuer wurde ausgebaut und ebenso wurde die Besteuerung des Branntweins in die Höhe geschraubt. Endlich wurde auch die Tabakwertsteuer bewilligt. Das alles zusammen ergab bereits 260 Millionen neuer Steuern, wie die nachfolgende Zusammenstellung zeigt:

aus dem erhöhten Kaffee- und Teezoll . .	37	Millionen
aus der erhöhten Brausteuer	100	„
aus der erhöhten Branntweinsteuer . . .	80	„
aus der Tabakwertsteuer	43	„
Summa	260	Millionen

Damit indessen noch nicht genug: Auch eine Reihe weiterer Steuern wurde durchgedrückt. Man besteuerte den Schaumwein, man besteuerte die Glühkörper und man führte sogar die Streichholzsteuer ein, durch welche der Preis der Streichhölzer um das drei- bis vierfache erhöht wurde. Wollte man einmal an dem Kapital, zumal an dem immobilen Kapital, vorübergehen, dann mußte man eben die Steuern aus aller Welt zusammenkratzen, um den gewollten Effekt zu erreichen. Endlich muß noch erwähnt werden, daß auch zuletzt, damit die halbe Milliarde voll würde, auf die Ermäßigung der Zuckersteuer, die in Aussicht gestellt worden war, verzichtet werden mußte, und daß ebenso die höchst ungerechte Fahrkartensteuer beibehalten wurde, die gleichfalls abgetragen werden sollte. Nachstehend sei noch einmal kurz die Steuerreform des schwarz-blauen Blocks, wie sie im Sommer 1909 zustande kam und wie sie von den Verbündeten Regierungen akzeptiert und von Herrn von Bethmann Hollweg unterschrieben wurde, zusammengestellt:

Kaffee- und Teezoll	37	Millionen
Bier	100	„
Tabak	43	„
Branntwein	80	„
Schaumwein	5	„
Zündwaren	25	„
Glühkörper	20	„
Zuckersteuer	35	„
Summa	345	Millionen
Dazu die oben aufgeführten Steuern	157,50	„
Summa	502,50	Millionen

Diese neuen Steuern haben die Wirkung, die Steuerlast, die auf den einzelnen Deutschen, Frauen und Kinder eingerechnet, entfällt, um etwa acht Mark zu steigern, also um so viel, wie vor dreißig Jahren der Deutsche überhaupt nur an Reichsabgaben zu zahlen hatte. Es mag ja sein, daß sich in dieser Zeit der Wohlstand des deutschen Volkes sehr erheblich vermehrt hat. Herr Sydow hat auch seinerzeit sehr hübsche Berechnungen darüber aufgestellt, wieviel leistungsfähiger heute das deutsche Volk in finanzieller Beziehung als vor einem Menschenalter sei. Aber daß der Wohlstand sich auch nur annähernd so rapid entwickelt haben sollte, wie die finanziellen Lasten, die heute das deutsche Volk im Vergleich zu 1881 zu tragen hat, davon kann nicht die Rede sein. Man muß nur einmal berechnen, wie hoch sich nach dem Inkrafttreten der neuen Steuern die Belastung eines Haushalts stellt. An direkten Lasten kommen für den Haushalt von 4,7 Köpfen neue 37 Mark hinzu. Sie ergeben mit den schon vorhandenen Steuerlasten für die Familie zusammen annähernd zweihundertundsiebenundfünfzig Mark. So viel muß heute im Durchschnitt ein Familienvater zu den Lasten

des deutschen Reiches, der Bundesstaaten und der Kommunen beisteuern. Selbstverständlich rechnet man uns heute noch immer vor, daß das Ausland noch viel mehr Steuern aufzubringen habe. Aber mit solchen Hinweisen auf die Leidtragenden in anderen Staaten wird die heimische Last nicht geringer.

Nun sind aber mit diesen direkten Wirkungen der neuen Steuern die tatsächlichen Lasten des Staatsbürgers keineswegs erschöpft. Die indirekten Steuern haben nun einmal die unangenehme Wirkung, daß sie den Konsum viel höher belasten, als es sich in der reinen Steuer, wie sie dem Reich zufließt, ausdrückt. Zunächst macht es ja schon eine beträchtliche Summe aus, die an Gebühren für die Beitreibung der Zölle und Steuern gezahlt werden muß. Dann aber wird der Zwischenhandel gar nicht anders können, als sich für die Zölle und Steuern, die er zu bezahlen hat, am Käufer schadlos zu halten. Die Zigarren und Zigaretten sind nicht bloß um den Betrag der Wertsteuer teurer geworden, sondern sie wurden vom Fabrikanten und Zwischenhändler noch darüber hinaus verteuert. Das Paket Streichhölzer war vor der Zündholzsteuer für zehn Pfennig zu haben. Heute, wo darauf fünfzehn Pfennig Steuer liegen, kostet es dreißig bis fünfunddreißig Pfennige. Ebenso verhält es sich beim Bier, beim Branntwein, bei den Glühstrümpfen und Glühlampen, bei Kaffee und Tee, kurz bei allen Gebrauchsgegenständen, auf die höhere indirekte Steuern gelegt worden sind. Man müßte die Struktur des Zwischenhandels völlig verkennen, wollte man erwarten, daß er sich damit begnügen könnte, vom Käufer den Zuschlag zu erheben, wie er sich in der reinen Einnahme des Reiches aus den

indirekten Steuern und den erhöhten Zöllen ausspricht. Er kann gar nicht anders, als auf den Betrag des Zolls und der Steuer, den er ja in den meisten Fällen auslegen muß, nun wieder den üblichen Zwischengewinn zu rechnen. Und nur zu oft wird dabei nach oben abgerundet..

Endlich aber muß berücksichtigt werden, daß ja zu den 257 Mark, die im Durchschnitt heute ein Familienvater an öffentlichen Lasten zu entrichten hat, noch der Tribut kommt, den die Industrie und die Landwirtschaft infolge der Schutzzölle von den Konsumenten erhebt. So ist es unmöglich, aus den Steuerlasten, die der einzelne zu tragen hat, allein die wirkliche Belastung des Volkes zu berechnen. Will man einigermaßen der Wahrheit nahekommen, dann muß man berechnen, wie viel der einzelne Staatsbürger infolge der allgemeinen Verteuerung der Lebensbedürfnisse heute mehr als vor dreißig Jahren aufzuwenden hat, wenn er dieselbe Gegenleistung beanspruchen soll. Dann wird sich herausstellen, daß zu den direkten Lasten noch ein sehr großer Teil indirekter Lasten gekommen ist, die eine notwendige Konsequenz unserer ganzen Zoll- und Steuergesetzgebung darstellen.

Vorläufig allerdings haben sich die reaktionären Mehrheitsparteien wie die Verbündeten Regierungen in ihren Erwartungen erheblich verrechnet. Auch wenn man zugibt, daß jede neue indirekte Steuer eine gewisse Übergangszeit braucht, um voll in Wirksamkeit treten zu können, wird man doch bis zu einem gewissen Grade von einem Fiasko der letzten Finanzreform sprechen müssen. Fast sämtliche Vorschläge haben den von ihnen erhofften Betrag in Wirklichkeit

nicht gebracht. Das ist auch begreiflich genug, da es doch schließlich die Massen sind, die für die indirekten Steuern in Betracht kommen. Wenn aber die Löhne und Gehälter nicht entsprechend steigen, dann wird sich der Arbeiter und der Kleinbürger genötigt sehen, bei einer Verteuerung der Lebensbedürfnisse seinen Konsum einzuschränken, was notwendig wieder die Erträge der indirekten Steuern ungünstig beeinflußt. Die neuen indirekten Steuern haben demgemäß die Wirkung gehabt, den Konsum von Bier und Branntwein, von Kaffee und Tee erheblich herabzudrücken. Auch der Konsum von Tabak und Zigarren ist gesunken. Die Sozialdemokratie hat noch ein übriges getan, indem sie den Schnapsboykott proklamierte, der zweifellos gleichfalls in der Richtung einer Verminderung des Branntweinverbrauchs hingewirkt hat, soweit es sich um Trinkzwecke handelte. Dem Spiritussyndikat blieb deshalb auch nichts weiter übrig, als den Versuch zu machen, den gewerblichen Verbrauch von denaturiertem Spiritus nach Kräften zu begünstigen und den Export von Spiritus zu forcieren, um einigermaßen für den Absatz des erzeugten Sprits zu sorgen. Trotzdem hat man dazu übergehen müssen, die Produktion einzuschränken. Auch der Rückgang des Bierkonsums ist beträchtlich. Selbstverständlich ist es an sich nicht weiter zu beklagen, daß etwas weniger getrunken wird. Wäre der Rückgang im Verbrauch alkoholischer Getränke auf eine größere Nüchternheit des Volkes zurückzuführen, dann würde man sich sogar darüber freuen können. Aber es handelt sich eben nicht um solche Wirkungen der Antialkoholbewegung, oder der Rückgang des Konsums von Bier und Schnaps ist doch nur zum kleinsten Teil auf derartige Beweg-

gründe zurückzuführen; sondern es spricht sich darin in erster Reihe der Zwang der allgemeinen Verteuerung der Lebensbedürfnisse aus. Im günstigsten Falle macht man aus der Not eine Tugend.

So haben die Tatsachen bereits durch die Berechnungen des Herrn Sydow und der blau-schwarzen Mehrheit einen Strich gemacht. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts Wermuth ist denn auch bereits wieder zu der Erkenntnis gekommen, daß er sich auf die Dauer ohne neue Steuern nicht wird behelfen können. Zunächst wird ja diese unerfreuliche Tatsache noch, so gut es irgend gehen will, zu vertuschen gesucht. Herr von Bethmann Hollweg hat, da er kein anderes Programm finden konnte, die Sparsamkeit zu seinem Programm gemacht und bemüht sich, dem Reichstage einen Etat vorzulegen, der in sich balanziert. Völlig ist es ihm trotzdem nicht gelungen. Ohne eine Anleihe von hundert Millionen ging es nicht. Aber auch mit einer solchen Anleihe ist das Gleichgewicht im Reichshaushalt nur dadurch ermöglicht worden, daß man eine Reihe neuer Forderungen, auch wenn sie recht dringend erschienen, für spätere Jahre zurückstellte. Von der neuen Quinquennatsvorlage sind denn auch für das nächste Etatsjahr nur annähernd 8 Millionen eingestellt worden, während sie im Durchschnitt über 20 Millionen, wenn nicht noch mehr, beansprucht.

Doch schon jetzt mußten die Reichssteuern durch eine Reichswertzuwachssteuer ausgebaut werden. Diese Wertzuwachssteuer sollte eigentlich an die Stelle des erhöhten Stempels auf den Grundstückswechsel treten, aber sie ist so angelegt, daß sie darüber hinaus dem Reich noch fünfzehn bis zwanzig Mil-

lionen Mark Mehrertrag bringen soll, und auf die Abtragung des Grundstücksstempels ist auch für die drei nächsten Jahre verzichtet worden. Es melden sich eben immer neue Forderungen an, die Befriedigung erheischen. Vor allem muß endlich für die Veteranen gesorgt werden, die heute zum großen Teil der öffentlichen Mildtätigkeit und der Armenfürsorge zur Last fallen. Der Reichsinvalidenfonds, der so reichlich bemessen zu sein schien, ist im Laufe der Jahre auch schon draufgegangen, da man ihm zu viele andere Lasten aufgebürdet hatte. So stellt sich immer deutlicher heraus, daß die große Finanzreform von 1909 noch lange keinen Abschluß bedeutet. Sie war nur eine Etappe auf dem Wege der immer höher anschwellenden Reichslasten. Neue Steuern werden auch in Zukunft die Finanzlage im Reich kennzeichnen, wenn die Schuldenlast, die heute schon über fünf Milliarden Mark beträgt, nicht immer mehr anwachsen soll. Und wahrscheinlich wird es auch in Zukunft so sein, daß neue Steuern und neue Anleihen gleichzeitig zur Deckung der Bedürfnisse des Reichs sich als notwendig erweisen werden.

Hier aber tritt die Frage auf, ob es in der bisherigen Weise immer weiter gehen soll. Ob immer von neuem nach indirekten Steuern gesucht werden soll; ob die Lebenshaltung der breiten Masse des Volkes immer weiter belastet, ob immer höhere Zuschläge auf die Lebens- und Genußmittel des Volkes gelegt werden sollen. Fürst Bismarck, der wenigstens aufs ganze ging, glaubte seinerzeit den Finanznöten des Reichs durch ein Tabakmonopol, und als dieser Vorschlag abgelehnt wurde, durch ein Branntweinmonopol abhelfen zu können. Er sprach so-

gar von einem „Patrimonium der Enterbten", weil er mit dem Tabakmonopol die Kosten der sozialen Versicherungsgesetze decken wollte. Nun ist es gewiß richtig, daß auch diese Monopole längst nicht ausgereicht haben würden. Die Bedürfnisse des Reichs sind in einer Weise gewachsen, daß selbst die dreihundert Millionen, die das Tabaksmonopol erbringen sollte, heute nicht mehr als einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten könnten. Und doch muß man sich rückschauend fragen, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn man in den achtziger Jahren das Tabakmonopol bewilligt hätte. Damit wäre wenigstens für längere Zeit Ruhe geschafft worden. Denn ein Schrecken ohne Ende ist immer noch schlimmer für ein Gewerbe als ein Ende mit Schrecken. Es ist unmöglich, daß sich ein Gewerbe gedeihlich entwickeln kann, wenn immer von neuem an ihm herumkuriert wird, wenn man ihm immer neue Lasten aufzubürden sucht, und wenn man damit immer wieder Beunruhigung in seine Reihen trägt.

Heute freilich würde auch mit einem Monopol nichts mehr erreicht werden. Die Zeit, in der das Reich sich mit Monopolen hätte behelfen können, ist vorüber. Um so mehr aber wird sich die Frage aufdrängen, ob nicht endlich mit der ganzen indirekten Besteuerung Schluß gemacht werden muß. Man wird sich schon heute nicht mehr darüber täuschen können, daß die Grenze, bis zu der aus einem Gewerbe überhaupt noch neue Steuern herauszuholen sind, für die meisten Gewerbe bereits erreicht, ja zum Teil schon überschritten worden ist. Auch mit der Belastung des Verkehrs wird man schwerlich noch viel weiter gehen können. So tritt mit immer größerer Entschiedenheit die For-

derung hervor, den Weg der indirekten Besteuerung zu verlassen und zu direkten Steuern überzugehen. Diese Notwendigkeit hatte schon Fürst Bülow anerkannt. Er ging allerdings recht zaghaft vor und wollte, nachdem schon im Jahre 1906 die Grundlage für eine Reichserbschaftssteuer gelegt worden war, auch bei der letzten Finanzreform wieder einen Teil des Reichsbedarfs aus der Nachlaßsteuer herausholen. Es handelte sich dabei nur um etwa sechzig Millionen. Aber es wäre doch damit anerkannt worden, daß das Reich auch auf die direkten Steuern seine Hand zu legen berechtigt sei. Denn die Behauptung, daß es sich bei der Erbschaftssteuer um eine Steuer handle, die zwischen den indirekten und den direkten Steuern in der Mitte stehe, ist eine Fiktion. Sie ist eine direkte Steuer so gut wie eine Steuer auf das Einkommen und das Vermögen. Leider haben die liberalen Parteien nicht gleich von Anfang den nötigen Nachdruck auf die Erbschaftssteuer als die unumgängliche Bedingung für die Bewilligung der übrigen Steuern gelegt. Sie ließen sich in der Irre herumführen und machten allerlei untaugliche Versuche, um die Erbschaftssteuer durch eine Art von Vermögenssteuer zu ersetzen. Als sie dann endlich erkannten, daß sie von den Konservativen nur zum besten gehalten wurden, war es zu spät. Die Konservativen kündigten ihnen die Freundschaft auf und machten die neuen Steuern mit dem Zentrum, selbstverständlich ohne Nachlaßsteuer.

Was von konservativer Seite gegen die Nachlaßsteuer vorgebracht worden ist, das war zum größten Teil nur dazu bestimmt, die wirklichen Gründe zu verschleiern. Der Landwirtschaft konnte das Gesetz

schon deshalb nichts schaden, weil auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse eine sehr weit, wohl allzu weit gehende Rücksicht genommen worden war. Der kleinere und mittlere Besitz wäre überhaupt nicht getroffen worden, und wo sich die Barzahlung der Nachlaßsteuer als unmöglich herausgestellt hätte, da konnte die Nachlaßsteuer in Form einer Rente errichtet werden. Bei dem großen Besitz wieder machte natürlich die Erbschaftssteuer nicht viel aus. Es war ein unverantwortliches Demagogenstück, die Nachlaßsteuer als eine Witwen- und Waisensteuer verächtlich zu machen. Wohl aber hatten die Konservativen, die ja im wesentlichen die Interessen des ländlichen Großgrundbesitzes vertreten, zwei Bedenken, die freilich nur gelegentlich angedeutet wurden. Das erste bezog sich darauf, daß die Nachlaßsteuer die beste Gelegenheit geboten hätte, die Selbsteinschätzung bei der Einkommensteuer sowie die Richtigkeit der Ergänzungssteuer nachzuprüfen. Daß heutzutage von den Besitzenden nicht immer das volle Einkommen deklariert wird, ist ein offenes Geheimnis. Besonders die Einschätzung auf dem Lande wird vielfach sehr milde gehandhabt. Das ist vom preußischen Finanzminister von Rheinbaben selbst anerkannt worden. Man hat auch erwogen, ob man nicht dem Landrat das Einschätzungsgeschäft überhaupt abnehmen und es in die Hände besonderer Beamten legen solle. Noch weniger ist daran zu denken, daß die Ergänzungssteuer, die das Vermögen zur Steuer heranzieht, auch nur den überwiegenden Teil des Vermögens treffen würde. So lange die Erbschaften, die an Kinder und Ehegatten übergehen, nicht kontrolliert werden, ist es auch sehr schwer, für die richtige Einschätzung zur Einkommens-

und noch mehr zur Vermögenssteuer einen sicheren Prüfstein zu finden. Die Reichserbschaftssteuer hätte diesem Zustande ein Ende gemacht. Die Reichsregierung würde nicht bloß selbst zu ihrem Rechte gekommen sein, sondern sie hätte auch den Einzelstaaten ermöglicht, sich nachträglich davon zu vergewissern, ob der Erblasser seine Steuern im Rahmen des Gesetzes entrichtet hätte. Mit einem Worte, man hätte den Besitzenden auf die Finger sehen können, wenn die Nachlaßsteuer auch für solche Fälle eingeführt worden wäre, in denen die Kinder und Ehefrauen die Erben sind. Das sollte verhütet werden; deshalb wandten sich Konservative und Zentrum mit so großer Entschiedenheit gegen die Nachlaßsteuer. Es gelang ihnen denn auch, am Johannistag 1909 die Erbschaftssteuer zu Fall zu bringen. Mit 195 gegen 187 Stimmen wurde der entscheidende Paragraph, der die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf die Frauen und Kinder aussprach, abgelehnt, und ihm folgte das ganze Gesetz einschließlich der Überschrift in die Versenkung nach. Es blieb nicht einmal soviel von ihm übrig, daß die Vorlage auch nur in die dritte Lesung hätte hinübergerettet werden können.

Der zweite Grund der Agrarier, der sie gegen die Nachlaßsteuer stimmen ließ, ist von Herrn von Oldenburg am 18. Februar 1909 in einer Sitzung des Landwirtschaftsrats offen ausgesprochen worden. Herr von Oldenburg, der bisweilen das sagt, was seine anderen Gesinnungsgenossen nur denken, erklärte ganz offen, daß man das „Portemonnaie der Besitzenden“ dem allgemeinen Wahlrecht nicht ausliefern dürfe; diesen Gedanken hat Herr von Oldenburg dann noch recht oft variiert. So erklärte

er am 23. Oktober 1910 in Marienburg: „Weil wir wissen, daß das Kapital bei den direkten Steuern im Reich schutzlos den Massen preisgegeben wird, darum lehnen wir die Erbschaftssteuer ab; das ist der große politische Grund, der uns gezwungen hat und jeden Konservativen auch ferner zwingen wird, sich zu wehren, so lange er kann, gegen die Enteignung des Vermögens im deutschen Reiche." Das „Portemonnaie der Besitzenden" soll geschützt werden, das ist die Forderung, die Herr von Oldenburg an das deutsche Reich stellt. Mit viel größerem Recht würde man dann freilich fordern müssen, daß die Besitzlosen geschützt werden, da es ihnen doch zweifellos sehr viel schwerer wird, die indirekten Steuern aufzubringen, als den Besitzenden die direkten Steuern werden könnten. Aber man erkennt schon aus dieser Erklärung, daß es mit den Konservativen in Reichssteuerfragen keine Verständigung geben kann. Sie würden zum mindesten als Vorbedingung fordern, daß erst einmal das Reichstagswahlrecht beseitigt wird. Und ob sie dann ihre Abneigung gegen direkte Reichssteuern überwinden würden, das ist auch noch sehr zweifelhaft. Man würde besorgen müssen, daß sie dann wieder das Argument der „Witwen- und Waisensteuer" vorbringen würden. Deshalb ergibt sich schon von diesem Gesichtspunkt aus die Notwendigkeit, die konservative Partei so weit als möglich zurückzudrängen, wenn nicht völlig aus dem Reichstage zu beseitigen, da die Konservativen sich höchst wahrscheinlich dauernd einer direkten Reichssteuer entgegenstemmen würden.

Und doch liegt auf dem Wege der direkten Reichssteuern die einzige Rettung für die Reichs-

finanzen. Daß die direkten Steuern heute schon von den Einzelstaaten mit Beschlag belegt worden sind, ist ganz richtig. Daß sie aber deshalb für das Reich „tabu" sein müßten, davon kann im Ernst nicht die Rede sein. Es bieten sich hier die drei Wege der Einkommensteuer, der Vermögenssteuer und der Erbschaftssteuer. Die Erbschaftssteuer eignet sich schon deshalb sehr gut, weil sie von den Einzelstaaten verhältnismäßig am wenigsten ausgebildet worden ist und deshalb sich am leichtesten durchführen ließe. Auch braucht man nur auf England zu sehen, um zu erkennen, einer wie großen Ausdehnung gerade die Erbschaftssteuer noch fähig sei. Setzt man das deutsche Gesamtvermögen, das von Optimisten auf 350 Milliarden geschätzt worden ist, auch nur auf 200 Milliarden an, und nimmt man an, daß sich das Vermögen alle dreißig Jahre vererbt, so würde man auf 6666 Millionen kommen, die jährlich vererbt werden. Nimmt man davon im Durchschnitt nur fünf Prozent, so würde das Reich bereits aus der Erbschaftssteuer jährlich 333 Millionen ziehen. Es steht aber nichts im Wege, mit den Sätzen gerade für die großen Vermögen noch erheblich höher hinaufzugehen.

Ob Erbschafts-, Einkommen- oder Vermögenssteuer, das ist nur eine Frage der Zweckmäßigkeit. Denn bei richtiger Durchführung der Gesetze lassen sich natürlich aus allen drei Steuerarten die gleichen Erträge herausholen. Auch sind in jedem Falle die Schwierigkeiten, die sich vielleicht entgegenstellen könnten, zu überwinden. Es liegt ohnehin in der Tendenz der Gegenwart, die Einschätzung des einzelnen Steuerzahlers immer sorgfältiger vorzunehmen, schon damit nicht diejenigen Staatsbürger, die ein be-

stimmtes Einkommen haben, das sie nicht verheimlichen können, nicht gegenüber den anderen Staatsbürgern mit einem unbestimmten Einkommen in Nachteil gesetzt werden. Aber auch die verschiedenartige Einschätzung der Einkommen und Vermögen in den einzelnen Bundesstaaten ließe sich sehr leicht überwinden. Eine gleichmäßige Einschätzung über das ganze Reich hinweg hätte sogar noch den Vorteil, daß die direkten Steuern durch das ganze Reich hinweg gleichmäßig gestaltet würden. Ein Partikularismus gerade auf dem Gebiet des Steuerwesens ist vom Übel.

Die herrschenden Parteien und nicht minder die Verbündeten Regierungen, die immer nur darauf sehen, daß sie selbst möglichst wenig Opfer für das Reich zu bringen haben, mögen sich wehren so viel sie wollen: Die Zeit, in der man mit dem heutigen, in seinem Kern ungerechten System der indirekten Steuern brechen muß, kann nicht mehr fern sein. So lange die einmal bewilligten Steuern reichen, mag die Sache gehen, da auch die liberalen Parteien nicht bloß zum Vergnügen neue Steuern bewilligen. Sobald aber einmal wieder das Loch im Reichssäckel da sein wird, was schwerlich noch lange dauert, wird auch der Kampf um die neuen Steuern wieder losgehen. Und dann werden die Konservativen schwerlich wieder die Schlacht entscheiden. Ohne direkte Steuern kann das deutsche Reich auf die Dauer nicht bestehen. Es wird finanziell zugrunde gehen, oder es wird sich entschließen müssen, direkte Reichssteuern einzuführen. Kommt aber einmal dieser Zeitpunkt, dann wird man auf die Großgrundbesitzer nicht mehr die Rücksicht nehmen, die ihnen Fürst Bülow

noch zubilligte, und die auch die liberalen Parteien im Jahre 1909 noch konzediert hätten. Dann wird auch auf diesem Gebiet ganze Arbeit gemacht werden, ohne Rücksicht auf das von den Agrariern so ängstlich gehütete „Portemonnaie der Besitzenden", auch ohne Rücksicht auf die Steuerscheu der reichen Leute.

Der Kampf gegen den Umsturz

Nicht um eines Fingers Breite wollte Cavour das Gesetz übertreten sehen; jetzt schon wie noch auf seinem Totenbette bekannte sich der Liberale zu dem Worte: „Mit dem Belagerungszustande kann jeder regieren."

Heinrich v. Treitschke, Cavour.

Fürst Bismarck hinterließ bei seinem Scheiden dem deutschen Reich eine schwere Last: das Sozialistengesetz von 1878. Unter der Nachwirkung der Attentate Hödels und Nobilings war es zustande gebracht worden, nicht ohne daß der erste Versuch mißlang und der Reichstag durch Auflösung und Neuwahlen gefügig gemacht werden mußte. Auch dann noch hatte es Mühe genug gekostet, dem neuen Reichstage das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie schmackhaft zu machen. Es bedurfte der Einsetzung der ganzen Autorität des ersten Reichskanzlers, um die Vorlage über alle parlamentarischen Klippen hinwegzubugsieren. Er selbst freilich hat wohl nie daran geglaubt, mit diesem Ausnahmegesetz allein die Sozialdemokratie überwinden zu können. Auch schlug er zwei Fliegen mit einer Klappe, indem er sich einen Reichstag sicherte, der zugleich die ganze Wirtschaftspolitik auf schutzzöllnerische Grundlagen stellen sollte. Aber damit allein begnügte sich Bismarck keineswegs. Neben der Bekämpfung des Umsturzes sollte gleichzeitig eine großangelegte Sozialpolitik hergehen. Grandios auch in seinen Irrtümern, wollte Bismarck die Enterbten für den Reichsgedanken durch eine umfassende Fürsorge für die Alten und Invaliden, durch seine Versicherung gegen Krankheit und Unfall gewinnen. Er scheute sogar nicht davor zurück, das Recht auf Arbeit zu proklamieren, ein Recht, das bis heute ein schöner

Traum geblieben ist, und das doch einmal ebenso wie die Versicherung der Hinterbliebenen und der Arbeitslosen kommen muß, wenn nicht die ganze soziale Gesetzgebung dürftiges Stückwerk bleiben soll. Und wenn man überblickt, wie die Grundlagen der Versicherung gegen Krankheit und Invalidität, gegen Unfall und Alter in den achtziger Jahren gelegt wurden, so wird man zugestehen müssen, daß auch noch das letzte Jahrzehnt der Bismarckschen Ära Spuren hinterlassen hat, die sich nicht wieder auslöschen lassen.

Dieses Zugeständnis kann indessen nichts daran ändern, daß im letzten Jahrzehnt der Bismarckschen Ära die eigentlichen Wurzeln des Übels liegen, unter dem wir heute noch zu leiden haben. Freilich, dieser Gigant auch in seinen Fehlern sticht merkwürdig ab von den Staatsmännchen, die nach ihm ans Ruder kamen. Das Zuckerbrot wie die Peitsche, mit denen er das Volk zähmen wollte, waren von riesenhaften Dimensionen. Aber die ganze Tendenz dieser Zeit war volksfeindlich. Im letzten Grunde handelte es sich doch um die Verhetzung der Klassen und Stände untereinander, um die Aufpeitschung der nationalistischen Instinkte, um die Stachelung der wirtschaftlichen Begehrlichkeit und um die Brutalisierung der Massen, wozu dann gelegentlich auch noch die Nachgiebigkeit gegen kulturwidrige Einflüsse kam. Die menschliche Sympathie mit der gefallenen Größe, die Dankbarkeit für das große Lebenswerk Bismarcks, die Bewunderung seiner Genialität, das alles kann nicht darüber hinweghelfen, daß die Zeit Bismarcks längst vorüber war, als er gestürzt wurde. Auch in seinem Sturz mußte man die Größe vermissen. Als er sah, daß es mit seiner Macht zu Ende ging, da klammerte

er sich an sein Amt und suchte sich dem Kaiser unentbehrlich zu machen, indem er auf den Ossa des Sozialistengesetzes noch den Pelion des Staatsstreichs zu türmen versprach. Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe haben darüber wenigstens einige Klarheit verbreitet, wenngleich sie schwerlich die ganze Wahrheit enthalten. Unter dem 26. April 1890 zeichnet Fürst Hohenlohe folgende Mitteilung des Kaisers auf:

„Der Kanzler wollte das Sozialistengesetz mit der Ausweisung dem neuen Reichstage wieder vorlegen, diesen, wenn er es nicht annehme, auflösen und dann, wenn es zu Aufständen käme, energisch einschreiten. Der Kaiser widersetzte sich dem, weil er sagte, wenn sein Großvater nach einer langen, ruhmreichen Regierung genötigt worden wäre, gegen Aufständische vorzugehen, so würde ihm das niemand übelgenommen haben. Anders sei dies mit ihm, der noch nichts geleistet habe. Ihm werde man vorwerfen, daß er seine Regierung damit anfange, seine Untertanen totzuschießen. Er sei bereit einzuschreiten, aber er wolle dies mit gutem Gewissen tun, nachdem er versucht habe, die begründeten Beschwerden der Arbeiter zu befriedigen, wenigstens alles getan habe, um deren begründete Forderungen zu erfüllen."

Professor Hans Delbrück hat hinzugefügt, daß Fürst Bismarck auch das allgemeine Stimmrecht habe beseitigen wollen. Er habe seine Absicht mit der Rechtsfiktion erreichen wollen, daß die deutschen Fürsten berechtigt seien, das deutsche Reich wieder aufzulösen, um es dann mit anderen Grundgesetzen, also ohne das allgemeine Stimmrecht, wieder zusammenzufügen. Die Armee sollte dann den durch den Staatsstreich provozierten Aufstand niederschlagen. Es mag dahingestellt bleiben, wie weit es sich hierbei nur um theoretische Erwägungen, wie weit um einen festen Plan gehan-

delt hat, der dann nur am Widerstande Wilhelms II. gescheitert wäre. Gewiß haben auch neben den grundsätzlichen Differenzen zwischen Bismarck und dem jungen Kaiser höfische Kabalen bei Bismarcks Sturz mitgespielt; auch ist sonst die Entlassung Bismarcks reich an höchst unerquicklichen Momenten. Das hat die Zeitgenossen gewurmt; und selbst heute kommen viele noch nicht darüber hinweg. Auch hat sich das Bild Bismarcks allmählich in der Erinnerung verschönt. Aber das alles hilft nicht darüber hinweg, daß seine Zeit vorüber war und daß man es als ein Glück bezeichnen muß, daß Bismarck im Frühjahr 1890 ging.

Das Sozialistengesetz folgte ihm in die Versenkung nach. Es hatte viel Unheil angerichtet, viel zur allgemeinen Verbitterung beigetragen, ohne wirklich etwas genützt zu haben. Als das Gesetz erlassen wurde, zählte die Sozialdemokratie 437 158 Wähler. Bei den Wahlen im Jahre 1890 war die Zahl der sozialdemokratischen Wähler auf 1 427 298 gestiegen. Die einst nur ungenügend diszipliniert und organisierte sozialdemokratische Partei war im Feuer des Sozialistengesetzes zusammengeschweißt worden und hatte sich eine Verfassung gegeben, die allen Anfechtungen von innen und außen gegenüber standhielt.

Dabei muß man sich vor Augen halten, welche ungeheure Machtfülle in die Hand der Behörden zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gelegt worden war. Einige der wichtigsten Paragraphen des ursprünglichen Bismarckschen Entwurfs zum Sozialistengesetz von 1878 zeigen am besten, daß Bismarck aufs ganze ging. Sie seien nachstehend für alle Heydebrands und Bethmänner, die sich bei ähn-

lichen Entwürfen die Finger verbrennen wollen, wiedergegeben:

§ 1. Vereine, welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen, sind zu verbieten.

§ 5. Versammlungen, von denen anzunehmen ist, daß sie Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen werden, sind zu verbieten. Versammlungen, in welchen solche Bestrebungen zutage treten, sind aufzulösen.

§ 6. Druckschriften, welche Bestrebungen der im § 1 bezeichneten Art dienen, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen derselben erstrecken.

§ 10. Die Polizeibehörde ist befugt, Druckschriften der im § 6 bezeichneten Art schon vor Erlaß eines Verbots vorläufig in Beschlag zu nehmen.

§ 16. Personen, welche es sich zum Geschäft machen, die im § 1 bezeichneten Bestrebungen zu fördern, oder welche nach rechtskräftiger, auf Grund dieses Gesetzes erfolgter Verurteilung wegen einer darauf begangenen Zuwiderhandlung gegen dasselbe rechtskräftig zu einer Strafe verurteilt worden sind, kann der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt werden. . . Unter gleichen Voraussetzungen kann Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lesekabinetten, sowie Gastwirten, Schankwirten und Personen, welche Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus treiben, der Betrieb ihres Gewerbes untersagt werden... Druckereien, welche geschäftsmäßig zur Förderung der im § 1 bezeichneten Bestrebungen benutzt werden, können geschlossen werden.

Der § 20 endlich faßte die Bestimmungen über den sogenannten kleinen Belagerungszustand zusammen, nämlich polizeiliche Genehmigung der Versamm-

lungen, Verbot der Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten, Ausweisung von Personen ohne Unterstützungswohnsitz und Verbot des Waffentragens.

Der liebedienerische Reichstag hat allerdings, um zu zeigen, daß er auch noch existierte, an diesem Entwurf einige belanglose Änderungen vorgenommen, aber im großen und ganzen setzte Bismarck seinen Willen durch. Auch war er nicht der Mann, dieses Gesetz auf dem Papier stehen zu lassen. Die Behörden und die Polizei mußten es in der rücksichtslosesten Weise anwenden. Es hat sogar nicht viel daran gefehlt, daß Bismarck auch noch die Expatriierung der sozialistischen Führer, also ihre Verbannung aus den Grenzen des Reichs, hinzugefügt hätte. Und doch stiegen die sozialdemokratischen Wähler von 437 auf 1427 Tausend Wähler in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes, also um mehr als das Dreifache!

Alle Welt sagte Uff! als Bismarck ging und das Sozialistengesetz gefallen war. Vielleicht hätte sich die Sozialdemokratie immer noch eindämmen lassen, hätte man unter Verzicht auf alle Gewalt in der Richtung einer Politik sozialer Reformen weitergearbeitet. Aber wenn es auch an einigen Verbesserungen nicht fehlte, und wenn besonders auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes in der Wilhelminischen Zeit manches geleistet worden ist, so reichte das doch längst nicht aus, um die Massen wirklich mit der bestehenden Gesellschaftsordnung auszusöhnen. Und wenn es nur Unterlassungssünden gewesen wären, die man dem neuen Kurse vorwerfen könnte! Leider aber erwies sich der Kampf gegen den Umsturz als eine böse Erbschaft aus der Zeit Bismarcks, die nicht mit ihm verschwand. „Die Sozialdemokratie überlassen

Sie mir", hatte einst der Kaiser gesagt. Es ging nicht so schnell mit ihrer Bekämpfung, wie es dem jungen Fürsten als wünschenswert erschien. So tauchte denn nur zu bald wieder die Forderung auf, den Umsturz durch Strafgesetze zu bekämpfen. Noch in die Caprivische Zeit fiel der erste Versuch in dieser Beziehung. Caprivi selbst freilich wollte nichts von Ausnahmegesetzen wissen. Aber er hatte sich nach dem unglücklichen Versuch mit dem Zedlitzschen Schulgesetz auf das Kanzleramt zurückziehen müssen, und in Preußen war mit dem Grafen Eulenburg die schroffste Reaktion eingezogen. Im September 1894 hielt der Kaiser in Königsberg seine erste Gottesgnadenrede, die so merkwürdig an die zweite Königsberger Rede vom 25. August 1910 erinnert. Darin rief er zum Kampf auf für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes.

Vergebens hat damals Graf Caprivi versucht, die drohende Gefahr abzuwenden, und den „Mut der Kaltblütigkeit" zu verteidigen. Als er eben sein Ziel erreicht und den Kaiser für seine Anschauung gewonnen zu haben glaubte, kamen die Tage von Liebenberg, die zugleich den Sturz Caprivis und Eulenburgs brachten. Der alte Fürst Hohenlohe aber sollte nun seinen Befähigungsnachweis mit der neuen Umsturzvorlage erbringen. Am 6. Dezember 1894 wurde sie dem Reichstag unterbreitet. Sie stellte nicht direkt ein Ausnahmegesetz dar, sondern sollte ganz allgemein das Strafgesetzbuch in der Richtung einer schärferen Bekämpfung der umstürzlerischen Tendenzen ausbauen. Um ihre Tendenz zu kennzeichnen, genügt es, zwei von den vorgeschlagenen Paragraphen des Strafgesetzbuches hier wiederzugeben:

§ 111a. Gegen denjenigen, welcher auf die im § 110 bezeichnete Weise ein Verbrechen oder eines der in den §§ 113—115, 124, 125, 240, 242, 253, 305, 317, 321 vorgesehenen Verbrechen anpreist oder als erlaubt darstellt, finden die Strafvorschriften Anwendung, die nach § 111 Absatz 2 für den Fall der Aufforderung zur Begehung einer solchen strafbaren Handlung gelten.

§ 130. Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft.

Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigentum durch beschimpfende Äußerungen öffentlich angreift.

Die Stimmung war damals im Reichstage solcher bösartigen Verschärfung des Strafgesetzbuches auch nicht ungünstig, und besonders die nationalliberale Partei mühte sich im Schweiße ihres Angesichts ab, etwas Positives zu erreichen. Aber nur zu bald stellte sich heraus, daß eigentlich jede einzelne Partei etwas anderes wollte und daß es zumal das Zentrum viel weniger auf ein Vorgehen gegen die umstürzlerischen Arbeiter, als gegen ihre geistigen Nährväter, nämlich die Professoren auf den Universitäten und die freie Wissenschaft überhaupt abgesehen hatte. Diese Uneinigkeit unter den reaktionären Parteien grub denn auch mehr und mehr der Umsturzvorlage ihr Grab und als sie endlich gefallen war, da war alle Welt froh, daß sie abgetan sei.

Der Kampf gegen den Umsturz hörte deshalb freilich noch lange nicht auf. Ging es nicht im Reich, so sollte es in Preußen versucht werden.

Im Mai 1897 wurde die Novelle zum preußischen Vereins- und Versammlungsgesetz eingebracht, die den Namen eines preußischen Sozialistengesetzes verdiente. Sie fiel aber schließlich gleichfalls, wenn auch nur mit der winzigen Mehrheit von 109 gegen 105 Stimmen. Doch immer wieder ertönte der Ruf zum Kampf gegen den Umsturz. Auf der alten Feste Sparrenberg proklamierte der Kaiser am 18. Juni 1897 sein neues Programm:

„Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu verhindern."

Das war die Ouverture des sogenannten Zuchthausgesetzes, das freilich einige Zeit bis zu seiner Fertigstellung brauchte. Erst am 2. Juni 1899 wurde es vor den Reichstag gebracht. Mit Mühe und Not hatte es Herr Nieberding fertig bekommen, an irgend einer Stelle die Zuchthausstrafe in die Vorlage hineinzubringen. Aber die Zeiten hatten sich doch bereits geändert. Die Zuchthausvorlage fand nur noch ein allgemeines Schütteln des Kopfes; und nachdem man sich eine Zeit lang umsonst bemüht hatte, der Vorlage Geschmack abzugewinnen, wurde sie am 20. November desselben Jahres in der zweiten Lesung mit Stumpf und Stiel abgelehnt, ohne daß sie überhaupt einer Kommissionsberatung für wert erachtet worden wäre. „Verscharrt", das war das allgemeine Urteil über diesen letzten Versuch, den Umsturz auf dem Wege der Gesetzgebung zu fassen.

Wie man auch über die Zeit des Fürsten Bülow urteilen möge, von einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie hat er ängstlich die Hand frei gehalten. Er suchte die Sozialdemokratie auf dem für beide Teile ungefährlichen Wege schriftlicher und rednerischer Stilübungen aller Art zu überwinden, wozu ihm ja auch der Dresdener Parteitag der Sozialdemokratie von 1903 nur zu brauchbares Material in die Hand gespielt hatte. Daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie unter dem Fürsten Bülow nicht gerade mit großem geistigen oder sozialpolitischen Aufwand getrieben wurde, ist gewiß richtig. Auch wird man die Niederlage der Sozialdemokratie bei den Blockwahlen, die dem sozialdemokratischen Aufstieg im Jahre 1903 folgte, nicht allzu ernst nehmen können. Die „Kunst, den Feind zu schlagen“, von der der Kaiser am Fenster in der Wahlnacht sprach, bezog sich nur auf Äußerlichkeiten. Das nächste Mal dürfte die Sozialdemokratie diese Scharte reichlich auswetzen. Aber man muß es dem Fürsten Bülow immerhin nachsagen, daß er ohne Ausnahmegesetz acht Jahre lang gearbeitet hat. Allerdings, gelegentlich hat er auch gedroht; so, wenn er in seinem Silvesterbrief an den General von Liebert, den Vorsitzenden des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, schrieb:

„Nicht nur sind ihre kommunistischen Zukunftsträume kulturfeindlich, die Mittel zu ihrer Verwirklichung brutaler Zwang — alles, was sich etwa irgendwo in Deutschland an reaktionärer Gesinnung findet, gewinnt Kraft und Recht durch die sozialistische Unterwühlung der Begriffe von Obrigkeit, Eigentum, Religion und Vaterland. Auf den wild gewordenen Spießbürger und phrasentrunkenen Gleichmacher Robespierre folgte der Degen Bonapartes.

Er mußte kommen, um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten zu befreien."

Dieses Herumfuchteln mit dem Degen Bonapartes, das sollte doch heißen, mit einer Militärdiktatur, bedeutete nichts anderes, als eine leere und unglückliche Drohung. Fürst Bülow wäre sehr in Verlegenheit gekommen, hätte er sagen sollen, wie er sich eigentlich ein Säbelregiment im deutschen Reich dachte. Aber es war eben nur ein Schreckschuß, wie ihn der vierte Kanzler gelegentlich anzubringen liebte. Ernstlich hat er ihn schwerlich gemeint und Konsequenzen hat er aus diesem Hinweis erst recht nicht gezogen.

Leider wäre es sehr voreilig geurteilt, wollte man sich dabei beruhigen, daß heute nicht mehr an eine Wiederholung des Kampfes gegen den Umsturz zu denken sei. Das Umsturzgeschrei hat in diesen zwanzig Jahren nie völlig geruht, und es ist gerade in der letzten Zeit mit neuer Kraft erhoben worden. Die Blockpolitik des Fürsten Bülow, so wenig sie sonst dem Liberalismus wirklich genützt haben mag, hat wenigstens die Vertreter einer rücksichtslosen Reaktion etwas in ihre Höhlen zurückgescheucht. Es galt für eine Rollenwidrigkeit, zur Blockzeit für Ausnahmegesetze einzutreten. Mit dem Sturz des Fürsten Bülow haben sich die Dinge wieder geändert. Allerdings hatte der neue Reichskanzler von Bethmann Hollweg zunächst eine Abneigung gegen Ausnahmemaßregeln zur Schau getragen. Ja, die Nichtanwendung des Enteignungsgesetzes ist sogar damit motiviert worden, daß Herr von Bethmann Hollweg von Ausnahmegesetzen überhaupt nichts halte und nichts wissen wolle. Das dürfte indessen ein Irrtum sein. Herr von Beth-

mann Hollweg hat das Enteignungsgesetz nicht angewendet, weil die Polen für die Durchsetzung der Reichssteuern von 1909 in ihrer endgültigen Gestalt unentbehrlich waren und zumal erst die Ablehnung der Reichserbschaftssteuer ermöglichten. So haben sie sich um die neue Koalition von Konservativen und Klerikalen verdient gemacht. Es kommt noch hinzu, daß das Zentrum selbst sich gegen das Enteignungsgesetz mit aller Entschiedenheit zur Wehr gesetzt hat und jetzt natürlich erst recht nicht darein einwilligen kann, daß von diesem gegen die Polen gerichteten Gesetz Gebrauch gemacht wird. Es liegt somit viel weniger in der Abneigung gegen Ausnahmegesetze, sondern ganz einfach in der vom blau-schwarzen Block gekennzeichneten politischen Lage in Preußen wie im Reich, daß Herr von Bethmann dem Enteignungsgesetz mit Zittern und Zagen gegenübersteht und seiner Anwendung so lange als möglich auszuweichen sucht. Im übrigen aber hat sich mehr und mehr herausgestellt, daß Herr von Bethmann Hollweg den scharfmacherischen Wünschen der Heydebrand und Genossen nur allzuviel Sympathie entgegenbringt.

Jedenfalls wird von verschiedenen Seiten sehr nachdrücklich darauf hingearbeitet, die Verbündeten Regierungen in diese Richtung zu drängen. Herr von Oldenburg, den man vielleicht nicht ganz ernst zu nehmen braucht, weil er manchmal Dinge ausspricht, die ihn selbst seinen politischen Freunden fürchterlich machen, der aber doch im großen und ganzen die Richtung der Junker und Agrarier in schärfster Ausprägung vertritt, hat schon wiederholt im Reichstage besonders gegen den deutschen Süden mit seiner demokratischen Tendenz scharfe Drohungen

ausgestoßen. Von ihm rührt ja auch das Wort vom „Leutnant mit den zehn Mann" her, der einfach den Reichstag für aufgelöst erklären solle. Das klang mehr nach dem „Degen Bonapartes". Aber Herr von Oldenburg hat nicht minder der Sozialdemokratie blutige Fehde angesagt. Am 23. Oktober 1910 kam er in Elbing auch auf die Krawalle in Moabit zu sprechen und rief dabei die Reichsregierung zum Kampf gegen den Umsturz auf. „Los gegen die Sozialdemokratie!" war seine Parole, die noch dahin ergänzt wurde, daß ein energischer Stoß sofort hundert Tote hinterher erspare. Ganz ähnlich wurde auch in der „Kreuzzeitung" geschrieben: „Wir bedürfen scharfer, bis zur Vernichtung gehender Ausnahmemaßregeln, wie wir sie ähnlich schon gehabt und in einer unheilvollen Stunde leider nur zu früh wieder aufgegeben haben." Solche und ähnliche Seufzer um das verlorene Glück des verflossenen Sozialistengesetzes sind in der letzten Zeit zu häufig gehört worden, als daß man sie für völlig belanglos halten könnte. Wenn es ginge, dann würde sich die konservative Partei sicherlich nicht scheuen, noch einmal zu Ausnahmemaßregeln zu greifen, um dem sogenannten Umsturz auf den Leib zu rücken.

Nicht minder ist die Sehnsucht nach einer Beschränkung, wenn nicht völligen Unterdrückung des Koalitionsrechts der Arbeiter und eines Gesetzes zum Schutz der Arbeitswilligen nach Art der abgelehnten Zuchthausvorlage aus den Kreisen besonders der westlichen und schlesischen Großindustrie immer wieder erklungen. „Es ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit derer, die ein öffentliches

Amt haben, die Arbeitswilligen zu schützen, und es ist die Pflicht der Gesetzgeber, die Gesetze so zu gestalten, daß ihr Schutz ausreicht"; so schrieb eine Korrespondenz, von der die Interessen der Großindustrie, wenn auch nicht immer gerade mit Geschick, vertreten werden. Allerdings muß man hinzufügen, daß die Klasse der sogenannten „Arbeitswilligen" in der allgemeinen Wertschätzung, auch in solchen Kreisen, die sonst über die Streiklust der Arbeiter durchaus nicht erbaut sind, erheblich gesunken ist, seitdem sich herausgestellt hat, daß auch die Streikbrecher heute bis zu einem gewissen Grade organisiert sind und den Streikbruch als ein Geschäft betreiben. Es ist gewiß sehr hübsch gedacht und gemeint, daß ein Mann, der für seine Frau und Kinder sorgen muß und deshalb die Arbeit mit seinen Kollegen nicht zusammen niederlegt, gegen die Vergewaltigung der organisierten Arbeiter geschützt werden müsse. Aber ganz anders liegen die Verhältnisse, wenn sich ein Arbeitgeber Streikbrecher von irgend einer Firma, wie sie hie und da in den großen Städten bestehen, beschaffen läßt, Streikbrecher, die wieder unter dem Kommando irgend eines Unternehmers stehen und denen es nicht so sehr um ehrlichen Verdienst als um die Befriedigung ihrer Rauflust zu tun ist. Gerade bei den Moabiter Krawallen hat sich ein Streikbrecherunternehmer Hintze einen recht anfechtbaren Ruf erworben. Er hat sogar selbst seine anstößigen Geschäftspraktiken ausgeplaudert und man hat bei dieser Gelegenheit erfahren, daß die Streikbrecher sich aus höchst zweifelhaften Elementen rekrutieren. Für solche und ähnliche Zeitgenossen auch noch ein besonderes Schutzgesetz zu schaffen, das wäre allerdings der Gipfel einer gesetzgeberischen Ver-

irrung. Wir haben gerade an der lex Heinze genug. Ihr auch noch eine lex Hintze an die Seite zu stellen, das müßte die deutsche Regierung und den deutschen Reichstag in den Augen aller Kulturnationen verächtlich machen.

Überhaupt muß man einmal die Frage aufwerfen, was das Geschrei über den Umsturz und über ähnliche Unzuträglichkeiten eigentlich besagen soll. Der Umsturz im eigentlichen Sinne wird durch das Strafgesetz ausreichend getroffen. Auch alle möglichen Versuche und Unternehmungen, um den Staat zu schädigen, oder Hochverrat zu begehen, sind unter drakonische Strafen gestellt. Wenn man sich die Mühe nimmt, die darauf bezüglichen Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches einmal durchzulesen, dann wird man zu der Einsicht kommen müssen, daß wirklich kein Bedürfnis nach einer Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Umsturzes vorhanden sein kann. Der Sinn des Umsturzgeschreis ist denn auch ein ganz anderer. Man will eine bestimmte Partei, und zwar die sozialdemokratische, unter ein Gesetz stellen, das auch solche Parteihandlungen und Parteiäußerungen strafbar macht, die bei anderen Parteien nicht strafbar sind. Das Sozialistengesetz bewegte sich ja in dieser Richtung. Es traf ausdrücklich die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Nur hat es eben schon in den achtziger Jahren nichts genützt, und es ist nicht einzusehen, daß ein analoges Gesetz heute günstigere Wirkungen hervorrufen könnte. Herr von Stumm, einer der lautesten Rufer im Kampf gegen die Sozialdemokratie, hat allerdings bei der Beratung des Umsturzgesetzes im Reichstage einen hübschen Vorschlag gemacht. Er sagte am 9. Januar 1895:

„Wir brauchen ein schärferes Gesetz, und hätte ich das Gesetz zu machen, so würde ich vorschlagen: § 1. ‚Jedem Sozialisten wird das aktive und passive Wahlrecht entzogen. Die Agitatoren werden ausgewiesen oder interniert.‘“

Indessen ist die Durchführung eines solchen radikalen Mittels gegenüber einer Partei von fast vier Millionen Wählern undenkbar. Wollte man danach handeln, dann würde der Staat in die größte Verwirrung gestürzt werden. Man hat seinerzeit einige der sozialdemokratischen Führer ausgewiesen, andere eingesperrt. Aber schon damals war die Wirkung, daß die Ausgewiesenen die sozialistischen Gedanken in die kleinen Städte und auf das Land trugen. Heute wäre diese Maßregel ganz undurchführbar. Und wollte man gleich tausende ausweisen, so würde sich sofort ein entsprechender Nachwuchs unter den übrigen Genossen finden. Die Saat des sozialdemokratischen Gedankens würde erst recht über das ganze Land ausgestreut werden. Ebenso unmöglich ist es, die sozialdemokratischen Arbeiter brotlos machen zu wollen. Heute ist die Elite der Arbeiter in den freien Gewerkschaften organisiert. Sie zählen sich fast durchweg der Sozialdemokratie zu. Die großen Montanunternehmungen, die Riesenbetriebe der Elektrizitätsindustrie, die Schiffswerften und Maschinenfabriken und zahllose andere Unternehmungen könnten keinen Tag bestehen, wenn sie die Böcke unter ihren Arbeitern von den Schafen scheiden wollten. Die meisten Betriebe würden verödet dastehen. Und schließlich müßte man doch fragen, was nun eigentlich das Reich mit den Millionen brotloser Arbeiter machen sollte. Mit einer solchen drakonischen Maßregel hätten wir entweder die Revolution oder ein Militärregiment, das aber auch nicht von Dauer sein

könnte. Das Ende müßte das Chaos sein. Alle andern Versuche aber, die Sozialdemokratie durch Ausnahmegesetze zu bekämpfen, können höchstens als Nadelstiche wirken, die der Sozialdemokratie nichts schaden, sondern nur die allgemeine Erbitterung steigern helfen und damit auf die sozialdemokratischen Mühlen neues Wasser leiten.

Es kommt dazu, daß die einzelnen Parteien, wenn sie nach Gesetzen gegen den Umsturz rufen, ganz verschiedene Dinge im Auge haben, wie sich bei der Beratung der früheren Vorlagen zur Genüge gezeigt hat. Dem Staat ist es in erster Linie um den Schutz der Monarchie zu tun. Das liegt im Wesen des monarchischen Staats. Die Industrie wieder will in erster Reihe folgsame Arbeiter haben, die sich nicht bloß im Betriebe der Leitung unterwerfen, sondern die auch im Sinne ihres Brotherrn ihre Stimmen bei den allgemeinen Wahlen abgeben. Das Zentrum endlich vertritt in erster Reihe die kirchlichen Interessen. Ihm ist es um die Achtung vor der Religion, um die Unterordnung des einzelnen unter die Gebote des katholischen Klerus und um die Abwehr aller modernistischen Neuerungen zu tun. Deshalb redeten auch immer bei solchen Vorlagen die Vertreter der einzelnen Parteien aneinander vorbei. Besonders beim Zentrum wurde es deutlich, daß es nicht sowohl die Massen bekämpfen will, die es für irregehende und mißleitete Schafe ansieht, sondern die Vertreter der freien Wissenschaft, die Universitätsprofessoren, die freien Schriftsteller und die unabhängigen Volkswirte, die nach seiner Meinung nur Gift unter das Volk bringen. In allen diesen rückständigen Parteien aber ist die Ansicht lebendig, daß man einem Menschen nicht

bloß falsche Meinungen gewaltsam austreiben könne, sondern daß man auch berechtigt sei, es zu tun. Man geht von dem Wahngedanken aus, daß eigentlich die Zeitgenossen in zwei Hälften geteilt werden müssen, in die Herrschenden, die zu befehlen, und in die Dienenden, die zu gehorchen haben, selbst dort noch, wo es sich um ihre persönliche Ansicht von der Welt und der Gesellschaft handelt. Von der Achtung der freien Persönlichkeit, von der religiösen und politischen Selbstbestimmung kann bei allen diesen Parteien im Ernst nicht die Rede sein. Sie maßen sich ein Zwangsrecht an, um die Masse des Volkes in eine Richtung zu treiben, die ihnen erwünscht erscheint.

Gerade weil es sich so verhält, ist es aber nicht bloß inopportun, heute noch von Ausnahmegesetzen und vom Kampf gegen den Umsturz zu reden, sondern dieses ganze Bestreben ist auch im moralischen Sinne verwerflich.

Ist es Herrn von Bethmann Hollweg wirklich ernst damit, solchen Tendenzen gegenüber unnahbar zu bleiben? Gewiß, noch am 10. Dezember 1910 hat er im Reichstage pathetisch erklärt: „Vorschläge zu Ausnahmegesetzen mache ich Ihnen nicht". Aber seine ganze Rede war nicht bloß ein einziger Schrei nach einer gegen die Sozialdemokratie gerichteten Gesetzgebung, sondern zugleich ein Plädoyer für die Notwendigkeit solcher Gesetze. Scheute sich doch der Kanzler nicht, sogar auf den schwebenden Prozeß über die Moabiter Krawalle einzugehen, der Polizei ein Leumundszeugnis auszustellen und die sozialdemokratische Partei der moralischen Mitschuld zu bezichtigen. Gleichzeitig aber zählte er eine ganze Leporelloliste von gesetzgeberischen Vorschlägen zur Bekämpfung

revolutionärer Umtriebe auf. Er forderte zunächst ein beschleunigtes Verfahren bei der Aburteilung von Vergehen, welche sich gegen die öffentliche Ordnung richten, und fuhr dann fort:

„Dasselbe, meine Herren, gilt bezüglich eines anderen Gesetzes. Wie Ihnen bekannt, verfolgen die verbündeten Regierungen mit Nachdruck das Bestreben, unsere sozialpolitischen Bestrebungen davor zu sichern, daß sie nicht zu Werkzeugen sozialdemokratischer Machtpolitik gemacht werden. (Aha! und Hört, hört! bei den Sozialdemokraten. — Sehr gut! rechts.) Auch in dieser Beziehung haben wir in der Versicherungsordnung Ihnen Vorschläge gemacht, und auch hier richte ich an den Reichstag die Bitte, daß er uns bei diesen Vorschlägen nicht im Stich lassen möge. (Bravo! rechts.)

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Die Reform unseres materiellen Strafrechts ist, wie bekannt, so weit gediehen, daß der Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch von einer Sachverständigenkommission ausgearbeitet und veröffentlicht worden ist. Die Kommission ist der Ansicht gewesen, daß das geltende Recht in dem Kampfe gegen die aufhetzende und aufreizende Tätigkeit fanatischer Agitatoren keine genügende Hilfe bietet, und hat deshalb neue Bestimmungen gegen Aufwiegelung und gegen die Verherrlichung begangener Verbrechen vorgesehen. Bei den weiteren Arbeiten wird geprüft werden, ob und inwieweit es notwendig und möglich ist, das Strafgesetzbuch zu ergänzen, auch in der Richtung, daß die persönliche Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht nachhaltiger geschützt wird als bisher. (Aha! links, Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Schon das beständige „Bravo! rechts" spricht deutlich genug. In der Tat, hier ist alles, was die reaktionären Parteien gefordert hatten, und noch einiges da=

zu. Hier ist Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter, Zuchthausvorlage und Umsturzvorlage zugleich. Wozu Ausnahmegesetze? Die Ausnahmebestimmungen lassen sich auch in den allgemeinen Gesetzen unterbringen. So offenbar denkt doch Herr von Bethmann Hollweg. Es gehört recht viel Vertrauensseligkeit dazu, seine Abneigung gegen Ausnahmegesetze ernst zu nehmen. Die Tendenzgesetze, auf die er es abgesehen hat, sind ja noch viel schlimmer.

Gerade weil, wenn nicht alles täuscht, die Zeit wieder gekommen ist, in der die Dummheiten der neunziger Jahre noch einmal probiert werden sollen, muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß Ausnahmegesetze — mag man sie ausdrücklich so nennen oder nicht — keineswegs nur als inopportun verworfen werden müssen. Alle solchen Versuche, eine bestimmte politische Richtung zu unterdrücken, können auch vom Standpunkt der Moral aus nicht gerechtfertigt werden. Nicht entschieden genug kann es ausgesprochen werden, daß alle Staatsbürger heute völlig das gleiche Recht haben, sich ihre politische Meinung zu bilden und auf die Verwirklichung ihres politischen Ideals hinzuarbeiten. Es ist nicht bloß unmöglich, zwischen guten und schlechten Staatsbürgern einen prinzipiellen Unterschied zu machen, so weit es sich um die politische Richtung handelt, sondern es ist auch im höchsten Maße verwerflich. Wer ein Ausnahmegesetz gegen eine politische Richtung fordert, wer gar die Anhänger einer Partei ächten will, der zeigt damit nur, daß er den Sinn der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung überhaupt noch nicht begriffen hat. Während es heute üblich ist, daß die

reaktionären Parteien die abhängigen Wähler kontrollieren und sie durch alle möglichen Kniffe und Pfiffe um ihr Wahlrecht zu bringen versuchen, und während die Regierung diesen Bemühungen, den Willen der Wähler zu fälschen, mit geschlossenen Augen gegenübersteht, ja, solche Bestrebungen oft noch begünstigt, müßte es gerade die Aufgabe einer ihrer Pflicht sich bewußten Regierung sein, das Wahlrecht auch des ärmsten und abhängigsten Bürgers vor Eingriffen und Vergewaltigung zu schützen, damit der wirkliche Wille der Wähler ermittelt wird. Das Dogma von der „gottgewollten Abhängigkeit", das Fürst Bismarck aufgebracht hat und das ihm Herr von Bethmann Hollweg mitempfindend nachsprach, schlägt dem staatsbürgerlichen Gedanken geradewegs ins Gesicht. Deshalb hat auch die öffentliche Wahl nur den Zweck, einzelne Parteien, die die Macht haben und von der Sonne der Regierung beschienen werden, gegen den Willen der Wähler zu schützen und den Angriff auf ihre sonst unhaltbare Position zu vereiteln. Dem gleichen Zweck dient natürlich erst recht die Klassenwahl, die, wie schon ihr Name sagt, der einen Klasse vor den anderen den Vorzug einräumt. In die gleiche Kerbe schlägt es, wenn sich die Regierung samt den herrschenden Parteien dagegen sträubt, die längst veraltete Wahlkreiseinteilung in Preußen und im Reich nach dem heutigen Stande der Bevölkerung abzuändern. Das alles und so manche weiteren Bestimmungen und Gebräuche sind letzten Grundes gleichfalls Ausnahmegesetze, die den Zweck haben, einzelne Parteien auf Kosten der übrigen zu protegieren. Wem es ernst ist mit der Verwirklichung des staatsbürgerlichen Ge-

dankens, der wird alle solchen Versuche, den Willen des Volkes zu unterdrücken oder zu fälschen, rundweg abweisen und nichts weiter fordern, als daß für sämtliche Richtungen, die im politischen Leben nach Geltung ringen, auch die gleichen Bedingungen geschaffen werden. Deshalb ist es auch mit der Abwehr solcher auf Ausnahmegesetze hinzielenden Bestrebungen nicht getan; sondern ihnen muß das Recht der freien Persönlichkeit und die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sämtlicher politischer Richtungen gegenübergestellt werden. Dann erst wird es auch dem einzelnen Wähler möglich sein, sich am Kampf um die politische Macht freudig zu beteiligen, während ihn heute nur zu oft der Ekel über die Vergiftung des politischen Lebens überkommt.

Das freie Wahlrecht

Die Engländer, das ist wahr, sind lange ein großes und glückliches Volk gewesen. Aber sie waren groß und glücklich, weil ihre Geschichte die Geschichte einer Reihenfolge rechtzeitiger Reformen war.

Macaulay.

„Direkte Wahlen und allgemeines Stimmrecht halte ich für größere Bürgschaften einer konservativen Haltung als irgend ein künstliches, auf Erzielung gemachter Majoritäten berechnetes Wahlgesetz. Nach unseren Erfahrungen sind die Massen ehrlicher bei der Erhaltung der staatlichen Ordnung interessiert, als die Führer derjenigen Klassen, die man durch die Einführung irgend eines Zensus in der aktiven Wahlberechtigung privilegieren möchte." So schrieb Fürst Bismarck am 24. März 1866 an den bayerischen Gesandten Prinzen Reuß; und einige Wochen später schrieb er an den Grafen Bernstorff nach London: „Ich stehe nicht an, indirekte Wahlen für eins der wesentlichen Hilfsmittel der Revolution zu erklären, und ich glaube, in diesen Dingen praktisch einige Erfahrungen gesammelt zu haben." Daß Fürst Bismarck an diesen Grundsätzen nicht immer konsequent festgehalten hat, daß er aber selbst noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" sich zum allgemeinen Wahlrecht bekannt hat, darüber ist an anderer Stelle schon das nähere gesagt worden. Hier kam es nur darauf an, nochmals festzustellen, daß Bismarck es war, der in einer großen und entscheidenden Zeit dem deutschen Volk das gleiche, direkte, allgemeine und, wenn auch nach anfänglichem Widerstreben, das geheime Wahlrecht gegeben hat. An offenen und versteckten Angriffen auf das Reichstags-

wahlrecht hat es freilich in dieser ganzen Zeit nicht gefehlt. Es gehörte eine Zeitlang zum guten Ton im konservativen Lager und auch in den Reihen der Reichspartei, das Reichstagswahlrecht so schlecht wie möglich zu machen und ihm alle Nöte der Zeit in die Schuhe zu schieben. Heute sind es immer noch die „geborenen Gesetzgeber" Preußens, die im Herrenhause sitzen, sowie die Junker und Agrarier, die aus ihrem Mißfallen über das Reichstagswahlrecht kein Hehl machen. Man könnte eine lange Liste von Aussprüchen darüber zusammenstellen, wie von reaktionärer Seite immer wieder gegen das Reichstagswahlrecht Sturm gelaufen worden ist. Aber diese Aufgabe erübrigt sich, da ohnehin allgemeine Übereinstimmung darüber herrscht, daß die preußischen Konservativen und ihre Gesinnungsgenossen im Reich das Reichstagswahlrecht je eher je lieber beseitigen würden. Und doch haben sie sich immer wieder gescheut, einen entscheidenden Schritt gegen das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu tun, da es auf der Hand liegt, daß es sich dabei um ein höchst gefährliches Experiment handelt, das sehr wahrscheinlich mit der Auflösung des neuen Reichs sein Ende nehmen würde. Mit dem Reichstag wird sich ja das Reichstagswahlrecht schwerlich beseitigen lassen. Gegen den Reichstag aber könnte seine Abschaffung nur in der Form eines Staatsstreichs durchgesetzt werden. Nun hat man allerdings die staatsrechtliche Fiktion aufgestellt, daß die Bundesfürsten, die das Reich begründet hätten, auch das Recht besäßen, das Reich aufzulösen, dann ein anderes Wahlrecht dem Volk zu oktroyieren und darauf unter den neuen Bedingungen das Reich neu zu begründen. Aber man braucht sich ernstlich mit solchen

Hirngespinsten nicht zu beschäftigen, da es so gut wie sicher wäre, daß das Reich wohl zerfallen, aber nicht wieder geschaffen werden könnte.

Fürst Bülow, der trotz seines konservativen Grundzuges doch immer ein konstitutionell empfindender Staatsmann war, hat denn auch alle solche Bestrebungen weit von sich gewiesen. Er hat sogar in einigen zwar nebensächlichen aber nicht unwichtigen Punkten das Reichstagswahlrecht ausgebaut, indem er das Wahlgeheimnis durch das Wahlkuvert und die Isolierzelle sicherte und nicht minder, indem er für die Abgeordneten Tagegelder einführte. Diese kleinen Mittel sind allerdings nicht ausreichend, um das Reichstagswahlrecht von den ihm anhaftenden Mängeln zu befreien. Das Wahlgeheimnis wird besonders in solchen ländlichen Gegenden, in denen der Großgrundbesitz herrscht, vielfach noch in gröblichster Weise verletzt. Man bedient sich zum Teil solcher Wahlurnen, die ein Übereinanderschichten der Wahlkuverts ermöglichen, so daß es nachher ein leichtes ist, an der Hand einer Kontrolliste herauszufinden, wie der einzelne Wähler gewählt hat. Es wäre eine Kleinigkeit, diesen Unfug zu verhindern, wenn man von Reichswegen Wahlurnen einführen würde, die nach Art der Postbriefkästen konstruiert sind und beim Öffnen die Kuverts durcheinander fallen lassen. Aber selbst solche kleinen Verbesserungen zur Verwirklichung des Wahlgeheimnisses stoßen heute auf den erbitterten Widerstand der reaktionären Parteien, weil sie selbst auf illegitime Mittel, die Wahlen zu beeinflussen und zu kontrollieren, nicht verzichten möchten.

Viel schlimmer ist es, daß es bisher nicht erreicht werden konnte, eine der heutigen Bevölkerungsver-

teilung entsprechende Neueinteilung der Wahlkreise durchzusetzen. Die vor mehr als vierzig Jahren eingeführte Einteilung der Wahlkreise entspricht heute in keiner Weise mehr der Bevölkerungsverteilung. In den großen Städten und den Industriezentren ist die Bevölkerung während dieser Zeit außerordentlich gestiegen, während sie auf dem Lande vielfach stationär geblieben ist. Die Folge davon ist, daß der Wille des Volkes nur sehr unvollkommen bei den Wahlen zum Ausdruck kommt. Aber es hat heute keinen Zweck, über solche Rückständigkeiten zu klagen, da wenigstens unter Herrn von Bethmann Hollweg ganz gewiß nichts geschehen wird, um die veraltete Wahlkreiseinteilung nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung zu korrigieren. Die Dinge liegen eben heute so, daß Konservative und Zentrum sich überhaupt nur noch infolge der veralteten Wahlkreiseinteilung mühsam an der Herrschaft erhalten können. Sie vertreten eine Mehrheit der Abgeordneten, aber eine Minderheit der Wähler. Daß sie selbst den Ast absägen sollten, auf dem sie sitzen, ist nicht anzunehmen. Auch die Neueinteilung der Wahlkreise gehört zu den Aufgaben, die erst gelöst werden können, wenn trotz der ungerechten Wahlkreiseinteilung die Linke des Reichstages eine Mehrheit erhalten hat. Immerhin, das gleiche, direkte, geheime und allgemeine Wahlrecht besteht im Reich. Hier ist allen Mängeln im einzelnen zum Trotz das Sprungbrett, durch das sich Kultur und Freiheit im deutschen Reich eine Gasse bahnen können.

Viel schlimmer, ja fast trostlos sieht es in Preußen aus. Während besonders die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden

sich Wahlgesetze gegeben haben, die sich wenigstens dem Reichstagswahlrecht angenähert haben, hält die preußische Monarchie mit aller Starrheit an dem Dreiklassenwahlrecht, das aus den Zeiten der trübsten Reaktion der fünfziger Jahre stammt, krampfhaft fest. Auch an diesem Punkte freilich hat Fürst Bülow zu reformieren wenigstens versprochen. Die preußische Thronrede vom 20. Oktober 1908 bezeichnet die organische Fortentwicklung des preußischen Wahlrechts als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Fürst Bülow selbst ist allerdings nicht mehr dazu gekommen, dieses Versprechen wahr zu machen. Er schob die Wahlreform mit der Begründung hinaus, daß erst einmal eine umfassende Statistik über die Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts erforderlich sei, und der Minister des Innern von Moltke nahm sich zu dieser Statistik mehr als ein Jahr Zeit. Darüber kam der Krach im Reichstag. Aber Herr von Bethmann Hollweg hatte das Wahlrechtsversprechen überkommen und konnte nicht ganz stumm daran vorübergehen. So wurde denn auch das Wahlrechtsversprechen im vorigen Januar erneuert, wenn auch in einer erheblich abgeschwächten Form, und auch die Wahlstatistik wurde endlich fertig.

Es lohnt sich, auf diese Statistik wenigstens einen kurzen Blick zu werfen, wobei man freilich die offiziöse Behauptung, daß das Dreiklassenwahlrecht die mittlere Durchschnittslinie gewährleiste und nur ausnahmsweise einen plutokratischen oder demokratischen Charakterzug an sich trage, auf sich beruhen lassen kann. Sieht man sich aber die Statistik unbefangen an, dann findet man, daß die Steuerleistung längst nicht mehr den Maßstab bildet, nach dem die Wahlen sich richten. Der gesamte Steuerbetrag machte 1907

annähernd 600 Millionen aus. Von diesem Betrag brachten die Städte 412 und das Land 187 Millionen auf. Die Städte müßten also eigentlich doppelt so viele Abgeordnete in den preußischen Landtag schicken als das Land. Es ist aber gerade umgekehrt. Wählt man Berlin als Beispiel, so ergibt sich, daß es zwar 64 Millionen Mark Steuern zu zahlen hat, aber nur zwölf Abgeordnete statt der ihm gebührenden 50 in das Abgeordnetenhaus entsendet. Noch schlimmer steht es um das Rechr oder vielmehr die Rechtlosigkeit der Wähler mit kleinem Einkommen. Gegen die Zurücksetzung der preußischen Wähler dritter Klasse erscheint selbst das härteste Pluralwahlrecht, wie es beispielsweise in Belgien und neuerdings auch in Sachsen eingeführt worden ist, noch als recht erträglich. Denn die Wähler wurden im Jahre 1907 insgesamt auf die drei Klassen nach folgendem Prozentsatz verteilt: der ersten Klasse gehörten 3,82 Prozent an, der zweiten Klasse 13,87 Prozent, während auf die Wähler der dritten Klasse 82,32 Prozent sämtlicher Wähler entfielen. Die Wähler der ersten Klasse hatten sechsundzwanzig Mal so viel Wahlrecht wie die Wähler der dritten Klasse, und auch die Wähler der zweiten Klasse waren ihnen um mehr als das Sechsfache voraus. Demgemäß haben die Parteien um so mehr zu sagen, je mehr Wähler sie in den oberen Klassen haben, und um so weniger, je mehr von ihren Wählern in die dritte Klasse gehören. Das ergibt sich zur Genüge daraus, daß die Sozialdemokratie es trotz der öffentlichen Wahl im Jahre 1907 immerhin auf 23,8 Prozent sämtlicher Wähler gebracht hatte, so daß sie an erster Stelle stand, da die Konservativen nur 14,1 und auch die Klerikalen nur 19,9 Prozent sämtlicher Stimmen

erhalten hatten. Aber während es die Konservativen auf 152 Mandate und das Zentrum auf 104 Mandate brachten, gelang es der Sozialdemokratie mit Mühe und Not, sechs Mandate zu gewinnen. Nimmt man hinzu, daß auch die Wahlkreiseinteilung in keiner Weise mehr der tatsächlichen Verteilung der Bevölkerung entspricht, daß es beispielsweise zwanzig Wahlkreise mit einer Einwohnerzahl zwischen 181 244 und 323 444 gibt, während es zwanzig andere gibt, die nur zwischen 34 141 und 46 708 Einwohnern aufweisen, dann wird man zugeben müssen, daß in diesem Wahlrecht überhaupt kein Sinn und Verstand liegt. Das Wort des Fürsten Bismarck von dem „sinnlosesten aller Wahlsysteme" hat in den letzten vierzig Jahren sich vollends bestätigt.

Dieses Wahlrecht ist auch keiner Fortentwicklung fähig, wie die kläglichen Versuche, die Herr von Bethmann Hollweg zu seiner Verschönerung unternahm, zur Genüge erwiesen haben. Die Wahlrechtsvorlage des Herrn von Bethmann Hollweg war so ungefähr das schwächste, was jemals auf dem Gebiet des Wahlrechts geleistet worden ist. Und doch wäre selbst diese Vorlage nicht erschienen, wenn nicht die öffentliche Meinung mit allem Nachdruck gefordert hätte, daß endlich das Wort der preußischen Thronrede eingelöst würde. Am 7. Dezember 1909 veröffentlichte das „Berliner Tageblatt" einen Aufruf folgenden Inhalts:

> Der entscheidende Augenblick ist gekommen, wo es sich zeigen muß, ob der Wille des Volkes stark genug ist, Preußen, den führenden Bundesstaat, auf die Bahn des politischen Fortschritts zu drängen. Die Bewegung, die an die überstürzte und egoistische Erledigung der Reichsfinanzreform durch den schwarz-blauen Block anknüpfte, würde ihr Ziel gründlich verfehlen, wenn es ihr nicht ge-

länge, endlich Bresche zu legen in die agrarkonservative Vorherrschaft über Preußen und damit über Deutschland.

Ein Volk von sechzig Millionen, das in Handel und Industrie, in Gewerbe und Technik, in Wissenschaft und Kunst rastlos der Vollkommenheit zustrebt, darf die Richtlinie seiner Politik nicht ausschließlich bestimmen lassen nach den Bedürfnissen jener kleinen Oberschicht, die sich in den östlichen Provinzen Preußens dem Eindringen modernen Geistes erfolgreich entgegenstemmt.

Darum ist es eine Lebensfrage für Preußen nicht nur, sondern auch für das gesamte Deutsche Reich, daß den aufstrebenden Erwerbsständen der Weg freigemacht werde zur preußischen Volksvertretung. Mit vollem Rechte bezeichnete daher auch die Thronrede vom 20. Oktober 1908 die organische Fortentwicklung des Wahlrechts als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.

Es gilt, diesem Gedanken Nachdruck zu verschaffen. Es gilt zu zeigen, daß die preußische Krone sich bei dieser Forderung in Übereinstimmung befindet mit den berufenen Vertretern deutscher Geistesbildung und deutschen Wirtschaftslebens.

Dieser Aufruf war von einer sehr großen, nach vielen Hunderten zählenden Schar von Vertretern der Kunst und der Wissenschaft, von Kaufleuten und Industriellen, von Bürgermeistern und Stadtverordnetenvorstehern und zahlreichen anderen Vertretern der gebildeten und besitzenden Klassen unterschrieben worden. Es waren die besten Namen, die das deutsche Volk aufzuweisen hat, die sich unter diesem Aufruf zusammenfanden. Selbst eine völlig im reaktionären Banne stehende Regierung konnte solche Stimmen nicht völlig überhören. Von der anderen Seite aber drängte die Sozialdemokratie immer stärker auf die Beseiti-

gung des Dreiklassenwahlrechts hin, und die zahllosen Versammlungen, die von freisinniger und sozialdemokratischer Seite gegen das Dreiklassenwahlrecht veranstaltet wurden, der enorme Zulauf, den diese Versammlungen fanden, mußten auch der preußischen Regierung klar machen, daß irgend etwas geschehen müsse, um den Unwillen des Volkes zu besänftigen und wenigstens so zu tun, als solle auf dem Gebiet der Wahlreform etwas getan werden. Als dann freilich der Wahlrechtsentwurf der preußischen Regierung das Tageslicht erblickte, da mußte man erkennen, daß er in keiner Weise den Erwartungen und Forderungen des Volkes entsprach. Es war ein jämmerlicher Wechselbalg, aus Verlegenheit geboren und ohne ernsten Reformwillen dargeboten. Der Entwurf sollte das Dreiklassenwahlrecht nicht stürzen, sondern stützen, und er behalf sich deshalb überall mit schwächlichen Halbheiten, wo nur eine entschlossene Tat helfen konnte.

Schon weil die preußische Regierung die Wahlreform nicht gänzlich ruhen lassen kann, sondern über lang oder kurz darauf zurückkommen muß, und weil sie dann vielleicht an ihre verfehlte Vorlage vom Februar 1910 wenigstens zum Teil wieder anknüpfen könnte, wird man auf diese Vorlage etwas näher eingehen müssen. Bemüht man sich, die leitenden Gedanken des Bethmannschen Wahlrechtsentwurfs zusammenzufassen, so findet man, daß zunächst die Drittelung der Wähler beibehalten werden sollte in der Art, daß in jedem Stimmbezirk die Wähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern in drei Abteilungen geteilt werden

sollten. Auf jede Klasse sollte ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge der Wähler kommen. Nur insofern hatte die Regierung eine Milderung dieses eminent plutokratischen Systems in Aussicht genommen, als sie die Steuer dem einzelnen Wähler nur bis zur Höchstsumme von 5000 Mark anrechnen wollte. Auch an der öffentlichen Wahl wurde nicht gerüttelt. Der § 16 drückte das sehr hübsch so aus: „Die Wahl erfolgt durch Stimmabgabe zu Protokoll nach den Vorschriften der Wahlordnung.“ Dagegen war der Grundsatz der indirekten Wahl verlassen worden. Jeder Wähler sollte direkt den Abgeordneten wählen. Selbstverständlich aber sollte nicht etwa die Stimme eines Wählers dritter Klasse so viel gelten wie die eines Wählers zweiter Klasse, und wieder sollte der Wähler der zweiten Klasse entsprechend weniger politisches Recht haben als der Wähler der ersten Klasse. Die Ermittlung des Wahlergebnisses war deshalb so gedacht, daß die Zahl der im ganzen Wahlbezirk abgegebenen Stimmen für jede Abteilung gesondert ermittelt und der auf jeden Kandidaten entfallende Stimmenanteil nach Hundertteilen der Stimmen berechnet werden sollte. Gewählt sollte dann derjenige Kandidat sein, auf den im Durchschnitt der drei Abteilungen mehr als fünfzig Prozent entfallen waren. Wenn sich keine solche Mehrheit ergeben sollte, dann sollte unter den beiden Kandidaten, die ihm am nächsten gekommen waren, eine engere Wahl stattfinden. Es ist vielleicht das einzige Zugeständnis von Gewicht, das die Bethmannsche Vorlage machte, daß sie die indirekte Wahl beseitigen und durch die direkte Wahl ersetzen wollte. In der Begründung der Vorlage wurde dazu ausgeführt:

Die indirekte Wahl hat sich überlebt. Die Wahlmänner werden meist von vornherein verpflichtet, für einen schon aufgestellten Kandidaten bei der Abgeordnetenwahl zu stimmen, und daraufhin gewählt. In *städtischen* und industriellen Bezirken mit entwickelten Verkehrsverbindungen empfindet man die Erleichterungen, welche die indirekte Wahl den einzelnen Wählern bei Stich-, Nach- und Ersatzwahlen schafft, kaum mehr als erwünschte Vorzüge des bestehenden Wahlsystems. In *ländlichen* Bezirken ist oft die Wahl der Wahlmänner mit der Aufstellung der Kandidaten für diese Wahlen schon jedermann erkennbar entschieden, weil enge örtliche, persönliche und wirtschaftliche Beziehungen den aufgestellten Kandidaten von vornherein die Mehrheit sichern. Besonders hierauf beruht die auffällig schwache Beteiligung an den Wahlen auf dem Lande, die auch bei der Landtagswahl im Jahre 1908 hervorgetreten ist, wiewohl sich die Wahlbeteiligung im Gesamtdurchschnitt des Staates bedeutend gehoben hat. *In dieser die Wahlbeteiligung ungünstig beeinflussenden Wirkung der indirekten Wahl wird ein wesentlicher Mangel des Systems nicht verkannt werden dürfen,* denn sie läßt in der großen Menge der Wählerschaft lebendige Anteilnahme an der Entwicklung des Staates und Verständnis für staatliche Bedürfnisse und Notwendigkeiten nicht erwachen und aufkommen. Eine der fortschreitenden Entwicklung der Verhältnisse sich anpassende organische Fortbildung des Wahlsystems wird daher an diesem *ernsten Mangel* nicht vorüberschreiten können. Die Vorschriften über die indirekte Wahl *stammen aus vergangener Zeit,* in der auf die heutige Entwicklung der Verkehrsverhältnisse mit ihren die allgemeine Wahlbeteiligung erleichternden Wirkungen und auf eine weitgehende Verbreitung politischer Interessen auch in den meisten ländlichen Gegenden, die es gestattet, die Auswahl der Abgeordneten unmittelbar in die Hand der Wähler zu legen, noch nicht gerechnet wurde. Man wird dieser Entwicklung folgen und ihren *gesunden Fortschritt* durch Anpassung des Wahlsystems zu fördern suchen müssen.

Man wird sich dieser verhältnismäßig vernünftigen Ausführungen um so mehr erinnern müssen, als sie die Regierung des Herrn von Bethmann Hollweg nicht gehindert haben, gerade die direkte Wahl den Agrariern, Junkern und Klerikalen zuliebe wieder fallen zu lassen. Von der geheimen Wahl wollte dagegen die Regierung nichts wissen. Es hieß in der Begründung: „Den Übergang zur geheimen Abstimmung hat die königliche Staatsregierung schon in der Erklärung vom 10. Januar 1910 abgelehnt. An dieser Stellungnahme muß festgehalten werden." Und es wurde weiter hinzugefügt:

„Im preußischen Staate beherrscht der Grundsatz der Öffentlichkeit auch sonst alle wichtigeren Vorgänge des staatlichen Lebens, namentlich das weite Gebiet der kommunalen Wahlen. Eine Änderung des Landtagswahlrechts in diesem Punkte würde kaum ohne Rückwirkung auch auf alle diese anderen Gebiete des öffentlichen Lebens bleiben können.

Gegen böswillige Verletzungen des Wahlgeheimnisses und gegen terroristische Beeinflussungen der Wähler schützt auch die geheime Wahl erfahrungsgemäß nicht. Sie fördert die heimliche Verbreitung von Unzufriedenheit und birgt die Gefahr in sich, daß auch in Wählerschichten, auf deren Erhaltung bei unerschütterlichem Staatsbewußtsein nicht verzichtet werden kann, das politische Verantwortungsgefühl abgestumpft wird. Die im preußischen Staat überlieferte Öffentlichkeit der Wahl erhält das Gefühl politischer Verantwortlichkeit rege, und nur durch Stärkung und Erhaltung dieses Bewußtseins schreitet die Selbsterziehung des Volkes zur Staatsgesinnung und zu politischem Verständnis vorwärts. Ein Blick in die Statistiken der Landtags- und der Reichstagswahlen zeigt, daß die geheime Wahl staatsfeindlichen Bestrebungen den Schein einer Stärke und Verbreitung verleiht, die sie nicht

besitzen. Der Sozialdemokratie gibt bei den Landtagswahlen nur ein Drittel, in Berlin nur wenig über die Hälfte der Wähler wieder die Stimme, die wenige Monate vorher bei den Reichtagswahlen für sie gestimmt haben. Und doch besteht kein Zweifel darüber, und wird auch von der sozialdemokratischen Parteipresse nicht in Abrede gestellt, daß diese Partei bei der öffentlichen Stimmabgabe nicht minder als bei der geheimen alle ihre überzeugten Anhänger und jeden ihrem Einflusse sonst wirklich zugänglichen Wähler für sich in Bewegung zu setzen weiß.

Einen wirksamen Schutz gegen unlautere Beeinflussungen bei der Wahl bietet nur die Erziehung zur Achtung und Duldung der politischen Überzeugung anderer. Sie kann nur gewonnen werden, wenn der Wahlterrorismus sich offen und unverhüllt zu zeigen gezwungen wird. Nur dann ist es auch möglich, ihm durch scharfe Handhabung der Wahlprüfungen gegenüber den von ihm beeinflußten Wahlen wirksam entgegenzutreten und in den — nach den bisherigen Beobachtungen übrigens seltenen — Fällen wirklicher Schädigungen die Schuldigen verantwortlich zu machen."

Daß es sich hier um nichts anderes als um Sophistereien schlimmster Art handelt, daß nur der Terrorismus der Arbeitgeber und der Behörden beschönigt werden sollte, versteht sich von selbst. Aber wenn wirklich die preußische Regierung unter Herrn von Bethmann Hollweg der Meinung war, daß die öffentliche Wahl im Staatsinteresse nicht aufgegeben werden könne, dann mußte es doppelt überraschen, daß Herr von Bethmann Hollweg sich trotzdem löblich unterwarf, als ihm vom blau-schwarzen Block aus Parteirücksichten die geheime Wahl vorgeschrieben wurde. Herr von Bethmann Hollweg, der sich ein so schönes Staatsideal zurecht gemacht hatte und es so tapfer gegen die Linke verteidigte, konnte sofort

anders, als ihm von der Rechten und dem Zentrum zugemutet wurde, seine Ansichten von Grund aus umzuändern.

Endlich verdient noch die ärgerlichste Bestimmung der Vorlage eine Erwähnung, die sich auf die Vorrangstellung der sogenannten Kulturträger bezieht. Darüber handelten die Paragraphen 8 bis 10. Sie besagten im wesentlichen folgendes:

§ 8.

Aus der nach §§ 6, 7 gebildeten Abteilung, der sie nach ihrer Steuerleistung zugehören, der nächst höheren Abteilung zugewiesen werden Wähler der zweiten und dritten Abteilung, die entweder:

1. vor wenigstens zehn Jahren vor einer akademischen deutschen Behörde oder einer staatlichen oder kirchlichen Behörde in Preußen eine Prüfung bestanden haben, zu deren Ablegung ein wenigstens dreijähriges Studium auf einer Universität oder einer sonstigen deutschen höheren akademischen Lehranstalt erforderlich ist, oder

2. dem Deutschen Reichstage oder dem Preußischen Landtage als Mitglieder angehören oder wenigstens zehn Jahre angehört haben, oder

3. gewählte Mitglieder eines preußischen Provinzialrats, Provinzialausschusses, Landesausschusses, Bezirksausschusses, Kreis- oder Stadtausschusses, oder unbesoldete Mitglieder des Magistrats oder unbesoldete Beigeordnete eines Stadtkreises sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind, oder

4. dem Deutschen Heere oder der Kaiserlichen Marine als aktive Offiziere wenigstens zehn Jahre angehört haben und entweder zur Disposition gestellt oder zu den Offizieren des Beurlaubtenstandes überführt sind oder den Abschied bewilligt erhalten haben.

§ 9.

Der nach §§ 6, 7 gebildeten zweiten Abteilung werden die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Ab-

teilung fallenden Wähler zugewiesen, die im unbesoldeten Ehrenamte:

1. Vorsteher, Beigeordnete oder sonstige Mitglieder des Magistrats einer kreisangehörigen Stadt oder des Gemeindevorstands einer ländlichen Gemeinde oder Gutsvorsteher sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind.

2. Bürgermeister einer rheinischen Landbürgermeisterei, Amtmänner eines westfälischen Amtes, Amtsvorsteher oder Stellvertreter (Beigeordnete) dieser Ehrenbeamten sind oder wenigstens zehn Jahre gewesen sind.

§ 10.

Der nach §§ 6, 7 gebildeten zweiten Abteilung werden ferner die nach ihrer Steuerleistung in die dritte Abteilung fallenden Wähler zugewiesen, die mit einem Einkommen von mehr als 1800 Mk. zur Staatseinkommensteuer veranlagt sind und entweder:

1. seit wenigstens fünfzehn Jahren sich im Besitze der wissenschaftlichen Befähigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste befinden, oder

2. seit wenigstens fünf Jahren ununterbrochen die Berechtigung zur Anstellung im Zivildienste auf Grund wenigstens zwölfjährigen militärischen oder diesem gleichgestellten Dienstes oder die Berechtigung zur Anstellung im Forstdienste besitzen.

Es spricht für die geringe politische Bildung eines großen Teils der preußischen Wähler, daß es einzelne Kreise gab, die sich durch diese Kulturträgerparagraphen auch noch geschmeichelt fühlten. Zwar von den akademisch gebildeten Wählern wird man im allgemeinen nicht sagen können, daß sie über die ihnen zugedachte Vorrangstellung sehr entzückt gewesen seien. Aber besonders die mittleren und unteren Beamten, die wegen ihrer Dienstzeit und ihrer Berechtigung zur Anstellung im Zivildienst zwangsweise in die zweite Wählerklasse befördert werden sollten, glaubten wenig-

stens zum Teil bevorzugt zu werden, während es doch auf der flachen Hand lag, daß man sie nur höher hinaufschob, um bei der „Abstimmung zu Protokoll“ eine bestimmte Anzahl sicherer Wähler zu haben, da natürlich ein Beamter weder riskieren kann, oppositionell zu wählen, noch dem Wahlakt ohne Grund fern zu bleiben. Wie wenig die preußische Regierung wirklich daran gedacht hatte, etwa die Bildung zu belohnen, ging zur Genüge aus der Tatsache hervor, daß die Volksschullehrer nicht unter die Zahl der Kulturträger aufgenommen worden waren. Sie erschienen eben Herrn von Bethmann Hollweg nicht pupillarisch sicher. Auch die Angehörigen des Kaufmannsstandes waren als solche völlig übergangen, obgleich man nicht in Abrede wird stellen können, daß sie von öffentlichen Angelegenheiten auch etwas verstehen. Der ganze Kulturträgerparagraph hatte eben nicht etwa den Zweck, wirkliche Verdienste um den Staat zu belohnen, sondern eine Elitewählerschaft zu schaffen, auf welche die Regierung im allgemeinen glaubte rechnen zu können. Als im Verlauf der späteren Verhandlungen die geheime Wahl beschlossen wurde, da überließ man denn auch wohlweislich die mittleren und unteren Beamten ihrem Schicksal. So lange sie die Stimme „zu Protokoll“ geben mußten, konnte man sich auf sie verlassen. Sobald sie aber mit dem Stimmzettel an die Urne herantreten sollten, traute man ihnen nicht mehr. Den Volksschullehrern natürlich erst recht nicht.

Von den zahlreichen Schönheitsfehlern des Regierungsentwurfs kann man schweigen, da er in dieser Form doch nicht wieder vorgelegt werden dürfte. Es sei nur erwähnt, daß die Feststellung des Wahlergeb-

nisses bei zersplitterten Stimmen die größten Schwierigkeiten gemacht haben würde. Auch war der Begriff des „Stimmbezirks“ so unbestimmt, daß man mit seiner Hilfe die schönste Wahlkreisgeometrie hätte treiben können. Aber die Stimmabgabe zu Protokoll verdient schon deshalb niedriger gehängt zu werden, weil sie zeigt, wie beleidigend gering der preußische Wähler von der Regierung eingeschätzt wird. Denn die Stimmabgabe zu Protokoll hat doch nur Sinn, wenn die Wähler oder doch ein erheblicher Teil von ihnen des Lesens und Schreibens nicht kundig sind. Mutet man mündigen Wählern zu, ihren Willen zu Protokoll zu geben, dann kann das nur den Sinn haben, sie kontrollieren und auf die bequemste Weise die oppositionellen Böcke von den regierungsfrommen Schafen sondern zu wollen.

Bei der Beratung dieser nur aus dem ganzen preußischen Milieu zu erklärenden Vorlage stellte sich bald genug heraus, daß an ihre Annahme selbst im preußischen Abgeordnetenhause, das doch aus der Dreiklassenwahl hervorgegangen ist, nicht zu denken sei. Es fragte sich nur, in welcher Richtung die Vorlage umgearbeitet werden sollte. Die von der großen Masse der Bevölkerung unterstützte Forderung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts fiel selbstverständlich bei den Dreiklassenmännern glatt zu Boden. Eine Zeit lang machten Herr von Bethmann Hollweg und der Minister des Innern von Moltke den Versuch, die nationalliberale Fraktion mit auf die Regierungsseite hinüberzuziehen, und es gab unter den Nationalliberalen keine ganz kleine Zahl, die bereit gewesen wäre, gegen einige Zugeständnisse mit bei der Partie zu sein. Aber es ging nicht. Wie es

im Reichstage bei der Finanzreform gekommen war, so entwickelten sich die Dinge auch bei der preußischen Wahlrechtsvorlage. Die „Ritter" und „Heiligen" fanden sich zusammen. Herr von Heydebrand machte das Geschäft mit Herrn Herold, und die Nationalliberalen blieben mit langen Gesichtern sitzen. Ganz glatt ging das freilich nicht. Das Zentrum, das ja in der Theorie auch für Preußen das Reichstagswahlrecht fordert, konnte vor seine Wähler unmöglich mit leeren Händen hintreten. Es setzte bei den Konservativen durch, daß sie ihm das geheime Wahlrecht konzedierten, und es bewilligte dafür die Aufrechterhaltung der indirekten Wahl. Dabei mußten dann die Konservativen ihre eigene Vergangenheit verleugnen. Sie hätten es gern gesehen, daß wenigstens die Kastanien des geheimen Wahlrechts ihnen von den anderen Parteien aus dem Feuer geholt würden, während sie selbst auf dem Prinzip der öffentlichen Wahl beharrten. Dieser Schachzug wurde durch die Linke vereitelt und so mußte Herr von Heydebrand selbst mit dem größten Teil seiner Parteigenossen für die geheime Wahl stimmen, damit nicht das Kompromiß mit dem Zentrum in die Brüche ging. Diese Abstimmung für die geheime Wahl hat die öffentliche Wahl in Preußen erledigt. Es mag kommen was will, die öffentliche Wahl läßt sich selbst in Preußen nicht mehr halten.

Denn nicht bloß die Konservativen fielen um, sondern auch Herr von Bethmann Hollweg. Nachdem Konservative und Zentrum in der Kommission des Abgeordnetenhauses ihren Willen durchgesetzt hatten, unterwarf sich Herr von Bethmann Hollweg löblich ihrem Willen. Seine Rede vom 16. März 1910, in

der sich dieser Umfall vollzog, ist so kurz und so hübsch, daß sie in ihrem vollen Umfange wiedergegeben zu werden verdient. Er erklärte folgendes:

„Nachdem die Herren Vorredner nunmehr die Absichten ihrer Parteien für die Abstimmung klargelegt haben, gebe ich namens der königlichen Staatsregierung folgende Erklärung ab:

Die königliche Staatsregierung ist bei Ausarbeitung der Vorlage von der Auffassung ausgegangen, daß an dem System des abgestuften Wahlrechts grundsätzlich festgehalten werden müsse, und das direkte und geheime Wahlrecht gleichzeitig nicht gewährt werden könne. Sie hat sich aus den Gründen, die ich bei Einführung der Vorlage hier darzulegen die Ehre hatte, dahin entschieden, die indirekte durch die direkte Wahl zu ersetzen, die Öffentlichkeit der Wahlhandlung aber aufrechtzuerhalten. Die königliche Staatsregierung hält diese Lösung auch heute noch für die zweckmäßigste. Wenn sich indessen eine erhebliche Mehrheit dieses Hauses dahin entscheidet, die indirekte Wahl aufrechtzuerhalten, und die geheime Stimmabgabe für die Wahlen der Wahlmänner vorzusehen, so wird die königliche Staatsregierung diese Lösung annehmen, ohne sich im übrigen an alle Einzelbestimmungen des Entwurfs in seiner jetzigen Gestaltung zu binden.

Das Abgeordnetenhaus nahm dann auch die Kommissionsbeschlüsse nach einer erregten Debatte an. Von der ursprünglichen Regierungsvorlage war kaum noch ein Stein auf dem anderen. An die Stelle der direkten Wahl war die indirekte getreten, an Stelle der öffentlichen Wahl die geheime, an die Stelle der Zwölfjährigen hatten die verbündeten Konservativen und Klerikalen die Abiturienten der höheren Schulen gesetzt und die Stimmbezirke waren durch die kleinen Urwahlbezirke ersetzt worden. Wirklich, wenn Herr von Bethmann Hollweg der Vater der Regierungs-

vorlage gewesen war, dann mußte er sagen: „Armes Kind, wie hast du dich verändert.“ Aber er erkannte es trotzdem an. Und doch stellte sich schließlich heraus, daß alle Liebesmüh' vergeblich gewesen war. Was der blau=schwarze Block im Abgeordnetenhause zustande gebracht hatte, das warf das Herrenhaus wieder über den Haufen.

Den „geborenen Gesetzgebern“ der preußischen Monarchie war bei dem ganzen Wahlrechtshandel nicht wohl zumute. Sie hätten es am liebsten bei dem bestehenden Dreiklassenwahlrecht, das sich nach ihrer Meinung so gut „bewährt“ hatte, gelassen. Aber da das nicht ging, so machten sie sich an die Arbeit, um wenigstens die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in ihrem Sinne umzugestalten. Nun hätte es Herr von Bethmann Hollweg vielleicht durchgesetzt, daß die Vorlage in einer beiden Häusern genehmen Form zustande gebracht wurde, wenn er selbst einen bestimmten Plan gehabt hätte. Aber ihm schwebte nur in sehr unbestimmten Umrissen das Ziel vor Augen, die Mehrheit, die sich bisher nur aus den Konservativen und dem Zentrum zusammengesetzt hatte, noch etwas zu erweitern und vor allen Dingen den rechten Flügel der nationalliberalen Partei auf seine Seite herüberzuziehen. Dazu glaubte er sich des Oberpräsidenten der Rheinprovinz von Schorlemer bedienen zu können. Herr von Schorlemer wußte denn auch Rat. Konnte man die wirklichen Forderungen der Nationalliberalen, nämlich die Durchführung der direkten und geheimen Wahl, nicht befriedigen, so konnte man doch ihren Einfluß auf anderem Wege etwas zu verstärken suchen. So liefen die Verhandlungen im Herrenhause, wenn man von einer anderen Bestimmung der soge=

nannten Maximierung der reichen Wähler und einer abermaligen Umgestaltung des Begriffs der Kulturträger absieht, vor allem auf eine Umgestaltung der Bestimmung über die Drittelung der Wähler hinaus. Die Drittelung in den kleinen Urwahlbezirken, wie sie bisher bestand, hatte die Wirkung, daß die Wähler auf die einzelnen Klassen sehr ungleichmäßig verteilt wurden. Je nachdem in einem Bezirk ein sehr reicher Mann wohnte, oder sich der Urwahlbezirk aus kleinen Leuten zusammensetzte, konnte es kommen, daß ein Wähler, der vielleicht ein Einkommen von 10 000 Mark versteuert, in die erste oder in die dritte Klasse versetzt wurde. Diese Ungleichförmigkeit in den einzelnen Urwahlbezirken hat denn auch zu sehr bedenklichen Zuständen geführt. Kam es doch sogar vor, daß die preußischen Minister in der dritten Klasse wählen mußten. Aber diese Drittelung in den Urwahlbezirken hatte immerhin auch die Wirkung, dem kleinen Mann unter geeigneten Verhältnissen den Zugang zur zweiten, ja selbst zur ersten Klasse zu ermöglichen. Diese Drittelung im kleinen Bezirk war in Ermanglung besserer Kautelen noch das einzige Mittel, dem plutokratischen Charakter des Dreiklassenwahlrechs etwas von seiner Härte zu nehmen. Es war eine Art dürftigen Ventils, durch das sich wenigstens ein kleiner Teil des Unwillens und des Reformdranges der Wählermassen entladen konnte. Und gerade dieses Ventil, über dessen Unzulänglichkeit freilich alle Welt sich einig ist, sollte noch verstopft werden. Die reichen Leute im industriellen Westen sahen sich durch diese Drittelung in den Urwahlbezirken um einen Teil ihres Einflusses betrogen, den sie von ihrem Geldsack erwarteten. Deshalb schlug Herr von Schorlemer

eine Drittelung in größeren Bezirken vor, und man einigte sich schließlich darauf, Bezirke in dem Umfange von 20 000 Einwohnern zu bilden. Wenn aber in so großen Bezirken gedrittelt wurde, dann ließ sich mit Sicherheit erwarten, daß das Durchschnittseinkommen, das zur Bildung der höheren Klassen erforderlich war, sich erheblich erhöhen würde, oder anders ausgedrückt, eine große Zahl der Wähler mit kleinem Einkommen, die bisher noch in die zweite Klasse gelangen konnten, würden künftig in die dritte Klasse verwiesen werden. Letzten Grundes war es ein Kampf um die Macht zwischen den nationalliberalen Großunternehmern des Westens und dem Zentrum, das sich dort auf die unteren Schichten des Volks stützt. Herr von Bethmann Hollweg, der bei dieser Gelegenheit seine Qualifikation als Diplomat erbringen wollte, setzte es denn auch durch, daß das Herrenhaus sich dieser Drittelung in größeren Bezirken fügte. Aber er hatte ohne das Zentrum und ohne Herrn von Heydebrand gerechnet. Diese dachten gar nicht daran, sich auseinandertreiben zu lassen. Sie hielten „fest und treu" zusammen und machten den Beschluß des Herrenhauses im Abgeordnetenhause wieder rückgängig. So blieb denn Herrn von Bethmann Hollweg schließlich nichts anderes übrig, als auf die Wahlreform überhaupt zu verzichten. Nachdem der Karren völlig im Sumpfe festgefahren war, mußte er erklären, daß die Regierung auf ihre Vorlage keinen Wert mehr lege. Mit der Wahlrechtsvorlage war es aus. Die Komödie war zu Ende. Und man fragte sich nur das eine, ob der blau-schwarze Block mit Herrn von Bethmann Hollweg sein Spiel getrieben habe, oder ob er selbst bei diesem Fiasko aktiv mitgewirkt habe. Jedenfalls war die

Niederlage, die die preußische Regierung erlitt, wohlverdient, da sie von vornherein ohne rechten Ernst an die ganze Aufgabe herangegangen war und in keinem Augenblick der langwierigen Verhandlungen den Willen gezeigt hatte, den Wahlrechtsforderungen des preußischen Volkes auch nur einen Schritt breit entgegenzukommen. Das Volk hatte wieder einmal einsehen müssen, daß es von den preußischen Junkern und den preußischen Klerikalen so wenig wie von der preußischen Regierung zu erwarten habe. Untauglich auch zu der kleinsten und bescheidensten Reform, das war die Zensur, mit dem das Volk die preußischen Abgeordneten am Schluß der Session entließ.

Nun entsteht freilich die Frage, was in Sachen des Wahlrechts weiter geschehen soll. Denn die Verheißungen der preußischen Thronrede, hinter die sich der König von Preußen selbst gestellt hatte, werden nicht damit erfüllt, daß eine untaugliche Vorlage eingebracht wird, die nicht verabschiedet werden kann. Das natürlichste wäre auch in diesem Falle, genau wie bei der Finanzreform im Reichstage gewesen, daß die Regierung entweder zurücktrat, oder daß sie das Abgeordnetenhaus auflöste und Neuwahlen unter der Parole der Wahlreform ausschrieb. Aber es geschah keins von beiden. Zum mindesten dachte Herr von Bethmann nicht daran, für sich selbst die Konsequenzen aus der Situation zu ziehen, und noch weniger fiel es ihm ein, die reaktionäre Kammer aufzulösen. Nur insoweit suchte er sich zu salvieren, als er den Minister des Innern von Moltke und den Landwirtschaftsminister von Arnim entließ und an ihre Stellen den Oberpräsidenten von Schlesien von Dallwitz und den Oberpräsidenten der Rheinprovinz von

Schorlemer berief. Etwas später mußte dann auch noch der Finanzminister Herr von Rheinbaben über die Klinge springen. Aber mit der Wahlreform hatten diese Verschiebungen im Ministerium zum mindesten direkt nichts zu tun. Ja, man könnte sagen, daß durch die Berufung der neuen Männer der Weg zu einer durchgreifenden Reform des Dreiklassenwahlrechts erst recht versperrt wurde, da Herr von Schorlemer mit dem Odium des famosen Drittelungsantrages belastet ist, also gar nicht daran denken kann, das Dreiklassenwahlrecht beseitigen zu helfen, und da der neue Minister des Innern vollends ein in der Wolle gefärbter Reaktionär ist. Es ist deshalb auch ganz folgerichtig, daß Herr von Bethmann Hollweg mehr und mehr von der Absicht zurückkam, es überhaupt noch einmal mit einer Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts zu versuchen. Selbstverständlich kann die Reform des Dreiklassenwahlrechts nicht einfach beiseite gelegt werden. Aber in der neuen Session 1911 hat es keine weitere Vorlage gegeben, und vor den allgemeinen Reichstagswahlen wird Herr von Bethmann Hollweg dieses heiße Eisen nicht wieder anfassen. Ob er dann später noch Zeit und Gelegenheit dazu findet, das ist eine Frage für sich. Was soll er auch eigentlich vorschlagen? Auf die indirekte Wahl hatte er selbst schon in seiner ersten Vorlage verzichtet. Er kann doch unmöglich in einer neuen Vorlage diesen Beschluß rückgängig machen. Er hat sich dann aber auch auf den Boden der geheimen Wahl gestellt, als es die Herren von Heydebrand und Herold von ihm forderten. Die Bestimmungen über die Kulturträger haben sich als undurchführbar erwiesen. Die Drittelung ist in jeder Gestalt verworfen

worden. Da bleibt wirklich von der ganzen preußischen Klassenwahl nicht viel übrig. Nun gäbe es freilich ein sehr probates Mittel, um sich aus dieser Verlegenheit herauszuziehen, wenn nämlich Herr von Bethmann Hollweg auf die ganze Klassenwahl verzichten und an ihrer Stelle ein Wahlrecht auf gleicher, direkter und geheimer Grundlage vorschlagen wollte. Aber das darf er natürlich nicht, da es ihm die preußischen Konservativen sehr verübeln würden; und er will es auch nicht. Hat er doch selbst gesagt, daß nur eine Regierung, die „ihre eigene Autorität nicht mehr achtet", sich einer demokratischen Abänderung des Wahlrechts nachgiebig zeigen könne. Mit solchen Grundsätzen kann allerdings heute kein Staatsmann von der Stelle kommen, selbst nicht in einem Staat wie Preußen.

Nun ist es aber nicht so, als ob es irgendwie darauf ankäme, was Herr von Bethmann Hollweg will und für richtig oder unrichtig hält. Wenn er sich den Forderungen der Gegenwart nicht unterwerfen will, dann geht die Entwicklung eben über ihn hinweg. Jedenfalls hat die Masse des preußischen Volkes nicht die mindeste Veranlassung, aus Rücksicht auf die Hilflosigkeit des Herrn von Bethmann Hollweg sich in ihrer Wahlrechtsforderung irgendwie beeinflussen zu lassen. Wenn irgend etwas heute fest steht, dann ist es die Übereinstimmung der preußischen Bevölkerung in der Forderung des Reichstagswahlrechts für die preußische Monarchie. Genau genommen gibt es überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten mehr. Könnte man das Volk abstimmen lassen, dann würde sich herausstellen, daß noch nicht fünf Prozent sämtlicher Preußen ein anderes als das

Reichstagswahlrecht forden würden. Will es Herr von Bethmann Hollweg nicht glauben, dann braucht er nur einmal ein Referendum darüber zu veranstalten. Ihm würde Hören und Sehen vergehen. Und diese Forderung des gleichen, direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrechts für Preußen schwebt nicht etwa in der Luft, sie ist auch nicht ein Spiel mit demokratischen Gedanken; sondern sie ist der Masse des Volkes in Fleisch und Blut übergegangen. Sie erfüllt das ganze Denken des gegenwärtigen Geschlechts. Man empfindet es nicht bloß als eine Ungerechtigkeit, sondern geradezu als eine Verhöhnung des Volkswillens, daß das gleiche Wahlrecht noch immer nicht freiwillig von der Regierung gewährt wird. Ja, vielleicht ist die Zeit schon verpaßt, in der Abschlagszahlungen, die auf dem Wege zum gleichen Wahlrecht liegen, überhaupt noch in Frage kommen können. Die preußische Regierung hat zu lange gezögert, als sie noch nachgeben konnte. Sie sieht nun, wie die Bataillone der Wähler aufmarschieren, ruhig, aber durchdrungen von dem festen Willen, sich das gleiche Wahlrecht zu erkämpfen. Es ist gar kein Überschwang darin, keine Ungeduld, kein trotziges Aufbäumen gegen die Polizei, so lange man die Wahlrechtsdemonstranten nur in Ruhe läßt. Es ist nur die unerschütterliche Überzeugung, daß man einem Volke, das längst mündig geworden ist, sein ihm zukommendes Erbteil nicht länger vorenthalten kann und darf. Wenn Herr von Bethmann Hollweg von alledem nichts weiß, wenn er auch heute noch glaubt, mit allgemeinen Redensarten, die nichts besagen, über

die Schwierigkeiten hinwegkommen zu können, dann verrechnet er sich eben. Das gleiche Wahlrecht muß kommen, weil es in der Entwicklung des deutschen Volkes liegt, genau wie sich die industrielle Entwicklung nicht aufhalten läßt, ob die preußischen Junker und die katholischen Kapläne dazu süß oder sauer sehen. Aber es ist eine schwere Verantwortung, die ein Staatsmann auf sich nimmt, wenn er sich berechtigt glaubt, dem Willen des Volkes in den Weg zu treten.

Großpreußische Kultur

Möge niemals ein Unglückstag kommen, wo die Deutschen sich verführen ließen, die Errungenschaften ihrer zweitausendjährigen Sittigungsarbeit für ein Kapital anzusehen, mit dessen Zinsen die Daseinskosten ausgiebig zu bestreiten wären. Nur der werktätige Glaube an das Evangelium der Arbeit erhält, wie die einzelnen Menschen, so auch ganze Völker, gesund und tüchtig.

Johannes Scherr.

Das höchste Ziel, das sich die Menschheit setzen kann, ist die Verwirklichung einer vollkommenen Kultur. In diesem Begriff ist alles umschlossen, was den Menschen über das Tier hinaushebt; die Überwindung der Fesseln und Beschränkungen, die uns die Naturgesetze auferlegen, die zweckmäßige Benützung der Naturkräfte, nicht minder aber auch die Selbstbefreiung des Menschen von den Fesseln des Aberglaubens und der Unwissenheit, die Verfeinerung seiner Instinkte, der Wille zum Frieden und zur Verständigung mit den übrigen Menschen und Nationen, und das Selbstbestimmungsrecht auf allen Gebieten des Lebens, kurzum die Verwirklichung des Rechts der Persönlichkeit. Wer den Kulturbegriff grundsätzlich anerkennt, der erkennt damit auch an, daß wir die Technik fördern und uns ihre Unterstützung so viel als irgend möglich zunutze machen müssen. Und man wird wenigstens vom technischen Gebiet sagen müssen, daß sein Nutzen und seine Bedeutung so ziemlich sämtlichen Bürgern des deutschen Reiches heute einleuchtet. Wenn der Sozialismus in seiner ursprünglichen Sektenform von einer gewissen Abneigung gegen die Maschine nicht ganz frei war, weil sie die Arbeitsgelegenheit zu vermindern schien, so weiß man heute umgekehrt, daß sie die größte Wohltäterin der menschlichen Gesellschaft ist, daß von ihr einst der Zustand erhofft werden darf,

den schon Aristoteles ahnte, jener Zustand, in dem die Webeschiffchen von selbst fliegen und deshalb die Sklaverei, auch in ihrer heutigen Form der Lohnarbeit, überwunden werden kann. Heute wird kein vernünftiger Mensch mehr die Dampfschiffe von den deutschen Flüssen verbannen wollen, heute wird man auch gegen die Ersparnis menschlicher Arbeitskräfte durch Maschinen gewiß nichts grundsätzliches mehr einzuwenden haben, auch wenn sich gelegentlich nicht in Abrede stellen läßt, daß durch die Fortschritte der Technik hie und da arbeitswillige Menschen aufs Pflaster geworfen werden. Die deutsche Arbeiterschaft ist so ausgezeichnet geschult worden, daß sie über gelegentlichen Nachteilen des einzelnen nicht den ungeheuren Vorteil übersieht, der für die Gesamtheit aus dem technischen Fortschritt erwächst. Und gerade in den letzten zwei Jahrzehnten ist ja die Technik außerordentlich gefördert worden. Man wird auch zugeben müssen, daß Wilhelm II. auf technischem Gebiet viel Verständnis gezeigt und manche nützliche Anregung gegeben hat. In die letzten Jahrzehnte fällt nicht bloß die Ausbildung der bisher schon bekannten Prinzipien der technischen Wissenschaften, sondern in diesen zwanzig Jahren hat eigentlich erst die Elektrizität ihren Siegeslauf über die Kulturwelt angetreten. Die Übertragung der elektrischen Kraft auf weite Strecken, die zugleich Licht und Kraft in die entlegensten, von der Kultur sonst kaum berührten Dörfer trug, die Ausnützung der „weißen Kohle“, der Wasserkraft, und ebenso des Telephons als eines Vermittlers menschlichen Verkehrs und viele andere Errungenschaften fallen in die Hauptsache in diese verhältnismäßig so kurze Frist. Dazu kommt die Aufdeckung neuer Na-

turkräfte, von denen bisher die Menschheit kaum etwas ahnte, die Entdeckung der Röntgenstrahlen und andrer unsichtbarer Strahlen, die Erfindung der drahtlosen Telegraphie, die Entdeckung des Radiums mit seinen wunderbaren Eigenschaften und nicht zuletzt die Eroberung der Luft durch den lenkbaren Luftballon und durch das Flugfahrzeug. Das alles zusammen bedeutet eine immense Bereicherung des Lebens der Kulturmenschheit, die zum Teil schon heute wirksam geworden ist, und die immer stärker umgestaltend auf das Leben der Menschheit einwirken muß.

Und doch wird man schon hier bemerken müssen, daß es auch heute noch durchaus nicht an Widerständen gegen den technischen Fortschritt fehlt. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Nutzen, den die einzelnen Völker aus den Fortschritten der Technik ziehen können, viel größer sein würde, wenn sich nicht der Egoismus einzelner Klassen und Kreise diesen Fortschritten widersetzte. „Es wächst auf Erden Brot genug für alle Menschenkinder." Auch fehlt es heute nicht mehr wie in früheren Zeiten an den erforderlichen Transportmitteln, um dem Einzelnen diese Nahrungsmittel zugänglich zu machen. Aber der Egoismus der Produzenten verhindert vielfach, daß diese Möglichkeiten dem Einzelnen zugute kommen. Die Schutzzölle, ganz abgesehen von ihren sonstigen ungünstigen Wirkungen auf die Gesamtheit, wirken kulturwidrig, weil sie den Austausch der Güter in künstlichen Schranken halten. Ja, selbst die niedrigen Löhne sind eine Hemmung des technischen Fortschritts, weil sie die Maschine vielfach nicht als rentabel erscheinen lassen. Und wiederum, wer den größten Teil seines Verdienstes für die notdürftigste

Ernährung und Kleidung für sich selbst und seine Familie aufwenden muß, der ist nicht in der Lage, sich die Errungenschaften des technischen Fortschritts zunutze zu machen. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß es immer noch weitaus die Mehrzahl aller Zeitgenossen auch im deutschen Reich ist, die eigentlich an den technischen Errungenschaften der Gegenwart so gut wie gar keinen Teil haben. Sie leben noch heute annähernd so, wie sie vor einem halben Jahrhundert gelebt haben. Die Vorteile der technischen Errungenschaften zum Allgemeingut werden zu lassen, das ist das große sozialpolitische Problem, von dem heute kaum erst der kleinste Teil in Angriff genommen worden ist. Und doch liegt es auf der Hand, daß die soziale Frage erst dann als gelöst betrachtet werden kann, wenn es keine Not und Entbehrung mehr gibt, wenn die Armut überwunden sein wird. Daß dieses Ziel heute nicht mehr als Utopie erscheinen kann, muß ohne weiteres behauptet werden. Und ebenso steht es fest, daß es schon heute möglich wäre, ausreichende Nahrung und Kleidung sowie gesunde Wohnungen für alle zu bieten. Es liegt nicht an der mangelhaften Technik, es liegt nur an ihrer mangelhaften Anwendung, wenn das Gespenst der Armut und der bittersten Sorge nicht aus einem Kulturstaat wie dem deutschen Reich verbannt wird.

Aber wenn man auch zugeben wird, daß auf dem Gebiet der Technik gerade das deutsche Volk mit an der Spitze der Kulturnationen marschiert, so ist die Rückständigkeit auf politischem und geistigem Gebiet um so größer. Fast scheint es, als solle gerade in unserer Zeit der Kampf um die Kultur auf religiösem Gebiet neu entbrennen. Der jetzige

Papst Pius X. darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, alle freieren Geister zum Widerspruch gegen das römische Joch aufgerufen zu haben, weil er mit einer nur schwer verständlichen Entschiedenheit dem ganzen modernen Leben und Denken den Krieg erklärt hat. Es ist dabei nicht die Frage nach seiner persönlichen Überzeugung. Es handelt sich allein um die Richtung, die Pius X. verfolgt. Und da muß man es aussprechen, daß zwischen den heute von der römischen Kirche verfochtenen Grundsätzen und den Grundsätzen der Kultur keine Gemeinschaft sein kann. Von der Enzyklika pascendi bis zu der Borromäus-Enzyklika und dem Modernisteneid hat Pius X. ganz konsequent jeder Verständigung Roms mit der freien Weltauffassung der Gegenwart sich widersetzt und das seinige dazu beigetragen, diesen Gegensatz zu verschärfen. Man darf noch nicht einmal sagen, daß die Stellung des römischen Papstes nur die katholischen Mitbürger etwas angehe, da er auch uns Protestanten durch die Borromäus-Enzyklika gröblich verletzt hat. Und selbst wenn man den deutschen Katholiken alle möglichen Freiheiten gewähren wollte, nach den strengen Vorschriften des jetzigen Papstes sich zu richten, so kann man unmöglich ebenso tolerant sein, wo diese Herrschaft der römischen Kirche in die Freiheit der andersdenkenden Zeitgenossen eingreift. Auch der Staat darf nicht zugeben, daß eine konfessionelle Minderheit gegen die Andersdenkenden aufgereizt wird, und um so weniger, als er ja der römischen Kirche seinen starken Arm leiht, um eine etwaige Kritik an dieser Kirche auf Grund des Strafgesetzbuches zu verfolgen. Der Paragraph 166 des Strafgesetzbuches, der selbst die Einrichtungen und Gebräuche

der römischen Kirche unter den staatlichen Schutz stellt, besteht noch immer, ja das Zentrum war mehr als einmal nahe daran, ihn noch zu verschärfen und ebenso hat es immer wieder versucht, die Freiheit der Wissenschaft auf den Universitäten anzutasten. Unter diesen Verhältnissen muß die Forderung mit voller Bestimmtheit erhoben werden, daß sich der Staat aus der Umklammerung der Kirche völlig löst, daß er ihr weder irgend einen besonderen Schutz gewährt, noch daß er ihr einen Einfluß auf die Staatsschule einräumt. Ist es doch auch die römische Kirche, die gerade dem preußischen Staat in den Ostmarken die größten Schwierigkeiten in den Weg legt. Alle diese untauglichen Versuche, den Osten mit deutschen Bauern zu besiedeln, das Ausnahmegesetz der Enteignung von polnischem Grund und Boden in den östlichen Provinzen und der ewige Sprachenstreit ließen sich leicht vermeiden, wenn auf der einen Seite die Latifundien zerschlagen würden und wenn andererseits der Staat seine Beziehungen zur römischen Kirche völlig lösen wollte. So wie die Dinge heute liegen, züchtet der Staat selbst seine Gegner, die ihn dann bekämpfen und seine Ziele durchkreuzen.

Modernismus, das ist ja schließlich nichts anderes, als der Versuch, die römische Kirche und ihre Lehre mit den Errungenschaften der Wissenschaft und den Aufgaben des Staates zu versöhnen. Nun wird man allerdings feststellen müssen, daß es eine solche Versöhnung in Wirklichkeit gar nicht geben kann. Und wenn man sieht, wie die Vertreter des Modernismus sich darum bemühen, von der Kirche einige Zugeständnisse für eine freiere Auffassung der Geschichte und

Lehre zu erlangen, so wird man sich unwillkürlich des Wortes erinnern, das ein Zentrumsabgeordneter einst über den Begründer des Altkatholizismus Döllinger sprach: „Wenn der alte Esel so viel Unsinn glaubt, dann kann er doch auch an die Unfehlbarkeit des Papstes glauben." In der Tat, zwischen dem Syllabus Pius IX. und der Enzyklika pascendi Pius X. ist kein grundlegender Unterschied. Auch die katholischen Modernisten denken in ihrer größten Zahl nicht daran, die voraussetzungslose Forschung anzuerkennen. Es ist nur ein mehr oder ein weniger der wissenschaftlichen und religiösen Freiheit, für die sie eintreten, aber es ist nicht die wissenschaftliche, die religiöse Freiheit, die allein als folgerichtig angesehen werden kann. Und doch macht es einen sehr unangenehmen Eindruck, wenn der Staat sich auch noch mit einer Kirche einläßt, die ihren Anhängern das bißchen Selbstbestimmungsrecht verkümmern will, das sie selbst für sich beanspruchen. In dieser Beziehung ist uns Frankreich mit einem guten Beispiel vorangegangen, indem es die Trennung des Staats von der Kirche verwirklichte. Das Experiment ist der französischen Republik nicht schlecht bekommen. Ja, man darf sagen, daß erst seit dieser Trennung der französische Staat die freie Hand gewonnen hat, um sich den inneren Reformen zu widmen. Ganz ähnlich geht es in den anderen romanischen Ländern, wo allerdings die römische Kirche noch rücksichtsloser ihre Macht auszunützen bemüht war. In Portugal hat die Pfaffenwirtschaft dem jungen König Manuel den Thron gekostet. In Spanien ist vielleicht die Zeit nicht mehr fern, in der das Volk gleichfalls mit dem Königtum und der klerikalen Wirtschaft gleichzeitig aufräumt. Wenn

aber schon diese rein katholischen Länder sich von dem Einfluß der römischen Kirche zu emanzipieren gesucht haben, so ist es erst recht unverständlich, wenn das deutsche Volk sich dieses Joch der katholischen Kirche, das zweifellos der Kulturentwicklung höchst schädlich ist, noch länger gefallen läßt, daß der preußische Staat sogar noch beim Vatikan einen Gesandten unterhält. Was bei der diplomatischen Verständigung mit Rom herauskommt, das hat ja gerade Herr von Bethmann Hollweg erleben müssen, als er gegen die Borromäus-Enzyklika zu protestieren unternahm. Der Papst hat ihm einige rein äußerliche Zugeständnisse gemacht und sein „Bedauern", man weiß nicht recht, worüber, ausgesprochen, aber er hat natürlich nicht im entferntesten daran gedacht, seine Enzyklika zu widerrufen. Rom widerruft überhaupt nicht und nur wer keine Ahnung von der Natur der römischen Kirche hat, kann naiv genug sein, anzunehmen, daß er bei der römischen Kirche mit Vorstellungen etwas erreichen könnte. Wenn Herr von Bethmann Hollweg glaubte, in der Borromäus-Angelegenheit wirklich etwas durchgesetzt zu haben, und wenn er es sogar übel nahm, daß man an seinen Erfolg nicht recht glauben wollte, so hat er ja wohl unterdessen eingesehen, daß er der römischen Kirche auch nicht die kleinste Konzession abgewonnen hat, die mehr gewesen wäre, als eine leere Höflichkeit. Damit soll nicht gesagt sein, daß Rom nicht auch nachgeben könnte, wenn es nicht anders geht. Vor der wirklichen Macht hat es sich noch immer gebeugt oder es hat mit ihr paktiert. Aber mit Diplomatisieren ist von Rom nichts zu holen, und wer es versucht, der hat in Rom noch immer seinen Meister gefunden.

Selbstverständlich bedeutet die Trennung von

Staat und Kirche nicht etwa die Unterdrückung der römischen Kirche oder irgend etwas, was auch nur im entferntesten nach einer Bedrückung aussehen könnte. Rom mag sich ruhig mit den Vertretern der freien Wissenschaft messen. Es mag Gebräuche haben, wie es ihm beliebt, es mag lehren, was es will; es mag auch Propaganda machen, so viel es will. Sobald erst einmal die Trennung zwischen Staat und Kirche vollzogen sein wird, sobald die Kirche nichts mehr mit der Schule zu tun hat, sobald die Universitäten von der Kirche unabhängig sein werden, wird gerade alles in Wegfall kommen können, was heute wie eine Fessel der römischen Kirche aussehen könnte. Unter den heutigen Umständen wird man gewiß nicht gern sehen, daß das deutsche Reich mit Jesuiten überschwemmt wird. Aber wenn das Band zwischen dem Staat und der Kirche gelöst sein wird, ist nicht einzusehen, weshalb nicht auch der Jesuitenorden die gleiche Bewegungsfreiheit haben sollte, wie alle anderen weltlichen Vereine. Auch mögen dann die Priester predigen, so viel sie wollen und was sie wollen; so lange sie sich innerhalb der Grenzen der allgemeinen Gesetze halten, wird man ihnen gewiß kein Hindernis in den Weg zu legen brauchen. Nur muß dann die römische Kirche auch den Mut und die Kraft haben, auf eigenen Füßen zu stehen und nicht beanspruchen, daß der Staat sie subventioniert oder ihr seinen Arm leiht, um die Andersdenkenden zu bekämpfen. Die Kirche könnte es ja versuchen, ob sie sich der Kultur gegenüber als die stärkere erweist. Aber man wird wohl vermuten müssen, daß sie es darauf nicht ankommen lassen wird. Sie will wohl frei sein in dem Sinne, daß sie tun und lassen kann was sie will, und durch staatliches Ein=

greifen nicht inkommodiert wird, aber sie läßt es sich sehr gern gefallen, daß der Staat für sie materiell und durch Schutzgesetze sorgt, und ihre politische Vertretung, das Zentrum, wird nicht müde, den Staat und das Reich gegen die freie Wissenschaft, die unabhängige Kunst und Literatur zur Hilfe zu rufen. Noch ist ja der Kampf um die sogenannte „lex Heinze" unvergessen. Man wollte ursprünglich mit dieser Vorlage dem Gewerbe der Zuhälter steuern. Aber was versuchten Ultramontane und Konservative daraus zu machen! Man erstrebte nicht mehr und nicht weniger, als die Literatur durch ein Kautschukgesetz zu entrechten, das Theater und die Schaufenster unter ein Ausnahmegesetz zu stellen und die bildende Kunst wie die Literatur dem Schutzmann auszuliefern. Es ist ja, wenn auch nur durch die Anwendung der schärfsten Obstruktion, gelungen, dieser Vorlage wenigstens die bösartigsten Giftzähne auszubrechen, aber man hat doch damals gesehen, wie eigentlich das Zentrum den Kampf der Geister meint. Wenn man sich weiter an die kulturfördernde Tätigkeit des Herrn Roeren erinnert, die sich gleichfalls in dem beständigen Geschrei nach dem Schutzmann und dem Staatsanwalt erschöpft, dann wird man sich vor den geistigen Waffen der römischen Kirche wirklich nicht zu fürchten brauchen. Sie ist nur so lange gefährlich, so lange die Macht und die Mittel des Staates hinter ihr stehen. Mit den geistigen Leistungen Pius X. und seiner römischen und deutschen Kardinäle kann es das geistige Deutschland noch getrost aufnehmen.

Wo ist denn überhaupt die kirchliche und religiöse Stimmung der heutigen Zeit zu finden? Wer noch religiöse Bedürfnisse hat, dem soll man sie

gewiß lassen. Aber das ist doch eine geradezu verschwindende Minderheit. Es ist eine von den vielen konventionellen Fabeln, daß heute noch der Durchschnittsdeutsche religiöse Notwendigkeiten empfindet. Er lebt längst außerhalb des Schattens der Kirche, er bedarf auch in sehr zahlreichen Fällen nicht einmal mehr der Religion. Und es gehört zu den schlimmsten Irrtümern, die in der praktischen Politik passieren können, von der Voraussetzung auszugehen, daß man erstorbene religiöse Bedürfnisse auf künstlichem Wege wieder wecken könnte. Die Religion wird dem Volk auch mit einem Dutzend Religionsstunden in der Volksschule nicht erhalten, wenn die ganze Zeitstimmung irreligiös ist, wie es heute bei uns der Fall ist. Natürlich kann man einige Beamte dazu veranlassen, daß sie des Sonntags in die Kirche gehen, und auch die „nassen Engel", die schon in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Berlin bespöttelt wurden, lassen sich ja heute wieder sehen. Man wird auch gewiß nicht von Heuchelei sprechen wollen, wo die religiöse Übung mit alten Gewohnheiten verknüpft ist. Der Zusammenhang mit der Kirche pflegt nicht gleich völlig zerschnitten zu werden. Auch darf man nicht unterschätzen, daß heute wenigstens in Preußen und in einer Reihe anderer Bundesstaaten noch die polizeilichen Listen über die konfessionelle Zugehörigkeit des einzelnen geführt werden. Wer Kinder hat, der wird schon, um ihrer späteren Laufbahn nicht zu schaden, an dem Zusammenhang mit der Kirche festhalten. Das alles indessen hat mit der Religion, die allerdings zu einem der Grundtriebe des Menschen gehört, nichts zu tun. Heute ist aber die Religion auf dem Wege

abzusterben, ganz einfach, weil sich die Triebe des Kulturmenschen mehr und mehr differenzieren, und weil, was bei dem einfachen Menschen in eins zusammenfällt, bei dem Kulturmenschen sich in sittliche und ästhetische Elemente auflöst. Trotzdem, soweit das religiöse Bedürfnis besteht, oder so weit der Einzelne doch glaubt, daß er der kirchlichen Vermittlung bedürfe, wird kein vernünftiger Mensch dieser Befriedigung des religiösen Triebes das geringste Hindernis in den Weg legen wollen. Nicht gegen die Kirche, wohl aber gegen ihre Herrschaft im Staat richtet sich der notwendige Protest.

Auch wird man es als einen verhängnisvollen Irrtum ansehen müssen, wenn die Monarchen ihr Schicksal an das der Kirche zu knüpfen sich gedrungen fühlen. Der jetzige Kaiser hat in den verschiedensten Variationen den Satz verkündigt, daß Thron und Altar zusammengehören. Wenn ihm irgend ein Bischof klagte, daß die Zahl der kirchenfeindlichen Sozialdemokratie im Zunehmen begriffen sei, da hat er erklärt, daß in solchem Falle nur die Religion helfen könne. Er hat als seine Richtschnur aufgestellt, daß dem Volk die Religion erhalten werde, er hat als seinen Willen ausgesprochen, daß jeder Soldat täglich ein Vaterunser zu beten habe, er hat selbst auf seinen Seereisen Gottesdienste abgehalten und Predigten verlesen. Als er am 13. November 1910 dem Benediktinerkloster Beuron einen Besuch abstattete, da hat er ausdrücklich erklärt, daß der Kampf gegen den verderblichen Geist unserer Zeit nur mit Hilfe der Religion und Unterstützung des Himmels siegreich durchgeführt werden könne. „Altar und Thron gehören zusammen", sagte er; „beide dürfen nicht ge-

trennt werden.“ Diese religiöse Tendenz hat den Kaiser freilich nicht gehindert, gelegentlich auch aus seinem evangelischen Bewußtsein heraus ein scharfes Wort gegen den Ultramontanismus zu sagen. Auch hat er mit Entschiedenheit erklärt: „Ich will kein Zentrumskaiser sein.“ Aber im ganzen hat doch der Kaiser immer wieder die Notwendigkeit betont, die Machtmittel der Kirche im Interesse des Throns und der Krone wirken zu lassen. Auch steht er mit dieser Tendenz durchaus nicht allein. Vielmehr haben andere deutsche Fürsten noch entschiedener ihr kirchliches Bekenntnis formuliert. Prinz Ludwig von Bayern soll beispielsweise, wie wenigstens die klerikalen Blätter behaupteten, seine Befriedigung darüber ausgesprochen haben, daß er im Glauben der römischen Kirche erzogen worden sei, und die katholische Religion als die „einzig wahre und echte“ bezeichnet haben. Man wird sich nur schwer davon überzeugen lassen, daß ein Thronfolger, der sich in so entschiedener Weise für ein bestimmtes Bekenntnis festlegt, noch die nötige Unbefangenheit besitzen sollte, um auch den Bekennern der übrigen Konfessionen und Religionen die volle Gleichberechtigung zuzugestehen, auf die sie verfassungsgemäß Anspruch erheben können. Überhaupt verträgt es sich schon nicht mit der Verfassung, wenn ein deutscher Fürst an jeden „ehrlichen Christen“ als Mitarbeiter appelliert, da verfassungsrechtlich die Konfession überhaupt nicht in Betracht kommt und der Begriff des sogenannten „christlichen Staats“ im besten Fall ein Anachronismus ist.

In Wirklichkeit freilich steht die von konfessionellen Rücksichten unabhängige Gleichberechtigung der Staatsbürger nur auf dem allzu geduldigen Papier.

Man denkt gar nicht daran, sie praktisch zu verwirklichen. Schon daß die Katholiken ängstlich ausrechnen, ob auch die konfessionelle Parität bei der Besetzung von staatlichen Stellungen gewahrt wird, ist mit dem Sinn und Wortlaut der Verfassung unverträglich. Ebenso ist es verfassungswidrig, daß beispielsweise ein Jude nicht Offizier werden kann, weil er Jude ist. Dieses System ist allerdings in voller Strenge nur in Preußen durchgeführt, während in Bayern wohl gelegentlich ein Konzessions-Kohn Offizier wird. Nur soll man diesen verfassungswidrigen Zustand nicht etwa durch die Behauptung verdunkeln wollen, daß eben der einzelne Jude nicht zum Offizier geeignet sei. Dem widerspricht die Erfahrung durchaus. Auch wäre es mehr als merkwürdig, wenn ausgerechnet ein Jude aus inneren Gründen nie zum Offizier tauglich sein sollte. Man braucht sich auch nur davon zu überführen, daß sehr zahlreiche Offiziere jüdischer Abstammung selbst in Preußen zu finden sind, die sich nur eben durch die Taufe in die christliche Kirche aufnehmen ließen, oder deren Eltern sich haben taufen lassen. Es wäre sehr interessant, einmal zu untersuchen, wie weit jüdisches Blut gerade im deutschen Adel und im preußischen Offizierkorps vertreten ist. Man würde dann finden, daß solche früheren Juden es auch heute noch bis zu den höchsten Stellen in der Armee bringen. Also nicht an der Untauglichkeit liegt es, wenn auch heute noch und heute weniger als je ein Jude nicht zum Offizier avanzieren kann, sondern der Grund ist einfach in seiner Konfession zu suchen. Ähnlich aber geht es fast überall, wo es sich um die Besetzung staatlicher Stellungen handelt. Im Richterstand, im Beruf

des akademischen Lehrers und erst recht in der Verwaltung und Diplomatie wird der Jude grundsätzlich zurückgestellt, und es müssen schon ganz besondere Verhältnisse vorliegen, wenn der eine oder der andere einmal in solche Stellungen hineingelangt. Wenn man so oft beklagt, daß der Jude einen so unverhältnismäßig großen Prozentsatz in der freien Advokatur ausmacht, daß er sich im Handel und Wandel hervordrängt, so liegt das nicht zum geringsten Teil gerade daran, daß man ihm den Zugang zu anderen Stellungen, zu denen er bisweilen viel besser qualifiziert erscheint als seine christlichen Mitbewerber, unrechtmäßigerweise abschneidet. Schon an diesem Punkte tritt zutage, wie ungerecht es ist, und wie verkehrt auch im Interesse des staatlichen Lebens, daß der Staat als christliche Organisation behandelt wird, während bereits durch die Reformation der Grundsatz festgelegt wurde, daß *weltliche Dinge weltlich behandelt* und nicht mit kirchlichen Rücksichten verquickt werden dürfen. Wie scharf Luther diesen Grundsatz festgehalten hat, selbst bis in die Ehe hinein, die er als ein rein bürgerliches Geschäft angesehen wissen wollte, das vergißt man heute nur zu gern, wie denn überhaupt heute auch die preußische Landeskirche nur noch den Namen des Protestantismus festhält, während sie in Wirklichkeit durchweg auf katholischem Standpunkt steht und selbst eine Art von evangelischem Papsttum durchzuführen sucht, nur daß sie gleichzeitig auch die Schattenseiten des staatlichen Bureaukratismus sich angeeignet hat. Diese evangelische Landeskirche freilich, die aus eigenem nicht leben und nicht sterben kann, ist völlig auf den Staat angewiesen und muß sich ihm willenlos unterordnen, wenn sie über-

haupt noch den Schein ihrer Existenz aufrecht erhalten will.

Aber auch mit der Unterstützung der Ansprüche des Throns durch die katholische Kirche ist es nicht weit her. Selbst wenn man den Einfluß der katholischen Kirche höher einschätzen wollte, als er es tatsächlich verdient, würde die katholische Kirche gar nicht daran denken, sich als ein „Instrument des Himmels“ zu den weltlichen Zwecken des Staats und der Monarchie benutzen zu lassen. Es gibt heute wenige Fürsten in deutschen Landen, deren Vorfahren nicht einst mit der katholischen Kirche schwere Konflikte gehabt haben, weil sie das Recht des Landes gegen die Übergriffe der Kirche in Schutz zu nehmen suchten. Die Hohenzollern wie die Wittelsbacher haben unter dem Kirchenbann gestanden. Und blickt man gar erst auf die Geschichte des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, so findet man kaum eine Seite, auf der nicht irgend ein Konflikt zwischen Kaiser und Papst verzeichnet wäre. Das lag nicht an der Bosheit der beteiligten Menschen auf der Seite des Staates oder der Kirche, das lag fast durchweg an *sachlichen Gegensätzen*, weil Kaiser und Papst um die Herrschaft stritten. Nach der mehr als einmal bestimmt formulierten Ansicht der römischen Kirche war eben der Papst die *Sonne* und der Kaiser nur der *Mond*, der von jener sein Licht empfing. Und der Kaiser wieder hätte das Reich und seine Angehörigen verraten müssen, wenn er sich den Ansprüchen des Papstes unterworfen hätte. Diese Gegensätze, die das ganze Mittelalter durchziehen, haben sich heute äußerlich etwas abgeschliffen, aber sie bestehen grundsätzlich noch heute fort und werden auch nie verschwinden, so

lange es noch überhaupt eine römische Kirche gibt, weil Rom seiner ganzen Anlage nach weder etwas lernen noch etwas vergessen kann. Es ist einfach sachlich unmöglich, daß der Papst und die römische Kirche die Autorität der weltlichen Fürsten anerkennen kann, ohne den Vorbehalt zu machen, daß der weltliche Herrscher sich den Ansprüchen der Kirche zu unterwerfen habe. Und diese Ansprüche sind naturgemäß um so größer, je mehr sich der einzelne Herrscher der Kontrolle der Kirche entzogen hat. Daß die römische Kirche einen evangelischen Kaiser rückhaltlos unterstützen, ihm ohne Hintergedanken die Hilfe zur Aufrechterhaltung des Throns leihen könnte, ist undenkbar. Es ist nichts als Selbsttäuschung, wenn unsere Monarchisten glauben, an der römischen Kirche einen Bundesgenossen gegen den „Umsturz" zu haben. Rom kann nur soweit mit der Monarchie gehen, als seine eigenen Ziele dadurch gefördert werden. Sobald diese Ziele erreicht sind, wird es dem weltlichen Herrscher seine Rechnung präsentieren.

Doch wollte man selbst annehmen, daß es Rom ehrlich mit der evangelischen Monarchie meinen könnte, so wäre doch seine ganze Unterstützung von höchst problematischem Wert. Rom hat eben nicht bloß mit den Fürsten zu tun, sondern noch mehr mit den Völkern, die, je mehr sie sich zum Selbstbewußtsein durchringen, seine Forderungen um so bestimmter ablehnen. Oder soll man wirklich glauben, daß Frankreich den schweren Schritt zur Trennung des Staats von der Kirche hätte wagen können, wenn nur eine Art freimaurerischer Verschwörung gegen die römische Kirche bestanden hätte? Nein, das französische Volk hatte sich innerlich von den Einflüssen der römischen Kirche schon frei-

gemacht, ehe seine Regierung das große Wagnis unternahm, das Band zwischen Staat und Kirche zu zerschneiden. Auch die Macht Roms steht eben auf tönernen Füßen. Jede neue Erfindung, jeder Fortschritt der Technik, jeder freie Gedanke, der in die Massen dringt, drängt seinen Einfluß zurück. Selbst wer davon überzeugt war, daß das französische Volk sich innerlich der römischen Kirche bereits entfremdet hatte, wird erstaunt gewesen sein, zu bemerken, wie glatt sich die Trennung vollzogen hat. Die Betschwestern machen eben heute in einem mündigen Volk die Politik nicht mehr; und die Männer der Arbeit und des Gedankens haben sich längst von den Fesseln des Kirchenwesens frei gemacht.

Und glücklich ein Land, in dem sich diese Trennung so schmerzlos vollzieht, wie in Frankreich! Wo auch die Regierung im richtigen Augenblick das Messer ansetzt, um das längst vermorschte Band zwischen Staat und Kirche zu zerschneiden! Wo man allzu lange gewartet hat, wo dem Volk zwangsweise das Joch der Kirche auferlegt wurde, da sind die Folgen viel unheilvoller. Gerade die letzte Zeit hat dafür ein Beispiel an der portugiesischen Umwälzung gebracht. Gewiß, die Herrschaft des jungen Königs Manuel stand auf schwachen Füßen. Er selbst war mehr ein Opfer der Verhältnisse als der schuldige Teil. Aber wenn er Thron und Land über Nacht verlor, so geschah es, weil er oder doch seine Ratgeber, die katholische Kirche, und zwar die ausgeprägtesten Vorkämpfer römischer Grundsätze, nämlich die Jesuiten, nach Willkür schalten und walten ließen. Ach, diese Jesuitenwirtschaft in Portugal hat den Thron nicht geschützt und gestützt, sie hat ihn nur mit in das

Verderben hineingezogen. Weil dem portugiesischen Volke Monarchie und Jesuitismus untrennbar verknüpft erschienen, deshalb wuchs der Unwille gegen die Pfaffenwirtschaft und Pfaffenherrschaft zu der Feindschaft gegen die Monarchie aus. Manuel mußte in die Verbannung gehen, weil das Volk die Jesuiten los sein wollte. In Spanien dürfte es schwerlich anders gehen. Auch hier hat man die römische Kirche so lange gewähren lassen, bis nicht etwa der verderbliche Geist unserer Zeit besiegt war, sondern bis die Monarchie ins Wanken geriet. Deshalb weiß sich auch die spanische Regierung gar keinen anderen Rat, als den Einfluß der römischen Kirche und der Orden, die das Land zugleich aussaugen und in der Dummheit erhalten, so viel als möglich zurückzudrängen, damit wieder Raum geschaffen wird für den freien Gedanken und zugleich für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Wenn es wirklich gelingen sollte, die spanische Monarchie aufrecht zu erhalten, dann könnte es nur unter der Bedingung geschehen, daß die antiklerikale Gesetzgebung nicht durch den verderblichen Einfluß der römischen Kirche vereitelt wird.

Die Zustände liegen natürlich nicht überall völlig gleich. Die römische Kirche zeigt im deutschen Reiche, in dem sie nur eine Minderheit vertritt, ein anderes Gesicht, als in Ländern, in denen sie fast die Gesamtheit des Volkes hinter sich weiß. Aber gerade deshalb hat die römische Kirche auf deutschem Boden bestimmte Ziele und politische Aufgaben, von denen sie nicht abweicht, auch wenn sie sich scheinbar der Monarchie selbstlos zur Verfügung stellt, um ihre Interessen zu schützen. Wenn man wissen will, was

Rom auf politischem Gebiet erstrebt, dann muß man sich das Zentrum ansehen, das doch nur der Ausdruck der politischen Wünsche der römischen Kirche ist. Will der Kaiser mit der römischen Kirche zusammenarbeiten, dann muß er eben doch ein „Zentrumskaiser“ sein. Die Dinge liegen denn auch heute in Wirklichkeit so, daß das Zentrum im deutschen Reich Trumpf ist. Zum mindesten ist seit zehn Jahren an diesem überwiegenden Einfluß des Zentrums kein Zweifel mehr. Man kann sich ein Gesetz nach dem anderen vornehmen; immer wird man finden, daß es vom Zentrum gemacht worden ist oder daß es doch sein „tolerari posse“ dazu gesprochen hat. Dieser Zustand ist eine Zeit lang durch die Blockpolitik des Fürsten Bülow weniger beseitigt als verdunkelt worden. Aber schon der Versuch, das Zentrum im Reich auszuschalten, mußte vom Fürsten Bülow mit seiner Stellung bezahlt werden. Und die Konservativen, die den Verrat begingen, sich hinter dem Rücken der liberalen Parteien wieder mit dem Zentrum zu assoziieren, sind heute nichts anderes mehr als eine Schutztruppe des Zentrums. Wie auch Herr von Bethmann Hollweg der Gefangene des Zentrums und der Junker ist.

Will man diesen sehr bedauerlichen Zustand noch deutlicher werden lassen? Will man das Zentrum und damit die römische Kirche auf den Platz der regierenden Partei setzen und sich die deutsche Politik von Rom diktieren lassen? Es scheint fast, als sei es den im Reich maßgebenden Persönlichkeiten immer noch lieber, wenn sie sich der römischen Kirche auslieferten, als wenn sie mit den vorwärts treibenden Elementen des deutschen Volkes sich zusammenschlössen, um endlich

an die Stelle des „heiligen römischen" Reiches ein weltliches Reich deutscher Nation zu setzen. Aber dann muß man sich auch darüber klar werden, daß es auf diesem Wege kein willkürliches Halt geben kann. Dann muß man der römischen Kirche auch bis zu Ende folgen. Und dann wird sich nur zu bald herausstellen, daß es, so unmöglich wie die Mischung von Wasser und Feuer, auch unmöglich ist, die staatlichen und die kirchlichen Aufgaben zu vereinigen.

Ein flüchtiger Überblick über die Kirchen- und Schulpolitik der letzten Jahrzehnte zeigt bereits, wie tief Preußen und das Reich auf der schiefen Ebene des Klerikalismus heruntergerutscht sind. Schon unter dem ahnungslosen Grafen Caprivi wurde ja der Versuch in Preußen gemacht, die Herrschaft der Kirche in der Volksschule zu stabilisieren. Damals bäumte sich noch das Volk gegen solche Zumutung auf. Die nationalliberale Partei, die noch nicht vergessen hatte, daß sie eine Kulturpartei sein wollte, protestierte mit Entschiedenheit gegen die Klerikalisierung der Volksschule und Herr von Bennigsen rief das freiheitlich gesinnte Bürgertum auf die Schanzen. Der Anschlag mißlang. Caprivi verlor die Leitung der Geschäfte in Preußen und wurde damit auch im Reich ein Mann „ohne Ar und Halm", und Graf Zedlitz mußte seinen Abschied nehmen. Der Kaiser selbst hatte damals das entscheidende Wort gegen die Schulvorlage gesprochen. Aber dieser Erfolg, so erfreulich er im Augenblick scheinen mochte, war doch nicht von langer Dauer. Nur zu bald mußte man einsehen, daß das, was auf direktem Wege nicht durchgesetzt werden konnte, von

hinten herum gemacht wurde. Der Einfluß der Kirche beider Konfessionen auf die Schule wuchs beständig und die Falksche Erbschaft wurde mehr und mehr vergeudet. Im Jahre 1906 war man so weit, an die Schulvorlage des Grafen Zedlitz vom Jahre 1892 wieder anknüpfen zu können. Auch diesmal allerdings erhob sich noch aus den Kreisen der deutschen Intellektuellen, und zumal der Hochschulprofessoren, ein entschiedener Widerspruch gegen die Konfessionalisierung der preußischen Volksschule; und es ist auch für die Gegenwart von Wert, die Argumente, die damals von etwa tausend deutschen Professoren anerkannt wurden, noch einmal zu rekapitulieren. In dieser Eingabe der akademischen Lehrer hieß es:

„Der Grundsatz, von dem die Vorlage ausgeht, daß die Kinder in den öffentlichen Volksschulen in allen Unterrichtsfächern nur von Lehrern ihres Bekenntnisses unterrichtet werden sollten, ist nicht nur praktisch in Orten mit konfessionell gemischter Bevölkerung gar nicht durchführbar, wie die schroffen Widersprüche gegen dies Prinzip in der Vorlage selbst beweisen, sondern er ist als Prinzip zu verwerfen. Im Unterricht jedes Faches sollte das Recht der Sache allein walten, jeder Einfluß partikular-religiöser Tendenzen grundsätzlich ferngehalten werden. Was naturwissenschaftliche, was geschichtliche Wahrheit, was von den Schätzen der deutschen Literatur für die Bildung des Volkes wertvoll sei, ist gemäß den eigenen Gesetzen des Gegenstandes nach pädagogischen Rücksichten zu entscheiden; es ist gerade gegenüber der trennenden Tendenz des religiösen Sonderbekenntnisses die Einheit der humanen und nationalen Bildung in diesem allen um so bestimmter zu wahren. In dieser durchgehenden Tendenz auf die Konfessionalisierung der Volksschule, ohne Rücksicht auf die Wünsche und die finanzielle Leistungs-

kraft der Bevölkerung wie auf die Qualität der Schulen, ist die jetzige Vorlage völlig eins mit der des Jahres 1892. Der schwache Schutz, der der Simultanschule noch gewährt wird, bietet ein Gegengewicht schon darum nicht, weil die Vorlage überhaupt nur eine verschwindend kleine Zahl von Schulen als simultane anerkennt. Es verbleibt der Simultanschule der Charakter der gerade nur geduldeten Ausnahme; grundsätzlich soll nicht etwa die Religion, sondern der religiöse Partikularismus in der Schule herrschen. Das ist es, weshalb gegen diese Vorlage ein jeder den schärfsten Einspruch erheben muß, dem die Einheit und Freiheit des Volkes höher steht als die Verewigung und die geflissentliche Verschärfung des konfessionellen Gegensatzes, der seit Jahrhunderten am Marke unseres Volkes zehrt und die Einheit und Kraft der Nation untergräbt."

Hier wurde mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß die damalige Vorlage den Grundlagen unserer nationalen und humanen Bildung widerspricht. Aber der Protest hatte leider schon deshalb keinen Erfolg, weil nicht bloß Zentrum und Konservative, sondern auch die Nationalliberalen diesmal mitmachten, und so weit von ihren ursprünglichen Tendenzen sich entfernten, daß sie einer prinzipiellen Konfessionalisierung der Volksschule und damit zugleich der Herrschaft der Kirche über die Volksschule zustimmten. Und man weiß heute, wie die preußische Verwaltung dieses Schulgesetz unterdessen ausgebaut hat. Die preußische Volksschule ist auf lange Zeit hinaus für die deutsche Kultur verloren. Sie ist nichts anderes mehr als ein bequemes Mittel der Kirche beider Konfessionen, das heranwachsende Geschlecht mit konfessionellen Scheuklappen auszustatten. Und nur insoweit ist der Erfolg nicht völlig erreicht worden, und wird

auch nicht erreicht werden, als die Kinder in der Familie vielfach ein Gegengewicht gegen die konfessionelle Verbildung, die ihnen die Volksschule einzutrichtern sucht, finden.

Der Durchschnittsdeutsche ist von Natur sehr gutmütig und geduldig. Er ist auch in einer langen Entwicklung daran gewöhnt worden, sich so wenig als irgend möglich mit öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen. Die Untertänigkeit, die ihm besonders in Preußen eingebläut wurde, liegt auch vielen Zeitgenossen noch im Blut. Aber was allenfalls in einer Zeit der kulturellen Rückständigkeit und in der Enge des spießbürgerlichen Horizonts ertragen werden konnte, das ist in der Gegenwart mit ihrer Ausbreitung der Wissenschaften und mit ihrer Weltwirtschaft zu einer Gefahr geworden. Als Frhr. von Stein dem preußischen Volk die Selbstverwaltung gab, da wußten die neugebackenen Bürger zunächst kaum etwas damit anzufangen; selbst die Berliner Bürger ließen sich nur schwer dazu bewegen, zur Wahl zu gehen und ihre Vertrauensleute in die Stadtverordnetenversammlung zu schicken. Von dem mittelalterlichen Bürgerstolz war so gut wie nichts mehr übrig geblieben. Es war den guten Leuten von Anno dazumal unverständlich, daß man ihnen nun auf einmal zumutete, selbst zu denken. Der König hatte ihnen so schön die Sorge für das gemeine Wohl abgenommen. Und wenn sein Weg auch nach Jena geführt hatte, so dachte doch die Mehrzahl nicht daran, nun ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen. Es war ihnen bequemer, dem von auswärts kommenden Retter zuzujubeln und Napoleon als den „Auserwählten des Herrn" zu feiern. Erst allmählich lernte man ein-

sehen, daß die Selbstverwaltung das einzige, aber auch das unfehlbare Mittel sei, um sich aus dem Sumpfe der Knechtschaft und der Untertänigkeit herauszufinden zur bürgerlichen Freiheit. Und doch, auch heute noch ist das deutsche Bürgertum seiner selbst vielfach nicht sicher geworden. Auch heute noch hat es etwas von der chronischen Rückgratverkrümmung der früheren Zeit nicht völlig überwunden. Die staatliche Bureaukratie und der allmächtige Herr Landrat würden mit dem städtischen Bürgertum weniger leicht fertig, wenn nicht die Bürger selbst immer noch einen Rest knechtischen Gefühls in ihrer Brust empfänden. In keinem Kulturstaat wird es einem Bürgermeister einer Zweimillionenstadt zugemutet, daß er gebeugten Haupts am Tor steht und fürstliche Gäste empfängt. Und in freien Staaten würde sich die öffentliche Meinung wie ein Mann dagegen erheben, daß das Oberhaupt einer großen Stadt zu solchen Dienstleistungen herangezogen wird. Ja, man darf vermuten, daß ein Fürst selbst gar nicht auf den Gedanken kommen würde, den ersten Bürger seines Landes zu solchen Dienstleistungen zu verwenden, wenn nicht eben das Bürgertum selbst nicht immer wieder zeigte, daß es sich eine solche Behandlung ruhig gefallen läßt. Etwas mehr Männerstolz vor Königsthronen ist bisweilen sehr wohl am Platze, um das Gleichgewicht zwischen Fürsten und Volk herzustellen.

Bei uns wirken leider sehr viele Gründe zusammen, um diesen Männerstolz nicht erst aufkommen zu lassen, oder wo er sich regt, im Keim zu ersticken. An keine Aufgabe wird so viel Mühe und Arbeit verschwendet, als daran, das Volk immer mehr zu versimpeln. Das Duckmäuser- und Spießbürgertum wird

mit allen möglichen Mitteln gefördert. In dieser Beziehung ist es schon sehr bedenklich, daß immer zahlreichere Klassen in direkte oder indirekte Abhängigkeit vom Staat geraten. Das Beamtenheer ist in unserer Zeit in geradezu beängstigender Weise angewachsen. Es ist die Schattenseite der Ausgestaltung des Nachtwächterstaats zu einem sozialen und wirtschaftlichen Organismus, daß der Einfluß des Beamtentums auf unser öffentliches Leben immer stärker wird. Das würde an sich nichts schaden, wenn eben nicht die Beamten beständig in ihrer politischen Bewegungsfreiheit gehindert würden. Der Beamte ist heute, und gewiß gegen den Willen der besten unter den Beamten selbst, zu einem Staatsbürger zweiter Klasse herabgedrückt worden. Er darf unzählige Dinge nicht tun, die ein freier Staatsbürger sich erlauben kann. Er darf in gewissen Lokalen nicht verkehren, er muß alles meiden, was nicht als standesgemäß gilt, er wird vielfach mit sanftem Zwange genötigt, an irgend welchen patriotischen Vereinen sich zu beteiligen, er muß, wenn er in der Verwaltung tätig ist, Wahlarbeit für die Konservativen leisten, er darf nicht einmal vom Petitionsrecht Gebrauch machen, und er muß vollends bei den Wahlen seine Stimme im regierungsfrommen Sinne „zu Protokoll" geben. Dafür hat er dann sein sicheres Gehalt und seine Pensionsberechtigung. „Deutsch und treu und pensionsberechtigt," so spottete vor einigen Jahren Professor Alfred Weber über die Verspießbürgerung und Verphilisterung des deutschen Volks, und er prägte das Wort von den „Papachen- und Mamachen-Existenzen". In der Tat, die gute Versorgung spricht heute nur allzu sehr in

den mittleren Schichten des deutschen Bürgertums mit. Man hat hier vielfach eine Heidenangst davor, sich dem freien Spiel der Kräfte anzuvertrauen. Man sucht sich irgend einen Winkel aus, um hier möglichst unberührt von den Stürmen des großen Lebens sein Dasein hindämmern zu können, wenn es irgend geht nach dem Grundsatz: „Der Bureaukrat tut seine Pflicht von neun bis drei, mehr tut er nicht.“ Solche Leute können unter Umständen ihren Platz recht tüchtig ausfüllen und in ihrem kleinen Kreise ganz nützlich wirken; aber ein Volk, das davon zu viel hat, das muß immer mehr versimpeln und degenerieren. Denn was diesen Existenzen fehlt, das ist die stählende Kraft des Lebenskampfes. Sie spinnen sich in kleine Interessen und kleinliches Behagen ein und fühlen sich glücklich, wenn sie nach des Tages Arbeit, bei der sie sich gewöhnlich nicht übermäßig anstrengen, auf der Bierbank sitzen und kannegießern können. Kultursiege werden mit solchen ruhebedürftigen Seelen nicht gewonnen und zu der Größe der Nation tragen sie auch nichts bei. Aber dafür nehmen sie alle Errungenschaften als ihr eigenes Verdienst in Anspruch und begrüßen jeden ohne ihr Zutun zustande gekommenen Erfolg mit lautem Hurra, vorausgesetzt, daß es ihnen von oben erlaubt oder gar befohlen wird. Wir leiden an einem Ballast solcher guten Menschen und schlechten Musikanten, die über den Horizont ihres Kirchturms nicht hinausblicken, aber gefährlich werden können, wenn neue Ideen ausgesät werden sollen. Denn in diesem Fall hängen sie sich mit ihrem ganzen Schwergewicht an den Wagen des Fortschritts und hindern seine Bewegung.

In einer ganz ähnlichen Richtung wirkt leider

auch der Sport. Er ist an sich gewiß, soweit es sich dabei nämlich um die Stählung des Leibes und um die Überwindung von Gefahren handelt, eines der besten Erziehungsmittel eines Volkes. Auch braucht man nicht allzu ängstlich zu sein, wenn sich der Sport gerade solcher Mittel bedient, die weder sonderlich gesundheitsfördernd sind, noch auf die Teilnehmer veredelnd wirken können. Um so schärfer muß man unterscheiden zwischen den Leibesübungen, denen sich der einzelne hingibt, um seinen Körper gesund und geschmeidig zu erhalten, und dem, was eigentlich erst den Begriff des Sports ausmacht, nämlich der Wette. Daß sich gelegentlich einmal die Teilnehmer an einem gemeinsamen Sport im Kampfe messen, mag noch hingehen, obgleich in dieser Beziehung viel zu viel getan wird. Was hat aber irgend ein Sportliebhaber für einen Nutzen vom Sport, der ihn gar nicht selbst betreibt, sondern der ihn nur als Mittel gebraucht, um seine Nerven aufzustacheln und zu wetten? Kein Mensch glaubt doch ernstlich daran, daß es den Besuchern der Rennplätze um die Förderung der Landespferdezucht zu tun sei, oder daß die Rennen selbst auch nur in loser Beziehung mit der Pferdezucht ständen. Zum mindesten wäre dazu für eine Stadt wie Berlin eine einzige Bahn mehr als ausreichend. Die zahllosen Rennen haben nur Sinn und Interesse vom Standpunkt des Wettmarktes. Die meisten Besucher der Rennplätze haben ja noch nie auf einem Pferde gesessen, sie verstehen auch von der Pferdezucht nicht das mindeste, oder sie haben sich höchstens aus den Sportblättern eine gewisse Kenntnis angelesen, die ihnen praktisch nicht im geringsten nützen kann; aber sie wetten, und sie verspielen nicht bloß ihr Geld,

sondern sie müssen notwendig allmählich vertrotteln. Für solche Sportfreunde gibt es schließlich nichts anderes mehr als ihren Sport. Diesem bringen sie Opfer, die sie für bessere und nützlichere Sachen gewiß nicht aufwenden würden. Und wie beim Pferderennen, so geht es auch beim Radrennen mit seinen scheußlichen Auswüchsen des Sechstagerennens, so geht es sogar schon beim Rudersport und ähnlichen Bewegungsspielen.

Selbstverständlich muß immer ein Unterschied gemacht werden. Wer irgend ein Bewegungsspiel treibt, um sich in freier Luft zu erholen, um seinen Körper zu stählen, um sich an der freien Natur zu erfreuen, der wird wenigstens als Bewohner der Großstadt nur eine Pflicht gegen sich selbst erfüllen. Es ist leider nur in den seltensten Fällen möglich, daß der Einzelne sich in Garten und Feld nützlich betätigen kann; das Häusermeer rückt immer weiter hinaus und verschlingt mehr und mehr alle erreichbaren Flecken freien Feldes. Nur hat der Deutsche nicht nötig zu warten, bis der Sport im englischen Sinne zu ihm gebracht wurde, da er schon längst den Wert des Turnens, des Schwimmens und Ruderns, des Schlittschuhlaufens und Bergsteigens erkannt hatte. Aber wenn es auch schon früher sich von selbst verstand, daß die Turner und Schwimmer ihre Kräfte maßen, so ist doch erst der Begriff der Sportwette uns aus England übermittelt worden. Nun können wir von England gewiß sehr viel lernen. Wenn sich das deutsche Volk etwas vom englischen Freiheitssinn aneignen wollte, so wäre das durchaus erwünscht. Aber der Sport ist schon für England selbst eine Gefahr. Man klagt dort nicht umsonst, daß die Jugend sich mehr und mehr der praktischen Arbeit entwöhnt und sich ausschließlich mit

dem Sport in seinen mannigfachsten Formen beschäftigt. Denn nicht bloß die Wette charakterisiert den Sport, sondern ebenso der Begriff des Zwecklosen. Alles, was in irgend einer Form nützlich ist, hört auf, Sport zu sein. Der Sport wird getrieben, gerade weil er zwecklos ist. Wie denn unter der Herrschaft der Klassenbegriffe sich gerade diejenige Tätigkeit als eines Gentlemans würdig herausgebildet hat, die jeder praktischen Bedeutung entbehrt. Das Nichtstun allein charakterisiert den Gentleman. Es setzt natürlich voraus, daß er auf Kosten der Arbeit anderer Leute lebt. Diese Erziehung der goldenen Jugend zu Tagedieben hat leider bei uns bereits viel größere Fortschritte gemacht, als sich mit den großen Kulturaufgaben der Gegenwart verträgt. In England hat man auch die vom Sport drohende Gefahr längst erkannt, wenn man auch noch kein Mittel dagegen gefunden hat. Aber bei uns sollte man wenigstens so viel erwarten müssen, daß nicht dem Sport eine Bedeutung für die nationale Erziehung beigelegt wird, die ihm nicht zukommt. Hat sich doch heute sogar der Sport bereits in den Kreisen der Arbeiter breit gemacht. Man sollte endlich mit seiner kritiklosen Verhimmelung aufhören. So, wie heute der Sport betrieben wird, beansprucht er nicht bloß zahlreiche Kräfte, die nützlichere Verwendung finden könnten, sondern er wirkt auch auf das Denken und Wollen des Volkes verflachend und versimpelnd. Wer dem Sport verfallen ist, der ist für den politischen Kampf des Volkes als verloren anzusehen. Gerade deshalb wird der Sport freilich vielfach protegiert. Er lenkt das Volk von seinen eigentlichen Notwendigkeiten ab.

Überhaupt wird ja in jeder Weise versucht, die Kluft, die ohnehin zwischen den oberen Klassen und der breiten Volksmasse besteht, so viel als irgend möglich zu vertiefen. Dabei werden selbst wieder Unterschiede zwischen solchen Kreisen gemacht, die früher wenigstens zusammengehörten. Noch immer sind keine engeren Beziehungen zwischen der Volksschule und den höheren Schulen hergestellt worden, obgleich es doch selbstverständlich sein sollte, daß man dem begabten Sohn eines Arbeiters genau die gleichen Bildungsmöglichkeiten gewähren müßte, wie dem begabten Sohne eines reichen Mannes. Zwischen der Volksschule und dem Gymnasium besteht nun einmal eine Kluft, die zu überbrücken trotz aller Schulreformen bei uns noch nicht einmal der Versuch gemacht worden ist. Aber wenn man in früheren Zeiten diese Scheidung gleichfalls als Schicksalsfügung hinnahm, so sorgte man doch wenigstens dafür, daß es zwischen den Knaben, die einmal in die Gelehrtenrepublik aufgenommen waren, keine Unterschiede des Standes gab. Mit dem Gymnasium und der Universität waren für den talentvollen jungen Menschen alle Bahnen des gelehrten Studiums und der staatlichen Laufbahn erschlossen. Heute fangen schon im Gymnasium die Unterschiede an. Im Mai 1909 hat man im preußischen Abgeordnetenhause auf das königliche Gymnasium in Essen hingewiesen, in dem bereits die Scheidung zwischen den „besseren" und den gewöhnlichen Schülern durchgeführt war. In die A-Klassen kommen die Schüler, die in der Wahl ihrer Eltern besonders vorsichtig gewesen sind, in die B-Klassen der Rest. Es mag dahingestellt bleiben, wie viel damals gerade in Essen an diesen Klagen berechtigt gewesen ist; es soll

auch nicht untersucht werden, ob ähnliche Zustände dort heute noch bestehen oder ob sie unterdessen beseitigt worden sind. Aber so viel ist gewiß, daß heute in sehr zahlreichen höheren Schulen zwischen den Schülern Unterschiede gemacht werden, nicht nach ihrer größeren oder geringeren Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit, sondern nach dem Sand und Rang ihrer Eltern. Solche „besseren Gymnasiasten" mögen zu beklagen sein, weil man sie mit durch die Schule zu schieben sucht, auch wenn sie aus irgend einem Grunde sich für die gelehrte Laufbahn nicht eignen; denn in irgend einem Augenblick ihres späteren Lebens kommt doch wohl das Gefühl über sie, daß sie eigentlich auf eine falsche Bahn gedrängt worden sind. Sie werden sich dann vielleicht selbst zur Last und bleiben zum mindesten unnütze Glieder der menschlichen Gesellschaft, während sie vielleicht in irgend einem praktischen Beruf etwas ordentliches geleistet hätten. Aber noch mehr sind doch die anderen Mitschüler zu beklagen, die schon auf der Schule die Standesunterschiede zu kosten bekommen und sich in dem Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, um ihre Jugend betrogen sehen.

Auf der Universität treten dann die Unterschiede noch schroffer zutage. Hier sondert sich der exklusive Student vollends von seinesgleichen ab. Und man wird nicht in Abrede stellen können, daß gerade in den letzten Jahrzehnten diese Scheidung der Studenten in Arbeitsbienen und Drohnen sehr bedauerliche Fortschritte gemacht hat. Es ist richtig, daß der Korpsstudent schon immer eine gewisse Ausnahmestellung beanspruchte. Heute aber ist die Absonderung des Korpsstudenten von den übrigen studentischen Kreisen in einer Weise übertrieben worden, die den Zweck des

akademischen Studiums völlig in Frage stellt und noch darüber hinaus die gesellschaftlichen Gegensätze widerwärtig übertreibt. Man sollte meinen, daß die Universitätsbehörden alles tun müßten, um derartige Klassenvertretungen innerhalb der Studentenschaft unmöglich zu machen. Und man sollte erst recht meinen, daß der Staat sich den Versuchen, die heranwachsende Jugend auseinanderzureißen, mit aller Entschiedenheit entgegenstellen würde. Aber es geht gerade umgekehrt. Die Mitglieder der feudalen Korps werden von den Universitätsbehörden als Studenten erster Klasse behandelt und den übrigen Studenten vielfach vorgezogen, während sie doch ihrem Fleiß und ihren Leistungen nach häufig recht tief rangieren. Und der Staat vollends fragt, wo es sich um die besseren Stellungen handelt, in erster Linie gerade danach, ob jemand in einem Korps „aktiv" gewesen sei. Die Zugehörigkeit zum Korps muß sehr oft die Unwissenheit und Unfähigkeit eines Bewerbers bemänteln, während der tüchtige Bewerber, der nicht in einem feudalen Korps aktiv war, oder der gar aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen ist, sehr oft verschlossene Türen findet. So bildet sich allmählich in dem jungen Mann, der schon auf dem Gymnasium bevorzugt wurde, der dann in einem Korps erzogen wurde und der schließlich noch Reserveleutnant geworden ist, das Bewußtsein aus, daß er nicht bloß dem gemeinen Volk, sondern auch den übrigen akademisch gebildeten Mitbürgern unendlich überlegen sei, was sich denn auch weiterhin in seiner Karriere zu bestätigen pflegt, wenn er nur einigermaßen sich das wenige angeeignet hat, das man von ihm verlangt.

Der Titel eines Reserveleutnants muß

freilich vielfach noch zum feudalen Studenten und zur „guten Kinderstube“ hinzukommen, um das Charakterbild des patenten Staatsbürgers von heute abzurunden. Das Institut des Reserveleutnants, an sich gewiß sehr nützlich, ist allmählich darauf zugeschnitten worden, brauchbare oder doch zuverlässige Stützen der Ordnung heranzuzüchten. Die militärischen Fähigkeiten sind dabei Nebensache. Vom Offizierkorps wird auch der „Sommerleutnant“ mit kaum verhohlenem Spott betrachtet. Aber der typische Reserveleutnant — es gibt natürlich hier wie überall vorteilhafte Ausnahmen — nimmt alle Unbequemlichkeiten des Dienstes, selbst das höhnische Grinsen der Unteroffiziere und Gemeinen, gern auf sich in dem erhebenden Bewußtsein, durch sein Patent zum Mitglied einer patentierten Kaste geworden zu sein. Unter diesem Gesichtspunkt trägt er die Entsagung, die ihm der Dienst auferlegt, trägt er auch die ganz unverhältnismäßigen Kosten, die mit seinem Amt verbunden sind, und verzichtet darauf, seine freie Ansicht als Staatsbürger geltend zu machen. Er hat eben den bunten Rock, er wird von dienstwilligen Untergebenen mit „Herr Leutnant“ angeredet, und er kann den Titel des Reserveleutnants auf seine Visitenkarte drucken lassen. Das alles mag zunächst wie ein Spiel lächerlicher Eitelkeit erscheinen. Nur hat es den schweren Nachteil, daß auch die Offiziersspielerei dazu beiträgt, das Bürgertum zu versimpeln. Es gilt eben als selbstverständliche Pflicht des Reserveleutnants, daß er sich im regierungsfrommen und königstreuen Sinne betätigt, oder daß er wenigstens den Mund hält, wenn er einmal anderer Meinung als der Herr Landrat oder der Herr Minister ist. Auch versteht die

Behörde wirklich keinen Spaß, wenn sie bemerkt, daß ein reudiges Schaf sich unter ihre regierungsfromme Herde verirrt hat. Die Menge der militärischen Sünden, die sich ein Reserveoffizier zu schulden kommen läßt, werden mit verzeihender Milde zugedeckt. Aber wehe ihm, wenn er sich in seinem politischen Verhalten von der korrekten Richtschnur der Regierungspolitik zu entfernen wagt, wenn er gar mit der Feder öffentliche Mängel zu rügen unternehmen sollte. Dann verwandelt sich die Sanftmut der offiziellen Staatsretter in gärendes Drachenblut, und es gibt dann plötzlich hundert Mittel und Wege, um den betreffenden Reserveoffizier die volle Wucht der höchsten Ungnade fühlen zu lassen. Dann stellt sich plötzlich heraus, daß die Ehrengerichte des Offizierskorps mit einer schier unbegrenzten Machtfülle ausgestattet sind und ihre Macht auch zu benutzen wissen, um widerstrebende Elemente in rücksichtslosester Form auszuschalten. Hat man doch selbst bis in den Reichstag hinein versucht, einzelne Abgeordnete, die zugleich Reserveoffiziere sind, in ihrer Redefreiheit zu beschränken, wobei es von vornherein ausgeschlossen erscheint, daß jemals ein Reserveoffizier sich von einer Oppositionspartei wählen lassen dürfte. Und an der gleichen Strippe wie die Reserveoffiziere werden auch die verabschiedeten Offiziere gehalten. Sie dürfen allerdings Politik machen, aber nur Regierungspolitik, und sie dürfen höchstens protestieren, wenn es sich um zu geringe Bewilligungen für Heer und Flotte handelt, weil sie wissen, daß solche Bestrebungen zur weiteren Vermehrung unserer Rüstungslasten „oben" gern gesehen werden. Wagen sie es aber, für die bürgerlichen Freiheiten einzutreten, dann sind sie geliefert. Ja,

man gestattet ihnen nicht einmal, freiwillig den Rock des Königs, der ihnen ehrenhalber verliehen wurde, auszuziehen, sondern das Tragen der Uniform wird ihnen geflissentlich in möglichst kränkender Weise aberkannt. Dem Obersten Gaedtke, einem unserer besten militärischen Köpfe, hat man sogar den Titel aberkannt. Sein Kampf ums Recht, so tapfer er geführt wurde, scheiterte an dem Willen der militärischen Organe, der sich als stärker erwies als das bürgerliche Recht.

Doch solche und ähnliche Fälle, an denen es allerdings durchaus nicht fehlt, sind doch nicht die Regel. Im allgemeinen denkt der Reserveleutnant nicht daran, der Regierung irgendwie und irgendwo zu opponieren. Er nimmt es als Schickung hin, daß er mit dem Offizierspatent sich selbst und seine persönliche Meinung zum Opfer bringen muß und hilft in den meisten Fällen die Reihen der Kämpfer weniger gegen den äußeren Feind als gegen den „Umsturz" vermehren. Es ist ein höchst bequemes und brauchbares Menschenmaterial, das auf diese Weise sich der Regierung freiwillig zur Verfügung stellt und auch entsprechend verwendet wird, um die oppositionellen Parteien zu bekämpfen und für unpopuläre Regierungsforderungen Stimmung zu machen. Die notwendige Folge ist dann, daß das Bürgertum in seinen eigenen Reihen zahlreiche Personen hat, die seinen Interessen zuwiderhandeln, seine Aktionskraft lähmen und sehr oft mit dem Feudalismus, dem Junker- und Agrariertum gemeinsame Sache machen, zum mindesten aber niemals ein offenes Wort gegen die reaktionären Tendenzen wagen. Denn das ist das merkwürige und doch wieder leicht erklärliche an unseren Zuständen,

daß es zwar niemandem etwas schadet, wenn er die reaktionäre Tendenz der jeweils arbeitenden Regierung noch übertrumpft, ja daß er damit sogar in den Ruf eines charaktervollen Mannes kommen kann, daß er aber sofort mit Nachdruck in seine Schranken zurückgewiesen wird, wenn er es wagen sollte, für des Volkes Rechte und Freiheiten eintreten zu wollen.

Was in den besseren Kreisen der Reserveleutnant, das ist in den breiten Schichten des Volkes das Mitglied des Kriegervereins. Der Reserveoffizier soll befehlen lernen, dem Kriegervereinsmitglied wird eingeprägt, daß es zu gehorchen habe. Durch eine geschickte Organisation und durch Zuwendung aller möglichen kleinen Vorteile wird der ehemalige Krieger geworben, um sich dann nur zu bald in voller Abhängigkeit von den maßgebenden Kreisen zu befinden. Die Kriegervereine müssen die gröbere Arbeit tun, um den Staat in seinem reaktionären Bestande zu erhalten, Arbeit, die man dem Reserveoffizier nicht zumuten kann. Die Kriegervereine müssen Spalier bilden, wenn ein fürstlicher Besuch zu erwarten ist, sie müssen sich in den Äußerlichkeiten des Patriotismus üben, und sie müssen vor allen Dingen dazu mithelfen, regierungsfromme Wahlen zustande zu bringen. Es gilt als ganz selbstverständlich, daß sie für die reaktionären Parteien arbeiten und den „Umsturz" bekämpfen müssen. Von den jeweiligen Umständen hängt es dann weiter ab, ob sie auch die schärfere oder zahmere Tonart des Liberalismus bekämpfen oder unterstützen dürfen, je nachdem nämlich die leitenden Kreise auf die Unterstützung der einzelnen Partei reflektieren oder sie bekämpfen. Unter den heutigen Verhältnissen hat natürlich der Kriegervereinler „für Thron und

Altar" zu streiten, das heißt, er muß die Konservativen und das Zentrum unterstützen. Es ist aber sehr wohl möglich, daß im nächsten Jahr der Wind oben umschlägt. Dann wird vielleicht das Zentrum wieder in die Reihe der staatsfeindlichen Parteien gedrängt, wie bei den Wahlen im Winter 1907, während dafür der Liberalismus wieder als regierungsfähig angesehen wird. In diesem Falle hat sich natürlich auch der Kriegervereinler im Sinne des neuesten Kurses zu betätigen; und nur eins bleibt als in allem Wechsel beharrend bestehen, nämlich die Regierungsfrömmigkeit der konservativen Parteien. Für sie muß der Kriegervereinler unter allen Umständen mit Hurra eintreten.

Das solche Zustände im höchsten Maße ungesund, ja verhängnisvoll sind, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Durch derartige Mittel wird das Volk langsam aber sicher entnervt. Große Teile, die zu ihm gehören, werden künstlich von ihm abgesplittert und in einen Gegensatz zu ihren Berufs- und Klassengenossen getrieben. Der Bürgerstolz, das Selbstbewußtsein des freien Mannes können nicht gedeihen, wo dem einzelnen in seinen Vereinen, in seinen Korps und Verbindungen eine bestimmte Meinung eingetrichtert wird, die er sich als Richtschnur zu nehmen hat. Es ist noch nicht einmal die Richtung selbst, die so unheilvoll wirkt, als die Unselbständigkeit, die dem Einzelnen aufgezwängt wird. Aus solchen Kreisen gehen die Leute mit vorgefaßten Meinungen hervor, die gar nicht daran denken, eine Frage selbständig zu prüfen, die vielmehr, mit der Hand an der Hosennaht, die Ansichten, die oben gewünscht werden, in Demut entgegennehmen. Als Fürst Bülow im Sommer 1907

mit Herrn Huret am Strande von Norderney spazieren ging, da scherzte er, und er scherzte auch nicht bloß, als er sagte: „Sehen Sie nur die Art der Badegäste, sich zu kleiden. Jeder hat seinen besonderen Hut, jeder sein besonderes Kostüm, seine Farbe, seine Nuance. Ich wünschte sehr, daß sich alle gleich kleideten, es wäre erheblich leichter, sie zu regieren.“ Man versteht es ja, daß einem Staatsmann die Aufgabe leichter erscheint, ein uniformiertes als ein selbständiges Volk zu regieren, obgleich man es eigentlich doch nicht recht versteht, wie ein wirklicher Staatsmann eine solche Ansicht äußern kann, da selbstverständlich die Stärke eines Volkes in erster Reihe in der Selbständigkeit der Personen liegt, die es hervorbringt. Aber wenn man schon zugeben wollte, daß es leichter sei, eine Hammelherde zu lenken als ein freies Volk, so muß wenigstens aus dem Volk heraus Widerspruch gegen diese Uniformierungsversuche erhoben werden, da sonst die Gesamtheit entwertet werden muß.

Heute ist leider der Rang und der Ton des Reserveleutnants selbst bereits bis in die Hörsäle der Universitäten gedrungen. Man sieht schon Professoren, die lieber die Offiziersuniform als das Bürgergewand oder die Professorentracht anlegen. Wie denn überhaupt die Lust zu höfischen Maskeraden, zum Spielen mit Uniformen und Abzeichen, zur Erfindung immer neuer Kostüme die heutige Ära kennzeichnet. Mit der Verachtung der schlichten Bürgertracht, mit der Lust an Uniformen und Maskeraden kommt aber auch in die Wissenschaft nur zu leicht ein Zug der Heimlichtuerei, des Versteckspielens und der Liebedienerei. Es ist für ein gesundes Empfinden einfach gräßlich, die

unendlichen Reden mit anhören oder doch lesen zu müssen, die bei allen möglichen und bisweilen auch bei unmöglichen Gelegenheiten gehalten werden; mit ansehen zu müssen, daß kein Jubiläum vorübergeht, an dem nicht schwungvolle Telegramme in die Welt geschickt werden. Mit ansehen zu müssen, wie Männer und Ereignisse nachträglich gefeiert werden, die gar keine Beziehungen mehr zur Gegenwart haben und von denen man annehmen muß, daß sie den Festrednern so gleichgültig wie der Mann im Monde sind. Vor einigen Jahren hielt der Breslauer Professor Wenckstern in Berlin bei der Enthüllung des Denkmals für den Kanzler Hardenberg — weshalb Hardenberg heute ein Denkmal bekommt, ist auch nicht ganz klar — die Festrede in dem Kostüm eines Hauptmanns der Landwehr, mit dem Helm auf dem Haupt und der Schuppenkette unterm Kinn. Was hat Herr von Wenckstern mit Hardenberg zu tun? Was hat die Offiziersuniform mit einer solchen Feier zu tun? Solche Fälle sind aber nicht vereinzelt, sie sind für unser Säkulum typisch. Die Offiziersuniform, die in kultivierten Ländern nur im Dienst getragen wird, wohin sie gehört, nicht aber auf der Straße, ist heute zum höchsten Staats- und Festkleid geworden. Das ist nicht gleichgültig. Der alte Logau hat recht: „à la mode Kleider, à la mode Sinnen; wie sich's wandelt außen, wandelt sich's auch innen." Wer die Uniform trägt, der hört auch auf, unabhängig zu denken.

Solche Äußerlichkeiten sind es natürlich nicht allein, die zu einer gewissen Veräußerlichung unserer Universitäten beigetragen haben. Aber sie wirken doch in dieser Richtung. Noch mehr trägt dazu die sorg-

fältige Auswahl der Universitätslehrer bei, die von den einzelnen Regierungen beliebt wird. Mit feinen und groben Mitteln werden im deutschen Norden wie im deutschen Süden die Universitäten in eine der Regierung erwünschte Richtung getrieben, wird auch der Kirche ein maßgebender Einfluß auf die Besetzung der einzelnen Professuren eingeräumt. Bisweilen wird auch dem Professorenkollegium einfach ein Gelehrter aufgedrängt, der in irgend einer Weise sich der Regierung als nützlich erwiesen hat oder von dem die Regierung nützliche Dienste erwartet. In den meisten Fällen ist das aber gar nicht nötig, da die Professorenkollegien schon ganz von selbst den Winken von oben sich fügen. So wird allmählich der Charakter mancher Universität von Grund auf umgewandelt, und wieder, wo die Regierung auf Widerstand stößt, da rächt sie sich, indem sie einzelne Universitäten verkümmern läßt. Daß eine solche Beeinflussung der freien Wissenschaft, besonders soweit die Geisteswissenschaften in Betracht kommen, nicht ohne schädliche Wirkung bleiben kann, versteht sich von selbst. Das empfinden gerade die Hochschullehrer selbst, soweit sie noch nicht in den Strudel mit hineingezogen worden sind, am allerempfindlichsten. Sie haben sich auch zusammengetan, um ihre Rechte und ihre Selbständigkeit zu wahren, hoffentlich nicht ohne Erfolg. Es war auf dem Hochschullehrertag in Leipzig, daß Professor Lamprecht, einer unserer besten Köpfe, das offene Wort sprach: „Wir stehen nicht mehr an der Spitze der Universitäten des Weltalls; Frankreich und Amerika sind uns bei weitem voraus.“ Das Wort hat unliebsames Aufsehen gemacht, und es ist gewiß nicht dahin zu deuten,

daß die deutsche Universität ihren Rang in der Welt bereits endgültig verloren habe. Aber etwas wahres ist allerdings daran, und nicht bloß in dem Sinne, daß es den deutschen Universitäten an den nötigen Mitteln fehlte. In dieser Richtung könnte ja Abhilfe geschaffen werden, und die Stiftung, die beim Jubiläum der Berliner Universität gemacht wurde, wird wenigstens für eine Reihe von Spezialwissenschaften die erforderlichen Mittel bereit stellen. Die schlimmste Gefahr, die unseren Universitäten droht, kommt nicht aus den mangelnden Mitteln, sondern aus der Beeinflussung der Wissenschaft selbst. Hier setzt alles ein, was in irgend einer Weise ein Interesse hat, die Wahrheit zu verdunkeln oder zu entstellen. Nicht bloß Kirche und Staat suchen auf die Resultate der Wissenschaft einzuwirken. Selbst einzelne wirtschaftliche Organisationen wie kürzlich noch der Zentralverband der Industriellen suchen sich Tendenzprofessoren zu sichern, die die Aufgabe haben, nicht das zu lehren, was sie in freier Forschung als wahr erkannt haben, sondern was ihren Auftraggebern als genehm erscheint. Wenn auf diese Weise die Wahrheit zur Metze gemacht wird, dann allerdings muß auch das Niveau der deutschen Universitäten und damit auch der deutschen Wissenschaft sinken. Und man muß sehr weltfremd sein, um nicht zuzugestehen, daß diese Gefahr nicht bloß droht, sondern daß sie uns auf den Nägeln brennt. Es ist eben nicht die Aufgabe der Universitäten, Patriotismus zu züchten und die Wissenschaft irgend einer staatlichen, kirchlichen oder wirtschaftlichen Richtung zuliebe in ein Prokrustesbett zu zwängen. Sie kann nur im Zeichen der wissenschaftlichen Voraussetzungslosigkeit

gedeihen. Dazu aber muß man der Wissenschaft Licht und Luft geben. Heute soll sie von der freien Luft abgeschlossen werden, damit sie nicht etwa unbequem wird.

Es wäre unnatürlich, wenn gerade die Vertreter der Wissenschaft an den deutschen Hochschulen sich der Gefahr, die ihnen selbst wie der von ihnen gewollten Sache droht, nicht erkennen und sich ihrer Haut zu wehren versuchen sollten. So hat denn auch der deutsche Hochschullehrertag auf seinen Tagungen die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Forschung und ihrer Verkündigung nach Kräften gegen Angriffe von außen zu schützen gesucht. Man hat die volle Unabhängigkeit von Interessenten, von Autoritäten und gesellschaftlichen Gruppen, von Traditionen und Vorurteilen der Masse, gefordert. Kurzum, man wollte die Wissenschaft unabhängig von jeder Rücksicht, auch nach der Richtung der Weltanschauung und der politischen Überzeugung hinstellen, soweit diese Rücksicht nicht in der wissenschaftlichen Methode selbst liegt. Und man darf wohl erwarten, daß gerade von den Universitäten noch immer ein gewisser Widerstand gegen die Beeinflussung der wissenschaftlichen Forschung von oben, von unten und von außen geleistet werden dürfte. Aber wie weit auch hier die Korruption schon gedrungen ist, das hat die sogenannte lex Arons nur zu deutlich gezeigt. Bedeutete sie doch nichts anderes, als die Sozialdemokratie grundsätzlich von jedem akademischen Lehramt auszuschalten. Herr Arons lehrte Physik; er war also nicht einmal imstande, und hat auch nie einen dahingehenden Versuch gemacht, den Studenten seine politische Überzeugung aufzudrängen. Auch ist es selbstverständlich

unmöglich, die Gesetze der Optik und Mechanik nach politischen Überzeugungen umzugestalten. Aber die Tendenz ging eben dahin, einem Sozialdemokraten den Zugang zu den Pforten der Universität überhaupt zu verschließen. Dabei läßt sich doch nicht ernstlich bestreiten, daß gerade die sozialdemokratischen Forderungen uns auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und der Gesellschaftswissenschaften außerordentlich gefördert haben. Einem Gelehrten wie Karl Marx, dem eigentlichen Begründer der sozialdemokratischen Doktrin, verdankt die nationalökonomische Forschung außerordentlich bedeutsame Anregungen. Tut alles nichts, nach der Ansicht unserer maßgebenden Kreise und Parteien ist ein Sozialdemokrat verfehmt, auch wenn er der größte Gelehrte seiner Zeit wäre. Damit allein schon muß die staatliche Wissenschaft, wie sie auf den deutschen Universitäten getrieben wird, entwertet werden. Die gegen den „Umsturz" gerichtete Tendenz macht sie unfrei. Sie entzieht ihr auch einen Teil tüchtiger Kräfte, und sie erzieht einen anderen Teil zur Heuchelei, da es selbstverständlich gar nicht anders sein kann, als daß die Anhänger der Sozialdemokratie an den deutschen Universitäten ihre Überzeugung verleugnen müssen, um nicht gleichfalls aus Amt und Brot getrieben zu werden. Und wieder kann es nicht ausbleiben, daß strebende Seelen nach der Gesinnung ihrer Kollegen schnüffeln und ihnen ein Bein zu stellen versuchen, um selbst schneller zu avancieren und eine lästige Konkurrenz los zu werden.

Rückgang auf der ganzen Linie, das ist denn auch die notwendige Konsequenz aller dieser Bestrebungen, das Volk in den Bann bestimmter staatlicher und kirchlicher Dogmen zu schlagen. Bei

den Universitäten fängt es an, und je tiefer die Beeinflussung herabsteigt, um so schlimmer wird sie. Was an der Spitze nur noch als geheime Korruption erscheint, das wird nach unten hinab immer unverhüllter. Staat und Monarchie haben ja sehr zahlreiche Mittel, um dem einzelnen Bürger je nach seiner politischen Haltung zu schaden oder auch zu nützen. Wie oft muß ein Titel herhalten, um den Einzelnen auf die Seite der Regierung hinüberzuziehen. Wie oft tut selbst der niedrigste Orden die gleichen Dienste, um die Opposition lahm zu legen. Aber auch an materiellen Unterstützungen aller Art fehlt es nicht. Man sucht die Presse durch kleine Gefälligkeiten, durch Informationen und versteckte Subventionen, durch Sammlung von Abonnenten für regierungsfromme Blätter und durch Zuwendung von Inseraten zu gewinnen. Für die patriotischen Kalender und frommen Schriften wird der landrätliche Apparat in Bewegung gesetzt, und nur zu oft wird ein oppositionelles Blatt so lange schikaniert, bis entweder der Redakteur entfernt wird oder der Verleger mürbe geworden ist und auf die Seite der Regierung hinüberschwenkt. Es ist eben mit dem Patriotismus noch heute, wie zu den Zeiten des preußischen Patriotenbundes, ein gutes Geschäft zu machen. So mancher Herausgeber irgend eines Blattes hat ein Vermögen damit gemacht, daß er die Patrioten für sich Abonnenten sammeln ließ und dafür den patriotischen Bund mit einem Teil seines Reingewinns bedachte. Noch heute nimmt der Vertrieb patriotischer und frommer Schriften einen großen Teil der Arbeit des angeblich überbürdeten Landrats und seines Bureaus in Anspruch.

Dieser Druck muß dann notwendig auch auf das Beamtentum übergreifen. Die Beamten sehen, daß sehr viel Geld verdient werden kann, wenn man sich in den Dienst irgend einer Interessengruppe stellt. Es ist heute ziemlich gewöhnlich geworden, daß höhere Beamte an die Spitze oder doch in die Verwaltung irgend welcher Privatgesellschaften treten, weil sie hier höhere Einkünfte als im Staatsdienst beziehen. Bisweilen fragt man sich, wie es eigentlich gekommen sei, daß gerade dieser oder jener so geschickt die Umstände zu benutzen verstanden habe. Nur darf man nicht immer an einen reinen Zufall glauben, und noch weniger annehmen, daß es bloß die persönliche Tüchtigkeit des Betreffenden gewesen sei, die ihn in die Höhe gehoben hat. Solche Stellungen sind in sehr vielen Fällen schon vorher in irgend einer Weise verdient gewesen. Gewiß ist es nicht immer der Fall; aber sehr häufig findet man, wenn man nachspürt, geheime Beziehungen.

Je tiefer man hinabsteigt, um so weniger läßt sich in vielen Fällen das Bestreben übersehen, die schmalen Einkünfte des Beamten zu erhöhen. Schon die ewigen Revisionen und Dienstreisen, die oft zu nichts anderem als zu einem gemütlichen Skat mit dem Revidierten führen, haben vielfach keinen anderen Zweck, als dem betreffenden Beamten etwas Abwechslung zu verschaffen und die nicht unbeträchtlichen Reisespesen auszunützen. Selbstverständlich lassen sich einzelne Erfahrungen, die hie und da mit der mangelnden Widerstandsfähigkeit einzelner Beamten gemacht worden sind, nicht ohne weiteres verallgemeinern. Nur sollten wir auch nicht gar zu stolz auf die Selbstlosigkeit unsrer Beamtenschaft sein. Wir sind nur allzu sehr geneigt,

wenn irgendwo in der Welt sich die Beamtenschaft als bestechlich gezeigt hat, derartige Zustände bei uns für unmöglich zu erklären. Und gewiß, so wie in Rußland geht es bei uns nicht her. Aber es fehlt doch noch sehr viel, daß die Beamtenschaft bei uns auf der Höhe stünde, die sie erreichen muß, wenn sie wirklich zum allgemeinen Nutzen arbeiten soll. Es ist auch nicht bloß die sprichwörtliche Grobheit besonders des Subalternbeamten, die dem Volk vielfach den Verkehr mit den Behörden verleidet, sondern es ist auch vielfach das Gefühl, daß es nicht immer bloß nach dem strengen Schema der Verwaltung geht, sondern daß bisweilen nachgeholfen werden muß, wenn der Einzelne sein Ziel erreichen will. Und selbst wo an der Integrität des einzelnen Beamten nicht gezweifelt werden kann, da macht er sehr oft seine Entscheidung von der politischen Haltung des einzelnen Staatsbürgers abhängig.

Woher kommt es, daß das Volk vielfach so wenig Vertrauen zur Rechtsprechung hat? Man hat mit höchstem Eifer bestritten, daß es bei uns so etwas wie Klassenjustiz gibt. Auch sei gern zugegeben, daß der einzelne Richter nicht daran denkt, bewußt das Recht zu beugen. Aber er schließt sich vielfach hermetisch von dem Umgang mit dem Publikum ab; er kommt aus seinem engen Kreise selten oder nie heraus. Die Folge ist dann, daß er die Rechtsauffassung des Volkes vielfach gar nicht versteht. Ihm erscheint so manches häßliche Vergehen als ein schweres Verbrechen, das mit harter Strafe geahndet werden muß, während von ihm ähnliche Vorgänge, die in den besseren Kreisen sich abgespielt haben, mit erstaunlicher Milde beurteilt werden. Man braucht sich nur die verschiedenartigen Strafen anzusehen, die gegen randa-

lierende Arbeiter und randalierende Studenten ausgesprochen werden, um sich klar zu machen, daß unsere heutigen Richter tatsächlich vielfach in Klassenvorurteilen befangen sind. Das soll nicht gesagt sein, um nun für eine schärfere Beurteilung von Studentenstreichen zu plädieren, wohl aber, um dagegen zu protestieren, daß die Übertretungen betrunkener Arbeiter gleich in die Kategorie des „Umsturzes“ geworfen und mit drakonischen Strafen bedacht werden. Überhaupt ist es ja für die ganze Richtung unserer Strafjustiz bezeichnend, daß sie überall Gefahr für den Staat, überall das Bestreben, die bestehenden Zustände umzuwerfen, wittert, auch wenn es sich nur um irgend einen Dummejungenstreich eines Lehrbuben handelt. Der Grund für solche verschiedenartige Beurteilung gleichartiger Vorgänge liegt tatsächlich in dem Klassenhochmut, an dem gerade unsere höheren Stände vielfach leiden, und nicht minder an dem unausrottbaren Bedürfnis so vieler Zeitgenossen, bei jeder, auch der unpassendsten Gelegenheit, den Staat retten zu müssen. Dieses Bedürfnis aber wäre unerklärlich, wenn diese Staatsretter nicht selbst ein schlechtes Gewissen hätten und sich sagten, daß eigentlich die heutigen Zustände nicht gerade sehr in sich gefestigt sind. Denn wer wirklich an seine Sache glaubt, wer darauf vertraut, daß wir in sicheren und geordneten Verhältnissen leben, wer auch der Meinung ist, daß für die Masse des Volkes alles getan wird, was überhaupt getan werden kann, der braucht doch nicht immer zu besorgen, daß diese Zustände umgestürzt werden könnten. So dumm ist das Volk auch nicht, daß es einen sicheren Vorteil preisgibt, wenn es dafür nichts anderes als eine sehr unsichere Aussicht ein-

tauschen kann. Erst wenn die Überzeugung sich Bahn bricht, daß es wirklich um die bestehenden Zustände nicht aufs beste bestellt sei, erst wenn auch in den privilegierten Klassen sich die Überzeugung befestigt, daß eigentlich mit unseren öffentlichen Zuständen nicht viel Staat zu machen sei, erst dann wird sich auch in den privilegierten Klassen immer stärker das Bedürfnis geltend machen, das Bestehende mit Zwang und Gewalt zu stützen und zu schützen. Aber wenn ein solcher Zustand wirklich erst erreicht ist, dann helfen auch Zwang und Gewalt nicht mehr viel. Dann läßt sich das Ende doch nicht mehr verhindern.

So schlimm ist es nun heutzutage bei uns gewiß nicht. Aber es mehren sich doch in bedenklicher Weise die Zeichen dafür, daß sich das deutsche Reich in einem bedenklichen Stillstand befindet. Das kann ja auch gar nicht anders sein, wenn jeder Reformgedanke, dessen nun einmal auch der bestgeleitete Staat nicht entbehren kann, von vornherein als verwerflich abgelehnt wird, und wenn man alle Mißbräuche, alle Eierschalen der guten alten Zeit, alle Vorurteile des politischen und religiösen Dogmas mit sich weiterschleppt. Es ist die Kurzsichtigkeit der in der Macht befindlichen Kreise, durch welche die heutigen Zustände sich so unerquicklich gestalten. Während in der ganzen Welt dem liberalen Gedanken ein Einfluß auf den Staat eingeräumt wird, hält man bei uns jeden freien Gedanken ängstlich fern, obgleich es doch wirklich nicht die Junker und Pfaffen gewesen sind, die das Reich geschaffen haben. Die Junker, die heute so eifrig bemüht sind, das Reich ihren eigensüchtigen Zwecken dienstbar zu machen, haben für die Gründung des Reiches nichts gekonnt. Und noch am 15. Dezember

1898, als das deutsche Reich schon fast dreißig Jahre bestand, schrieb der Fürst Hohenlohe in sein Tagebuch: „Alle diese Herren pfeifen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben.“ Trotzdem gelten sie heute als die patentierten Reichsstützen. Nicht anders aber verhält es sich mit dem Zentrum. Vor einigen Jahren schrieb die „Germania“ mit hochmütiger Überhebung: „Eine liberale Regierung in Deutschland würde uns mehr schaden als ein verlorener Krieg.“ Das schrieb das leitende Blatt derselben Partei, die Jahrzehnte lang in offener oder versteckter Gegnerschaft zum deutschen Reich gestanden hat und auch heute das Reich nur soweit gewähren läßt, als es den Zwecken der römischen Kirche sich dienstbar macht. Braucht man erst noch zu beweisen, daß es der liberale Gedanke gewesen ist, der gegen den Willen der preußischen Junker und erst recht gegen den Willen der römischen Kirche das neue Reich geschaffen hat? Und hat nicht der Liberalismus die Grundlagen für die Verfassung und die wichtigsten Rechtsgarantien geschaffen? Gerade, weil sich der Liberalismus von den reaktionären Mächten immer weiter hat zurückdrängen lassen, gerade weil heute die Verbündeten Regierungen sich den Heiligen und Rittern in die Arme geworfen haben, gerade deshalb ist die Freude am Reich im Innern immer mehr geschwunden und das Ansehen des Reichs nach außen immer tiefer gesunken. Auf diesem Wege allerdings kann es auf die Dauer nicht weitergehen, wenn es nicht einmal zu einem Zusammenbruch kommen soll. Nur dadurch, daß das Erstgeburtsrecht des deutschen Liberalismus anerkannt wird, kann das Reich in die Bahnen einer allmählichen Ent-

wicklung und einer konsequenten Politik der Reformen hinübergeleitet werden. Nur wird man sich darüber klar sein müssen, daß der Liberalismus nichts von anderer Seite zu erwarten hat. Erst wenn er sich selbst durchsetzt, wird er auch wieder als berechtigt anerkannt werden. Das ist mit schwächlicher Nachgiebigkeit nicht zu machen. Dazu muß er sein Ellenbogenrecht gebrauchen. In der Politik gibt es eben nur einen Beweis der Daseinsberechtigung, das ist der Beweis des Geistes und der Kraft. So lange ihn der Liberalismus nicht zu führen imstande ist, so lange wird er auch als Stiefkind behandelt und an den Katzentisch verwiesen werden, während Junker und Klerikale sich an den staatlichen Gaben gütlich tun.

So lange freilich das neue Reich und die Bundesstaaten nicht mit liberalen Geist erfüllt werden, wird es ihnen auch nicht gelingen, sich von all den Schwergewichten freizumachen, die sie heute niederziehen.

„Deutschland in der Welt voran!" so hat einst Fürst Bülow der überraschten Welt verkündigt. Es war eine Übertreibung. Man kann sich die großpreußische Kultur ansehen, von welcher Seite man will, überall bietet sie das Bild des Niederganges und der Degeneration. Der Spiritus ist längst verflogen und das Phlegma ist geblieben. An die Stelle der Vaterlandsliebe ist der Hurrapatriotismus getreten, an die Stelle des Freiheitsbewußtseins die Untertänigkeit und Heuchelei, an die Stelle des Stolzes der Armut und der Bedürfnislosigkeit die gesellschaftliche Prahlerei und die Gier nach Geld und Gewinn. An die Stelle des Willens, sich selbst das Glück zu schmieden, ist das

Verlangen nach Pensionsberechtigung getreten, an die Stelle der Selbstzucht des Leibes der Sport mit seinen Auswüchsen, an die Stelle des Triebes nach Wahrheit die korrekte Gesinnung, an die Stelle des freien Muts und der freien Rede das ängstliche Bemühen, oben nicht anzustoßen. Das deutsche Volk hat in wirtschaftlicher Beziehung außerordentliche Fortschritte gemacht, aber es hat sich zugleich politisch, wissenschaftlich und gesellschaftlich zurückgebildet. In einen großen Teil des Volkes und besonders in seine besser situierten Schichten ist ein fremder und falscher Zug der Unselbständigkeit und der flachen Nützlichkeit gekommen. Wohin man auch blicken mag, überall stößt man auf Zeichen von Degeneration und Versimpelung. Wir feiern heute ununterbrochen Erinnerungstage, ohne doch ernstlich bemüht zu sein, uns die großen Gedanken der Vergangenheit zu eigen zu machen. Duckmäuserei und Bigotterie sind an die Stelle der geistigen Freiheit getreten. „Sie stürzen sich in die Knechtschaft,“ das muß leider heute auch von einem Teil des deutschen Volkes gesagt werden. Vielleicht hätte die rückständige Richtung unserer offiziellen Politik nicht allein vermocht, uns in diese Richtung zu drängen, wenn nicht die Disposition dazu schon im Volk vorhanden gewesen wäre. Aber sie trägt doch einen großen Teil der Schuld an den heutigen Zuständen. Und jedenfalls kommt das Volk nicht wieder in die Höhe, wenn es sich nicht zu allererst einmal von dem politischen und kirchlichen Druck freimacht, unter dem es heute steht. Was uns fehlt, das ist der Wille zur Freiheit. Erst wenn sich die große Masse des Bürgertums zu ihm durchgerungen hat,

erst dann wird es auch auf gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet besser werden. Erst dann wird eine deutsche Kultur erstehen können, die nicht bloß in Äußerlichkeiten, sondern in ihrem tiefsten Kern sich der Kultur der mitstrebenden Nationen würdig an die Seite stellen kann. Heute gehen wir nicht voran, sondern hintennach; und es hat keinen Zweck, uns in leere Illusionen zu wiegen.

Das innere Preußen

„Der Beamte ist Diener des Staates und nicht Diener einer Partei. Da der Beamte auch für seine Person eine feste politische Überzeugung haben muß, so werden hiernach an den Takt und das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten große und schwere Anforderungen gestellt. In der Arbeit, die da von ihnen verlangt wird, können politische Gegensätze unheilvoll wirken. Wenn sich diese Gegensätze dazu auswachsen sollten, daß der Beamte seine Macht politisch mißbraucht, so könnte das für den Staat verhängnisvoll werden, es würde das die Initiative der Bevölkerung, ihre Freude an staatlicher Mitarbeit, also gerade alle diejenigen Eigenschaften lähmen, deren ein Staat wie Preußen, der sich nach einem beispiellosen staatlichen und wirtschaftlichen Aufschwung zu konsolidieren hat, in allererster Linie bedarf. Jede Verfemung des Andersdenkenden rächt sich; Deutschland und Preußen wissen davon ein trübes Lied zu singen, wenn sie sich der bleiernen Schwere erinnern, die in den zwanziger, dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf dem Lande lastete."

Bethmann Hollweg, 10. 2. 10.

Wer sich auch nur oberflächlich in die preußische Vergangenheit vertieft hat, der weiß, daß es sich bei der preußischen Monarchie um ein geschichtlich gewordenes Gebilde handelt, das in sich festgefügt ist und nicht ohne weiteres mit dem Allerweltsmaßstabe gemessen werden kann. So manches, was der Außenstehende nur schwer versteht, erklärt sich zur Genüge aus der historischen Entwicklung. Aber nirgends in der Welt wird auch so viel wie gerade in Preußen mit dem Begriff der „berechtigten Eigentümlichkeit" Mißbrauch getrieben, nirgends wird so einseitig als öde Gleichmacherei verschrien, was nur die Forderung notwendiger Reformen darstellt. Preußen hat sich mühsam aus dem märkischen Sande und aus heterogenen Volkselementen heraufbilden müssen. Es erklärt sich daraus sehr gut, daß seine Institutionen von denen anderer Kulturvölker vielfach abweichen und daß auch die Bevölkerung einen charakteristischen Zug an sich trägt, der sie von den übrigen deutschen Stämmen stark unterscheidet. Der preußische Beamte, der preußische Leutnant und der preußische Junker haben ihre nicht gering zu schätzenden Vorzüge; aber sie haben doch auch ihre bedenklichen Schwächen. Und gerade wer den berechtigten Kern der preußischen Tüchtigkeit erhalten wissen will, der wird dahin sehen müssen, daß die preußischen Mängel und Fehler beseitigt werden.

Es kommt dazu, daß die preußische Monarchie als die stärkste im Bunde auch den Ton im Reich angibt. Mag immer Süddeutschland nicht ganz ausgeschaltet erscheinen, so trägt doch das Reich in seinen wichtigsten Funktionen den Charakter eines Großpreußens an sich. Wenn Preußen von reaktionären Tendenzen beherrscht wird, dann kommt auch das ganze deutsche Reich nicht vom Fleck. Heute verhält es sich nun so, daß Preußen tatsächlich die Gesamtentwicklung des Reiches aufhält. Nicht bloß, daß Preußen im Bundesrat dominiert und selbst solche Gesetze, wie beispielsweise die Schiffahrtsabgaben, durchdrückt, die den übrigen Bundesstaaten wider den Strich gehen, sondern es prägt auch allen gesetzgeberischen Anregungen, die aus den Reichsämtern hervorgehen, seinen Stempel auf. Wie der preußische Ministerpräsident gleichzeitig Reichskanzler ist und jeder Versuch, diese beiden Ämter zu trennen, zur völligen Ohnmacht des Reichskanzlers führen muß, so ist auch der preußische Finanzminister der eigentliche Reichsfinanzminister. Fürst Bülow und nach ihm auch Herr von Bethmann Hollweg haben ja den Versuch gemacht, den Einfluß des Reichs im preußischen Ministerium zu verstärken, indem sie eine Anzahl von Staatssekretären gleichzeitig zu preußischen Ministern ernennen ließen. Aber man hat in der Praxis den Eindruck, daß nicht sowohl die Staatssekretäre auf die preußischen Minister, als diese auf die Staatssekretäre abfärben. Das preußische Ministerium ist eben in jedem Betracht der stärkere Teil. Ja, man muß noch weiter gehen. Selbst der aus dem gleichen, direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrecht hervorgehende Reichstag ist viel schwächer als der preußische Landtag. Die Verhältnisse haben

sich, an der Reichsverfassung gemessen, umgekehrt. Nicht das Reichsrecht geht vor Landesrecht, sondern Preußen diktiert das Reichsrecht. Deshalb hat es auch wenig Sinn und Zweck, wenn der Reichstag den Versuch macht, auf die Umgestaltung Preußens hinzuarbeiten, während umgekehrt der preußische Landtag sich beständig herausnimmt, in die Reichsangelegenheiten hineinzureden. Fürst Bismarck hat sogar, als er alt geworden war, dieses verfassungswidrige Verhalten des preußischen Landtages zu sanktionieren versucht. Die Konsequenz dieser Zustände ist, daß Preußen nicht von außen, sondern nur von innen heraus reformiert werden kann. Daß dabei das Wahlrecht an erster Stelle steht, und daß es deshalb nicht bloß eine preußische, sondern eine eminent deutsche Angelegenheit ist, das preußische Dreiklassenwahlrecht zu beseitigen und ein freies Wahlrecht an seine Stelle zu setzen, das ist schon an anderer Stelle gezeigt worden. Aber die preußische Eigenart stützt sich nicht bloß auf sein Wahlrecht, sondern viel mehr noch auf seine Verwaltungsorganisation. Hier liegen vielleicht die tiefsten Wurzeln der deutschen Reaktion; und nur wenn man die Tätigkeit der preußischen Verwaltung in Rücksicht zieht, wird man sich auch darüber klar werden können, in welcher Weise das preußische Volk und damit auch das deutsche Reich sich von dem Alpdruck wird frei machen können, der seine Fortentwicklung zu einem modernen Kulturvolk verhindert.

Der Berliner Nationalökonom Prof. Schmoller hat kürzlich eine sehr lehrreiche Abhandlung über die inneren preußischen Zustände veröffentlicht und dabei so manches interessante Material zu den heutigen innerpreußischen Zuständen beigebracht. Seine

Darlegungen bezogen sich allerdings auf die nun schon zurückliegende Zeit zwischen dem Jahre 1880 und der Übernahme der Geschäfte durch den Fürsten Bülow. Aber man kann ganz ruhig sagen, daß seit jener Zeit die Zustände in Preußen sich nicht im mindesten gebessert haben. Viel eher muß man behaupten, daß es seitdem noch schlimmer geworden ist. Bismarck, so erzählt Schmoller, führte mit Puttkamers Hilfe eine junkerliche Umbildung der inneren Verwaltung Preußens herbei, die nun noch viele Jahre nachwirkte, und welche die Hauptschuld bis auf den heutigen Tag daran trägt, daß der Glaube sich im Lande festsetzte, wir hätten ein Junkerregiment. Das Ministerium Herrfurth bildet eine Art von Unterbrechung dieses reaktionären Entwicklungsganges. Aber Herrfurth bekannte offen, er habe die feudale Kliquenwirtschaft nicht überwinden können. Auch Fürst Hohenlohe hatte den guten Vorsatz, sich an die Arbeit zu machen und den preußischen Augiasstall auszufegen. Er erwog den Plan, seinen Sohn zum preußischen Minister des Innern zu machen und einige Dutzend renitente Landräte und Regierungspräsidenten auf einmal abzusetzen. Als großer süddeutscher Standesherr könne er den Haß des östlichen Adels wohl ertragen, und nach ihm werde nie mehr ein preußischer Ministerpräsident dazu den Mut haben. Daß es sich dabei nicht bloß um eine gelegentliche Gedankenspielerei handelte, das weiß man ja aus den Erinnerungen des Fürsten Hohenlohe zur Genüge. Aber er hat auch wohl bald eingesehen, daß selbst er zu einem solchen Schritt nicht die Kraft haben werde. Wenigstens schrieb er am 15. Dezember 1898 in sein Journal: „Die Junker sind zu zahlreich, zu

mächtig, und haben das Königtum und die Armee auf ihrer Seite; auch das Zentrum geht mit ihnen." So urteilte ein Mann, der die Junker nur zu gut kannte. Er hat auch mit seiner Prophezeiung recht behalten. Seit dem Rücktritt Hohenlohes ist niemals wieder der Versuch gemacht worden, die Junkerherrschaft ernstlich anzugreifen oder auch nur zu beunruhigen. Im Gegenteil, wenn man sich heute eine Sitzung im preußischen Abgeordnetenhause ansieht, dann hat man den Eindruck, als seien die preußischen Minister nur die besseren Bediensteten der Junkerpartei.

Es ist das Verdienst des früheren Bürgermeisters Schücking von Husum, in die inneren Verhältnisse der preußischen Verwaltung hineingeleuchtet zu haben. Was er über die klägliche Ohnmacht der städtischen Beamten, über die Kontrolle der Bürgermeister durch die Landräte, über das Überwuchern des Korpswesens in der Verwaltung, über die mißbräuchliche Anwendung des Wahlrechts, über die rigorose Behandlung der Ausländer, kurzum über die Schikanierung der Selbstverwaltung in Preußen und die Willkürherrschaft der preußischen Bureaukratie vorbrachte, das war aus dem Leben gegriffen und mußte gerade deshalb wirken. Dafür hat man Herrn Schücking freilich den Prozeß gemacht. Er wurde zum Verlust seines Titels und seines Pensionsanspruchs verurteilt. Aber gerade dieser Prozeß selbst ließ die Auffassungen, die im preußischen Beamtentum gang und gäbe sind, in schönstem Licht erstrahlen. Da hörte man von dem öffentlichen Ankläger, dem Geheimrat von Falkenhayn, daß die Staatsanwaltschaft die „objektivste Behörde der Welt" sei. Da wurde eine Kritik

des Dreiklassenwahlrechts zu einer „Verunglimpfung“. Da wurde die Sorge Schückings um die Selbstverwaltung zu einer „krankhaften Auffassung“.

Das gegen Schücking gefällte Urteil rügt vor allem, daß er zu sehr verallgemeinert habe. Auch wenn sich der eine oder andere Beamte finden sollte, auf den die Behauptungen des Angeklagten zutreffen, so genüge das nicht, um von einem Typ sprechen zu können. Das sei eine schwere Beleidigung des höheren Verwaltungsbeamten. Nun wird man natürlich nicht alle Verwaltungsbeamten über einen Kamm scheren können. Es gibt unter ihnen gewiß auch manche tüchtige Kraft. Aber darauf kommt es doch gar nicht an, sondern auf die ganze Tendenz, von der die preußische Verwaltung erfüllt ist, auf die Auswahl, der die höheren Verwaltungsbeamten unterzogen werden, und auf die Grundsätze, nach denen sie ihr Amt zu führen pflegen. Sieht man sich aber die preußische Verwaltung daraufhin an, dann wird man nicht in Abrede stellen können, daß sie sich nicht etwa in den Dienst der Gesamtheit stellt, sondern vielfach den einzelnen Staatsbürger nach dem Maß seiner politischen Überzeugung mißt, daß sie sich in zahlreichen Fällen nicht an ihre amtlichen Befugnisse hält, sondern offen Parteipolitik treibt, daß sie auch die Selbstverwaltung in Kreis und Gemeinde sehr häufig mißachtet. Man müßte geradezu die Augen absichtlich verschließen, wollte man nicht sehen, wie so mancher Landrat in seinem Kreise allen politischen Widerspruch zum Schweigen zu bringen sucht, wie er oppositionelle Blätter schikaniert, wie er Gastwirte, die den liberalen und sozialdemokratischen Versammlungen ihre Säle nicht verweigern, durch allerlei Polizeimaßregeln das

Leben sauer macht, wie er selbst oder durch seine Beamten politische Agitation für die konservative Partei treibt und auf jede Weise dem Kreise seinen Willen aufzuzwingen sucht. Und wie die Landräte im Kreise, so machen es die Gemeindevorsteher und Gutsvorsteher in ihren engeren Bezirken. Nimmt man aber alles zusammen, berücksichtigt man die Machtfülle des einzelnen Beamten, die er besonders in kleinen Verhältnissen ausüben kann, und nimmt man hinzu, daß die ganze preußische Verwaltung fast durchweg von dem gleichen reaktionären Geist erfüllt ist, dann wird man ruhig sagen können, daß für einen sehr großen Teil des preußischen Volkes die staatsbürgerliche Freiheit, das Recht, sich politisch nach eigenem Ermessen zu entscheiden, nicht existiert. Auch hier gibt es natürlich starke Charaktere, die sich von der Verwaltung nicht beeinflussen lassen. Nur müssen sie immer darauf gefaßt sein, daß ihnen bei irgend einer Gelegenheit Schwierigkeiten gemacht werden. Und bei sehr zahlreichen Eingesessenen genügt es schon, daß der Herr Landrat irgend etwas will, um jeden Eigenwillen zu brechen.

Dabei handelt es sich durchaus nicht bloß um die Zustände auf dem Lande und in den kleinen Städten. Auch den Großstädten geht es nicht viel besser, und gerade die Reichshauptstadt Berlin kann über so manchen Eingriff der Verwaltung in ihr Selbstbestimmungsrecht, über so manche Schikane der Regierung, über so manche Verletzung der Selbstverwaltung klagen. Wie manchen Strauß hat die Berliner Gemeinde mit dem Provinzialschulkollegium auszufechten gehabt. Bald wurde gerügt, daß die Berliner Gemeinde einen städtischen Turnsaal einem polnischen

Turnverein zur Verfügung gestellt hatte, obwohl die Regierung zehn Jahre früher selbst für die Polen eingetreten war. Bald nahm man Anstoß daran, daß der freireligiösen Gemeinde das Gastrecht vom Magistrat gewährt worden war. Bald rügte man die große Zahl jüdischer Lehrkräfte und forderte ihre Verringerung. Bald maßte man sich die Aufsicht darüber an, ob die städtischen Lehrer im Weichbilde der Stadt Berlin oder außerhalb wohnen sollten. Solche und zahllose andere Eingriffe der Bureaukratie mögen ja nur wie Kleinigkeiten aussehen, aber sie illustrieren doch die fatale Abhängigkeit, in der sich eine große Gemeinde von der Verwaltung, und bisweilen von den Launen der Verwaltung befindet.

Bei all diesen kleinen und kleinlichen Versuchen, den Geist der Selbstverwaltung zu dämpfen, und dem Bürgertum zu bedeuten, daß es wohl Steuern zu bezahlen, aber zugleich den Mund zu halten habe, nimmt es sich dann höchst merkwürdig aus, wenn bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit die Selbstverwaltung gerühmt und die Tat des großen Freiherrn von Stein über den grünen Klee gelobt wird. Mit welchem rednerischen Aufwand ist nicht im Oktober 1908 das hundertjährige Jubiläum der preußischen Städteordnung gefeiert worden. Fürst Bülow sah in ihr eine Tat, welche den Grund zu der neuen Blüte städtischen Wesens legte und aus trüber Zeit als Zeugnis festen Bürgersinns und staatsmännischer Weisheit in eine bessere Gegenwart herüberleuchtet. Der Minister des Innern, von Moltke, der auch sonst gern der bürgerlichen Selbstverwaltung billigen Weihrauch streute, sprach von dem Reformator Preußens als dem Erzieher zu opferfreudigem Wirken im Gemeinwesen.

Und sogar Herr von Rheinbaben sah in dem Bewußtsein, daß der Geist des Freiherr von Stein in den Städten fortlebt, die frohe Gewähr, daß es auch in kommenden Jahrhunderten von ihnen heißen werde: *Plus ultra!* Und dabei ist es doch gerade die preußische Verwaltung gewesen, die das Selbstverwaltungsrecht der Städte hat verkümmern lassen. Wie viel wäre gerade heute auf dem Gebiet der kommunalen Reformen zu tun, um an die Stelle des elenden kommunalen Wahlrechts ein freieres Wahlrecht zu setzen, das mit dem Privilegium der Hausbesitzer aufräumt, wie notwendig wäre eine bessere Ausgestaltung des kommunalen Steuerwesens, wie dringend erforderlich wäre es, auf dem Gebiet des Wohnungswesens neue Bahnen zu suchen. Wie drängt heute alles darauf hin, nicht bloß die Verkehrsanstalten, sondern auch die mannigfaltigsten gewerblichen Unternehmungen, die untrennbar mit dem städtischen Gemeinwesen zusammenhängen, zu verstadtlichen, und wie zahllose Aufgaben treten uns auf dem Gebiet der sozialen Hilfstätigkeit in dem Nachweis von Arbeit, in der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, in der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und an so manchen anderen Punkten entgegen. Aber die Selbstverwaltung in den Städten ist leider heute vielfach *verknöchert*. Das mag zum Teil auch an den Verwaltungsorganen selbst liegen, aber es liegt doch zum guten Teil an der nörgelnden Einmischung der staatlichen Verwaltung, die keine schöpferische Freudigkeit in den einzelnen Organen aufkommen läßt. Fürst Bülow hat wie an so manche andere Reform, auch daran „gedacht", die Kräfte der großen Städte zu entfesseln, ihnen mehr Freiheit in der kommunalen Besteuerung und auf

anderen Gebieten zu gewähren. Aber es ist bei den Gedanken geblieben. Und ebenso wartet man noch immer darauf, daß nun auch einmal die bessernde Hand an die Verwaltung selbst gelegt wird. Allerdings ist ja zu diesem Zweck eine Kommission eingesetzt worden, von der man auch von Zeit zu Zeit einmal ein Lebenszeichen vernimmt. Aber bisher hat die Mühle immer nur geklappert, ohne daß sie auch nur ein Körnchen Mehl gab, und wenn die Kommission schließlich fertig sein sollte, dann wird des Pudels Kern sein, daß der heute schon fast allmächtige Landrat mit noch größerer Machtbefugnis ausgerüstet wird. Ob es auf der anderen Seite gelingen wird, den Geschäftsgang zu vereinfachen, und die entsetzliche Vielschreiberei der Behörden etwas einzuschränken, das steht auch noch dahin. Aber selbst wenn in einigen Punkten mehr äußerlicher Natur ein kleiner Fortschritt erzielt würde, so wäre er unwesentlich, so lange der Geist der preußischen Verwaltung nicht geändert wird. Das kann freilich nicht von oben gemacht werden, auch wenn der Wille dazu vorhanden wäre, das läßt sich nur aus dem Volk heraus machen. Es muß sich erst einmal seiner Kraft bewußt werden, es muß auch des spießbürgerlichen Geistes Herr werden, der heute leider in sehr weiten Kreisen des städtischen Bürgertums herrscht, wenn es endlich die Fesseln sprengen will, die seine Selbstbestimmung einengen.

Ist es doch ohnehin mit den Leistungen der preußischen Bureaukratie nicht weit her. Von ihr gilt Faustens Wort: „Du kannst im Großen nichts verrichten und fängst es nun im Kleinen an.“ In allen Kleinigkeiten ist sie außerordentlich leistungsfähig, wo es aber gilt, einmal an einem großen Werk zu zeigen,

daß sie etwas kann, da versagt sie. Es ist noch ein Erbe des Fürsten Bismarck, die Ostmark durch die Besiedlung mit einem Stamm kerndeutscher Bauern vor der drohenden Polonisierung zu retten. Man hat zu diesem Zwecke die Ansiedlungskommission gegründet und Hunderte von Millionen in das zweifelhafte Geschäft gesteckt. Aber daß man dem Polentum ernstlich Abbruch getan hätte, das behaupten heute nicht einmal die unbedingten Anhänger der Germanisierungspolitik in den Ostmarken. Die Folge des Millionensegens, der sich über die Provinzen Posen und Westpreußen ergoß, war nur, daß die Güterpreise in die Höhe getrieben wurden. Die Polen, bis dahin gespalten in den herrschenden Adel und die dienende Landbevölkerung, schlossen sich zusammen und griffen mit ihrer Propaganda sogar auf das seit langen Jahrhunderten deutsche Oberschlesien über. Der deutschen Parzellierung setzte man die polnische Ansiedlung von Kleinbauern gegenüber, und heute ist es schon so weit, daß das Polentum mehr deutschen Boden sich aneignet, als es den Deutschen möglich ist, polnischen Boden zu besiedeln. Schon vor mehreren Jahren stellte es sich mit aller Deutlichkeit heraus, daß das Ansiedlungswerk so gut wie verkracht sei. Die polnischen Grundbesitzer verkauften nicht mehr, und die Ansiedlungskommission mußte wohl oder übel ihre Gelder zum Ankauf deutschen Bodens verwenden. Auch das hätte noch nichts geschadet, wenn man wenigstens ganze Arbeit gemacht und mit den in deutschem Besitz befindlichen Latifundien gründlich aufgeräumt hätte, da es ziemlich gleichgültig ist, ob der Großgrundbesitz sich formell in deutscher oder in polnischer Hand befindet, weil der Großgrundbesitz

unter allen Umständen von polnischen Arbeitern abhängig ist und deshalb auf eine Vermehrung des polnischen Elements hinwirkt. Aber wir müßten nicht in Preußen unter der Herrschaft des Großgrundbesitzes stehen, wenn nicht gerade diese Wirkung des Ansiedlungsgesetzes von den preußischen Junkern hintertrieben worden wäre. Ihnen war es bei der ganzen Sache nur darum zu tun, die sogenannten Restgüter und damit die Herrschaft des Großgrundbesitzes im Osten aufrecht zu erhalten. Und der Regierung blieb nichts übrig, als diesen agrarischen Wünschen sich zu unterwerfen. Damit aber ist der ganzen Ansiedlungspolitik das Rückgrat gebrochen worden. Mit dem Großgrundbesitz läßt sich überhaupt keine Germanisierungspolitik durchführen. Sie kann nur gegen den Großgrundbesitz gemacht werden.

Auch das Enteignungsgesetz, das Fürst Bülow im Anfang des Jahres 1908 zustande brachte, kann diesen Zusammenbruch der Polenpolitik nicht aufhalten. Man wird zugeben müssen, daß es sich dabei um ein höchst gewagtes Experiment handelte, insofern sich der Charakter einer Ausnahmemaßregel nicht bestreiten ließ, auch wenn er nur darin zum Ausdruck kam, daß das Gesetz nur für die Ostmark gelten soll. In der Sache ist es natürlich nicht zweifelhaft, daß nach dem Willen der preußischen Regierung das Gesetz nur gegen polnische, nicht gegen deutsche Grundbesitzer angewendet werden soll. Die preußischen Grandseigneurs witterten trotzdem Unheil und hätten wohl die Vorlage zu Fall gebracht, wenn sich nicht Fürst Bülow auf die Bürgermeister und Professoren des Herrenhauses hätte stützen können, die unter Führung des Frankfurter Bürgermeisters Adickes und

Professor Schmollers die preußische Regierung herauspaukten. So hat denn auf dem Papier die preußische Regierung das Recht, siebzigtausend Hektar ostmärkischen Bodens zu enteignen. Nur hat man sich völlig in der Annahme getäuscht, daß es genügen würde, nur das Enteignungsgesetz zu verabschieden, um die polnischen Gutsbesitzer gefügig zu machen. Die Polen denken gar nicht daran, freiwillig nachzugeben. Ich habe damals im „Berliner Tageblatt" geschrieben:

„Die Enteignung ist durchgedrückt. Damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß sie nun etwas helfen wird. Fürst Bülow ist ja in diesem Falle wie bei anderen Gelegenheiten Optimist. Er ist es bis zu dem Grade, daß er nicht allein von den Wirkungen seiner Vorlage überzeugt ist, sondern daß er sich sogar der Hoffnung hingibt, daß die Enteignung so wenig und so selten wie möglich zur Anwendung gelangen werde. Er meint offenbar, daß er es bei den Polen mit lauter Universitätsprofessoren zu tun hat. Die Polen werden sich schwerlich diese vortrefflichen Staatsbürger zum Muster nehmen, sondern sie dürften jetzt erst recht der Ansiedelungskommission nicht einen Zoll breit Boden freiwillig überlassen. Diese 70 000 Hektare, die nach dem Antrage Adickes enteignet werden sollen, müssen in jedem einzelnen Falle den polnischen Besitzern zwangsweise abgenommen werden.

Gleichzeitig aber wird der Nationalitätenkampf in den Ostmarken, der heute schon das ganze öffentliche Leben vergiftet, eine schneidende Schärfe annehmen. Es will wirklich nicht viel sagen, wenn sich irgendein Minister, der ja keine bleibende Stätte in seinem Amte hat, sich hinstellt und erklärt, die Verantwortung für irgendeine schwerwiegende Maßregel vor der Geschichte tragen zu wollen. Die Folgen bleiben nicht auf dem Minister sitzen, sondern auf dem Volke, das in solche Abenteuer hineingeführt wird. Gerade weil wir es für eine der wichtigsten Aufgaben der preußischen Politik

halten, das Deutschtum in den Ostmarken zu stärken, erscheint es uns als eine große Gefahr, wenn ein falscher und gefährlicher Weg beschritten wird, wie es hier geschehen ist."

So ist es auch gekommen. Heute gesteht man ganz offen ein, daß nicht ein Hektar polnischen Bodens mehr auf freihändigem Wege erworben werden könne. Aber es ist auch so gekommen, wie es über die Verantwortung des damals leitenden Staatsmanns gesagt wurde. Fürst Bülow ist heute fern vom Schuß. Ihn braucht es nicht mehr zu kümmern, wie es mit der Enteignung wird. Aber das preußische Volk hat die Geschichte auszubaden. Nun drängt der Ostmarkenverein, daß man endlich mit dem Enteignungsgesetz ernst mache. Auch sonst sucht man der Öffentlichkeit die Zwangsenteignung dadurch schmackhaft zu machen, daß man behauptet, zahlreiche polnische Besitzer warteten nur darauf, daß die Enteignung beginnt. Wenn erst ein paar Besitzer enteignet sein würden, dann würden die übrigen schon von selbst kommen. Aber wenn man auch nur einen einzigen Polen enteignet, dann hat man das gleiche Odium auf sich geladen, als wenn man alle siebzigtausend Hektar zwangsweise den Polen abnehmen würde. Und man wird sich wieder verrechnen, wenn man glaubt, daß nun die anderen von selbst kommen würden. Sie werden sich alle mit Gewalt von der Scholle jagen lassen, auch wenn sie gern freiwillig gehen würden, schon um der preußischen Regierung so viel Schwierigkeiten als irgend möglich zu bereiten.

Herr von Bethmann Hollweg weiß vollends nicht, was er unter diesen Umständen tun soll. Daß er den Mut haben sollte, diese schlimmste Hinterlassenschaft

aus der Ära Bülow wieder zu beseitigen, daran ist natürlich nicht zu denken. Er hat sich gegen das Drängen der Ansiedlungskommission taub gestellt, so lange es irgend ging, und nur gelegentlich andeuten lassen, daß er eigentlich ein Gegner jeder Ausnahmegesetzgebung sei. Das ist freilich auch nur cum grano salis zu verstehen. Ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie würde er nur zu gern machen, wenn er könnte. Aber das Enteignungsgesetz möchte er allerdings am liebsten nicht anwenden, weil er die Polen im Reiche braucht, wenn er nicht ohne eine brauchbare Mehrheit dastehen soll. Aber wenn er schließlich, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, sich dazu verstehen muß, das Enteignungsgesetz anzuwenden, und wenn auf diese Weise wirklich wieder einiger Boden für deutsche Ansiedler geschaffen wird, so wäre es doch völlig verkehrt, wollte man annehmen, daß es damit nun getan sei. Der Kampf zwischen Polen und Deutschen wird in der Ostmark nur mit doppelter Heftigkeit entbrennen. Und es läßt sich nun einmal nicht bestreiten, daß die Anwendung eines Ausnahmegesetzes immer dem Angreifer ein schlechtes Gewissen einbringt. Es gehört wirklich etwas wie Verbohrtheit dazu, annehmen zu wollen, daß sich mit solchen Mitteln das Deutschtum in den Ostmarken festigen ließe. Aber man greift dazu, weil man nichts besseres hat. Denn die Mittel, die wirklich helfen, die Mittel der Kultur und der Zivilisation, dürfen nicht angewendet werden, weil es in diesem Falle Herr von Bethmann Hollweg nicht bloß mit den polnischen, sondern noch mehr mit den deutschen Großgrundbesitzern zu tun bekommen würde, und weil dann auch das Zentrum noch ganz andere Seiten aufziehen würde. So heißt es in jedem

Fall, mag das Enteignungsgesetz angewendet werden oder nicht, wie einst in dem Spruch des delphischen Orakels an König Krösus: „Wenn du über den Halys gehst, wirst du ein großes Reich zerstören.“

Dieses Vorgehen gegen die Polen ist aber in doppelter Weise für die preußische Bureaukratie charakteristisch. Sie erreicht nichts, weil sie ihre Macht falsch anwendet, und sie leistet nichts, weil sie sich falscher Mittel bedient. Hätte man irgend einen intelligenten Privatunternehmer mit den Hunderten von Millionen der Ansiedlungskommission schalten und walten lassen, er hätte die vielfache Zahl deutscher Bauern in der Ostmark angesiedelt, die durch die Ansiedlungskommission in den Osten gebracht worden sind. Und wieder, hätte man etwas erreichen wollen, dann durfte man nicht mit der Enteignung drohen, da man sich sagen mußte, daß damit die Schwierigkeiten für die Germanisierungspolitik nur vermehrt werden. Heute sieht man nur auf Trümmer. Die Zahl der Polen hat sich vermehrt, die Zahl der polnischen Abgeordneten ist gerade unter dem Ansiedlungsgesetz gewachsen. Vor zwanzig Jahren hätte man vielleicht die Polen durch eine geschickte Taktik spalten können. Heute sind sie im Feuer der angeblichen oder wirklichen Verfolgung zusammengeschmiedet.

Und so wie in der Ostmark geht es doch überall. Die innere Verwaltung der preußischen Monarchie krankt an völliger Unfruchtbarkeit. Was sie anfaßt, das macht sie verkehrt. Überall, wo die Bureaukratie ansetzt, da holt sie sich Schlappen, bei den Eisenbahnen, bei den Bergwerken, bei Kali und Kohle, bei der inneren Landeskultur. Sie kommt eben von den Kraut- und Schlotjunkern nicht los: sie holt immer wieder

für eine kleine einflußreiche Klique die Kastanien aus dem Feuer und spielt dafür den Herrn, wo es ihr ungefährlich erscheint, dem Bürger und dem Arbeiter gegenüber. Dieses ganze System ist längst überholt, und es ist wert, daß es zugrunde geht. Nur wenn die preußische Verwaltung völlig auf neue Grundlagen gestellt sein wird, nur wenn nicht der Geist des Klüngels, sondern der Wille des Volkes in ihr lebendig ist, kann Preußen sich aus dem Sumpf herausraffen, in dem es trotz aller Jubiläumsfeiern der Selbstverwaltung, trotz aller schönen Ministerreden und unendlicher, mit Bienenfleiß geschriebenen Aktenstöße bis zu den Ohren steckt. Die Modernisierung des verknöcherten Preußen, das ist die große Aufgabe, von deren Lösung der Aufschwung des deutschen Reiches abhängt.

Ausblick

Allons enfants de la patrie!

Wie auf allen Gebieten des Lebens, so sind es auch in der Politik wenige große Grundbegriffe, aus denen sich die ungeheure Mannigfaltigkeit des Lebens aufbaut. Freiheit und Friede, in diese beiden Worte läßt sich schließlich alles zusammenfassen, was ein Volk braucht, um seine nationalen, wirtschaftlichen und geistigen Kräfte entfalten zu können. Nun ist es freilich ganz richtig, daß die Freiheit nicht in Schrankenlosigkeit und Zügellosigkeit ausarten, und daß der Friede nicht durch schwächliche Nachgiebigkeit erkauft werden darf. Aber wenn man zunächst das Freiheitsproblem etwas näher ins Auge faßt, dann wird man wirklich nicht zu befürchten brauchen, daß davon der Deutsche so leicht zu viel bekommen kann. Es ist im einzelnen nachgewiesen worden, welche Hemmungen und Hindernisse den freiheitlichen Bestrebungen heute von allen Seiten in den Weg gelegt werden. Die wissenschaftliche Forschung, die heute noch am ersten einer gewissen Freiheit sich erfreut, ist doch von der wirklichen Voraussetzungslosigkeit ungehemmter Arbeit außerordentlich weit entfernt. Es wird bei ihr zum mindesten immer gefordert, daß sie, soweit es sich um die Geisteswissenschaften handelt, nicht mit den religiösen Dogmen sich in Widerspruch stellen darf oder wohl gar, daß sie im „Aufblick zur Gottheit" betrieben werden müsse. Und wie die Kirche auf der einen Seite an der Wissenschaft zerrt, so sucht sich ihrer

auf der anderen Seite der Staat zu bemächtigen. Für die Philosophie, die Geschichte und die Volkswirtschaft versteht es sich heute bei uns von selbst, daß sie „staatserhaltend" sein müssen in dem Sinne, daß sie die bestehenden Institutionen, die Monarchie, das Eigentum, die Ehe, und nicht zuletzt auch die Polizei mit wissenschaftlichen Gründen schützen. Gewiß kann diese „staatserhaltende" Forderung der Wissenschaft gegenüber nicht immer rein durchgeführt werden, aber soweit der Staat Einfluß auf sie hat, also besonders durch seine höheren Schulen und Universitäten, sorgt er dafür, daß kein Unkraut unter den Weizen gesät werden darf. Wer sich in den Ruf gebracht hat, in rücksichtsloser Forschung die Grenzen der staatlich approbierten Wissenschaft ignoriert oder überschritten zu haben, der wird sich nur schwer gegen den bestehenden Staat behaupten können, in keinem Falle wird er von seiner Seite auch nur die geringste Förderung gewärtigen können.

Auch mit der religiösen Freiheit ist es recht mangelhaft bestellt. Obgleich es heutzutage gewiß nur sehr wenige überzeugte Christen gibt, und obgleich eigentlich nach der Verfassung der deutschen Einzelstaaten die Religion aus dem politischen Leben ausgeschaltet sein sollte, wird doch immer vom „christlichen Staat" gesprochen, ja der Staat erschwert es dem Einzelnen so viel er nur irgend kann, sich von den kirchlichen Organisationen loszusagen. Er hat auch immer noch ein sehr starkes Interesse daran, zu erfahren, ob der Einzelne Protestant oder Katholik oder Jude oder gar Dissident sei, obgleich ihn das nicht im geringsten etwas angeht. Und wenn man sich der Schikanen erinnert, die beispielsweise gegen die freireligiösen Gemeinden

von den Behörden unternommen werden, wenn man sieht, wie der Staat die Kirchensteuern eintreibt und auch solche Staatsbürger noch zu den Steuern heranzieht, die sich von jeder Beziehung zu den bestehenden Kirchen losgesagt haben, wie sogar bei Austritten aus der Kirche seitens der Behörden Bekehrungsversuche gemacht werden, dann wird man zugeben müssen, daß die religiöse Selbstbestimmung, wie so viele Verfassungsbestimmungen, eben nur auf dem geduldigen Papier steht.

In der Verwaltung ist vollends alles auf eine Kontrolle durch die Bureaukratie zugeschnitten. Von der bürgerlichen Selbstverwaltung kann man heute kaum in einem anderen als in einem ironischen Sinne sprechen. Das heißt, die Selbstverwaltungsorgane sind gut genug, um den staatlichen Beamten die lästigsten Arbeiten abzunehmen und für die Eintreibung der Steuern zu sorgen, auch den Unterhalt der staatlichen Beamten zu bezahlen, aber sobald sie den Versuch machen, einmal selbständig in ihrem Kreise reformieren zu wollen, greift die Bureaukratie rücksichtslos ein. Und es ist nicht bloß die Bevormundungssucht der Behörden, die der Selbstverwaltung gegenüber zum Ausdruck kommt, sondern vielfach dokumentiert sich eine offene Feindseligkeit gegen die Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden. Auch dort, wo sich einmal gewisse Teile des Volkes selbst zu organisieren versuchen, tritt die immer mißtrauische Bureaukratie, wo sie nur irgend kann, störend dazwischen. Das geht so weit, daß selbst die Organisationen der Krankenkassen und der Unfallversicherung, die auf ihrem Gebiet außerordentliche Leistungen aufzuweisen haben, bureaukratisiert und schablonisiert werden sollen, nur

damit nichts geschieht, ohne daß die Behörde ihre Nase hineinstecken kann. Das Volk soll eben nicht die Freiheit haben, sich schlecht zu regieren. Nur hat es auch nicht einmal die Freiheit, sich gut zu regieren.

Mit der persönlichen Freiheit und mit der Freiheit der politischen Parteien ist es erst recht schwach bestellt. Von der Wiege bis zum Grabe wird der einzelne Staatsbürger in zahllose Gesetze und Verordnungen eingeschnürt, die alle nur den Zweck haben, ihn besser unter der Kontrolle der Behörden und der Polizei halten zu können. Es ist erstaunlich, wie viel „Papiere" der deutsche Staatsbürger im Lauf seines Lebens braucht, wie zahllose Examina er bestehen muß, wenn er es auf der Stufenleiter des Kastenwesens über den niedrigsten Grad hinausbringen will. In dieser Beziehung stehen wir nicht hinter den Chinesen zurück, sondern wir übertreffen sie noch. Dabei muß aber festgestellt werden, daß die libertinische Zügellosigkeit der oberen Klassen mit äußerster Schonung behandelt wird, während die arbeitenden Klassen beständig auf ihre gute Gesinnung und ihre Unterwürfigkeit hin überwacht werden. Und wenn auch in den großen Städten sich der Einzelne noch der Kontrolle durch die staatlichen Organe und ihre Mittelspersonen einigermaßen entziehen kann, wenn sich hier auch die Parteien eine gewisse Bewegungsfreiheit, mühsam genug, erkämpft haben, so wird auf dem Lande das patriarchalische Regiment um so strenger gehandhabt, selbstverständlich nicht nach seiner guten, sondern fast immer nur nach seiner verwerflichen, freiheitsfeindlichen Seite hin. Diese Zustände sind so schlimm, daß man nicht nötig hat, sich wegen der angeblichen Sklaverei des sozialen Staats

zu erhitzen. Wenn von sozialistischer Seite wirkliche Gefahren drohen sollten, dann wird man sich ihrer schon zu erwehren wissen. Vorläufig indessen handelt es sich nicht um die Bekämpfung des Zukunftsstaates, sondern um die Überwindung der freiheitsfeindlichen Hemmungen, an denen der Gegenwartsstaat leider gar zu reich ist. Es ist auch nichts anderes, als der Wunsch, die Blicke von den recht verbesserungsbedürftigen Zuständen der Gegenwart abzulenken, wenn immer wieder über den „Terrorismus" der Sozialdemokratie gejammert wird. Hat sich das deutsche Volk erst einmal seine Freiheit vom Absolutismus und Bureaukratismus erkämpft, dann wird es sich auch schon künftige Freiheitsbeschränkungen vom Leibe zu halten wissen.

So ergibt sich hier schon als Ausfluß des Freiheitsgedankens die Notwendigkeit der Überwindung aller Widerstände, die der Selbstbestimmung des einzelnen und des gesamten Volkes Gefahr drohen. Es sind die alten und überlebten Reste der Vergangenheit, die ausgeschaltet werden müssen, die Reste des fürstlichen Absolutismus ebenso wie die der kirchlichen Bevormundung. So weit es sich um die Kirche handelt, kann es dabei gar kein anderes Ziel geben, als die völlige Loslösung der Kirche vom Staat, wie sie heute schon in fortgeschritteneren Staaten durchgesetzt worden ist. Nur muß man acht darauf haben, daß nicht etwa unter dem Deckmantel einer Trennung beider Organisationen der Kirche ein neuer Machtzuwachs ermöglicht wird. Diese Trennung setzt vielmehr voraus, daß die Kirche aus der Volksschule völlig entfernt wird und daß ihr allein überlassen bleibt, für die religiöse Unterweisung der her-

anwachsenden Jugend zu sorgen, so weit es dem Wunsch der Eltern entspricht. Der Staat hat der Kirche keine Büttelbienste zu leisten. Er hat ihr erst recht nicht die religiöse Ausbildung der Jugend abzunehmen. Was der Staat braucht, das sind Bürger, die für diese Erde und für dieses Leben erzogen werden, nicht für irgend welche Zwecke und Ziele, die sich innerhalb des Staates doch nicht realisieren lassen. Denn der Staat selbst kann seiner ganzen Natur nach nicht christlich oder sonstwie konfessionell sein. Die staatlichen Notwendigkeiten werden immer in schroffstem Gegensatz zu den Lehren der Kirche stehen, und alle Versuche, Politik und Religion zu vereinigen, laufen auf nichts als auf Selbsttäuschung hinaus, wenn sie nicht gar den Zweck haben, das Volk wissentlich irre zu führen.

Nicht minder ist der Absolutismus auch in seinen heutigen Resten noch eine außerordentliche Gefahr für die Gesamtheit des Volkes, die deshalb überwunden werden muß. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß eigentlich in diesen ganzen zwanzig Jahren das Volk in einer beständigen Angst geschwebt hat, es könnte irgend etwas geschehen, für das es nachher verantwortlich gemacht werden könnte. Von Stetigkeit der Politik konnte nicht die Rede sein, so lange im Reich und in Preußen der Wille eines Einzelnen galt. Auch wenn man zugibt, daß ein Volk, das sich selbst regiert oder das doch wenigstens starke Sicherungen gegen die Willkür eines Einzelnen besitzt, sich nicht immer gut regiert, so muß doch ebenso bestimmt ausgesprochen werden, daß die Sicherheit gegen folgenschwere Plötzlichkeiten viel besser gewährleistet erscheint, wenn die Erwählten des Volkes die eigentliche

Macht in der Hand haben, und wenn diese Macht von einem Kollegium erfahrener Männer ausgeübt wird, die der Volksvertretung in jedem Augenblick für ihr Tun verantwortlich sind, die auch berufen und wieder gestürzt werden können, wenn sie ihre Pflicht nicht in der Linie des Volkswillens erfüllen.

In welcher Weise sich der Schutz der verfassungsrechtlichen Bestimmungen verwirklichen läßt, darüber ist oben schon ausführlich gesprochen worden. Es wäre vielleicht verkehrt, auf diesem Gebiet alles auf einmal zu fordern. Aber ein Reichstag, der sich nicht zum Bediensteten des Absolutismus machen will, kann gar nicht anders, als immer wieder darauf hinzudrängen, daß nichts ohne seine Zustimmung geschieht; das der verantwortliche Reichsbeamte ihm für alle Handlungen und Unterlassungen der Regierung und Verwaltung Rede und Antwort zu stehen hat, und daß er ganz besonders verantwortlich gemacht wird für alles, was von unverantwortlicher Stelle gesagt und getan wird. Diese Verantwortlichkeit des Reichskanzlers greifbar zu machen, sie auch in bestimmten Fällen, wo der Wille des Reichstages mißachtet worden ist, durchzudrücken, das ist die erste Bedingung, wenn wir aus dem schädlichen und unwürdigen Kryptoabsolutismus herauskommen wollen. Dann wird es sich ganz von selbst ergeben, daß die Regierung sich in den Dienst der Mehrheit des Volkes stellt, statt daß sie heute die völlig unhaltbare These von der „Regierung über den Parteien" verficht. Denn diese „Regierung über den Parteien" hat es nie gegeben und kann es nicht geben. Sie läuft nur auf die Behauptung hinaus, daß ein Mensch in der Lage sei, sich unabhängig von Tagesmeinungen und Ansichten

zu halten, während er in Wirklichkeit nur zu leicht die Ansichten einer kleinen Minderheit vertritt. Auch braucht man nicht zu besorgen, daß gerade eine Stärkung des Einflusses der Volksvertretung uns zu reaktionären Zuständen führen könnte, die noch schlimmer wären, als das heutige Regime. Schlimmer als das heutige Regime mit seinem halbabsolutistischen Hintergrund kann es überhaupt nicht werden. Und wenn selbst die Blauen und Schwarzen für absehbare Zeit das Heft in der Hand behalten sollten, was aber nicht einmal anzunehmen ist, dann würden sie doch nur die gleiche Situation schaffen, in der wir uns heute schon befinden. Nur daß dann diese Parteien nicht mehr dem Volke vorflunkern könnten, sie seien an den unerfreulichen Zuständen schuldlos, da ja die Regierung nicht mit ihnen identisch sei. Müßten aber die reaktionären Parteien Farbe bekennen, könnte man sie bei den Ohren nehmen, und sie auf den Mißbrauch hinweisen, den sie mit ihrer Macht getrieben haben, dann wäre es mit ihrer Herrlichkeit bald vorbei. Denn soviel Vertrauen wird man schon zum Volk in seiner Mehrheit haben müssen, daß es sich nicht absichtlich schlecht regieren lassen will.

Die Voraussetzung ist freilich, daß der Wille des Volkes rein und unverfälscht durch die Wahlen zum Ausdruck kommt. Auch in dieser Beziehung bleibt ja noch viel zu tun, beim Reichstagswahlrecht wie noch mehr bei den Wahlrechten zu den Einzelparlamenten. Indessen wird man sich auch hier nicht auf Prinzipien versteifen dürfen und etwa den Grundsatz „alles oder nichts" verfechten wollen, sondern man wird jeden Versuch unterstützen müssen, der in der Richtung eines gleichen und allgemeinen Wahl-

rechts liegt. Und nur dort wird man unbedingt Nein sagen müssen, wo der Versuch gemacht wird, unter dem Schein einer „Wahlreform“ das alte Elend zu hohen Jahren kommen zu lassen. Damit ist dann allerdings der Bethmannschen Wahlreform das Urteil gesprochen. Sie hat ihr Schicksal reichlich verdient, und sie schreckt hoffentlich alle Nachfolger des Herrn von Bethmann Hollweg vor ähnlichen untauglichen Experimenten ab. Aber ohne die Beseitigung der preußischen Dreiklassenwahl kann allerdings Preußen nicht vorwärts kommen, und so lange sie besteht, wird auch das deutsche Reich in den Banden des preußischen Junkertums liegen. Deshalb gibt es heute für die preußische Politik keine Aufgabe, die sich auch nur annähernd mit der Beseitigung der Dreiklassenwahl und mit der Durchsetzung des Reichstagswahlrechts in Preußen an Wichtigkeit messen könnte. Von diesem Punkte aus sind alle Schäden des heutigen Regimes zu kurieren. Und so lange hier nicht die Besserung erzwungen worden ist, kommen wir auch im Reich nicht weiter.

Wie mit der Freiheit, so verhält es sich auch mit dem Frieden. Beide höchsten politischen Güter eines mündigen Volkes können nur durch das Volk selbst errungen werden. Friede nach außen so gut wie Friede im Innern. Man hat davon gesprochen, daß wir heute eigentlich im latenten Bürgerkriege stehen; und wenn auch in einer solchen Behauptung ein gut Stück Übertreibung steckt, so ist doch so viel wahr, daß der innere Friede den schlimmsten Gefahren ausgesetzt ist, die ebenso aus dem Widerstreit der Klassen wie aus der Herrschsucht der privilegierten Kreise stammen. Es ist leider nicht daran zu zweifeln,

daß es eine gar nicht so kleine und erst recht nicht einflußlose Partei gibt, die ein direktes Interesse daran hat, daß einmal auf das Volk geschossen wird, damit die Freiheitsbewegung des Volkes um Jahrzehnte zurückgeworfen werden kann. Diesen Scharfmachern aller Art genau auf die Finger zu sehen und ihren Kniffen bis in die letzten Verzweigungen nachzugehen, ist ein Gebot der bürgerlichen Selbsterhaltung. Aber wenn man selbst annehmen darf, daß sich das deutsche Volk in bewundernswürdiger Mäßigung nicht wird provozieren lassen, so bleibt doch diese Gefahr eines offenen Konflikts bestehen, so lange nicht das Volk selbst über sein Geschick entscheiden kann. Ebenso aber kann der innere Friede nicht gedeihen, so lange auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet die größten Ungleichheiten und Unterschiede bestehen. Hier bietet sich ein weites Feld für alle, die dem Frieden und der Verständigung wirklich dienen wollen. In der Richtung des inneren Friedens liegen ebenso die Bestrebungen zu einer allmählichen Abtragung der Schutzzollmauern, die nur eine ungleiche Verteilung der wirtschaftlichen Güter befördern helfen, ohne sonst etwas für die allgemeine Wohlfahrt zu nützen. In dieser Richtung liegt der Schutz und die Fürsorge für die Schwachen, die Kranken, Invaliden und Arbeitsunfähigen, für die Witwen und Waisen. Es ist richtig und gewiß erfreulich, daß das deutsche Reich auf diesem Gebiet schon etwas getan hat, und mehr als die meisten anderen Nationen, aber das beste bleibt auch jetzt noch zu tun, und es ist im höchsten Maße kurzsichtig, davon sprechen zu wollen, daß jetzt einmal eine Pause in der Sozialpolitik eintreten müsse. Im Gegenteil, sie muß jetzt erst recht beginnen.

Der äußere Friede ist uns in diesen zwanzig Jahren, wenn wir von einigen doch nur nebensächlichen Episoden absehen, erhalten geblieben. Selbst wenn man der Meinung sein sollte, daß wir diesen Frieden mit den außerordentlich großen Lasten für Heer und Flotte sehr teuer bezahlt haben, wird doch niemand behaupten wollen, daß uns ein verlorener Krieg nicht noch viel mehr gekostet haben würde. Die Verantwortung für eine Vernachlässigung unserer Rüstungen aus Rücksichten auf den Kostenpunkt wird kein ernster Politiker übernehmen wollen, auch wenn man darauf dringen muß, daß auf dem Gebiet der Wehrhaftigkeit der Nation jede Verschwendung vermieden wird, daß man keine unnützen Uniformspielereien treibt, daß man keine Sinekuren schafft, nur um einige halbinvalide Generäle zu versorgen, daß überhaupt mit der denkbar größten Sparsamkeit gewirtschaftet werde. Immerhin kann man der Ansicht, die der Kaiser in seiner bekannten Königsberger Rede am 25. August 1910 geäußert hat, nur zustimmen, daß wir unsere Rüstung lückenlos erhalten müssen, wobei freilich der Begriff der Lückenlosigkeit richtig umgrenzt werden muß. Um so bedenklicher aber erscheint es, daß der Kaiser damals hinzufügte: „Denn nur auf unserer Rüstung beruht unser Friede." Wollte man diesen Satz verallgemeinern und auf alle Kulturstaaten ausdehnen, dann käme man zu sehr bedenklichen Konsequenzen. In diesem Fall schwebten zunächst einmal alle kleineren Staaten, die nicht in der Lage sind, es mit den Großmächten aufzunehmen, in der Gefahr, von den größeren Staaten verschluckt zu werden. Und doch erfreuen sie sich ihres Daseins und prosperieren zum Teil ausgezeichnet.

Aber würde man selbst einwenden, daß man Großes mit Kleinem nicht vergleichen dürfe, was bis zu einem gewissen Punkt ganz richtig ist, dann wird man doch mit aller Entschiedenheit hervorheben müssen, daß es auch noch andere Sicherungen des Friedens gibt. Schon die Bündnisse zwischen einzelnen Mächten, nicht zuletzt der Dreibund, laufen doch darauf hinaus, die militärische Macht der verbündeten Staaten zu bestimmten Zwecken zur Verfügung zu halten und so die Macht des Einzelnen zu verstärken. Aber man würde überhaupt nicht weit in der Weltpolitik kommen, wenn man immer nur wie einst Brennus das Schwert in die Wagschale zu werfen hätte. Eine sachgemäße auswärtige Politik hat eben die Aufgabe, durch eine geschickte Benützung der Umstände auch dort etwas zu erreichen, wohin unsere Waffen nicht reichen oder wo sie doch nur unter großen Schwierigkeiten zur Anwendung gelangen könnten. Es liegt im Lebensinteresse jedes einzelnen Staates, auch des größten, die rohe Entscheidung durch das Schwert so viel als irgend möglich auszuschalten und an ihre Stelle die friedliche und freundschaftliche Verständigung zu setzen. Diese Tatsache drängt sich natürlich so unmittelbar auf, daß sie auch von der deutschen Regierung nicht übersehen werden konnte, wie wir uns denn in diesen zwanzig Jahren praktisch als ein Hort des europäischen Friedens erwiesen haben. Auch haben wir von Verträgen und Verständigungskommissionen einen recht erfreulichen Gebrauch gemacht. Aber man wird trotzdem nicht leugnen können, daß unsere auswärtige Politik sich nur zu häufig nicht von allerlei Rücksichten frei machen konnte, die viel mehr im dynastischen als im Volksinteresse lagen. Ebenso läßt sich

nicht in Abrede stellen, daß wir, mehr als nötig war, mit dem Säbel gerasselt haben. Gegenwärtig gibt es auf dem ganzen Gebiet der auswärtigen Politik keine wichtigere und dringendere Aufgabe, als mit England zu einer Verständigung über die Flottenrüstungen zu gelangen. Daß diese Aufgabe nicht leicht sei, mag ohne weiteres zugegeben werden; daß sie unlösbar sei, ist ebenso bestimmt in Abrede zu stellen. Schwierigkeiten sind dazu da, überwunden zu werden.

Man wird auch nicht übersehen dürfen, daß die Kulturentwicklung doch immer entschiedener auf eine Ausschaltung des Krieges aus den politischen Kombinationen der Großmächte hinwirkt, weil nicht zu bestreiten ist, daß der Krieg, von seinen sonstigen unfreundlichen Wirkungen abgesehen, sich als eine unwirtschaftliche Verschwendung von Energien darstellt. Deshalb muß zum mindesten alles versucht werden, was dazu beitragen kann, die Kriegsgefahr zu vermindern und die Friedensgarantien über die Rüstungen hinaus zu verstärken. Und auf diesem Gebiet könnte das deutsche Reich, ohne sich und seiner Würde etwas zu vergeben, viel mehr tun, als es bisher auch nur versucht hat. Gerade wer so stark ist wie das deutsche Reich, braucht nicht zu befürchten, daß ihm als Schwäche ausgelegt wird, was in Wirklichkeit nur der Ausdruck des Friedenswillens ist.

Nicht auf die Ausmalung irgend einer Utopie kann es hier ankommen. Die Möglichkeiten der Zukunft sind unerschöpflich. Den Glauben, daß wir besseren Zeiten entgegengehen, von dem jedes gesunde und aufstrebende Volk durchdrungen ist, haben wir auch im Laufe der letzten zwanzig Jahre nicht verloren, so

trübe auch bisweilen die Gegenwart scheinen mochte. Aber wenn man sich die Frage vorlegt, wie es möglich gemacht werden soll, die Rückständigkeiten unserer wirtschaftlichen und politischen Zustände zu überwinden und bessere Verhältnisse zu schaffen, dann muß man zu der Erkenntnis gelangen, daß nur ein Zusammenschluß aller vorwärtsdrängenden Elemente des Volkes zur Verwirklichung einer besseren Zukunft, zur Vertiefung der Kultur, zur Befreiung des Volkes von bureaukratischem Druck und Klassenherrschaft führen kann. Man mag noch so fest an den Sieg des freiheitlichen Gedankens glauben, darüber wird man sich nicht täuschen können, daß der Liberalismus allein, auch wenn es möglich sein sollte, die verschiedenen Richtungen, in die er sich spaltet, zusammenzubringen, mit der Reaktion in absehbarer Zeit nicht fertig werden würde. Das Bürgertum für sich hat genug damit zu tun, sich einigermaßen seiner Haut zu wehren und seine spärlichen Rechte gegen die Unterdrückungsversuche der Reaktion zu verteidigen. Will das Bürgertum die Kraft gewinnen, zum Angriff überzugehen, dann kann die Möglichkeit dafür nur durch eine Verständigung mit den arbeitenden Massen geschaffen werden. Daß diese Kooperation mit den Arbeitern nicht undurchführbar ist, das hat bereits die Geschichte der dritten französischen Republik mehrfach gezeigt, wie denn die Niederwerfung des Klerikalismus und des Feudalismus in Frankreich nur mit Hilfe der Sozialisten erreicht worden ist. Ebenso aber zeigt die jüngste englische Geschichte, daß Liberale und Arbeiter sich sehr wohl taktisch verständigen können. Auch wenn unter den schwierigen deutschen Verhältnissen ein Wahlbündnis zwischen dem

entschiedenen Liberalismus und der Sozialdemokratie nicht möglich ist, so läßt sich doch so viel erreichen, daß sich beide Richtungen nicht gegenseitig schädigen, wo es sich um den Kampf gegen den gemeinsamen Feind handelt. Es muß zur selbstverständlichen Überzeugung werden, daß der Feind rechts steht; und es muß ebenso selbstverständlich sein, daß bei den notwendigen Stichwahlen, in denen es sich um einen reaktionären Gegner handelt, Liberale und Sozialdemokraten einander Wahlhilfe leisten. Diese Überzeugung stammt nicht erst von heute und gestern. Sie ist gerade in den besten liberalen Kreisen immer lebendig gewesen. Und wenn auch Zeugnisse dafür kaum nötig sind, so verdient doch ein Appell des greisen Theodor Mommsen, des großen Historikers, volle Beachtung, den er in einem Augenblick höchster politischer Verwirrung, als der Kampf um den neuen Zolltarif im Dezember 1902 unmittelbar vor der Entscheidung stand, an das deutsche Volk erlassen hat. Dieses Vermächtnis eines der größten Männer unseres Volkes, eines wahrhaft freien Menschen, lautete unter Ausschaltung einiger mehr für die besonderen Umstände in Betracht kommenden Sätze so:

„Dem ebenso falschen wie perfiden Köhlerglauben muß ein Ende gemacht werden, daß die Nation sich teile in Ordnungsparteien und in eine Umsturzpartei, und daß es die erste politische Pflicht der zu jenen sich zählenden Staatsbürger sei, die Millionen der Arbeiterpartei als pestverdächtig zu meiden und als staatsfeindlich zu bekämpfen.

In der Tat gibt es im politischen Leben weder Ordnungs- noch Umsturzparteien, oder, wie man es auch ausdrücken kann, jede Partei ist eine Umsturzpartei. Was sind die Ziele bei uns der

Liberalen, des Zentrums, der Junkergesellschaft, der Arbeiterpartei? Die Liberalen möchten das Reichsoberhaupt in den ersten Beamten des Staates umwandeln nach dem Muster Englands und Nordamerikas. Für unsere Nation mit ihrem tiefen, anscheinend unzerstörbaren dynastischen Gefühl ist das der Umsturz. Das Zentrum möchte die Rekatholisierung Deutschlands da aufnehmen, wo sie im siebzehnten Jahrhundert abgebrochen ward, und unseren Herrscher umwandeln in den Statthalter des Statthalters Gottes auf Erden. Auch ein Umsturz. Die Junkerpartei strebt nach dem formell gesicherten Alleinbesitz der höheren Beamten- und Militärstellungen und will den deutschen Kaiser herabdrücken zum Ersten unter seinesgleichen. Gewiß ebenfalls ein Umsturz. Die Sozialdemokraten beabsichtigen oder behaupten, zu beabsichtigen, daß die Volkswirtschaft von der privaten Kapitalbildung absehen, und daß jedem, ohne Unterschied seiner Leistung, aus dem großen allgemeinen Topf das gleiche Quantum Suppe verabreicht werde. Das stürzt freilich auch alle bestehenden Verhältnisse um.

In der Tat, hinsichtlich des Umsturzes haben sämtliche Parteien sich wenig vorzuwerfen. Sie verfolgen alle letzte Zwecke, deren Erreichung der Untergang der bestehenden Ordnungen sein würde. Davon ist die Moral, daß kein politisches Gemeinwesen die Parteien entbehren kann, aber auch keines des Gegensatzes der Parteien, daß die eine durch die anderen beschränkt, in Schach gehalten und an der Alleinherrschaft gehindert werden muß. Oder, was dasselbe ist in anderer Form, alles Staatsregiment besteht in der Ausgleichung gegensätzlicher Interessen, in der Herbeiführung von Zuständen, wo die rivalisierenden Richtungen sich in leidlicher Weise ineinander schicken, während keine voll ihren Willen durchsetzt und also das Gemeinwesen balanciert.

Für den gegenwärtigen schweren und gefährlichen Moment ist nichts notwendiger als Einverständnis derjenigen Liberalen, die noch berechtigt sind, sich also zu nennen, und der Arbeiterpartei. Dafür

wird freilich auf beiden Seiten Abkehr und Umkehr erfordert.

Die ernstlich freisinnigen Mitglieder der sogenannten Ordnungsparteien werden selbstverständlich nicht aufhören, den von der Arbeiterpartei aufgestellten letzten Zielen entgegenzutreten und die Beherrschung der Parlamente durch eine Arbeitermajorität, wie sie hier und da in Australien einigermaßen realisiert worden ist, als gemeinschädlich zu betrachten. Aber alles politische Zusammengehen bezieht sich nicht auf die letzten Ziele, sondern auf die nächsten. Das natürliche und jetzt mehr als je gebotene Zusammengehen zwischen dem ehrlichen Freisinn und den durch die Habsucht der Interessencliquen gedrückten und zum Teil erdrückten grollenden Arbeitermassen muß in die Tat umgesetzt werden. Es darf nicht mehr geschehen, daß der Freisinnige dem unverschämten oder verschämten Reaktionär seine Stimme lieber gibt als dem Sozialdemokraten. Wie es keinen besseren nationalen Kitt gibt als das auf dem Schlachtfeld gemeinsam vergossene Blut, so muß auch auf der politischen Wahlstatt das Zusammengehen gegen den gemeinschaftlichen Feind zu innerer Einigung führen."

In diesen Ausführungen ist so klar und deutlich als möglich gesagt worden, nicht bloß was damals not tat, und was, gerade weil es nicht beachtet wurde, zum weiteren Niedergang des freiheitlichen Gedankens beigetragen hat, sondern was noch mehr für die heutige Zeit ausgesprochen werden muß. Wie weit es möglich sein wird, mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, das ist eine Frage für sich. Es wäre grundverkehrt, wollte man den Versuch machen, die sehr starken Unterschiede, die zwischen der liberalen und der sozialistischen Weltanschauung bestehen, zu verwischen oder auch nur unbeachtet zu lassen. Aber so gut es möglich gewesen ist, daß sich Liberale und Konservative, frei-

lich zum Schaden des Liberalismus, zusammenfinden konnten, so gut heute Konservative und Zentrum nicht bloß bei den Wahlen, sondern auch in der Gesetzgebung zusammenhalten, so gut ist auch eine taktische Verständigung zwischen dem Liberalismus und der sozialdemokratischen Partei wenigstens für eine bestimmte Zeit sehr wohl möglich. Es gibt unter den heutigen Umständen keinen anderen Ausweg, wenn der Kampf gegen das Gottesgnadentum und den Absolutismus, gegen Klerikalismus, Junker und Agrarier erfolgreich geführt werden soll. Und nur in dieser Richtung kann es gelingen, den Gedanken der bürgerlichen Freiheit, der ausgleichenden Gerechtigkeit, der Wohlfahrt und Gesittung, der Kultur und des Friedens einen breiteren Raum im deutschen Reiche zu gewinnen.

Im gleichen Verlage erschien:

Rudolf Martin

Deutsche Machthaber

Vierte Auflage

Preis: Geheftet M. 6,— Gebunden M. 7,50

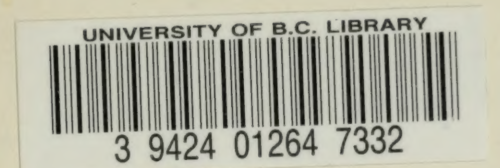
Leipziger Tageblatt. Rudolf Martin, dessen Disziplinarprozesse zu den politischen Ereignissen gehören, hat ein dickes, neues, politisches Buch von großer Aktualität erscheinen lassen. Seine rückhaltlosen Außerungen über Lebende oder erst vor kurzem Verstorbene haben außer dem rein sachlichen ein so starkes, persönliches Interesse, daß das Echo den Autorenworten naturgemäß sehr viel stärker antwortet, als dies sonst der Fall zu sein pflegt. Für den Politiker ist hier in der Tat eine ungeheure Menge wertvollen Materials fleißig zusammengetragen worden. Das Buch bietet ganz außergewöhnlich viel des Interessanten, Instruktiven, des Wichtigen, so daß man es gelesen haben muß.

Figaro. Das Buch Martins macht Sensation.

Tägliche Rundschau. „Deutsche Machthaber“. Unter diesem Titel hat Rudolf Martin ein fast 600 Seiten starkes Buch erscheinen lassen, das viel Staub aufwirbelt und die politische Diskussion wohl längere Zeit beherrschen wird.

Daily News. Das Buch wirft ein neues Licht auf die Ereignisse der letzten Zeit, unterstützt durch offene Nennung der Namen und Angabe von dokumentarischen Beweisen, und ist bemerkenswert durch einen kühnen Angriff gegen den Fürsten Bülow.

Druck von A. Seydel & Cie. G. m. b. H., Berlin SW. 61


UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 01264 7332

